D 7735 C

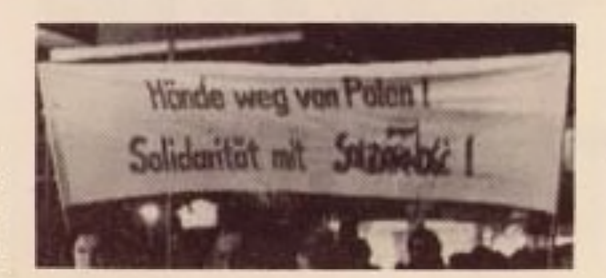
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 51
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

18. Dezember 1981
Preis 1 DM



Jaruzelskis Militärputsch

Die letzte Karte ist gespielt

Gerd Koenen

Obwohl sich auf der Lenin-Werft in Gdańsk, wo an historischer Stätte der Landesausschuß der „Solidarität" versammelt war, die besorgniserregenden Meldungen über Truppenbewegungen im ganzen Land häuften, ging die Mehrzahl der Delegierten in die Hotels zurück, und Lech Walesa ging nach Hause. Stunden später waren sie „interniert". Morgens um sechs proklamierte Jaruzelski das Kriegsrecht. Sowohl „Solidarność" wie alle andern Gewerkschaften sind für suspendiert erklärt. Jede Form freier politischer und gesellschaftlicher Tätigkeit ist untersagt. Alle Kommunikationen sind unterbrochen, im Innern wie nach außen. Polen ist unter Quarantäne gestellt. Die Militärdiktatur kam plötzlich, und sie ist total.

Das war auch die einzige Möglichkeit, sie überhaupt zu installieren. Die totale Kontrolle des gesamten gesellschaftlichen Lebens entspricht der Organisiertheit der sozialen Bewegung. Aber auf der Höhe dieser Organisiertheit war der Schlag dann auch, der geführt wurde. Offensichtlich hat die Führung der „Solidarität" und die große Mehrzahl der polnischen Gesellschaft der Armee die Fähigkeit und Bereitschaft dazu nicht zugetraut.

Die Verhaftung fast der gesamten Führung hat die Gewerkschaft in eine schwierige Lage gebracht. Zwar ist es gelungen, durch ein illegales Streikkomitee aus 5 Mitgliedern der Landeskommission einen erneuten Aufruf zum Generalstreik in Umlauf zu bringen. Betriebliche Komitees haben sich

Mehrzahl der Delegierten in die Hotels zurück, und Lech Walesa ging nach Hause. Stunden später waren sie „interniert". Morgens um sechs proklamierte Jaruzelski das Kriegsrecht. Sowohl „Solidarność" wie alle andern Gewerkschaften sind für suspendiert erklärt. Jede Form freier politischer und gesellschaftlicher Tätigkeit ist untersagt. Alle Kommunikationen sind unterbrochen, im Innern wie nach außen. Polen ist unter Quarantäne gestellt. Die Militärdiktatur kam plötzlich, und sie ist total.

Das war auch die einzige Möglichkeit, sie überhaupt zu installieren. Die totale Kontrolle des gesamten gesellschaftlichen Lebens entspricht der Organisiertheit der sozialen Bewegung. Aber auf der Höhe dieser Organisiertheit war der Schlag dann auch, der geführt wurde. Offensichtlich hat die Führung der „Solidarität" und die große Mehrzahl der polnischen Gesellschaft der Armee die Fähigkeit und Bereitschaft dazu nicht zugetraut.

Die Verhaftung fast der gesamten Führung hat die Gewerkschaft in eine schwierige Lage gebracht. Zwar ist es gelungen, durch ein illegales Streikkomitee aus 5 Mitgliedern der Landeskommission einen erneuten Aufruf zum Generalstreik in Umlauf zu bringen. Betriebliche Komitees haben sich
gebildet. Am Montag und Dienstag sind so gut wie alle Industriebetriebe – die schlesischen Bergwerke, die Stahlhütten in Krakau und Warschau, die wichtigsten Maschinenbaubetriebe (Cegielski in Poznań, FSO und Ursus in bzw. bei Warschau), die Danziger und Stettiner Werften sowie zahlreiche andere Betriebe im ganzen Land besetzt worden. Die Belegschaften hatten Lebensmittelvorräte angelegt und Brunnen gebohrt. Aber es scheint, daß fast alle besetzten Betriebe im Schutz der nächtlichen Ausgangssperre gewaltsam geräumt worden sind. Erste Warnschüsse sind gefallen. Panzer riegeln Ursus und Radom ab und werden um Warschau und Danzig verstärkt.

Noch ist die Lage ganz undurchsichtig. Im ersten Streich scheint der Putsch gelungen. Wie war das möglich? Wie der für unmöglich erklärte Einsatz der Armee gegen die streikenden Arbeiter? Eine Sache ist, daß Kriegsrecht für die Soldaten Standrecht bedeutet. Ein zweiter Faktor des Erfolgs ist die Drohung mit der sowjetischen Intervention; Regierungsvertreter haben sehr unverblümt zu verstehen gegeben, daß wenn die polnische Armee nicht gehandelt hätte, die Verbündeten es getan hätten. Es war ja diese äußere Blockierung der innenpolischen Lage, die alle einschneidenden Reformen verhindert und so zum Wirtschaftszusammenbruch geführt hat. Notwendigerweise muß das zur Ermüdung in Teilen der Bevölkerung geführt haben, und so mag der Putsch sogar einige diffuse Zustimmung erhalten.

Aber ganz sicher wird sich der Staatsstreich Jaruzelskis auch noch als ein größer angelegtes politisches Manöver erweisen. Die „nationale Errettung" durch das Militär bedeutet auch die weitgehende Ausschaltung der Partei. Die angekündigten Schauprozesse gegen Gierek und Co. sind sicher ein trübes Manöver. Aber dabei kann Jaruzelski gar nicht stehen bleiben. Seine Ansprache im Fernsehen hielt er als Soldat und Regierungschef, seine Funktion als *Parteivorsitzender* blieb unerwähnt. Am Morgen des Putsches ging auf dem Warschauer Parteihaus die rote Fahne nieder und wurde die polnische Fahne aufgezogen. Jaruzelski wird unbedingt seine Versuche fortsetzen, eine national-autoritäre Koalition zusammenzubekommen, sogar unter Einschluß einer gezähmten „Solidarität". Selbst von der Auflösung der völlig diskreditierten Polnischen Arbeiterpartei wird gemunkelt. Die Vorbilder gehen von Kádárs Politik des „Neuanfangs" 1956 in Ungarn zurück bis zur „gelenkten Demokratie" des Marschalls Pilsudski im Vorkriegspolen, dessen Rolle nun auch die offizielle Geschichtsschreibung des Regimes zu rehabilitieren beginnt.

Nur: Kádárs „Neuanfang" 1956 fiel in eine Aufschwungphase der Weltkonjunktur, die noch Platz für großzügige Reformvorhaben bot. Und Pilsudski umgab immer der Nimbus des Staatsbegründers. Jaruzelski wird sich mit keinen Tricks vom Schatten der Partei, aus der er kommt, befreien können. Und die Wirtschaftsreformen zum 1. Januar werden alles andere als großzügig und gegen die Arbeiter brutal-gehässig sein. Die Betriebe sind di-

ruzelski gar nicht stehen bleiben. Seine Ansprache im Fernsehen hielt er als Soldat und Regierungschef, seine Funktion als *Parteivorsitzender* blieb unerwähnt. Am Morgen des Putsches ging auf dem Warschauer Parteihaus die rote Fahne nieder und wurde die polnische Fahne aufgezogen. Jaruzelski wird unbedingt seine Versuche fortsetzen, eine national-autoritäre Koalition zusammenzubekommen, sogar unter Einschluß einer gezähmten „Solidarität". Selbst von der Auflösung der völlig diskreditierten Polnischen Arbeiterpartei wird gemunkelt. Die Vorbilder gehen von Kádárs Politik des „Neuanfangs" 1956 in Ungarn zurück bis zur „gelenkten Demokratie" des Marschalls Pilsudski im Vorkriegspolen, dessen Rolle nun auch die offizielle Geschichtsschreibung des Regimes zu rehabilitieren beginnt.

Nur: Kádárs „Neuanfang" 1956 fiel in eine Aufschwungphase der Weltkonjunktur, die noch Platz für großzügige Reformvorhaben bot. Und Pilsudski umgab immer der Nimbus des Staatsbegründers. Jaruzelski wird sich mit keinen Tricks vom Schatten der Partei, aus der er kommt, befreien können. Und die Wirtschaftsreformen zum 1. Januar werden alles andere als großzügig und gegen die Arbeiter brutal-gehässig sein. Die Betriebe sind di-
rekt unter Militärverwaltung; Arbeitsverweigerung ist Meuterei; es gilt sofort wieder die 6-Tage-Woche, und notfalls die 7-Tage-Woche zu 12 Stunden täglich.

Lech Walesa, unter Hausarrest, hat die Kollaboration verweigert, wie es heißt. Und der Primas, Kardinal Glemp, hat zwar zur Vermeidung des Bürgerkriegs um jeden Preis aufgerufen, aber das war auch ein Aufruf an die Soldaten. Und auch Glemp und die Kirche verweigern sich Jaruzelski. Der gewaltlose Widerstand, den die „Solidarität" organisieren will, kann eine gewaltige subversive Kraft entwickeln. Und dann, erst dann kommt die Bewährungsprobe für die Loyalität der Armee, die nun voll in die gesellschaftliche Auseinandersetzung verwickelt ist. Die herrschende bürokratische Klasse hat ihre letzte Karte gespielt.

Die Arbeiter- und Friedensbewegung und die politische Linke hierzulande müssen sich jetzt über eins vordringlich klar werden: Kann die polnische Bewegung erdrosselt werden, weil sie auf sich gestellt geblieben ist, dann hat sich die politische Situation für uns selbst und ganz Europa drastisch verschlechtert. Eine trübe Interessen-Koalition der „Nichteinmischungs"-Politiker hat sich gebildet. Schmidt in der DDR hat geradezu das Versuchskaninchen für die Kreml-Diplomatie gespielt. Man muß aber begreifen: Polens geopolitische Lage verweist auf unsere eigene zurück. Wenn in den Militärblocks auf solche Weise „Ordnung" geschaffen werden kann, ohne daß sich beidseits Widerstand regt, dann kann von „Friedensbewegung" nicht groß die Rede sein.



In den meisten größeren Städten der BRD (Bild: Frankfurt) haben spontane Aktionen gegen den Militärputsch in Polen stattgefunden. Weitere sind am Wochenende geplant. Siehe dazu das kvz-extra zu Polen im Innenteil dieser Zeitung.

Sozialhilfe: Almosen statt Mindestsicherung

Höhere Mieten bei Sozialwohnungen / Einigung der Parteien bei den Haushaltskürzungen

gkr. Die Haushaltsoperation '82 scheint aus der Sicht der Finanzpolitiker gelungen, nachdem mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses und der Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion bei 14 Gegenstimmen zu dem „Kompromiß" das Inkrafttreten der entsprechenden Gesetze für das Jahr 1982 gesichert scheint.

Auf der Strecke geblieben ist letzten Endes – nachdem die Kürzung des



In den meisten größeren Städten der BRD (Bild: Frankfurt) haben spontane Aktionen gegen den Militärputsch in Polen stattgefunden. Weitere sind am Wochenende geplant. Siehe dazu das kvz-extra zu Polen im Innenteil dieser Zeitung.

Sozialhilfe: Almosen statt Mindestsicherung

Höhere Mieten bei Sozialwohnungen / Einigung der Parteien bei den Haushaltskürzungen

gkr. Die Haushaltsoperation '82 scheint aus der Sicht der Finanzpolitiker gelungen, nachdem mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses und der Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion bei 14 Gegenstimmen zu dem „Kompromiß" das Inkrafttreten der entsprechenden Gesetze für das Jahr 1982 gesichert scheint.

Auf der Strecke geblieben ist letzten Endes – nachdem die Kürzung des
Arbeitslosengeldes zunächst einmal verhindert werden konnte – ein wesentliches Glied der sozialen Sicherung. Die Kürzung der Sozialhilfe um schätzungsweise 350 Mio. DM ist mehr als eine schlichte Beschneidung der Ausgaben um etwa 3%. Sie bedeutet, daß ausdrücklich der Anspruch aufgegeben wird, daß jedem Menschen in der BRD Minimalbedingungen eines menschenwürdigen Lebens garantiert werden. Diese Minimalbedingungen in Form des „Regelsatzes" werden nun, auch das ist festgelegt, nach den Finanzen der Sozialhilfeträger bestimmt.

Der Regelsatz, der einem alleinstehenden Haushaltsvorstand zusteht, wird bestimmt aus einem Warenkorb von Lebensmitteln, die diese Minimalbedingungen definieren sollen: u.a. täglich 47 g Fleisch, einmal monatlich ein Suppenhuhn, alle zehn Tage eine Flasche Bier und eine Busfahrt (hin und zurück); jährlich eine Glühlampe und einmal Schuhe besohlen, monatlich 16 kW Strom (das wäre z.B. ein Herd mit 1000 Watt 10 Stunden und eine Glühbirne mit 100 Watt 60 Stunden, 2 pro Tag). Dieser Warenkorb stammt von 1970. Jährlich wurde der hieraus berechnete Regelsatz um die Preissteigerungsrate erhöht. Nun ist bekannt, daß sich einerseits die Zusammenstellung der zu kaufenden Waren über die Jahre ändert, daß andererseits eine einheitliche Preissteigerungsrate eine Fiktion ist; gerade für die wichtigsten Güter des täglichen Lebens liegt sie meistens höher als im Durchschnitt. Dieser Regelsatz soll nun in den beiden kommenden Jahren statt um die Preissteigerungsrate nur jeweils um 3% angehoben werden. Die Senkung dürfte nach 2 Jahren 20 bis 25 DM betragen. Aber damit nicht genug. Der Warenkorb wurde jetzt erstmals nach 11 Jahren neu berechnet, das Ergebnis liegt seit Ende November bei den Landesregierungen und dort unter Verschluß. Sie müßten seine Anwendung absegnen. Nach Berechnungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müßten bei dessen Anwendung die Regelsätze um etwa 25% erhöht wer-

nach 2 Jahren 20 bis 25 DM betragen. Aber damit nicht genug. Der Warenkorb wurde jetzt erstmals nach 11 Jahren neu berechnet, das Ergebnis liegt seit Ende November bei den Landesregierungen und dort unter Verschluß. Sie müßten seine Anwendung absegnen. Nach Berechnungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müßten bei dessen Anwendung die Regelsätze um etwa 25% erhöht wer-
den.

Etwa 1 Million Menschen erhalten derzeit „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt". Es sind dies sicher nicht alle, die in Wirklichkeit unter die mit dem Regelsatz offiziell definierte Armutsgrenze fallen. Noch einmal so viele sind auf „Hilfe in besonderen Lebenslagen" angewiesen. Weit überproportional sind hierunter Frauen vertreten und unter ihnen wiederum Rentnerinnen, Witwen.

Zusätzlich sollen Mehrbedarfszuschläge von 30 auf 20% gesenkt werden – vor allem Rentner und Erwerbsunfähige sind davon betroffen. Auch die Eingliederungshilfe für Behinderte wie die Hilfe zur Pflege – die zwei größten Posten, die zur „Hilfe in besonderen Lebenslagen" zählen, werden eingeschränkt. Nicht gerechnet sind bei all dem die Kürzungen von Einzelzulagen, die bei so niedrig bemessenem Geld eine hohe Bedeutung erlangen. So sind z.B. in den vergangenen Jahren in Frankfurt 100 DM Weihnachtsbeihilfe gezahlt worden, in diesem Jahr hat das Land die Zuschüsse gestrichen, und die Beihilfe beträgt nur noch 40 DM.

Gleichzeitig haben die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses zwangsläufig eine wachsende Zahl derer, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, zur Folge: „Originäre" Arbeitslosenhilfe, also erstmalige, soll nur noch gewährt werden, wenn in den drei davorliegenden Jahren mindestens 150 Tage gearbeitet wurde, bisher 70. Vor allem dann aber die Beschlüsse zum Wohnungsbau, Fehlbelegungsabgabe, Lockerung der Mietpreisbindung, jeder einzelne Beschluß wird Mieterhöhungen nach sich ziehen, besonders im sozialen Wohnungsbau. Gleichzeitig werden Bauherren, Spekulanten, Konzerne gemästet, das ist die andere Seite des „Kompromisses".

Das Vermittlungspaket, zu den schon genannten Maßnahmen kommt u.a. noch die Kürzung der Bezüge für Beamtenanwärter um 6 bis 15%, wurde mittlerweile vom Haushaltsausschuß in den Haushalt eingearbeitet.

hungen nach sich ziehen, besonders im sozialen Wohnungsbau. Gleichzeitig werden Bauherren, Spekulanten, Konzerne gemästet, das ist die andere Seite des „Kompromisses".

Das Vermittlungspaket, zu den schon genannten Maßnahmen kommt u.a. noch die Kürzung der Bezüge für Beamtenanwärter um 6 bis 15%, wurde mittlerweile vom Haushaltsausschuß in den Haushalt eingearbeitet.
Die Bundesbankzuschüsse sollen noch einmal gesteigert und die Nettokreditaufnahme auf 26,8 Mrd. DM geringfügig erhöht werden. An verschiedenen Einzeletats wurde gestrichen, so daß der Haushalt nun ein Volumen von 240,5 Mrd. DM umfassen wird. Der Verabschiedung dieses Pakets steht im Prinzip nichts mehr im Wege. Diesen Freitag wird der Bundesrat tagen und die Gesetze passieren lassen – bis auf das Kindergeldgesetz, mit dem das Kindergeld für Zweit- und Drittkinder um 20 DM monatlich gesenkt werden soll, und bis auf Verbrauchssteueränderungsgesetze. Der Einspruch des Bundesrates kann hier, da die Gesetze nicht zustimmungspflichtig sind, mit der absoluten Mehrheit der Bundestagsabgeordneten zurückgewiesen werden. Der tagt noch am selben Tag.

An unsere Leser

Die letzte Ausgabe der KVZ in diesem Jahr erscheint bereits kommenden Mittwoch. Sie wird am 22.12. bei der Post aufgegeben. Die folgende Ausgabe erscheint dann wieder am 8. Januar 1982. Die Auslieferungsstellen des KBW wollen bitte umgehend ihre Bestellung für die Nr. 52 machen; Literatur erhalten sie jeweils mit der KVZ. In der Nr. 52 berichten wir u.a. über Behinderten-Vereine in der BRD, über die DDR-Wirtschaft, das Gesundheitswesen in China, über Gespräche mit japanischen Automobilarbeitern und über das Schriftstellertreffen in Ostberlin. Außerdem enthält die Nummer eine Beilage zur Friedensbewegung und zur atomaren Aufrüstung der Supermächte.

Gesamtdeutsche Einigung über Polen

Von Bernhard Peters

Die Begegnung der beiden deutschen Staatslenker lief ab, als sei sie eigens für Presse und Fernsehen geprobt worden. Das unerwartete Ereignis hinter den Kulissen störte den Ablauf nur unwesentlich, verriet aber einiges über den wahren Charakter der Veranstaltung. Als bekannt wurde, daß in Polen eine Militärjunta die Macht ergriffen hatte und sich daran machte, zur „nationalen Rettung“ die polnische Arbeiter- und Volksbewegung zu ersticken, teilte Schmidt nach einem längeren Gespräch mit Honecker auf der abschließenden Pressekonferenz mit, er und Honecker wollten, „daß es den Polen gelingt, die sich in Konflikten miteinander befindenden Kräfte des polnischen Volkes zur Einigung zu führen“. Danach machten sich beide wie vorgesehen auf zum Besuch des Weihnachtsmarktes in Güstrow.

Dieses abgeschmackte Schauspiel sollte allerdings nicht vergessen lassen, daß sich an solche Verhandlungen in der Bevölkerung beider deutscher Staaten ernsthafte Interessen und Hoffnungen knüpfen: Hoffnungen auf unmittelbare Verbesserungen, wie etwa Erleichterungen im Reiseverkehr, und auch Hoffnungen, daß eine Annäherung der beiden deutschen Staaten vielleicht ein Mittel sein könnte, die Konfrontation der Blöcke und die Kriegsgefahr in Europa zu verringern.

Der Hoffnung, daß durch eine irgendwie geartete Sonderrolle der DDR und der BRD unter ihren jetzigen Regierungen ein Weg zur Lockerung der Blockkonfrontation gefunden werden könnte, ist jedoch durch die polnischen Ereignisse und die Reaktion der beiden Regierungen ein neuer schwerer Stoß versetzt. Die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung hat im letzten Jahrzehnt durch die Normalisierung der Beziehungen mit dazu beigetragen, daß die Verhältnisse im Machtbereich der Sowjetunion, vor allem in Polen, in Bewegung geraten sind. Jetzt bekommt die Verlängerung dieser Ostpolitik unter veränderten Bedingungen den entgegengesetzten Effekt: Helmut Schmidt hat erneut bewiesen, daß die Bundesregierung zugunsten der Hoffnung auf eine Stabilisierung der Machtbalance zwischen den Supermächten bereit ist, Maßnahmen zur Stabilisierung der Machtverhältnisse im sowjetischen Einflußbereich weitgehend hinzunehmen.

Die DDR-Führung war ihrerseits bekanntlich einer der größten Hetzer gegen die polnische Bewegung. Verständlich, daß sie hofft, daß die Konterrevolution in Polen auch ohne direkte sowjetische Intervention siegen möge (in die sie womöglich hineingezogen werden könnte). Ihre Politik gegenüber der BRD macht doch stark den Eindruck, mehr von sowjetischen als von „nationalen“ Interessen geprägt zu sein. Sie dient nun erneut als Lock- oder Druckmittel, um die Bundesregierung zum Einlenken gegenüber sowjetischen Herrschafts- und Expansionsinteressen zu bringen. Man erinnere sich: Die letzte Periode des „Tauwetters“ zwischen den beiden deutschen Staaten hatte die DDR 1980 eröffnet, nach dem Überfall der SU auf Afghanistan, und die Bundesregierung war nur zu bereitwillig, darauf einzugehen und darüberhinaus eine vermittelnde Rolle gegenüber der SU einzunehmen ... Dann, im zweiten Halbjahr 1980, ein jäher Umschwung, als die DDR sich sowohl gegenüber Polen wie gegenüber der BRD abkapselte (Erhöhung des Zwangsumtauschs, Geraer Rede von Honecker) – auch als Strafe, weil Schmidt seinen DDR-Besuch abgesagt hatte, um nicht Gefahr zu laufen, dort von einer sowjetischen Polen-Intervention erwischt zu werden. Die neue weiche Welle hätte nicht passender kommen können, um die Ereignisse in Polen zu decken. – Die DDR-Führung mag gewisse Interessen an Unabhängigkeit von der Sowjetunion haben; aber in ihrer Existenz ist sie von ihrem russischen Oberherrn zu sehr abhängig und von einer wirklichen Öffnung nach Westen zu sehr bedroht, als daß sie einen wirklichen Spielraum gegenüber der SU gewinnen könnte. Ohne Entwicklung selbständiger und letztlich revolutionärer Bewegungen im sowjetischen Machtbereich ist eine Lockerung dieses Blocks undenkbar. Der Versuch, eine Vermittlerrolle zwischen den Blöcken *auf Kosten* solcher Bewegungen zu spielen, fördert letztlich die Konfrontation.

Unabhängige Sozialdemokraten – auf dem Weg zur sozialistischen Alternative?

cof. Die meisten der 150 Linken, die letzten Sonntag zur ersten Landesversammlung der hessischen Unabhängigen Sozialdemokraten nach Rüsselsheim gekommen waren, kamen als Beobachter – gespannt darauf, ob sich hier tatsächlich eine neue sozialistische Kraft konstituieren würde. Schon in den Begrüßungsreden schien durch, daß sich die vielen, die im Lauf des letzten halben Jahres die „Alt-SPD“ aus Protest gegen den Beton-Atom-Kurs Börners verlassen haben, keineswegs so rasch und einhellig um die Unabhängigen sammeln, wie das die Sprecher des Gründungsausschusses erwartet hatten. Von mehreren tausend Interessenten, die um Bedrucktes gebeten hatten, beteiligten sich 60 oder 70 mit rosa Stimmkarten ausgerüstete Mitglieder an der Landesversammlung.

Wie jetzt eine politische und organisatorische Perspektive entwickeln – darauf antworten die Gründungsmitglieder unterschiedlich. Zwei Hauptströmungen sind erkennbar. Der eine – wie's scheint, kleinere – Teil um Dieter Kellermann, geht da sehr pragmatisch vor: Alle wahren Sozialdemokraten, die sich zu den Grundsätzen „sozial, basisdemokratisch, ökologisch, tolerant und pazifistisch“ bekennen, sollen sich mit den „vorwiegend ökologisch Orientierten“ aus anderen Parteien und Unorganisierten zusammentun, um der Herrschaft des Volkes gegen den „vermeintlichen Sachzwang der wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ zum Durchbruch zu verhelfen. Diese „alternative demokratische Politik“ soll darauf ausgerichtet sein, entschieden die „Ursachen der immer stärker fortschreitenden Gefährdung unserer natürlichen und sozialen Umwelt und damit der Beeinträchtigung der Lebensqualität in unserer Gesellschaft zu bekämpfen und letztlich zu beseitigen“. Ihre Vorschläge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen unter dem Stichwort der „ökologischen Kreislaufwirtschaft“, die anstelle der freien Marktwirtschaft treten soll. Mit starken grünen Anklängen einerseits und der Ablehnung der Bonner Sparpläne andererseits wollen sich die Unabhängigen den Gewerkschaften als „Kraft zur Kooperation“ anbieten. So entsteht dann ein Koalitionspartner für Jungsozialisten und andere, die den Tod der „glanzvollen Geschichte“ der SPD Bebels und Karl Liebknechts, in der BRD „verkörpert in Kurt Schumacher, Willy Brandt, dem Godesberger Programm und der Entspannungspolitik“, nicht hinnehmen, sondern die Initialzündung zu einer alternativen parlamentarischen Kraft sein wollen.

Die Mehrheit der Frankfurter Gruppe kann dem nicht so zustimmen. Wer, studentenbewegt, bei dem Wahlsieg der Sozialliberalen vor 12 Jahren freudig die Internationale gesungen hat oder wer jahrelang bei den Falken war, hat kein Interesse an einem „neuen linken Wurmfortsatz der SPD“. Diese Tendenz, Marxisten allesamt, will sich weder auf das Hauptrekrutierungsfeld „Alt-SPD“ beschränken, noch einen Abklatsch der Grünen mit Lohnabhängigen-Touch gründen. Ihr Ausgangspunkt ist die Analyse des kapitalistischen Systems, das heutzutage neben einer sozialen Krise (Massenentlassungen, beginnende Verelendung) eben auch eine ökologische und vor allem eine lebensbedrohende Krise in Gestalt der Kriegsgefahr hervorbringt.

„Der Entfremdung von der inneren Natur entspricht die Entfremdung von der äußeren Natur, die in der gigantischen Umweltzerstörung unserer Zeit ihren Höhepunkt findet. In einem bisher nie gekannten Maß werden die natürlichen Rohstoffe und die Lebensbedingungen des Menschen, ja, nicht zuletzt der Mensch selbst, im Dienste des Profitsystems rücksichtslos ausgebeutet und zerstört. ... Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die ... in diesem Jahrhundert bereits zwei mal zu einem Weltkrieg geführt haben ...“, heißt es im hauptsächlich von dieser Strömung getragenen Entwurf programmatischer Grundsätze.

Wenn auch hier der Krieg als Folge der kapitalistischen Krise hergeleitet wird, finden sich doch Ansätze für eine „sozialistische Programmatik“, die den Anspruch hat, weder in der grünen Sackgasse zu landen („Umweltkrise als Menschheitsproblem, ohne die klassenmäßige Grundlage zu sehen“) noch in der gewerkschaftlichen Sackgasse, die derzeit keine Antwort auf die tiefe ökonomische Krise hat.

Der „konkrete Teil“ des Entwurfs tritt vor allem für die Ausweitung der Rechte der Betriebsräte ein, die allein der Belegschaft gegenüber verantwortlich sein sollen, für Streikrecht für alle (auch Beamte und Auszubildende), für die Finanzierung der Defizite der Sozialversicherungen durch die Kapitalisten nach dem „Verursacherprinzip“ und die stärkere Einflußnahme der Belegschaft auf betriebliche Entscheidungen. „Ziel muß die Bestimmung des Was und Wie der Produktion durch die Beschäftigten sein.“ Noch gesucht wird die Verbindung zu den linken Betriebsräten und Gewerkschaftern. Gerade aus deren Erfahrung, daß auch die beste Betriebsarbeit die Krise nicht fernhält, sondern am Ende bestenfalls ein guter Sozialplan rauskommt, sollen gemeinsame Antworten für eine positive Politik gefunden werden – wobei als der „härteste Brocken“ die Frage der politischen Machtveränderung erkannt wird, was eine systematische Auseinandersetzung erfordere.

Der Plan, in einigen Wochen per Programmparteitag eine sozialistische Partei zu gründen, um für die Landtagswahlen bündnisfähig zu sein, erscheint unter diesen Voraussetzungen ziemlich kühn – „wären die Wahlen doch 1 Jahr später“, den Seufzer kann man gut verstehen.



tz, München

scher Staaten ernsthafte Interessen und Hoffnungen knüpfen: Hoffnungen auf unmittelbare Verbesserungen, wie etwa Erleichterungen im Reiseverkehr, und auch Hoffnungen, daß eine Annäherung der beiden deutschen Staaten vielleicht ein Mittel sein könnte, die Konfrontation der Blöcke und die Kriegsgefahr in Europa zu verringern.

Der Hoffnung, daß durch eine irgendwie geartete Sonderrolle der DDR und der BRD unter ihren jetzigen Regierungen ein Weg zur Lockerung der Blockkonfrontation gefunden werden könnte, ist jedoch durch die polnischen Ereignisse und die Reaktion der beiden Regierungen ein neuer schwerer Stoß versetzt. Die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung hat im letzten Jahrzehnt durch die Normalisierung der Beziehungen mit dazu beigetragen, daß die Verhältnisse im Machtbereich der Sowjetunion, vor allem in Polen, in Bewegung geraten sind. Jetzt bekommt die Verlängerung dieser Ostpolitik unter veränderten Bedingungen den entgegengesetzten Effekt: Helmut Schmidt hat erneut bewiesen, daß die Bundesregierung zugunsten der Hoffnung auf eine Stabilisierung der

mittelnde Rolle gegenüber der SU einzunehmen ... Dann, im zweiten Halbjahr 1980, ein jäher Umschwung, als die DDR sich sowohl gegenüber Polen wie gegenüber der BRD abkapselte (Erhöhung des Zwangsumtauschs, Geraer Rede von Honecker) – auch als Strafe, weil Schmidt seinen DDR-Besuch abgesagt hatte, um nicht Gefahr zu laufen, dort von einer sowjetischen Polen-Intervention erwischt zu werden. Die neue weiche Welle hätte nicht passender kommen können, um die Ereignisse in Polen zu decken. – Die DDR-Führung mag gewisse Interessen an Unabhängigkeit von der Sowjetunion haben; aber in ihrer Existenz ist sie von ihrem russischen Oberherrn zu sehr abhängig und von einer wirklichen Öffnung nach Westen zu sehr bedroht, als daß sie einen wirklichen Spielraum gegenüber der SU gewinnen könnte. Ohne Entwicklung selbständiger und letztlich revolutionärer Bewegungen im sowjetischen Machtbereich ist eine Lockerung dieses Blocks undenkbar. Der Versuch, eine Vermittlerrolle zwischen den Blöcken *auf Kosten* solcher Bewegungen zu spielen, fördert letztlich die Konfrontation.

kennen, sollen sich mit den „vorwiegend ökologisch Orientierten“ aus anderen Parteien und Unorganisierten zusammentun, um der Herrschaft des Volkes gegen den „vermeintlichen Sachzwang der wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ zum Durchbruch zu verhelfen. Diese „alternative demokratische Politik“ soll darauf ausgerichtet sein, entschieden die „Ursachen der immer stärker fortschreitenden Gefährdung unserer natürlichen und sozialen Umwelt und damit der Beeinträchtigung der Lebensqualität in unserer Gesellschaft zu bekämpfen und letztlich zu beseitigen“. Ihre Vorschläge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen unter dem Stichwort der „ökologischen Kreislaufwirtschaft“, die anstelle der freien Marktwirtschaft treten soll. Mit starken grünen Anklängen einerseits und der Ablehnung der Bonner Sparpläne andererseits wollen sich die Unabhängigen den Gewerkschaften als „Kraft zur Kooperation“ anbieten. So entsteht dann ein Koalitionspartner für Jungsozialisten und andere, die den Tod der „glanzvollen Geschichte“ der SPD Bebels und Karl Liebknechts, in der BRD „verkörpert in Kurt Schumacher, Willy Brandt, dem Godesberger Programm und der Entspannungspolitik“, nicht hinnehmen, sondern die Initialzündung zu einer alternativen parlamentarischen

schen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die ... in diesem Jahrhundert bereits zwei mal zu einem Weltkrieg geführt haben ...“, heißt es im hauptsächlich von dieser Strömung getragenen Entwurf programmatischer Grundsätze.

Wenn auch hier der Krieg als Folge der kapitalistischen Krise hergeleitet

als der „härteste Brocken“ die Frage der politischen Machtveränderung erkannt wird, was eine systematische Auseinandersetzung erfordere.

Der Plan, in einigen Wochen per Programmparteitag eine sozialistische Partei zu gründen, um für die Landtagswahlen bündnisfähig zu sein, erscheint unter diesen Voraussetzungen ziemlich kühn – „wären die Wahlen doch 1 Jahr später“, den Seufzer kann man gut verstehen.


JA, ICH BIN DIE FRIEDENS-
TAUBE, VON DER IHNEN
HERR SCHMIDT ERZÄHLT HAT
GENF
tz, München

Parlamentarischer Abschluß der Garski-Affäre

nia. Westberlin. Die Garski-Affäre, die Anfang des Jahres zum Auslöser für den Sturz des Stobbe-Senats und die darauf folgenden Neuwahlen geworden war, hat jetzt ihren *parlamentarischen* Abschluß gefunden. – Der Vermögensausschuß und der Hauptausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses haben Anfang Dezember – gegen die Stimmen der AL – dem vom Vizepräsidenten des Bundesgerichtshofs vorgelegten Schiedsspruch zugestimmt. Damit muß das Land Berlin 93,12 Mio. DM an die Berliner Bank zahlen. Insgesamt hatte das Land die Bürgschaft für 120 Mio. DM übernommen. – Dem Schiedsspruch zufolge trägt zwar auch die Berliner Bank einen Teil Verantwortung für die in den Sand gesetzte Bürgschaft, die Hauptlast aber das Land Berlin, weil ihm schon 1978 die schwierige finanzielle Ausgangslage der Bautechnik AG bekannt gewesen sei, und von der Berliner Bank auf die nicht absehbaren Risiken des Nahost-Geschäfts aufmerksam gemacht worden sei. – Sowohl in der Finanzverwaltung wie auch bei der Berliner Bank wird die Pleite noch personelle Konsequenzen haben; Garski aber ist immer noch flüchtig.

20000 auf Westberliner Friedensdemonstration

kea. Westberlin. Am 12. Dezember, dem 2. Jahrestag des NATO-Beschlusses zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa, demonstrierten in Westberlin ca. 20000 Menschen. Die Demonstration war auf Initiative des Informationskreis Frieden zustandegekommen. Sie war von 139 Organisationen, Gruppen und Initiativen unterstützt worden. Neben Rücknahme des NATO-Beschlusses waren auf den Transparenten u.a folgende Forderungen zu lesen: „Wir wollen leben – nie wieder Krieg“, „Für ein atomwaffenfreies Europa“, „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt“. Bei der Vorbereitung der Demonstration hatte es wegen der Einseitigkeit des Aufruftextes, der die Kriegsvorbereitungen von Seiten der Sowjetunion nicht erwähnt, Auseinandersetzungen gegeben, die sich bis in den Demonstrationsablauf hinein auswirkten. An der Abschlußkundgebung, auf der General Bastian der Hauptredner war, nahm der Großteil der Demonstranten nicht mehr teil. Die Kundgebung mußte schließlich vorzeitig abgebrochen werden, da eine Gruppe von Demonstranten Schneebälle und Knallkörper aufs Podium warf.

Startbahn: Baustopp über Weihnachten

cof. Der weise Staatsgerichtshof bürgt für seine Unabhängigkeit und empfiehlt der Landesregierung in vornehmer Zurückhaltung, die Bauarbeiten doch so lange ruhen zu lassen, bis *er* entschieden hat – im Januar. Gerne folgen Börner und die FAG dieser Empfehlung, hilft sie ihnen doch aus einer gewaltigen Bredouille: Die Wachmannschaft auf dem Baugelände kann über die Feiertage auf eine Hundertschaft begrenzt werden, und viel geholzt und gebaut wird bei der winterlichen Witterung auch nicht. Daß stärkere Truppen über die Feiertage den Unwillen und die Zersetzung in der Polizei gefährlich zugespitzt hätten, ließ sich spätestens seit der Personalversammlung im Frankfurter Polizeipräsidium absehen. Heftige Beschwerden gegen die Verweigerung des Mitspracherechtes des Personalrats bei Gestaltung oder Veränderung der Dienstpläne, gegen Überstunden ohne Freizeitausgleich und Schichtdienst wurden dort geführt. 175 Beamte hätten auf Beförderung verzichtet und 43 ihre Degradierung beantragt, um die Versetzung durchzudrücken, berichtete der Personalratsvorsitzende. – Illusionen über den Baustopp sind also fehl am Platz – zumal ihn Regierung und FAG nicht auf die Untertunnelung der Okrifteler Straße anwenden wollen. Das aber fordern die BIs, und sie haben am gleichen Tag eine erneute Erklärung, in der die geplante Platzbesetzung für den Samstag nach Beginn der Bauarbeiten auf Baulos 2 bekräftigt wird, verabschiedet.

Aktionseinheit gegen Brokdorf-Prozesse

edd. Hamburg. Unter den Forderungen: „Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner! Sofortige Freilassung von Michael Duffke! Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo! Uneingeschränkte Demonstrations- und Versammlungsfreiheit!“ hat sich in Hamburg eine breite Aktionseinheit zur Durchführung einer Solidaritätsveranstaltung mit den Angeklagten in den Brokdorfprozessen gebildet. Einen gemeinsamen Aufruf haben bisher verabschiedet: ASTA der Uni, Aktionskreis Leben, Gewerkschafter gegen Atom, BBU Delegiertenplenum, Jungsozialisten in der SPD, BI Uhlenhorst (BBU-Mitglied), DKP, SDAJ, MSB Spartakus, GIM, KB, KBW, KPD, Grüne Landesverband. Auf der Veranstaltung sollen sprechen Angeklagte aus den Brokdorfprozessen, Rechtsanwälte, Rechtswissenschaftler zum Zusammenhang Brokdorf/Nürnberg und Verschärfung des Demonstrationsrechtes, Peter Bracker, Betriebsrat, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier OV Hamburg, ASTA, BBU, Heinrich Voß, Kläger gegen das AKW Brokdorf. Sie findet am 22. Januar im Audi Max statt. Die AL Hamburg hat einen Beschluß auf ihrer MV gefaßt, diese Veranstaltung zu unterstützen. Auf der GEW Landesvorstandssitzung liegt ein Antrag vor, ebenfalls zur Veranstaltung mitaufzurufen. Sie soll einen politischen Teil und einen Kulturteil haben, damit eine größere Geldsammlung für den Prozeßfonds zusammenkommt.

Solidaritätsfest für G. Härdle

kvz. Auf dem Solidaritätsfest der Härdle-Aktionseinheit zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Heidelberg wurden ca. 700 DM gesammelt. Es wurde bekanntgegeben, daß G. Härdle inzwischen in Ulm einsitzt – was ein „Resozialisierungsgefängnis“ ist (z.B. Wochenendausgang, Freigänger etc.). Der Bezirksvorstand der IG Druck und Papier Rhein-Neckar hatte am 12.12.1981 einen Beschluß gegen die Inhaftierung und gegen das Berufsverbot von G. Härdle gefaßt, sowie seine Unterstützung für das Amnestiebegehren für die Heidelberger Studentenprozesse.

Bundestagsparteien wollen sich amnestieren

kvz. Die Bonner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen rund 700 deutsche Unternehmer, die im Verdacht stehen, Parteispenden rechtswidrig unter Umgehung der steuerlichen Bestimmungen als Betriebskosten abgesetzt zu haben. Betroffen sein sollen auch zahlreiche Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien. Nach Wirtschaftsminister Lambsdorff brachte der „Spiegel“ jetzt auch Finanzminister Matthöfer mit den Spendenaffairen in Zusammenhang. Beide Politiker dementierten. Bisher undementiert blieb die Meldung des „Spiegel“, daß Vertreter der Koalition und Opposition gemeinsam einen Gesetzesentwurf vorbereitet haben, nach dem durch Grundgesetz- und Steuerrechtsänderungen eine Parteienfinanzierung durch den Staat und steuerliche Begünstigung von Parteispenden in größerem Umfang ermöglicht werden soll; außerdem ist eine Generalamnestie für alle vorgesehen, die sich bislang an Steuerhinterziehungen zum Nutzen der Parteien beteiligt haben.

Hannover:

Grüne Alternative Bürgerliste nützt der politischen Selbständigkeit der Arbeiterbewegung



2000 Teilnehmer auf der Kundgebung der Gewerkschaft ÖTV vor dem Rathaus Hannover anläßlich der Einbringung des Haushaltes.

ghe.Hannover. Zehn Wochen sind seit den Kommunalwahlen in Hannover vergangen. Bei diesen Wahlen hatte sich folgende Zusammensetzung des Stadtrats ergeben: CDU 28, SPD 28, FDP 4, Grüne Alternative Bürgerliste 4, DKP 1. Die bürgerliche Presse schrieb unmittelbar nach der Wahl von der drohenden „Unregierbarkeit" Hannovers. Gemeint war nicht, daß keine Regierung gebildet werden konnte, sondern gerade, daß auch eine Stadtratsmehrheit aus SPD, GABL, DKP möglich war. Die SPD konnte nicht mehr auf die FDP als „ständigen Bremser" verweisen, um ihre Politik zu rechtfertigen; eine CDU/FDP-Koalition hatte auch keine Mehrheit. Die SPD war auf einmal das „Zünglein an der Waage". In den folgenden Wochen wurden dann verschiedene Schachzüge zur Sicherung einer bürgerlichen Stadtratskoalition unternommen. Aber auf der anderen Seite hat sich auch etwas getan. Die Grüne Alternative Bürgerliste hat versucht, gegenüber der SPD konstruktive Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen einer linken Stadtratsmehrheit zu machen. Dies wiederum hat es den hannoverschen Gewerkschaften ermöglicht, offener und politisch selbständiger in den Auseinandersetzungen um den Stadthaushalt und die Kürzungspläne der Stadtverwaltung aufzutreten. (Vgl. Interview mit dem DGB-Kreisvorsitzenden Theilmann auf dieser Seite.) Die GABL hatte bereits in ihr Programm eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen aufgenommen. Nach den Wahlen sieht sie sich mit einem Schlage vor eine ganze Reihe sozialer Fragen gestellt, die sie ohne Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nicht lösen kann. Der politische Horizont der GABL wird weiter. Teilweise arbeiten Kräfte aus der Gewerkschaft ÖTV schon direkt mit. Es findet also ein Prozeß statt, in dem sich Grüne Alternative Bürgerliste und Gewerkschaftsbewegung gegenseitig fördern. Das wird aus der folgenden Chronik der letzten 10 Wochen in Hannover deutlich:

Chronik

28.9.: Am Tag nach der Wahl spricht die bürgerliche Presse von einer drohenden „Unregierbarkeit der Stadt"; die Bild-Zeitung deutet in Richtung Große Koalition. Jusos und Judos fordern die Einbeziehung der GABL in Koalitionsgespräche.

1.10.: Der Vorstand der Stadtwerke schlägt dem Aufsichtsrat neue Tariferhebungen für Gas, Strom und Wasser um 7,4%–14% vor, die spätestens zum 1.1.1982 in Kraft treten sollen. Die Gaspreise waren gerade erst im September 1980 um 12% und im Januar 1981 um 15% erhöht worden. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats ändert sich nach den Wahlen, die Erhöhungen sollen aber noch vom alten Aufsichtsrat beschlossen werden.

Nachdem am Vortag die FDP in einem Koalitionsgespräch mit der SPD keine Absichtserklärung gibt, wird jetzt bei einem Gespräch CDU/FDP Einigkeit darüber bekundet, daß im Verwaltungsausschuß die Sitzzahl erhöht werden soll, um die FDP rein zu kriegen, und daß die Möglichkeit geheimer Abstimmungen wieder in die Geschäftsordnung des Rates aufgenommen werden soll.

2.10.: In der Presse wird der Plan bekannt, zum 1.1.1982 die Fahrpreise im Großraumverkehr um ca. 11% zu erhöhen. Eine Vorentscheidung soll darüber im Großraum-Verkehrsausschuß zum 20.10. fallen. Auch hier ist noch die alte Zusammensetzung des Ausschusses am Werk.

Die GABL hat beschlossen, Forderungen für Verhandlungen mit der SPD auf Grundlage ihres Programms zu erarbeiten. Es findet ein erstes Gespräch SPD – GABL statt. Davon veröffentlicht die GABL (wie auch im folgenden) Protokollnotizen. Die SPD erklärt, eine Übereinkunft sei möglich.

3.10.: In der Presse erscheint eine „vertrauliche" Dezernenten-Vorlage aus der Stadtverwaltung, die drastische Sparmaßnahmen im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung 1982 enthält: 7 Mio. DM Streichung im Bereich Jugend/Soziales, 300 Stellenstreichungen bei der Stadt; Gebührenerhöhung bei Bibliotheken, Gebührenerhöhungen u.a. mehr. Der Oberbürgermeister Schmalstieg erklärt, er habe davon zum erstenmal aus der Zeitung erfahren. CDU und FDP begrüßen Teile der Vorschläge. Die GABL erklärt, daß sie die Vorschläge ablehnt und als Versuch sieht, durch vollendete Tatsachen die Möglichkeit einer linken Ratsmehrheit zu hintertreiben.

6.10.: Es wird weiter bekannt, daß die Verwaltung die Übergabe von 8 öffentlichen Kindertagesstätten an „Freie Träger" plant. Stadtjugendring, GEW, Jungsozialisten protestieren gegen die Sparpläne. Die GABL erklärt den Verzicht auf soziale Kürzungen für unabdingbar für gemeinsames Vorgehen mit der SPD im Rat. Der SPD-Unterbezirksvorstand äußert sich verärgert über die Verwaltung. Er will „soziale Maßstäbe" ans Sparen legen. Der SPD-Ortsverein Norstadt sieht weitgehende Übereinstimmung zwischen den Verwaltungsvorschlägen und dem Kommunalwahlprogramm der CDU.

7.10.: Die FDP erklärt, eine Zusammenarbeit zwischen SPD und GABL sei für die FDP unakzeptabel.

8.10.: Über 200 Jugendzentren machen aus dem Rathaus ein Jugendzentrum: Es wird in der Vorhalle und den Fluren Fußball, Tischtennis, Gitarre gespielt, Rollschuh gelaufen, Fahrrad gefahren (und repariert), gemalt und gesungen. Der Stadtjugenddezernent Beste erscheint. Ein Mädchen fordert ihn zum Gespräch mit den Jugendlichen auf. Darauf Beste: „So ein hübsches Kind wie Sie möchte ich lieber allein sprechen." Dann läßt er die Polizei holen.

9.10.: Der DGB fordert Jugenddezernent Beste auf, sich bei den Jugendlichen für seine Äußerung zu entschuldigen. Die Empörung in der Stadt ist groß. 111 Mitarbeiter in städtischen Jugendeinrichtungen fordern den Rücktritt Bestes.

Die SPD erklärt gegenüber der GABL, sie könne keine definitiven Zusagen bei den Haushaltsstreichungen machen.

13.10.: Die Stadtverwaltung antwortet auf eine Forderung, die die GABL in Koalitionsgesprächen erhoben hat, und deren Prüfung die SPD zugesagt hat: Vorkaufsrecht für das Gelände und die Gebäude der stillgelegten Sprengelfabrik wahrnehmen! Die Verwaltung erklärt, ein solches Vorkaufsrecht gebe es nicht. Sie habe dem Käufer, dem Hamburger Wohnungsbauunternehmen Jensen, nämlich eine Verzichtsbescheinigung auf das Vorkaufsrecht ausgestellt. Außerdem fehle ein rechtsgültiger Bebauungsplan. Die GABL erklärt, in Zusammenarbeit mit der Sprengel-Bürgerinitiative einen Bebauungsplan vorlegen zu wollen. Zu einer Verzichtserklärung habe die Verwaltung kein Recht.

19.10.: Die GABL legt einen Forderungskatalog „Wendepunkt in der hannoverschen Kommunalpolitik" als Grundlage für weitere Verhandlungen vor. Schwerpunkte sind dabei Ablehnung der sozialen Streichungen, Ablehnung der Fahrpreiserhöhungen und ein 10 Mio. DM Radwegeprogramm, Senkung der Grundpreise für Strom und Gas, Kündigung der Atombeteiligungen der Stadtwerke, ein alternatives Energiegutachten. Vorkaufsrecht für das Sprengel-Gelände, Ablehnung des Projektes „Gewerbepark Kronsberg", keine Militärelektronikschau (IDEE), Sicherung alternativer Kulturprojekte.

22.10.: Die CDU macht den Vorschlag, das Amt des Oberbürgermeisters zwischen CDU, SPD und FDP dreizuteilen. Entsprechend die Dezernentenstellen. Das ist der offene Vorschlag zur Allparteien-Koalition. Der Verkehrsausschuß billigt (in alter Zusammensetzung) die Fahrpreiserhöhungen zum 1.1.1982.

26.10.: Der Vorsitzende der ÖTV Hannover, Sommer, kritisiert in der Presse die Sparpläne und die Koalitionsverhandlungen: „Die laufenden Koalitionsgespräche in Hannover werden zum Teil mit einer Arroganz geführt, die nicht mehr tragbar ist. Man plant Personalabschaffungskommissionen, die an die sogenannte Mordkommission der 50er Jahre erinnern, und drückt der Kollegenschaft damit einen Negativ-Stempel auf." Mögliche Absprachen zwischen CDU-SPD und FDP auf Kosten des städtischen Personals werde man nicht widerspruchslos hinnehmen.

Es sickert durch, daß die Verhandlungskommissionen von SPD und FDP ein gemeinsames Papier mit Schwerpunkt Haushaltssanierung erarbeitet haben.

Jugendliche besetzen kurzfristig die Sprengel-Fabrik. Als die Polizei räumt und GABL-Ratsherren mit verhafteten Jugendlichen auf dem Gelände sprechen wollen, werden sie mit der chemischen Keule angegriffen.

29.10. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke erhöht die Gaspreise bereits zum 1.11. um 14%, Strom ab 1.1.1982 um 7,4%. Der FDP-Ratsherr Schwarzkopf verfaßt eine persönliche Presseerklärung für den CDU-Vorschlag, den OB-Posten zu teilen. Gleichzeitig wird bestätigt, daß es ein gemeinsames Papier in den Verhandlungen SPD/FDP gibt. In dieser Lage gibt der DGB-Kreisvorsitzende Theilmann der „Neuen Hannoverschen Presse" ein Interview, in dem er schwere Bedenken gegen die Zusammenarbeit SPD – FDP äußert, und die SPD auf Alternativen hinweist. (siehe Kasten)

3.11.: Die SPD-Fraktion und die Parteigremien der SPD billigen eine Koalitionsvereinbarung mit der FDP, die u.a. einen 5%-Personalabbau bei der Stadt bis 1986, Gebührenerhöhungen und Erhöhungen, Prüfung verschiedener Privatisierungsvorschläge, Einrichtung des Gewerbeparks Kronsberg, Reduzierung der „Unterdeckung" im Gesundheitswesen, Schließung von Bädern, Jugendeinrichtungen und kulturellen Einrichtungen umfaßt. Außerdem Wiedereinführung geheimer Abstimmungen im Rat, Berücksichtigung der CDU bei Dezernentenstellen. Dafür soll Schmalstieg OB werden.

4.11.: Die GABL stellt nochmals 4 Minimalforderungen auf: Keine Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich; 10 Mio. DM-Radwegenetz; Erhaltssatzung und Bebauungsplan nach dem Konzept der BI Sprengel für das Fabrikgelände; Erhöhung der Förderung selbständiger Theatergruppen auf 10% des Staatstheater-Etats.

8.11.: Die SPD antwortet auf die Forderungen der GABL, und macht zu keiner eine definitive Zusage.

NP: Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang denn den Ratspoker in Hannover?

Theilmann: Da will ich meine große Sorge gar nicht verhehlen. Bei den gegenwärtigen Erfahrungen in Bonn kann ich mir nicht recht vorstellen, wie die SPD hier mit der FDP Politik für Arbeitnehmer machen kann. Es muß befürchtet werden, daß auch hier die FDP die Sozialdemokraten zwingen wird, eigene tragende politische Bekenntnisse zur Diskussion zu stellen. Und daß früher selbstverständliche Gemeinsamkeiten zwischen SPD und DGB in klassischen Bereichen ins Wanken kämen.

NP: Sehen Sie denn Alternativen für die hannoversche SPD?

Theilmann: Für mich persönlich und weite Teile der Gewerkschaften wären Alternativen zu einem SPD/FDP-Bündnis schon denkbar. Da muß man einfach umdenken: Jeder gewählte Mandatsträger besitzt die gleiche politische Legitimation, und Ratsentscheidungen sind dadurch so oder so legitimiert.

NP: Sie meinen damit auch GABL und DKP?

Theilmann: Ich meine: Wenn man sich schon darauf einrichten muß, Sachprogramme mit wechselnden Mehrheiten durchzusetzen, dann hielte ich es aus Sicht der Arbeitnehmer auch für denkbar, um wechselnde Mehrheiten zu ringen. Und dabei sollte es keine Tabus von vornherein geben.

Quelle: Neue Hannoversche Presse, 30. 10.1981

11.11.: Die ÖTV erklärt in der Presse zum Koalitionspapier SPD/FDP, daß sie die Stellenstreichungen und die Kürzungen im Sozialbereich ablehnt und kündigt Widerstand an.

Die GABL erklärt, daß sie Schmalstieg angesichts der gemeinsamen Ziele von SPD und FDP nicht wählen wird, und im Fall eines Scheiterns im 1. Wahlgang (wo absolute Mehrheit notwendig ist) Neuverhandlungen fordern wird. Die GABL bildet mit der DKP eine Gruppe im Rat, weil nur so ein Sitz im Verwaltungsausschuß zu bekommen ist. Eine gemeinsame Politik wird nicht vereinbart, sondern die Gruppenbildung auf diesen Zweck begrenzt.

12.11.: Erste Stadtratssitzung nach den Wahlen und der Oberbürgermeisterwahl. Schmalstieg wird im 1. Wahlgang mit 33 Stimmen (Mindestzahl für absolute Mehrheit) gewählt. Die 33. Stimme kommt von der DKP, die ihre Wahl Schmalstiegs mit der „Gefahr eines CDU-Oberbürgermeisters" begründet. Gegen die Stimmen von GABL und DKP wird die geheime Abstimmung in die Geschäftsordnung eingefügt.

19.11.: Zweite Stadtratssitzung. Die GABL macht einen Anfrage zum geplanten Kraftwerkbau in Misburg. Misburger SPD-Ratsherren machen ebenfalls Bedenken gegen das Projekt geltend. Mit 33 SPD, GABL, DKP-Stimmen wird ein Antrag von CDU/FDP abgelehnt, die Ratstagesordnung zukünftig auch in der „Bild-Zeitung" zu veröffentlichen. Der GABL wird seitens der SPD/FDP der Ausschußvorsitz Grünflächen zugesprochen. Die GABL nimmt ihn an.

26.11.: Dritte Ratssitzung und Einbring des Haushaltsentwurfs 1982 durch die Verwaltung in den Rat. Der Entwurf sieht vor: 325 Stellenstreichungen, Schließung mehrerer Jugendzentren, des Goseriedesbades, Eintrittspreise für Museen, Büchereien, Erhöhung für den Zoo, Schließung des Kommunalen Kinos, weniger Zuschüsse zum sozialen Wohnungsbau mit direkter Folge von Mieterhöhungen für ca. 10000 Hannoveraner, Erhöhung der Grundsteuer und der Wegeabgaben.

Die Gewerkschaft ÖTV macht vor dem Rathaus eine Kundgebung, zu der auch die Jugendzentren, die Eltern der von Privatisierung bedrohten Kitas und verschiedene politische Organisationen kommen. 2000 nehmen daran teil. Die Gewerkschaft ÖTV kündigt Widerstand gegen die Sparbeschlüsse an. Die GABL stellt im Rat einen Antrag gegen die Sparbeschlüsse. GABL- und DKP-Ratsmitglieder verlassen die Ratssitzung, um mit den Kundgebungsteilnehmern zu sprechen.

Inzwischen werden die Punkte des Haushaltsentwurfs in verschiedenen Ausschüssen und Gremien beraten. Das Hauptproblem der GABL ist im Moment, durch bessere Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Bürgerinitiativen und durch Aufbau funktionierender Arbeitsgruppen die Fülle der Fragen und des Materials in den Griff zu kriegen. Die AG Haushalt/Finanzen hat mit der Durchsicht des Haushaltsentwurfs begonnen und plant für Januar 1982 ein Wochenendseminar zu Problemen der Stadtfinanzen.



Antwort auf die Unverschämtheit des schmierigen Stadtjugenddezernenten: Er kriegt eine Pornopuppe auf den Schreibtisch mit der Aufschrift „Hallo Klaus Beste! Ich bin das schöne Kind und stehe Dir zu Diensten!"

mit den Gewerkschaften nicht lösen kann. Der politische Horizont der GABL wird weiter. Teilweise arbeiten Kräfte aus der Gewerkschaft ÖTV schon direkt mit. Es findet also ein Prozeß statt, in dem sich Grüne Alternative Bürgerliste und Gewerkschaftsbewegung gegenseitig fördern. Das wird aus der folgenden Chronik der letzten 10 Wochen in Hannover deutlich:

Chronik

28.9.: Am Tag nach der Wahl spricht die bürgerliche Presse von einer drohenden „Unregierbarkeit der Stadt";

3.10.: In der Presse erscheint eine „vertrauliche" Dezernenten-Vorlage aus der Stadtverwaltung, die drastische Sparmaßnahmen im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung 1982 enthält: 7 Mio. DM Streichung im Bereich Jugend/Soziales, 300 Stellenstreichungen bei der Stadt; Gebührenerhöhung bei Bibliotheken, Gebührenerhöhungen u.a. mehr. Der Oberbürgermeister Schmalstieg erklärt, er habe davon zum erstenmal aus der Zeitung erfahren. CDU und FDP begrüßen Teile der Vorschläge. Die GABL erklärt, daß sie die Vorschläge ablehnt und als Versuch sieht, durch vollendete

Die SPD erklärt gegenüber der GABL, sie könne keine definitiven Zusagen bei den Haushaltsstreichungen machen.

13.10.: Die Stadtverwaltung antwortet auf eine Forderung, die die GABL in Koalitionsgesprächen erhoben hat, und deren Prüfung die SPD zugesagt hat: Vorkaufsrecht für das Gelände und die Gebäude der stillgelegten Sprengelfabrik wahrnehmen! Die Verwaltung erklärt, ein solches Vorkaufsrecht gebe es nicht. Sie habe dem Käufer, dem Hamburger Wohnungsbauunternehmen Jensen, nämlich eine Verzichtsbescheinigung auf das Vorkaufsrecht ausgestellt. Außerdem fehle ein rechtsgültiger Bebauungsplan. Die GABL erklärt, in Zusammenarbeit mit der Sprengel-Bürgerinitiative einen Bebauungsplan vorlegen zu wollen. Zu einer Verzichtserklärung habe die Verwaltung kein Recht.

19.10.: Die GABL legt einen Forderungskatalog „Wendepunkt in der hannoverschen Kommunalpolitik" als Grundlage für weitere Verhandlungen vor. Schwerpunkte sind dabei Ablehnung der sozialen Streichungen, Ablehnung der Fahrpreiserhöhungen und ein 10 Mio. DM Radwegeprogramm, Senkung der Grundpreise für Strom

weist. (siehe Kasten)

3.11.: Die SPD-Fraktion und die Parteigremien der SPD billigen eine Koalitionsvereinbarung mit der FDP, die u.a. einen 5%-Personalabbau bei der Stadt bis 1986, Gebührenerhöhungen und Erhöhungen, Prüfung verschiedener Privatisierungsvorschläge, Einrichtung des Gewerbeparks Kronsberg, Reduzierung der „Unterdeckung" im Gesundheitswesen, Schließung von Bädern, Jugendeinrichtungen und kulturellen Einrichtungen umfaßt. Außerdem Wiedereinführung geheimer Abstimmungen im Rat, Berücksichtigung der CDU bei Dezernentenstellen. Dafür soll Schmalstieg OB werden.

4.11.: Die GABL stellt nochmals 4 Minimalforderungen auf: Keine Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich; 10 Mio. DM-Radwegenetz; Erhaltssatzung und Bebauungsplan nach dem Konzept der BI Sprengel für das Fabrikgelände; Erhöhung der Förderung selbständiger Theatergruppen auf 10% des Staatstheater-Etats.

8.11.: Die SPD antwortet auf die Forderungen der GABL, und macht zu keiner eine definitive Zusage.

Stimmen wird ein Antrag von CDU/FDP abgelehnt, die Ratstagesordnung zukünftig auch in der „Bild-Zeitung" zu veröffentlichen. Der GABL wird seitens der SPD/FDP der Ausschußvorsitz Grünflächen zugesprochen. Die GABL nimmt ihn an.

26.11.: Dritte Ratssitzung und Einbring des Haushaltsentwurfs 1982 durch die Verwaltung in den Rat. Der Entwurf sieht vor: 325 Stellenstreichungen, Schließung mehrerer Jugendzentren, des Goseriedesbades, Eintrittspreise für Museen, Büchereien, Erhöhung für den Zoo, Schließung des Kommunalen Kinos, weniger Zuschüsse zum sozialen Wohnungsbau mit direkter Folge von Mieterhöhungen für ca. 10000 Hannoveraner, Erhöhung der Grundsteuer und der Wegeabgaben.

Die Gewerkschaft ÖTV macht vor dem Rathaus eine Kundgebung, zu der auch die Jugendzentren, die Eltern der von Privatisierung bedrohten Kitas und verschiedene politische Organisationen kommen. 2000 nehmen daran teil. Die Gewerkschaft ÖTV kündigt Widerstand gegen die Sparbeschlüsse an. Die GABL stellt im Rat einen Antrag gegen die Sparbeschlüsse. GABL-

Brokdorf-Prozeß ohne Öffentlichkeit

Dem Gericht ist kein Mittel zu schade, um schwere, politische Strafen durchzusetzen

g.Bremen. Am 26.11.1981, dem 14. Verhandlungstag im Prozeß gegen Markus Mohr und Michael Duffke, fliegen zu Beginn der Vernehmung des Fotografen Tobias Heldt Farbeier gegen das Gericht und den Zeugen. Darin verschafft sich die Tatsache Ausdruck, daß es diesen Prozeß nicht geben würde, wenn nicht ein Journalist mit einem reißerischen Foto, auf dem zwei Demonstranten auf einen Polizisten im Wassergraben einschlagen, Geld und Politik machen würde; daß M. Duffke nicht in Haft wäre, wenn Staatsanwaltschaft und Gericht nicht weitere Fotos unter Mißachtung der Pressefreiheit beschlagnahmt und in das Verfahren eingeführt hätten. Seither ist nach der Brokdorf-Demonstration vom 28.2.81 wenig vom forciert betriebenen Weiterbau des AKW Brokdorf die Rede, viel aber von den „Brokdorf-Schlägern", die einen Polizisten fast umgebracht hätten.

Die Öffentlichkeit, AKW-Gegner, die das Verfahren als Versuch angreifen, den Widerstand gegen die Durchsetzung des AKW-Programms insgesamt zu brechen, war dem Landgericht Itzehoe dabei lästig. An einen fairen Prozeß haben die Zuhörer von vorneherein nicht geglaubt, sondern immer die Einstellung des Verfahrens gefordert. Nicht vor dem Gericht waren sie aufgestanden, sondern spontan bei Erscheinen der Landwirtin und Zeugin Bolten, deren Hof von den Emissionen des geplanten AKW bedroht ist. „Angeklagt sind wir alle" war das Schlüsselwort, um zu begreifen, daß sich das Gericht mit der Öffentlichkeit im Saal jeweils einer einzigen Anklagebank gegenübersah. Die Farbeier waren der willkommene Anlaß, diese Angeklagten von der weiteren Verhandlung auszuschließen und im Punkt Mohr und im Punkt Duffke zu isolieren. Niemand könne verlangen – so der Vorsitzende – daß die Richter als „Schießbudenfiguren" herhielten.

Damit nicht genug. Das Gericht schloß im selben Beschluß gleichzeitig den Teil der Presse aus dem Verfahren aus, der bisher besonders kritisch über das Verfahren berichtet hatte. Als Pressevertreter wird nur noch zugelassen, wer hauptberuflich Journalist ist und einen Presseausweis besitzt.

Die als allgemeine Regelung geplante Anordnung des Gerichts traf die freien Mitarbeiter von „tageszeitung" und „Neue", die nur Bestätigungen ihrer Redaktionen und Kopien abgedruckter Artikel vorlegen konnten. Vergeblich protestierte der Vorstand der Deutschen Journalistenunion gegen diese beispiellose Zensurmaßnahme. Auch das von den Journalisten angerufene OLG Schleswig erklärte sich unzuständig bei dieser Maßnahme der Sitzungspolizei.

Gewährleisten wollte die Jugendkammer damit die „künftige unbeschränkte Wahrheitserforschung". Vom äußeren scheint auch ruhigeres Fahrwasser erreicht: Die Absperrgitter zum Schutz des Landgerichts sind eingezogen worden, das bisherige Polizeiheerlager zumindest verkleinert. Der Schein trügt jedoch. Hinter den Mauern geht die Jugendkammer daran, Wahrheit unmißverständlich nach politischen Erfordernissen zu definieren. An die Anträge der Staatsanwaltschaft, die den Mordvorwurf schon lange hatte fallen lassen, sei man nicht gebunden. Die Verteidigung hatte durch Vernehmung der Ärzte, die den SK-Polizisten Schütt behandelt hatten, nachgewiesen, daß dieser bei dem Vorfall im Graben durch die Schläge vielleicht Sternchen gesehen (so Schütt selbst), jedoch keine sonstige nachweisbare Verletzung erlitten hatte. Die bundesweite Fernsehfahndung beruhte also bereits auf einer Zwecklüge, wenn dort die Staatsanwaltschaft behauptet hatte, der Polizist sei durch den Vorfall lebensgefährlich verletzt worden. Als daraufhin Haftaufhebung für Michael Duffke beantragt wurde, der mehr als 8 Monate Untersuchungshaft hinter sich hat, lehnte das Gericht das mit der Begründung ab:

„Wenngleich nach den Bekundungen der Ärzte ... der Polizeibeamte Schütt keine dauerhaften Verletzungen davongetragen, sich insbesondere der Verdacht des Schädelbasisbruchs nicht bestätigt hat, so sagt dies allein noch nichts über das Vorliegen einer konkreten Lebensgefährdung zum Zeitpunkt der Begehung der den Angeklagten vorgeworfenen Taten." Im selben Zusammenhang spricht das Gericht davon, daß möglicherweise doch bedingter Tötungsvorsatz vorliege.

Einen Beweisantrag auf Vernehmung verschiedener Journalisten, des Innenministers Barschel und des Leiters der Schutzpolizei Schleswig-Holstein, da Schütt den Vorfall im Graben vor und nach Erscheinen des Fotos völlig verschieden geschildert hat, lehnte das Gericht ab. Das Manöver mit dem Mordvorwurf aufzuklären, der das Verfahren schon bisher als Vorurteil bestimmt hat, würde die Durchsetzung des ins Auge gefaßten scharfen Urteils nur erschweren.

„Ein haßerfülltes Gericht, das nur noch befangen ist", urteilte einer der Verteidiger, als Markus Mohr vom Gericht nicht gehindert wird, aus Protest gegen den verweigerten Einlaß eines Klägers gegen das AKW Brokdorf „für den Rest des Tages den Sitzungssaal zu verlassen", um ihn anschließend vor dem Gericht mit einem neuen Haftbefehl wegen Fluchtgefahr wieder festzunehmen. Dies mit der falschen Behauptung, das Gericht habe ihn nicht gehen lassen, sondern ausdrücklich aufgefordert, wieder Platz zu nehmen. Im Landgericht Itzehoe findet sich jedoch kein Richter, der diese Befangenheit auch ausspricht, wie schon vorher steht auch in diesem Fall „Aussage gegen Aussage"; selbst eidesstattliche Versicherungen von Journalisten und das gerichtliche Tonband, das die Richter der Lüge überführen würde, werden ignoriert.

Lehrer, GEW, Schulkonferenzen gegen Berufsverbot für Lehrerinnen

hes. Weit über die Landesgrenzen hinaus sind die Äußerungen des Präsidenten des Bremer Senats, Koschnick, gegen den Radikalenerlaß bekanntgeworden. Bedeuteten sie für die Hansestadt das Ende einer langen Reihe von Berufsverboten? Die Entlassung von Kommunisten aus dem Öffentlichen Dienst wurde in Bremen ohne Unterbrechung weiterbetrieben. Es zeigte sich, daß Koschnick nichts anderes beabsichtigt hatte, als Teile der Bewegung zu gewinnen und radikale Auffassungen weiterhin zu isolieren. Daß der Schuß jedoch auch nach hinten losging, wurde insbesondere bei den Entlassungsverfahren gegen die beiden Lehrerinnen Barbara Larisch und Heidi Schelhowe deutlich.

War es bei früheren Disziplinarmaßnahmen zu zwar radikalen, aber kaum zu Aktionen gekommen, die von Mehrheiten getragen waren, scheiterten diese Entlassungen im ersten Anlauf an Personalrat und Einigungsstelle. Die Begründung für die Ablehnung des Personalrats: Der Senatspräsident habe sich öffentlich anders geäußert. Der Senat mußte von seinem Letztentscheidungsrecht Gebrauch machen; zum 31.12.79 wurden die Entlassungen ausgesprochen. Durchsetzen wollte der Senat die Entlassung allerdings nicht, das sollten die Gerichte tun. So gingen die Verfahren durch zwei Instanzen, während die beiden Lehrerinnnen weiterhin an ihren Schulen unterrichteten. Man hoffte auf Zersetzung der Bewegung, Ablenkung vom Senat als Gegner, Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Gerichten. Im November '81 stellte das OVG Bremen die Rechtmäßigkeit der Entlassungen fest.

In der vergangenen Woche wurde dann schließlich doch vom Senat die sofortige Vollziehung der Entlassungen angeordnet, nachdem deutlich geworden war, daß die Bewegung nicht zersetzt war, sondern nach wie vor gegen diese Entlassungen kämpfte und den Gegner klar im Blick hatte:

Die Personalversammlung aller bremischen Lehrer beschloß nach dem Urteil mit nur 6 Gegenstimmen eine Aufforderung an den Senat, die Lehrerinnen weiterzubeschäftigen; die GEW startete eine Unterschriftensammlung an allen Bremer Schulen. An den Schulen der Betroffenen haben die Schulkonferenzen (Gremium der Eltern-, Lehrer- und Schülervertreter) unmittelbar vor bzw. nach den Prozessen Briefe gegen die Entlassung verabschiedet. An der Gesamtschule Ost, wo Barbara Larisch unterrichtete, ist es zu zahlreichen Aktionen von Eltern, Lehrern und Schülern bis hin zu streikähnlichen Maßnahmen gekommen. Diskutiert wurde u.a., die Lehrerin von seiten der Eltern und Kollegen gegen den Willen des Senats weiterzubeschäftigen. Es gibt jetzt nach dem Vollzug der Entlassungen auch resignative Stimmen, die nur die Möglichkeit des Verzichts auf die Verteidigung politischer Rechte sehen. Meines Erachtens ist aber klar, daß dem Senat mit diesen Kämpfen Grenzen gezogen wurden für die politische Unterdrückung der Lehrerschaft, auch unabhängig davon, ob der Senat noch gezwungen werden kann, die Lehrerinnen weiterzubeschäftigen, z.B. in einem Angestelltenverhältnis.

Veranstaltungen

Schulungen:
Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Sonntag, 27.12.81, 14.00 Uhr
Schluß: Mittwoch, 6.1.1982
Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Sonntag, 27.12.81, 14.00 Uhr
Schluß: Freitag, 8.1.1982
Für die Schulungen wird ein Unkostenbeitrag für Unterbringung und Verpflegung von 20 DM/Tag erhoben.

Arbeitsgruppen:
Arbeitsgruppe II „Erfahrungen der Diktatur des Proletariats"
Behandelt wird das Buch von Peter W. Schulze, Herrschaft und Klassen in der So-

Werk über die Ausbildung des Monopolkapitalismus und Imperialismus. Die Ausarbeitungen über die anderen „klassischen" Ansätze der Imperialismus-Analyse sollten rasch an die Zentrale geschickt werden.
Beginn: Samstag, 9. Januar, 14.00 Uhr
Schluß: Sonntag, 10. Januar
Arbeitsgruppe I „Reproduktion des Kapitals in der BRD"
Behandelt wird auf dem Treffen das Sachverständigengutachten, der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und das Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik 1981. Außerdem sollten bis dahin spätestens die von einzelnen Genossen übernommenen Ausarbeitungen zu bestimmten Schriften fertiggestellt sein.
Beginn: Samstag, 23. Januar, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24. Januar
Arbeitsgruppe „Wohnungspolitik"

Autobahn durch Tegeler Forst skrupellos
Wissenschaftliches Gutachten liegt dem Verwaltungsgericht vor

kea. Westberlin. Gegen den geplanten Autobahnbau durch das Naturschutz- und Erholungsgebiet Tegeler Forst in Westberlin hat sich im letzten Monat ein breiterer Widerstand entwickelt, nachdem verschiedene Bürgerinitiati- billigere Lösungen noch nicht einmal auf eine Diskussion einlassen will, liegt einmal mehr daran, daß nicht von den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgegangen wird, sondern z.B. vom Profitinteresse der Bauwirtschaft (veran- achtens wachsen gegenwärtig auf dem Gebiet, auf dem die Trassenführung geplant ist, 269 verschiedene Pflanzenarten (gegenüber 163 im Grunewald). 33 dieser Pflanzenarten seien gefährdet und 17 Arten gehörten zu den seltenen.

scheinen der Landwirtin und Zeugin Bolten, deren Hof von den Emissionen des geplanten AKW bedroht ist. „Angeklagt sind wir alle" war das Schlüsselwort, um zu begreifen, daß sich das Gericht mit der Öffentlichkeit im Saal jeweils einer einzigen Anklagebank gegenübersah. Die Farbeier waren der willkommene Anlaß, diese Angeklagten von der weiteren Verhandlung auszuschließen und im Punkt Mohr und im Punkt Duffke zu isolieren. Niemand könne verlangen – so der Vorsitzende – daß die Richter als „Schießbudenfiguren" herhielten.
Damit nicht genug. Das Gericht schloß im selben Beschluß gleichzeitig den Teil der Presse aus dem Verfahren aus, der bisher besonders kritisch über das Verfahren berichtet hatte. Als Pressevertreter wird nur noch zugelas-
leicht Sternchen gesehen (so Schütt selbst), jedoch keine sonstige nachweisbare Verletzung erlitten hatte. Die bundesweite Fernsehfahndung beruhte also bereits auf einer Zwecklüge, wenn dort die Staatsanwaltschaft behauptet hatte, der Polizist sei durch den Vorfall lebensgefährlich verletzt worden. Als daraufhin Haftaufhebung für Michael Duffke beantragt wurde, der mehr als 8 Monate Untersuchungshaft hinter sich hat, lehnte das Gericht das mit der Begründung ab:
„Wenngleich nach den Bekundungen der Ärzte ... der Polizeibeamte Schütt keine dauerhaften Verletzungen davongetragen, sich insbesondere der Verdacht des Schädelbasisbruchs nicht bestätigt hat, so sagt dies allein noch nichts über das Vorliegen einer konkreten Lebensgefährdung zum Zeitpunkt
richt nicht gehindert wird, aus Protest gegen den verweigerten Einlaß eines Klägers gegen das AKW Brokdorf „für den Rest des Tages den Sitzungssaal zu verlassen", um ihn anschließend vor dem Gericht mit einem neuen Haftbefehl wegen Fluchtgefahr wieder festzunehmen. Dies mit der falschen Behauptung, das Gericht habe ihn nicht gehen lassen, sondern ausdrücklich aufgefordert, wieder Platz zu nehmen. Im Landgericht Itzehoe findet sich jedoch kein Richter, der diese Befangenheit auch ausspricht, wie schon vorher steht auch in diesem Fall „Aussage gegen Aussage"; selbst eidesstattliche Versicherungen von Journalisten und das gerichtliche Tonband, das die Richter der Lüge überführen würde, werden ignoriert.
die Verfahren durch zwei Instanzen, während die beiden Lehrerinnnen weiterhin an ihren Schulen unterrichteten. Man hoffte auf Zersetzung der Bewegung, Ablenkung vom Senat als Gegner, Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Gerichten. Im November '81 stellte das OVG Bremen die Rechtmäßig-
aber klar, daß dem Senat mit diesen Kämpfen Grenzen gezogen wurden für die politische Unterdrückung der Lehrerschaft, auch unabhängig davon, ob der Senat noch gezwungen werden kann, die Lehrerinnen weiterzubeschäftigen, z.B. in einem Angestelltenverhältnis.

Veranstaltungen

Schulungen:

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Sonntag, 27.12.81, 14.00 Uhr
Schluß: Mittwoch, 6.1.1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Sonntag, 27.12.81, 14.00 Uhr
Schluß: Freitag, 8.1.1982

Für die Schulungen wird ein Unkostenbeitrag für Unterbringung und Verpflegung von 20 DM/Tag erhoben.

Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe II **„Erfahrungen der Diktatur des Proletariats"**
Behandelt wird das Buch von Peter W. Schulze, Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft, Campus-Verlag 1977. Das Buch wird kapitelweise behandelt unter Heranziehung der Ausarbeitungen der Mitglieder der Arbeitsgruppe über weitere Literatur. Die Ausarbeitungen sollen jetzt vollends rasch an uns geschickt werden, damit wir sie zusammenstellen können. Die Manuskripte sollen in vervielfältigbarer Form geschickt werden.
Beginn: Samstag, 2.1.82, 10.00 Uhr
Schluß: Sonntag, 3.1.82
Unkostenbeitrag für Unterbringung und Verpflegung: 31 DM

Arbeitsgruppe III **„Imperialismus"**
Behandelt werden soll Hilferdings „Finanzkapital" als dem für die Theoriebildung der II. und III. Internationale grundlegenden Werk über die Ausbildung des Monopolkapitalismus und Imperialismus. Die Ausarbeitungen über die anderen „klassischen" Ansätze der Imperialismus-Analyse sollten rasch an die Zentrale geschickt werden.
Beginn: Samstag, 9. Januar, 14.00 Uhr
Schluß: Sonntag, 10. Januar

Arbeitsgruppe I **„Reproduktion des Kapitals in der BRD"**
Behandelt wird auf dem Treffen das Sachverständigengutachten, der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und das Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik 1981. Außerdem sollten bis dahin spätestens die von einzelnen Genossen übernommenen Ausarbeitungen zu bestimmten Schriften fertiggestellt sein.
Beginn: Samstag, 23. Januar, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24. Januar

Arbeitsgruppe **„Wohnungspolitik"**
Beginn: Samstag, 9.1.82, 14.00 Uhr
Schluß: Sonntag, 10.1.82
Unkostenbeitrag für Unterbringung und Verpflegung: 25,50 DM

Arbeitskreis **„Kernenergie"**
Samstag/Sonntag, 16./17. Januar 1982

Arbeitsgruppe **„Gesundheitspolitik"**
Samstag, Sonntag, 23./24.1.1982

Die Schulungen und Arbeitsgruppen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Dort ist eine Anmeldung bis spätestens eine Woche vorher notwendig. Weitere Informationen sind ebenfalls dort zu erhalten.

Autobahn durch Tegeler Forst skrupellos

Wissenschaftliches Gutachten liegt dem Verwaltungsgericht vor

kea. Westberlin. Gegen den geplanten Autobahnbau durch das Naturschutz- und Erholungsgebiet Tegeler Forst in Westberlin hat sich im letzten Monat ein breiterer Widerstand entwickelt, nachdem verschiedene Bürgerinitiativen, Naturschützer und Wissenschaftler die Öffentlichkeit gegen die bevorstehenden Baumaßnahmen mobilisiert hatten. Noch für Dezember dieses Jahres war ursprünglich die Rodung von ca. 80000 Waldbäumen geplant gewesen und nur durch die Öffentlichkeitsarbeit und erste Widerstandsaktionen der BI's konnte erreicht werden, daß Bausenator Rastemborski die Rodung bis zu einer Verwaltungsgerichtsentscheidung vorläufig zurückgestellt hat, nachdem das Gericht selbst eine entsprechende Bitte ausgesprochen hatte. Die Rodungsdrohung kann allerdings bereits Anfang des nächsten Jahres wieder akut werden.

Bei der geplanten Autobahn handelt es sich um ein Projekt, mit dem nach Aussage des Senats ein „notwendiger" zusätzlicher Anschluß an die DDR-Autobahn Berliner Ring geschaffen werden soll, um den Transitverkehr nach Hamburg zu vereinfachen. Gegen dieses Argument ist von den Bürgerinitiativen nachgewiesen worden, daß bei einer Nutzung des DDR-Angebotes zur Wiedereröffnung des Grenzüberganges Staaken auch die geringste Notwendigkeit des Tegeler Autobahnprojekts hinfällig wird. Es ist aber bekanntgeworden, daß der Westberliner Senat auf das DDR-Angebot bezüglich Staaken nicht weiter eingehen will und jedenfalls möglichst wenig darüber in die Öffentlichkeit dringen läßt, weil man den Autobahnbau durch den Tegeler Forst durchsetzen will und auch für das laufende Verwaltungsgerichtsverfahren alle Alternativen in den Hintergrund geschoben werden sollen. Warum der Senat sich über einfachere und billigere Lösungen noch nicht einmal auf eine Diskussion einlassen will, liegt einmal mehr daran, daß nicht von den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgegangen wird, sondern z.B. vom Profitinteresse der Bauwirtschaft (veranschlagte Summe des Autobahnprojektes: etwa eine halbe Milliarde).

Noch vor der verkehrspolitischen Unsinnigkeit des Projektes ist aber das Hauptanliegen der Autobahngegner der voraussehbare Umweltschaden, der durch den Bau der Trasse und ihre Benutzung durch den Autoverkehr verursacht würde. In einem vom Öko-Institut Freiburg herausgegebenen Gutachten haben fünf Berliner Landschaftsplaner nachgewiesen: „Der Bau der BAB A11 durch den Tegeler Forst verschlechtert die Erholungssituation in Berlin (West) insgesamt und trifft ganz besonders sozial benachteiligte Bevölkerungsteile."

Insbesondere habe die Bevölkerung (außer den Reichen) wegen der politischen Insellage Westberlins keinerlei Ausweichmöglichkeiten gegenüber den bestehenden Naherholungsgebieten. Es gebe auch keine Möglichkeiten mehr, einen Ausgleich zu schaffen, etwa durch neues Anlegen kleiner Waldgebiete. Einer Verkehrsfläche von 16% des Stadtgebietes stünden ebenfalls 16% an Waldgebiet gegenüber. Nach der Statistik habe jeder Bewohner Westberlins noch 40m² an Waldfläche zu seiner Verfügung (Köln 50m², Frankfurt 70m²). Aber selbst diese statistische Größe werde noch dadurch relativiert, daß mindestens ein Drittel dieser Fläche wegen erheblicher Lärmbelästigung für eine wirkliche Erholung nicht in Frage komme.

Konkret nachgewiesen werden Gefahren durch zusätzliche Belastung der Luft, durch Lärmschädigung und die Gefährdung des Grund- und Oberflächenwassers. Nach Angaben des Gutachtens wachsen gegenwärtig auf dem Gebiet, auf dem die Trassenführung geplant ist, 269 verschiedene Pflanzenarten (gegenüber 163 im Grunewald). 33 dieser Pflanzenarten seien gefährdet und 17 Arten gehörten zu den seltenen. Ebenfalls gefährdet sei die Tierwelt, u.a. die 40 Vogelarten, die heute noch im Tegeler Forst brüten.

Insgesamt kommt das Gutachten zu dem Ergebnis, daß wegen der Gefährdung der Erholungsmöglichkeiten und der drohenden irreparablen Schäden für die Naturbedingungen überhaupt das Naturschutzgebiet Tegeler Forst zur „Tabu-Zone" zu erklären sei.

Das Gutachten stellt über die ökologische Bewertung hinaus fest, daß bei der bisherigen Planung der Autobahn wesentliche gesetzliche Bestimmungen nicht eingehalten worden sind, z.B. muß eine Aufhebung oder Änderung des gesetzlichen Schutzes für den Tegeler Forst nach dem Berliner Naturschutzgesetz und nach der Novelle des Bundesbaugesetzes vor der Aufstellung der Bebauungspläne erfolgen und einen Monat öffentlich ausgelegt werden, was alles nicht erfolgt ist.

Dem Verwaltungsgericht, das über die Rechtmäßigkeit der bisherigen Planung zu entscheiden hat, liegen außer diesem Gutachten noch zwei weitere Gutachten zu anderen Aspekten vor. Das Gericht dürfte sich angesichts der geschilderten Fakten schwertun, dem Senat ohne weiteres Recht zu geben. Die Autobahngegner bereiten sich aber auf alles vor, denn die Haltung des Senats hat sich bereits daran gezeigt, daß selbst ein Informationswagen der Bürgerinitiativen mit Polizeigewalt aus dem Tegeler Wald weggeschafft wurde und daß jeder Versuch, die Widerstandsbedingungen zu verbessern, z.B durch die Errichtung von Hütten auf dem geplanten Baugebiet, durch die Polizei niedergeknüppelt wurde.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

OPEC mit Libyen gegen USA solidarisch

chm. Jetzt ist es aktenkundig: Das große Komplott, das der libysche Staatschef Gaddafi angeblich gegen Reagan schmiedete, geht zurück auf Berichte des israelischen Geheimdienstes, von denen die US-Administration jetzt vorsichtig abzurücken versucht. Es ist seit dem Zwischenfall im Golf von Syrte, wo die USA mit ihren Flugzeugen die libysche Lufthoheit verletzt hatten, offensichtlich, daß sie sich Libyen und Gaddafi zum Popanz auserkoren haben und unbedingt mit allen Mitteln Libyens Souveränität und seine Stellung in Nordafrika erschüttern wollen. Im Zuge der Propagandakampagne mit dem angeblichen Komplott hatten die USA erklärt, daß sie Libyens Öl boykottieren und die in der Ölindustrie arbeitenden Techniker abziehen würden. (70 Mitarbeiter der Mobil Oil sind inzwischen abgereist.) Auf einer Sitzung am 13.12. erklärten die 13 Mitgliedsstaaten der OPEC mehrheitlich, daß sie im Falle eines US-Boykotts Libyen unterstützen würden. Saudiarabien gehört zu den Ländern, die gegen den Beschluß gestimmt haben.

Annexion der syrischen Golan-Höhen

chm. Israel hat nach Bekundungen seines Ministerpräsidenten Begin die Gelegenheit benutzt, daß ,,alle Welt mit Polen beschäftigt" sei, um die seit dem Juni-Krieg von 1967 besetzten Golan-Höhen zu annektieren. Die Golan-Höhen, ein ca. 458 km² großes gebirgiges Gebiet, bilden die ,,natürliche" Grenze zwischen Israel und Syrien. In den Jahren der Besatzung hat Israel dort 28 landwirtschaftliche Siedlungen aufgebaut und 6000 jüdische Einwanderer angesiedelt. Die syrischen Bauern sind im Gefolge des Kriegs und der Besiedlung entweder geflüchtet oder wurden vertrieben. Die dort noch lebenden 15000 syrischen Staatsbürger sind drusischen Glaubens. Schon seit langem versucht Israel, ihnen die eigene Staatsbürgerschaft aufzudrücken und sie zu zwingen, die syrische aufzugeben. Das hätte z.B. zur Folge, daß sie in die israelische Armee eingezogen würden, um in einem eventuellen Krieg gegen Syrien eingesetzt zu werden. Die Drusen haben erklärt, daß sie sich der Annexion widersetzen werden und sich weiterhin als Syrer betrachten.

Offensive der Militärs in El Salvador

taz/kvz. Truppen der regierenden Militärjunta haben in der vergangenen Woche eine militärische Offensive in der im östlichen Teil des Landes gelegenen Provinz Morazan, einer Hochburg der Guerillaeinheiten der salvado-

Juni-Krieg von 1967 besetzten Golan-Höhen zu annektieren. Die Golan-Höhen, ein ca. 458 km² großes gebirgiges Gebiet, bilden die ,,natürliche" Grenze zwischen Israel und Syrien. In den Jahren der Besatzung hat Israel dort 28 landwirtschaftliche Siedlungen aufgebaut und 6000 jüdische Einwanderer angesiedelt. Die syrischen Bauern sind im Gefolge des Kriegs und der Besiedlung entweder geflüchtet oder wurden vertrieben. Die dort noch lebenden 15000 syrischen Staatsbürger sind drusischen Glaubens. Schon seit langem versucht Israel, ihnen die eigene Staatsbürgerschaft aufzudrücken und sie zu zwingen, die syrische aufzugeben. Das hätte z.B. zur Folge, daß sie in die israelische Armee eingezogen würden, um in einem eventuellen Krieg gegen Syrien eingesetzt zu werden. Die Drusen haben erklärt, daß sie sich der Annexion widersetzen werden und sich weiterhin als Syrer betrachten.

Offensive der Militärs in El Salvador

taz/kvz. Truppen der regierenden Militärjunta haben in der vergangenen Woche eine militärische Offensive in der im östlichen Teil des Landes gelegenen Provinz Morazan, einer Hochburg der Guerillaeinheiten der salvado-

rianischen Befreiungsarmee FMLN eröffnet. Die FMLN berichtete seit dem 7. Dezember darüber, daß täglich Aufklärungsflugzeuge das Gebiet überflogen hätten und orangefarbene Ballons abgeworfen hätten. Bei den Einsätzen sollen Flugzeuge verwandt worden sein, über die nur die guatemaltekische Luftwaffe verfügt. Aus dem Nordosten Salvadors wurden Konzentrationen von Luftlande- und Bodentruppen vermeldet. Die Nachrichtenagentur dpa berichtete am Dienstag, daß der in Morazan stationierte Sender der FMLN ,,Radio Venceremos" von den Regierungstruppen zerstört worden sei.

Javier Perez de Cuellar neuer Generalsekretär der UNO

kvz. Am Dienstag wurde der Peruaner Javier Perez de Cuellar durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf Vorschlag des Sicherheitsrats per Akklamation zum neuen Generalsekretär der UNO gewählt. In der vorausgegangenen Sitzung des Sicherheitsrates hatte sich die Sowjetunion der Stimme enthalten. China, das durch sein Veto die Wiederwahl Waldheims verhindert hatte, bezeichnete die Wahl des Peruaners als einen Erfolg der Dritten Welt. Nach dem Burmesen U Thant ist Perez de Cuellar der zweite Vertreter der Dritten Welt im Amt des Generalsekretärs der UNO. Die Wahl des Tansaniers Salim, der von der Blockfreienbewegung und der OAU vorgeschlagen worden war, hatten die USA durch ihr Veto verhindert. Perez de Cuellar, der sein Amt im Januar antreten wird, war von 1971 bis 1975 UN-Botschafter Perus, später wurde er für zwei Jahre stellvertretender Generalsekretär. Er war in dieser Funktion als Vermittler in Zypern tätig gewesen und hatte im vergangenen Jahr im Auftrag Waldheims versucht, im Rahmen einer politischen Lösung und entsprechend der UN-Resolution die Sowjetunion zu einem Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan zu veranlassen.

Michael Foot gegen linken Flügel der Labour-Party

kvz. Mit einer äußerst knappen Mehrheit hat der Führer der britischen Labour Party, Michael Foot, im Organisationsausschuß seiner Partei Maßnahmen gegen die linke ,,Militant Tendency" innerhalb der Labour-Party durchgesetzt. Der Ausschuß rief alle Ortsgruppen auf, über die Tätigkeit der Militants, ihre Operationen in der Partei und ihre internationalen Verbindungen Bericht zu erstatten. Der ,,Militant Tendency" wurde vorgeworfen, sie setzte sich aus Maoisten, Marxisten und Trotzkisten zusammen und sei für die Abwanderung von Teilen der Labour-Party zur SDP verantwortlich. Gleichzeitig wurde der Beschluß einer Londoner Sektion, den dem linken Flügel zugerechneten Peter Tatchell als Kandidaten für Nachwahlen zum Unterhaus zu nominieren, in offener Verletzung der Rechte der Parteisektionen auf Vorschlag von Foot durch den Organisationsausschuß der Labour-Party aufgehoben.

Vermittler in Zypern tätig gewesen und hatte im vergangenen Jahr im Auftrag Waldheims versucht, im Rahmen einer politischen Lösung und entsprechend der UN-Resolution die Sowjetunion zu einem Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan zu veranlassen.

Michael Foot gegen linken Flügel der Labour-Party

kvz. Mit einer äußerst knappen Mehrheit hat der Führer der britischen Labour Party, Michael Foot, im Organisationsausschuß seiner Partei Maßnahmen gegen die linke ,,Militant Tendency" innerhalb der Labour-Party durchgesetzt. Der Ausschuß rief alle Ortsgruppen auf, über die Tätigkeit der Militants, ihre Operationen in der Partei und ihre internationalen Verbindungen Bericht zu erstatten. Der ,,Militant Tendency" wurde vorgeworfen, sie setzte sich aus Maoisten, Marxisten und Trotzkisten zusammen und sei für die Abwanderung von Teilen der Labour-Party zur SDP verantwortlich. Gleichzeitig wurde der Beschluß einer Londoner Sektion, den dem linken Flügel zugerechneten Peter Tatchell als Kandidaten für Nachwahlen zum Unterhaus zu nominieren, in offener Verletzung der Rechte der Parteisektionen auf Vorschlag von Foot durch den Organisationsausschuß der Labour-Party aufgehoben.

Die Linken begrüßen die Übertritte zur SDP als ,,politische Selbstreinigung". Die Rechten trifft der Vorwurf, sie strebten mit ihren Säuberungsmaßnahmen an, nach der nächsten Unterhauswahl für die SDP koalitionsfähig zu werden.

ASEAN-Außenminister unterstützen Singapurs Kampuchea-Initiative

Vorbehalte des Demokratischen Kampuchea / ,,Singapurs Vorschläge fallen hinter getroffene Vereinbarungen der Drei-Parteien-Kommission zurück"

lup. Die Außenminister der 5 ASEAN-Staaten haben auf ihrer Konferenz in dem thailändischen Küstenort Pattaya am 10. Dezember beschlossen, die Vorschläge Singapurs für die Bildung einer ,,lockeren Koalitionsregierung" Kampucheas in seinen wesentlichen Elementen zu unterstützen. Diese Vorschläge, die der Außenminister Singapurs, Rajaratnam, am 24. November bekanntgegeben hatte, sehen die Bildung einer ,,lockeren Koalition" vor, in der die 3 Parteien ihre Selbständigkeit, ihre eigenen politischen Programme und ihre eigene Weltanschauung beibehalten und sich nicht auf ein gemeinsames Programm für die Zukunft Kampucheas einigen. Die Koalitionsregierung soll im wesentlichen die diplomatischen und propagandistischen Aktivitäten der Widerstandskräfte koordinieren und sich nach Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea auflösen.

Präsident der Koalitionsregierung soll Sihanouk, Premierminister soll Son Sann werden. Khieu Samphan soll stellvertretender Premierminister werden. Das Außenministerium soll von einem Vertreter der Organisation Son Sanns geführt werden, die Ressorts Verteidigung, Information und Kommunikation sollen von je einem Vertreter der Widerstandskräfte geleitet werden. Nicht beschlosssen wurde von der Außenministerkonferenz der Vorschlag Singapurs, den kampucheanischen Widerstandskräften auch militärische Hilfe – mit Unterstützung der USA und westeuropäischer Staaten – zu gewähren. Eine solche Vereinbarung scheiterte vor allem am Widerstand Indonesiens, dessen Regierung die Auffassung vertritt, daß nicht der sowjetische und der vietnamesische Expansionismus, sondern China die Hauptgefahr für die Souveränität der Länder der Region darstelle. Festgestellt wurde aber, daß die einzelnen ASEAN-Staaten das Recht haben, einzelne der Gruppen der Koalition auch militärisch zu unterstützen.

Absicht der Übereinkunft der ASEAN-Länder sei es, so erklärte der malaysische Außenminister Tan Sri Ghazali Shafie gegenüber der Presse, eine politische Führung zu schaffen, ,,die den Respekt der freien Welt genießt und die für Hanoi als Verhandlungspartner akzeptabel ist." Dies könne aber nur der Fall sein, wenn das Demokratische Kampuchea in den Hintergrund trete. Die ASEAN-Staaten setzten darauf, so Shafie weiter,

einem Vertreter der Organisation Son Sanns geführt werden, die Ressorts Verteidigung, Information und Kommunikation sollen von je einem Vertreter der Widerstandskräfte geleitet werden. Nicht beschlosssen wurde von der Außenministerkonferenz der Vorschlag Singapurs, den kampucheanischen Widerstandskräften auch militärische Hilfe – mit Unterstützung der USA und westeuropäischer Staaten – zu gewähren. Eine solche Vereinbarung scheiterte vor allem am Widerstand Indonesiens, dessen Regierung die Auffassung vertritt, daß nicht der sowjetische und der vietnamesische Expansionismus, sondern China die Hauptgefahr für die Souveränität der Länder der Region darstelle. Festgestellt wurde aber, daß die einzelnen ASEAN-Staaten das Recht haben, einzelne der Gruppen der Koalition auch militärisch zu unterstützen.

Absicht der Übereinkunft der ASEAN-Länder sei es, so erklärte der malaysische Außenminister Tan Sri Ghazali Shafie gegenüber der Presse, eine politische Führung zu schaffen, ,,die den Respekt der freien Welt genießt und die für Hanoi als Verhandlungspartner akzeptabel ist." Dies könne aber nur der Fall sein, wenn das Demokratische Kampuchea in den Hintergrund trete. Die ASEAN-Staaten setzten darauf, so Shafie weiter,

daß eine Koalition unter Führung Sihanouks und Son Sanns viele Anhänger des Demokratischen Kampuchea dazu bewegen werde, ,,ihre Loyalität zu wechseln". Solche Hoffnungen sind zwar nicht besonders aussichtsreich.

Denn Berichte der bürgerlichen Presse ebenso wie Äußerungen der thailändischen Regierung und der von Singapur bestätigen einhellig, daß der militärische Widerstand gegen die vietnamesischen Besatzer ausschließlich von den Truppen des Demokratischen Kampuchea getragen wird, während die Verbände Son Sanns und Sihanouks allenfalls marginale Bedeutung haben. Und gerade in den letzten Wochen mehren sich Berichte von militärischen Niederlagen der vietnamesischen Truppen. Die Krankenhäuser in Phnom Penh, so heißt es, seien von verwundeten vietnamesischen Soldaten überfüllt.

Bemerkenswert ist aber, daß von einigen der ASEAN-Staaten inzwischen ziemlich offen der Versuch gemacht wird, über die Bildung einer – von der Regierung des Demokratischen Kampuchea seit langem geforderten – Koalitionsregierung das Demokratische Kampuchea selbst politisch auszumanövrieren. Daß derlei Manöver jetzt verstärkt betrieben werden, ist ein Reflex auf die Zuspitzung der militärischen Lage in Kampuchea, die die Frage, welches Gesellschaftssystem und welche Regierung nach einem Abzug der vietnamesischen Truppen in Kampuchea errichtet wird, akut werden läßt. Ein Motiv für solche Manöver ist die Abneigung, dem von der Sowjetunion unterstützten Expansionismus Vietnams die Stirn zu bieten, sondern ein Arrangement mit den Machthabern in Hanoi zu suchen über eine Regierung in Phnom Penh, die für diese Machthaber ,,akzeptabel" sein soll.

Für die Regierung des Demokratischen Kampuchea bedeutet der Vorschlag Singapurs einen Rückschlag gegenüber Vereinbarungen, die mit den beiden anderen Parteien bereits erzielt worden waren. Diese Vereinbarungen hatten beinhaltet: Keine Seite dürfe alle Macht für sich allein beanspruchen, alle Seiten sollten in den Strukturen und der Zusammensetzung der Regierung vertreten sein, die Regierung solle wichtige Fragen per Konsens entscheiden, die Legitimität der Strukturen des Demokratischen Kampuchea müsse aufrechterhalten bleiben. Als Grundzüge eines politischen Programms waren vereinbart worden: die Koalitionsregierung solle alles in ihrer Macht stehende tun, um die Kräfte des kampucheanischen Widerstandes im In- und Ausland für den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren zu mobilisieren, um sie zu zwingen, sich vollständig aus Kampuchea zurückzuziehen, die Koalitionsregierung solle geeignete Maßnahmen ergreifen, um freie Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen sicherzustellen und die Politik der Blockfreiheit und Neutralität fortzusetzen. Son Sann hatte später die Zustimmung seiner Partei zu diesen Vereinbarungen zurückgezogen.

Die Regierung des demokratischen Kampuchea hat erklärt, daß sie keine Zustimmung zu den Vorschlägen Singapurs gegeben, sondern sich eine Bedenkzeit von 2 Monaten ausbedungen hatte, in der Konsultationen mit der Bevölkerung Kampucheas durchgeführt werden sollen. Eine Konferenz des Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses von Kampuchea, der Regierung und der Front hat alle Teile der Armee und der Bevölkerung aufgerufen, dazu die Probleme der Koalitionsregierung zu erörtern und bis Ende des Jahres dazu Stellung zu nehmen.



welche Regierung nach einem Abzug der vietnamesischen Truppen in Kampuchea errichtet wird, akut werden läßt. Ein Motiv für solche Manöver ist die Abneigung, dem von der Sowjetunion unterstützten Expansionismus Vietnams die Stirn zu bieten, sondern ein Arrangement mit den Machthabern in Hanoi zu suchen über eine Regierung in Phnom Penh, die für diese Machthaber ,,akzeptabel" sein soll.

Für die Regierung des Demokratischen Kampuchea bedeutet der Vorschlag Singapurs einen Rückschlag gegenüber Vereinbarungen, die mit den

Kampuchea hat erklärt, daß sie keine Zustimmung zu den Vorschlägen Singapurs gegeben, sondern sich eine Bedenkzeit von 2 Monaten ausbedungen hatte, in der Konsultationen mit der Bevölkerung Kampucheas durchgeführt werden sollen. Eine Konferenz des Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses von Kampuchea, der Regierung und der Front hat alle Teile der Armee und der Bevölkerung aufgerufen, dazu die Probleme der Koalitionsregierung zu erörtern und bis Ende des Jahres dazu Stellung zu nehmen.



Truppen der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea

,,100000 Malariatabletten für Kambodscha"

Spendenaufruf der Kampuchea-Komitees in der BRD

Wir hatten vor zwei Nummern in der Kommunistischen Volkszeitung über die Fortschritte des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea gegen die vietnamesischen Besatzer berichtet. Nach Angaben der Regierung des Demokratischen Kampuchea leben inzwischen eine Million Menschen in Gebieten, die von den vietnamesischen Truppen befreit wurden. Und es scheint, als wären inzwischen die Bedingungen geschaffen, um im Verlauf des kommenden Jahres zu größeren Operationen gegen die Besatzertruppen übergehen zu können.

Mit den Fortschritten des Befreiungskampfes hat sich aber auch für das Demokratische Kampuchea die Aufgabe vervielfacht, das Überleben der Bevölkerung zu sichern. Die Hilfen internationaler Organisationen haben abgenommen. Der Umfang der Malariaerkrankungen hat offenbar erneut zugenommen. Die Überwindung der Malaria ist entscheidend, damit das kampucheanische Volk die Kraft hat, seine Versorgung mit Lebensmitteln im größtmöglichen Umfang sicherzustellen. Sie ist aber auch entscheidend, um die physischen Kräfte für den Widerstandskrieg gegen die Aggressoren zu erhalten.

Aus diesem Grunde haben Kampuchea-Komitees in der BRD die Initiative ergriffen, zu einer Spendensammlung ,,100000 Malariatabletten für Kambodscha" aufzurufen. Die Spendenergebnisse gehen an das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea. Dadurch ist sichergestellt, daß die Hilfe das kampucheanische Volk auch wirklich erreicht.

Flugblätter, die neben dem im folgenden dokumentierten Aufruf Passagen aus zwei Reiseberichten enthalten, können u.a. über die Stuttgarter Adresse kostenlos oder gegen Spende von ca. 25 DM per 1000 Exemplaren bezogen werden. Die Komitees streben an, das gesammelte Geld Anfang Januar zu überweisen.

,,Für 10 DM, die wir von Ihnen erhalten, können wir die Tabletten besorgen, die einen Malariakranken heilen.

In den nicht von den vietnamesischen Truppen beherrschten freien Gebieten grassiert die Malaria. Bis zu 50% der Bevölkerung leiden darunter. Malaria äußert sich in Fieberanfällen, führt zur Schwächung des Körpers, erzeugt Arbeitsunfähigkeit. Damit sinkt die Kraft, für das eigene Überleben zu sorgen. Viele Malariakranke sterben.

Ca. 1 Mio. Einwohner Kambodschas ist vor den vietnamesischen Soldaten in die Gebiete geflohen, in denen Malaria besonders in der sechsmonatigen Regenzeit stark verbreitet ist. Unter diesen widrigen Umständen organisiert das kambodschanische Volk sein Überleben und kämpft für die Befreiung von den vietnamesischen Besatzungstruppen. Die Anzahl der freien Gebiete hat im Jahr 1981 deutlich zugenommen. Es sind viele neue Dörfer aufgebaut worden. Voraussetzung für eine weitere Entwicklung ist allerdings die Überwindung der in der Regenzeit epidemisch auftretenden Malariakrankheit.

Es ist dringend notwendig, Malariatabletten zu beschaffen. Wir tun das ohne jeden Verwaltungsaufwand, der zur Verminderung des Spendenaufkommens führen würde.

Wir sind auf Ihre Hilfe angewiesen. Mit Ihrer Spende können sie direkt helfen. Wir selbst arbeiten ehrenamtlich, die Spenden können über Thailand nach Kambodscha gebracht und dort an das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea gegeben werden. Jede Mark, die wir erhalten, wird zum Kauf der Medikamente verwendet.

Zu Weihnachten wird viel Geld für Geschenke ausgegeben. Sie können mit 10 DM dafür sorgen, daß ein malariakranker Kambodschaner geheilt wird. Das ist ein gutes Geschenk!

Wünschen Sie zum Neuen Jahr nicht nur Alles Gute und Gesundheit. Helfen Sie, die Malariakrankheit zu besiegen.

Mit ca. 30000 DM, die wir uns als Ziel gesetzt haben, können die Menschen in den beiden Dörfern, die in den zwei Reiseberichten beschrieben werden, für ein Jahr von der Malaria befreit werden!

Jeder Spender, dessen Name uns bekannt ist, erhält Ende Januar einen Bericht von uns zugesandt, aus dem der Stand der Spendensammlung und die Verwendung der Medikamente hervorgeht.

Geld kann überwiesen werden oder im Brief an uns geschickt werden.

Dazu stehen zwei Konten und Adressen zur Verfügung. Beide können genutzt werden, bei beiden Adressen ist weiteres Informationsmaterial und auch dieser Aufruf als Flugblatt erhältlich.

Wir schicken gern weitere Exemplare zum weiteren Verteilen.

,,Malaria-Hilfe"
PSchA Köln, Kto. 17 91 51-502
Rudolf Heinrichs
Hubertusstr. 15, 5040 Brühl
Tel. 02232/444 26

,,Malaria-Hilfe"
PSchA Stuttgart, Kto. 20 32 19-701
Maria Ritgen
Senefelderstr. 16, 7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/61 24 52

Nicaragua – Notstand der Revolution

Der Frente Sandinista bläst der Wind ins Gesicht – von allen Seiten. Vor 3 Monaten verkündete sie das „Gesetz über den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notstand", um Nicaragua aus der „lähmenden Ohnmacht" zu erwecken und den finanziellen Kollaps zu vermeiden: Wer seitdem streikt, Land besetzt, Verkehr oder Produktion sabotiert, soll ebenso bestraft werden wie der Privatbesitzer, der seinen Betrieb „dekapitalisiert", Steuern hinterzieht oder Devisen schmuggelt. Der Einfuhrzoll für „nicht lebenswichtige Güter" wird um 30 auf 100% heraufgesetzt. Der Staat verschärft die Kontrolle über Ein- und Ausfuhr und kürzt seine Ausgaben um 5 und die Subventionen um 10% – gleichmäßige Verteilung der Misere?



cof. Schwer zu sagen, wer hier bestimmt. Die Bedrohung aus dem Norden trägt sicher zur Stärkung der „Castristen" bei, denen die Gruppe um den Minister für Agrarreform Jaime Wheelock, die eher für ein selbstverwaltetes Kooperativsystem eintritt, gegenübersteht, neben liberalen und bürgerlichen Kräften." Die Einschätzung der Linken in Westeuropa wie in Lateinamerika darüber, ob das „kubanische Modell" endgültig gesiegt habe, ob die Bourgeoisie neuen Aufwind erhält oder ob Nicaragua mit Erfolg eine blockfreie Politik im Bündnis mit anderen Ländern der dritten Welt verfolgen kann, gehen ziemlich auseinander. Da hierzulande authentische Berichte kaum erhältlich sind, stellen wir Auszüge aus der „taz" sowie aus einem Interview der Informationsstelle Lateinamerika zur Diskussion.

Ende Oktober fand in Managua der Prozeß gegen acht der 28 Personen statt, die wegen Verstoßes gegen das Gesetz über Sicherheit und öffentliche Ordnung sowie das Gesetz über den sozialen und wirtschaftlichen Notstand verhaftet worden waren. Vor Gericht standen der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Nicaraguas PCN, drei führende Mitglieder der ihr nahestehenden Gewerkschaft CAUS (Central de Accion y Unidad Sindical) sowie der Präsident des Unternehmerverbandes COSEP (Consejo Superior de la Empresa Privada) und drei weitere COSEP-Mitglieder. Die Verhaftung der letzteren war erfolgt, nachdem der Unternehmerverband den Sandinisten in einem Schreiben vorgeworfen hatte, die Wirtschaft des Landes ruiniert zu haben, einen „neuen Völkermord vorzubereiten" und einen „eindeutig marxistisch-leninistischen Kurs" einge-

teinamerika darüber, ob das „kubanische Modell" endgültig gesiegt habe, ob die Bourgeoisie neuen Aufwind erhält oder ob Nicaragua mit Erfolg eine blockfreie Politik im Bündnis mit anderen Ländern der dritten Welt verfolgen kann, gehen ziemlich auseinander. Da hierzulande authentische Berichte kaum erhältlich sind, stellen wir Auszüge aus der „taz" sowie aus einem Interview der Informationsstelle Lateinamerika zur Diskussion.

Ende Oktober fand in Managua der Prozeß gegen acht der 28 Personen statt, die wegen Verstoßes gegen das Gesetz über Sicherheit und öffentliche Ordnung sowie das Gesetz über den sozialen und wirtschaftlichen Notstand verhaftet worden waren. Vor Gericht standen der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Nicaraguas PCN, drei führende Mitglieder der ihr nahestehenden Gewerkschaft CAUS (Central de Accion y Unidad Sindical) sowie der Präsident des Unternehmerverbandes COSEP (Consejo Superior de la Empresa Privada) und drei weitere COSEP-Mitglieder. Die Verhaftung der letzteren war erfolgt, nachdem der Unternehmerverband den Sandinisten in einem Schreiben vorgeworfen hatte, die Wirtschaft des Landes ruiniert zu haben, einen „neuen Völkermord vorzubereiten" und einen „eindeutig marxistisch-leninistischen Kurs" einge-schlagen zu haben. – Die Gewerkschaft CAUS hatte ihrerseits die Regierung in einem Dokument bezichtigt, vom revolutionären Weg zu einer kapitalistischen, kleinbürgerlichen Linie abgewichen zu sein. Sie hatte die Ablösung der Regierungsjunta durch eine Arbeiter- und Bauernregierung gefordert.

•

Dazu schreibt M. Rediske in der „taz" vom 10.11.:

„... Es sind nicht nur die Haftbefehle gegen alle CAUS-Kader in Kraft – 40 sitzen bereits –, sondern es ist auch das größte CAUS-beherrschte Unternehmen, die Textilfabrik ‚Fabritex' mit über 100 Arbeitern geschlossen worden. Offizieller Grund hierfür sind ‚finanzielle Verluste' dieses staatlichen Betriebes ... Trotz der seit langem bekannten Überschuldung (noch aus der Somoza-Zeit) ... fragt man sich, warum der Betrieb zum ‚Auskundschaften neuer Produktionslinien' dichtmachen mußte ...

Schon die verschiedenen Urteile ... zeigten die Richtung an, in der die Lösung der Konflikte gesucht wurde: 7 Monate Arrest und Zwangsarbeit (umwandelbar in Geldstrafen) für die drei COSEP- und die vier CAUS-Leute. Für drei der kommunistischen Angeklagten jedoch dazu noch 29 Monate Gefängnis. Eine beträchtliche Anzahl von CAUS-Mitgliedern an der Basis hat sich mittlerweile von der KP-Politik der Gewerkschaftsführung öffentlich distanziert. Wenn sie seit der Revolution eine Reihe wichtiger industrieller Gewerkschaften für sich einnehmen konnte, dann eher deshalb, weil sie unmittelbare Arbeiterinteressen leichter als die FSLN-Gewerkschaftszentrale CST vertreten konnte.

Auslöser der Repressionswelle gegen die CAUS scheint schließlich gewesen zu sein, daß die CST (Gewerkschaftszentrale der FSLN) seit der Verkündung des Notstandsgesetzes mit seinem absoluten Streikverbot auch die nationale Gewerkschaftskoordination nicht mehr auf ihrer Seite hatte. CAUS und der (maoistischer Tradition entstammende) Frente Obrero sind strikt gegen jegliche Maßnahmen, die – solange das Gros der Produktion in Händen privater Unternehmer ist – die Kampfkraft der organisierten Arbeiter beschränken. Beide Organisationen treten auch für die sofortige Verstaatlichung aller Großunternehmen ein: ein allerdings illusorisches Unterfangen, da der Staat schon heute nur mit Mühe die konfiszierten Somoza-Güter verwalten kann ..."

Zwei Wochen später befragte die „taz" Wolfgang Meier, Wirtschaftsattaché an der Botschaft Nicaraguas in Bonn, zu den Verhaftungen:

Meier: Eigentlich bin ich etwas enttäuscht von der taz ... Für mich ist es nicht so sehr der Inhalt, sondern die Überschrift („Die Sandinisten entledigen sich der KP"), weil nämlich hier nicht unterschieden wird, sondern ohne jede Hintergrundinformation z.B. von der KP gesprochen wird. Und das kann man einfach nicht, sondern was man hier unter KP versteht, ist in Nicaragua die PSN (Partido Socialista Nicaragüense), und was dort in dem Artikel KP genannt wird, ist nur eine kleine Gruppe, die eine unter vielen ist, die im linken Spektrum existieren ...

absoluten Streikverbot auch die nationale Gewerkschaftskoordination nicht mehr auf ihrer Seite hatte. CAUS und der (maoistischer Tradition entstammende) Frente Obrero sind strikt gegen jegliche Maßnahmen, die – solange das Gros der Produktion in Händen privater Unternehmer ist – die Kampfkraft der organisierten Arbeiter beschränken. Beide Organisationen treten auch für die sofortige Verstaatlichung aller Großunternehmen ein: ein allerdings illusorisches Unterfangen, da der Staat schon heute nur mit Mühe die konfiszierten Somoza-Güter verwalten kann ..."

Zwei Wochen später befragte die „taz" Wolfgang Meier, Wirtschaftsattaché an der Botschaft Nicaraguas in Bonn, zu den Verhaftungen:

Meier: Eigentlich bin ich etwas enttäuscht von der taz ... Für mich ist es nicht so sehr der Inhalt, sondern die Überschrift („Die Sandinisten entledigen sich der KP"), weil nämlich hier nicht unterschieden wird, sondern ohne jede Hintergrundinformation z.B. von der KP gesprochen wird. Und das kann man einfach nicht, sondern was man hier unter KP versteht, ist in Nicaragua die PSN (Partido Socialista Nicaragüense), und was dort in dem Artikel KP genannt wird, ist nur eine kleine Gruppe, die eine unter vielen ist, die im linken Spektrum existieren ...

taz: Du sagst also, der Staat muß sich gegen Bedrohungen wehren, aber Du führst auch aus, daß es sich um eine relativ kleine Gruppe handelt. Warum ist dann diese kleine Gruppe eine Bedrohung für den Staat ...?

Meier: Die CAUS ist zwar relativ klein, aber sie hat in ganz bestimmten Industrieunternehmen eine starke Position. Diese Schreiben der COSEP und der CAUS sind Teil einer ganzen konzertierten Aktion von rechts. Von linker Seite her handelt es sich um eine schon lang anhaltende Aktion der Desavouierung der Regierung als „kleinbürgerlich" ... Bei der COSEP steht z.B. dahinter, daß man der Regierung den wirtschaftlichen Boden entziehen will.

Die Sandinisten sagen dagegen: „Wir wollen klarstellen, daß sie nicht alles machen können, weder die Linken noch die Rechten. Deswegen wurden die Vertreter der beiden Organisationen angeklagt und verurteilt. Es handelt sich dabei mehr um einen symbolischen Akt, um zu zeigen, daß die Sandinisten und die sandinistische Regierung die Spielregeln aufstellen. Es geht weniger darum, repressive Maßnahmen zu ergreifen."

Pressegespräch mit Jaime Wheelock und Arbeitsminister Godoy Reyes (ila-info 12/81)

Frage (Deutsche Welle): Wie sieht es mit der Pressefreiheit, mit Ihrem Kurs andersdenkenden Kräften gegenüber aus?

Wheelock: In unserem Land gibt es eine große Anzahl gut funktionierender politischer Gruppierungen und Parteien. Wir haben eine freie Presse und eine große Anzahl privater Radiosender, das heißt, wir haben die Grundlagen für eine pluralistische Gesellschaft, die Grundlagen für die Demokratie gelegt.

Aber wir haben auch erkannt, daß es in unserem Land antirevolutionäre Kreise gibt, die daran interessiert sind, eine ganz bestimmte Situation zu provozieren. Wenn zum Beispiel öffentlich verkündet wird, daß es keinen Reis mehr gibt, so werden alle versuchen, Reis zu horten, und wenn von einer schlechten Wirtschaftslage im Land gesprochen wird, so wird versucht, eine Panikstimmung zu erzeugen. Wir haben daher in unserer Gesetzgebung festgelegt, daß nur ein offizielles Organ Informationen bezüglich der Versorgung und der militärischen Lage des Landes veröffentlichen darf. Wir wollen nicht, daß Dinge veröffentlicht werden, die nur das Ziel verfolgen, die Lage im Lande zu destabilisieren.

lich verkündet wird, daß es keinen Reis mehr gibt, so werden alle versuchen, Reis zu horten, und wenn von einer schlechten Wirtschaftslage im Land gesprochen wird, so wird versucht, eine Panikstimmung zu erzeugen. Wir haben daher in unserer Gesetzgebung festgelegt, daß nur ein offizielles Organ Informationen bezüglich der Versorgung und der militärischen Lage des Landes veröffentlichen darf. Wir wollen nicht, daß Dinge veröffentlicht werden, die nur das Ziel verfolgen, die Lage im Lande zu destabilisieren.

Frage (epd): Was waren die Gründe für die jüngste Mobilmachung in Nicaragua? Könnten die Auswirkungen einer solchen Mobilmachung nicht auch destabilisierend auf Nicaragua wirken und somit den US-Interessen entgegenkommen?

Godoy Reyes: In einem Punkt – und nur bezüglich der Verteidigung des Landes – herrscht in Nicaragua uneingeschränktes Einvernehmen, auch wenn es an anderen Stellen innenpolitische Meinungsverschiedenheiten gibt. Wir stimmen alle darin überein, daß wir keine Drohung von außen akzeptieren können. In diesem Falle waren auch zahlreiche oppositionelle Gruppen in unserem Lande einstimmig für die Mobilisierung. Die Folge war keinesfalls die Destabilisierung, ganz im Gegenteil, sie hat die nationale Einheit gestärkt, sie war eine Manifestation unserer Position.

Landes – herrscht in Nicaragua uneingeschränktes Einvernehmen, auch wenn es an anderen Stellen innenpolitische Meinungsverschiedenheiten gibt. Wir stimmen alle darin überein, daß wir keine Drohung von außen akzeptieren können. In diesem Falle waren auch zahlreiche oppositionelle Gruppen in unserem Lande einstimmig für die Mobilisierung. Die Folge war keinesfalls die Destabilisierung, ganz im Gegenteil, sie hat die nationale Einheit gestärkt, sie war eine Manifestation unserer Position.

Frage (efe): Inwieweit drängen die USA Nicaragua zum Marxismus-Leninismus, um im nachhinein eine Intervention rechtfertigen zu können und die Unterstützung europäischer Länder zu finden, falls Nicaragua zu einem zweiten Kuba in dieser Region werden sollte?

Wheelock: Ich glaube, daß man auf diese Frage positiv antworten muß, denn es gibt zum Glück immer weitere Kreise, die dieses Problem erkennen. Das, was wir brauchen, ist unseres Erachtens eine neue Art von Beziehungen zwischen den Ländern unserer Welt, denn bisher kann ja nichts unternommen werden, ohne vorher ankündigen zu müssen, daß dies vor dem Hintergrund irgendeiner Blockzugehörigkeit geschieht. Zudem brauchen wir das Verständnis, das Vertrauen aller befreundeten Länder in unserem Wunsch, eine freie und gerechte Gesellschaft in unserem Land zu errichten.

•

Inzwischen gilt die Freilassung der inhaftierten Kapitalisten und kommunistischen Gewerkschafter offenbar als beschlossene Sache. Gleichzeitig beteiligen sich alle Parteien an der Diskussion eines von der FSLN vorgeschlagenen Parteiengesetzes, veranlaßt – wie es scheint – durch Druck im Inneren wie von außen. Nicht nur Entwicklungsminister Offergeld, auch die Sozialistische Internationale machte kürzlich ihre Unterstützung der Sandinisten von Pluralismus, Einhaltung der Menschenrechte, Demokratie usw. abhängig. Die Gesetzesvorlage sieht den gleichen Zugang aller Parteien zu den staatlichen Massenmedien vor. Doch hat die Betonung einer Kontrolle der Parteiaktivitäten bei möglichen Sanktionen harte Kritik nicht nur der rechten Oppositionsparteien, sondern auch der „Sozialchristlichen Volkspartei", die an der Regierung beteiligt ist, hervorgerufen.

zialistische Internationale machte kürzlich ihre Unterstützung der Sandinisten von Pluralismus, Einhaltung der Menschenrechte, Demokratie usw. abhängig. Die Gesetzesvorlage sieht den gleichen Zugang aller Parteien zu den staatlichen Massenmedien vor. Doch hat die Betonung einer Kontrolle der Parteiaktivitäten bei möglichen Sanktionen harte Kritik nicht nur der rechten Oppositionsparteien, sondern auch der „Sozialchristlichen Volkspartei", die an der Regierung beteiligt ist, hervorgerufen.

Schwierige Regierungsbildung in Dänemark

Keine Mehrheiten im Parlament für verschiedene Krisenprogramme

bag.Aarhus. Die neueste, vorzeitig ausgeschriebene Wahl in Dänemark hat die Mehrheitsverhältnisse im Parlament eher komplizierter als klarer gemacht. Zwar standen die Wahlresultate schon am 8.12. fest, eine neue Regierung ist bislang jedoch noch nicht gebildet worden.

In Zahlen sieht das Wahlergebnis folgendermaßen aus: 9 Parteien teilen sich 175 Mandate. Die sozialdemokratische Partei mit Ministerpräsident Anker Jörgensen an der Spitze verlor 9

schränkungen der Sozialausgaben, vor allem auch des Arbeitslosengeldes, ein. Das Krisenprogramm der Sozialdemokratischen Partei sieht die Verwendung der privaten Rentenversicherungskassen als billige Kredite für die Wirtschaft, weitere Steuererhöhungen und Zurückhaltung bei den Lohnforderungen vor. Teile dieses Programms werden von den möglichen Koalitionspartnern SF und VS abgelehnt; dieses wird der wichtigste Grund dafür sein, daß Jörgensen sich auf keine neue Minder-

Politik der USA *und* der UdSSR zurück. Die SF war maßgeblich an der großen Friedensdemonstration am 5.12. in Kopenhagen beteiligt (siehe Bild).

Aus den Stellungnahmen von Anker Jörgensen in den Medien läßt sich entnehmen, daß er eher in die Opposition gehen als noch einmal auf unsichere Mehrheiten bauen will. In der Tat wäre das eine (sozialdemokratische) Lösung. Die Konservativen heranlassen, sie sich durch eine offen gegen die

Schwierige Regierungsbildung in Dänemark

Keine Mehrheiten im Parlament für verschiedene Krisenprogramme

bag.Aarhus. Die neueste, vorzeitig ausgeschriebene Wahl in Dänemark hat die Mehrheitsverhältnisse im Parlament eher komplizierter als klarer gemacht. Zwar standen die Wahlresultate schon am 8.12. fest, eine neue Regierung ist bislang jedoch noch nicht gebildet worden.

In Zahlen sieht das Wahlergebnis folgendermaßen aus: 9 Parteien teilen sich 175 Mandate. Die sozialdemokratische Partei mit Ministerpräsident Anker Jörgensen an der Spitze verlor 9 Sitze, ist aber mit 59 Mandaten nach wie vor die größte Fraktion. Ein Teil der Wähler ging offensichtlich zur Sozialistischen Volkspartei (SF), die zu ihren 11 Mandaten 10 hinzugewann und damit zur drittgrößten Partei wurde. Mit ihrer Unterstützung plus derjenigen der Linksliberalen Radikalen (9 Mandate), der Linkssozialisten (VS, 5 Mandate) und der 4 Abgeordneten von den Färöern und von Grönland hätte die sozialdemokratische Minderheitsregierung mit Ach und Krach weitermachen können. Anker Jörgensen hat jedoch noch in der Wahlnacht seinen Rücktritt erklärt und zu Koalitionsverhandlungen für eine breite Regierungsmehrheit aufgefordert.

Der konservative Block wurde zwar gestärkt (die Konservative Volkspartei brachte es von 22 auf 26 Mandate, die Zentrums-Demokraten sogar von 6 auf 15; Verluste hatte allerdings die Christliche Volkspartei mit 4 gegenüber 5 Mandaten, die Bauernpartei Venstre mit 20 gegenüber 22 Mandaten und vor allem die sogenannte „Fortschrittspartei" des gerade wegen Betrugs zu 4 Jahren Gefängnis verurteilten Steuerrebellen Mogens Glistrup – sie büßte 4 ihrer bisher 20 Mandate ein. Damit können auch die Konservativen keine Regierungsmehrheit bilden.

Kern dieser schwierigen Mehrheitsberechnungen ist die Schwierigkeit, eine Mehrheit für die Forderungen des dänischen Finanzkapitals zu finden. Im Zentrum des Wahlkampfes standen die Konkurrenzfähigkeit der dänischen Wirtschaft und die wachsende Arbeitslosigkeit. Die Konservativen traten mit Unterstützung von Venstre für Ein-

schränkungen der Sozialausgaben, vor allem auch des Arbeitslosengeldes, ein. Das Krisenprogramm der Sozialdemokratischen Partei sieht die Verwendung der privaten Rentenversicherungskassen als billige Kredite für die Wirtschaft, weitere Steuererhöhungen und Zurückhaltung bei den Lohnforderungen vor. Teile dieses Programms werden von den möglichen Koalitionspartnern SF und VS abgelehnt; dieses wird der wichtigste Grund dafür sein, daß Jörgensen sich auf keine neue Minder-heitsregierung mit diesen Parteien allein einließ.

Die internationale Lage, vor allem die wachsende Kriegsgefahr von seiten der beiden Supermächte, war kein offenes Thema des Wahlkampfes, hat aber sicher eine Rolle bei der Stimmabgabe gespielt. Die DKP bekam nur noch etwas über die Hälfte der Stimmen von 1979 und kein Mandat. Daß die Sozialistische Volkspartei so stark wurde, führe ich u.a. auf ihre zunehmende Klarheit in der Abweisung der

Politik der USA und der UdSSR zurück. Die SF war maßgeblich an der großen Friedensdemonstration am 5.12. in Kopenhagen beteiligt (siehe Bild).

Aus den Stellungnahmen von Anker Jörgensen in den Medien läßt sich entnehmen, daß er eher in die Opposition gehen als noch einmal auf unsichere Mehrheiten bauen will. In der Tat wäre das eine (sozialdemokratische) Lösung. Die Konservativen heranlassen, sie sich durch eine offen gegen die Volksmassen gerichtete Politik unbeliebt machen lassen, um dann gestärkt selbst erneut an die Macht zu gelangen. Eine andere Lösung ist eine Art großer Koalition, die unter dem Namen „Nationale Sammlung" in der Diskussion ist. Dann wären nur noch die Parteien links von der Sozialdemokratie und die rechte Glistrup-Partei in der Opposition. Wie man diese 9 Parteien auch zusammenwürfelt, da kommt nicht viel Gutes heraus für die Volksmassen in Dänemark.



3 Tage nach der Wahl demonstrierten in Kopenhagen ca. 50000 Menschen gegen das Wettrüsten von NATO und Warschauer Pakt, insbesondere gegen die Aufrüstung mit Atomwaffen. Hier die Abschlußkundgebung am Rathausplatz.

Solidarność

kvz extra

Kommunistische Volkszeitung
Beilage vom 18.12.1981



Appell zur Solidarität

An die Parlamente, an die Regierungen und an die Gewerkschaften in der ganzen Welt, an alle Nationen und Völker mit gutem Willen, die die Sache der Demokratie, der Freiheit und der Arbeiterrechte hochhalten:

Unter Einsatz von Leben und persönlicher Freiheit, den grausamen Bestimmungen des Kriegsrechts und allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz sind Hunderte von polnischen Arbeitern und Patrioten in den Streik getreten und fordern die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freigabe aller Festgenommenen und die Wiederherstellung aller demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte, die die Nation sich im August 1980 erkämpft hat.

Wir rufen euch auf: Unterstützt uns in unserem Kampf mit massiven Protesten und moralischer Hilfe. Schaut nicht schweigend diesem Versuch zu, den keimenden Samen der Demokratie im Herzen Europas zu vernichten. Seid mit uns in dieser schweren Stunde, Solidarität mit Solidarność. Noch ist Polen nicht verloren.

Streikkomitee des Hafens und der Werft von Stettin, 14.12.1981
(Übersetzt aus dem Schwedischen)

Nach dem Militärputsch: Solidarität mit Solidarność

Erklärung des Koordinationsausschusses der Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność, 15.12.

Postfach 112051
6000 Frankfurt am Main

Am 13.12.1981 erklärte General Jaruzelski, Polens Ministerpräsident und Chef der polnischen KP, den Kriegszustand im Land und erklärte die Gewerkschaft Solidarność für faktisch aufgelöst. Er setzte einen ,,Militärrat der nationalen Errettung" ein, der sofort mit Verhaftungsaktionen führender Solidarność-Vertreter die Stoßrichtung dieser ,,nationalen Errettung" verdeutlichte.

Seit dem August 1980 verteidigt die überwältigende Mehrheit der polni-

Staatsmacht mit der Bevölkerung übernommen. Der selbsternannte ,,Militärrat der nationalen Errettung" maßt sich an, die von 10 Millionen organisierten Arbeitern frei gewählten Führer von Solidarność zu verhaften und alle gewerkschaftliche Betätigung zu verbieten.

Bundeskanzler Schmidt hat bei seinem Treffen mit SED-Generalsekretär Honecker ,,bedauert, daß eine solche Lösung notwendig wurde"; er hat im Einklang mit der DDR-Führung vor der Presse ,,von einem Konflikt zwischen verschiedenen Teilen des polnischen Volkes" gesprochen. Doch hinter den Forderungen und Aktionen von Solidarność steht die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung; ihr gegenüber steht eine kleine Schicht autoritärer Machthaber, die ihr Macht-

gegen alle, die für sozialistische Demokratie als Alternative zur kapitalistischen Krise im Westen und zur Mißwirtschaft und Unterdrückung im Osten eintreten.

Die sowjetische Führung, die in den letzten Tagen auf eine solche Aktion, wie sie jetzt in Polen erfolgte, gedrängt hat und offensichtlich vorab genau informiert war, muß wissen, daß ihr Vorgehen in Polen oder gar ein Eingreifen mit sowjetischen Panzern, den massenhaften Protest gerade derer hervorruft, die in der Vergangenheit für die Anerkennung der polnischen Westgrenzen eingetreten sind und sich heute der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa widersetzen.

Angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, kann niemand beiseitete-

Text zweier Flugblätter, die am 13.12.1981 in Warschau verteilt wurden

Das ,,Kommuniqué Nummer Eins", in dem am Montag die polnische Bevölkerung aus dem Untergrund von fünf nicht-inhaftierten Mitgliedern des bisherigen Landesausschusses der polnischen Gewerkschaft Solidarność zu einem Generalstreik als Antwort auf die Verhängung des Ausnahmezustandes aufgerufen wurde, hat folgenden Wortlaut:

,,Der Belagerungszustand wurde in unserem Lande ausgerufen. Massenverhaftungen von Führern und Aktivisten von Solidarność finden statt. Angesichts der Aktivitäten der polnischen Behörden vor den heutigen Ereignissen, hatte unsere Gewerkschaft ihre Vorkehrungen getroffen, die heute in Kraft treten. In Einklang mit den Resolutionen vom 4. Dezember von Radom und der des Landesausschusses vom 12. Dezember (in Gdansk) begegnen wir der Gewalt mit dem Generalstreik.

Keine Gewerkschaft, keine Organisation kann tatenlos zulassen, daß ihre Führer Opfer der Repression und ihrer Rechte beraubt werden, und zusehen, wie die bürgerlichen Freiheiten beschnitten werden. Indem wir diesen Streik beginnen, präzisieren wir, daß er nur unter den folgenden Bedingungen beendet werden kann: Freilassung aller inhaftierten Personen und Annullierung des Belagerungszustandes.

Nur bei Erfüllung dieser Bedingungen können wir Verhandlungen eingehen, um zu einer Plattform für eine Einigung zu gelangen. Wir erinnern gleichzeitig daran, daß diese Aktion in Übereinstimmung mit den Statuten von Solidarność und dem Interesse der Werktätigen beschlossen wurde. Indem wir zu diesem Streik aufrufen, erinnern wir an die Notwendigkeit, Disziplin und Frieden unter Beweis zu stellen, das Eigentum des Staates zu respektieren und so weit wie möglich ei-

Nach dem Militärputsch: Solidarität mit Solidarność

Erklärung des Koordinationsausschusses der Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność, 15.12.

Postfach 112051
6000 Frankfurt am Main

Am 13.12.1981 erklärte General Jaruzelski, Polens Ministerpräsident und Chef der polnischen KP, den Kriegszustand im Land und erklärte die Gewerkschaft Solidarność für faktisch aufgelöst. Er setzte einen ,,Militärrat der nationalen Errettung" ein, der sofort mit Verhaftungsaktionen führender Solidarność-Vertreter die Stoßrichtung dieser ,,nationalen Errettung" verdeutlichte.

Seit dem August 1980 verteidigt die überwältigende Mehrheit der polnischen Arbeiter und Bauern in Stadt und Land erfolgreich ihr Recht auf unabhängige Organisationen und demokratische Freiheiten, das sie im Sommer 1980 der polnischen KP-Führung abgetrotzt hatten. Die Regierung und KP waren nicht bereit, die im Abkommen von Gdansk festgehaltenen Abmachungen einzulösen – insbesondere wird Solidarność bis heute der Zugang zu den Massenmedien verweigert. Nachdem die Behörden sich zudem als unfähig und unwillig erwiesen haben, den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern und die Versorgung der Bevölkerung in den Wintermonaten sicherzustellen, trat Solidarność dafür ein, auf dem Weg der demokratischen Selbstverwaltung im Betrieb und im ganzen Land gesellschaftliche Kontrolle über Wirtschaft und Verwaltung zu verwirklichen. In zynischer Umkehrung von Ursache und Wirkung bemüht sich die polnische Staats- und Parteiführung seit Wochen, der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność die Verantwortung für die Krise des Landes zu geben, ihre Arbeit und insbesondere ihren Einsatz für die Selbstverwaltung zu unterdrücken.

Für den Fall, daß der Sejm (polnisches Parlament) ein von der polnischen Partei- und Staatsführung gefordertes Ausnahmegesetz beschließen sollte, hatte der Landesausschuß von Solidarność vergangene Woche den Generalstreik angekündigt. Mit dem Gewaltstreich vom 13.12. ist Jaruzelski einer möglichen Abstimmungsniederlage im Sejm zuvorgekommen. Er hat damit vor den Augen der Welt die Verantwortung für die Konfrontation der Staatsmacht mit der Bevölkerung übernommen. Der selbsternannte ,,Militärrat der nationalen Errettung" maßt sich an, die von 10 Millionen organisierten Arbeitern frei gewählten Führer von Solidarność zu verhaften und alle gewerkschaftliche Betätigung zu verbieten.

Bundeskanzler Schmidt hat bei seinem Treffen mit SED-Generalsekretär Honecker ,,bedauert, daß eine solche Lösung notwendig wurde"; er hat im Einklang mit der DDR-Führung vor der Presse ,,von einem Konflikt zwischen verschiedenen Teilen des polnischen Volkes" gesprochen. Doch hinter den Forderungen und Aktionen von Solidarność steht die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung; ihr gegenüber steht eine kleine Schicht autoritärer Machthaber, die ihr Machtmonopol und ihre Privilegien verteidigen will. Eine demokratische und sozialistische Zukunft Polens liegt allein in den Händen der Arbeiter, die die Errungenschaften des August 1980 verteidigen.

Eine Niederwerfung der polnischen Arbeiter wäre zugleich eine Niederlage für die Arbeiter überall auf der Welt. Sie wäre ein Schlag gegen die weltweite Friedensbewegung in ihrem Kampf gegen Aufrüstung. Sie wäre ein Schlag gegen alle, die für sozialistische Demokratie als Alternative zur kapitalistischen Krise im Westen und zur Mißwirtschaft und Unterdrückung im Osten eintreten.

Die sowjetische Führung, die in den letzten Tagen auf eine solche Aktion, wie sie jetzt in Polen erfolgte, gedrängt hat und offensichtlich vorab genau informiert war, muß wissen, daß ihr Vorgehen in Polen oder gar ein Eingreifen mit sowjetischen Panzern, den massenhaften Protest gerade derer hervorruft, die in der Vergangenheit für die Anerkennung der polnischen Westgrenzen eingetreten sind und sich heute der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa widersetzen.

Angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, kann niemand beiseitestehen, der sich auf die demokratischen und sozialistischen Traditionen der Arbeiterbewegung beruft. Die italienischen Gewerkschaften, einschließlich der kommunistisch geführten CGIL, haben einen einstündigen Generalstreik beschlossen, um gegen die Errichtung der Militärdiktatur in Polen zu protestieren. Die französische CFDT beschloß Protestaktionen. Wo bleibt die Stimme der deutschen Gewerkschaften? Wo ihre Aktionen?

Demonstrationen und Aktionen

In ca. 15 Städten in Westdeutschland sowie in Westberlin haben Komitees und Initiativen zur ,,Solidarität mit Solidarność", in Zusammenarbeit mit örtlichen Gewerkschaftern, politischen und gesellschaftlichen Gruppen, Demonstrationen, Kundgebungen oder Veranstaltungen gegen den Militärputsch in Polen und die Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaft der polnischen Arbeiter seit dem Wochenende organisiert. In Westberlin haben 3000 demonstriert, in Tübingen, Köln, Frankfurt, Dortmund, Hannover, Hamburg jeweils einige hundert.

Diese Aktivitäten sollen am *kommenden Freitag/Samstag* auf breiterer Basis fortgesetzt werden. Neben zahlreichen örtlichen Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen möchten wir insbesondere auf die geplanten *Demonstrationen* in Kiel, Hamburg, Bremen, Göttingen, Bielefeld, Dortmund, Köln, Frankfurt, Trier, Saarbrücken, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Offenburg, Stuttgart und München hinweisen.

In Westberlin wird der Deutsche Gewerkschaftsbund für Samstag zu einer Solidaritätskundgebung aufrufen. In Frankfurt veranstaltet der DGB-Kreis Frankfurt am Donnerstag abend eine Informations- und Protestveranstaltung im Gewerkschaftshaus.

Die Initiative ,,Solidarität mit Solidarność" ruft dazu auf, die Ende letzten Jahres begonnene *Spendensammlung für die polnische Gewerkschaft* verstärkt weiterzuführen. Bisher sind rd. 25000 DM für Druckmaterialien u.a. aufgebracht worden. Wir gehen davon aus, daß ,,Solidarność" weiterkämpft!

Spendenkonto: Frieder Stichler, Volksbank Frankfurt (BLZ 50190000) Konto-Nr.: 00/75300-9, Stichwort ,,Solidarność"

Die Initiative ,,Solidarität mit Solidarność" wurde im November 1980 gegründet und arbeitet unter der Schirmherrschaft von Jakob Moneta, Heinz Brandt, Ingeborg Drewitz, Peter v. Oertzen, Willi Scherer.

Text zweier Flugblätter, die am 13.12.1981 in Warschau verteilt wurden

Das ,,Kommuniqué Nummer Eins", in dem am Montag die polnische Bevölkerung aus dem Untergrund von fünf nicht-inhaftierten Mitgliedern des bisherigen Landesausschusses der polnischen Gewerkschaft Solidarność zu einem Generalstreik als Antwort auf die Verhängung des Ausnahmezustandes aufgerufen wurde, hat folgenden Wortlaut:

,,Der Belagerungszustand wurde in unserem Lande ausgerufen. Massenverhaftungen von Führern und Aktivisten von Solidarność finden statt. Angesichts der Aktivitäten der polnischen Behörden vor den heutigen Ereignissen, hatte unsere Gewerkschaft ihre Vorkehrungen getroffen, die heute in Kraft treten. In Einklang mit den Resolutionen vom 4. Dezember von Radom und der des Landesausschusses vom 12. Dezember (in Gdansk) begegnen wir der Gewalt mit dem Generalstreik.

Keine Gewerkschaft, keine Organisation kann tatenlos zulassen, daß ihre Führer Opfer der Repression und ihrer Rechte beraubt werden, und zusehen, wie die bürgerlichen Freiheiten beschnitten werden. Indem wir diesen Streik beginnen, präzisieren wir, daß er nur unter den folgenden Bedingungen beendet werden kann: Freilassung aller inhaftierten Personen und Annullierung des Belagerungszustandes.

Nur bei Erfüllung dieser Bedingungen können wir Verhandlungen eingehen, um zu einer Plattform für eine Einigung zu gelangen. Wir erinnern gleichzeitig daran, daß diese Aktion in Übereinstimmung mit den Statuten von Solidarność und dem Interesse der Werktätigen beschlossen wurde. Indem wir zu diesem Streik aufrufen, erinnern wir an die Notwendigkeit, Disziplin und Frieden unter Beweis zu stellen, das Eigentum des Staates zu respektieren und so weit wie möglich einen unnötigen Zusammenstoß mit den Sicherheitskräften zu vermeiden. Unsere Waffe ist die Ruhe, die Ehre und die Organisation in den Betrieben. Unsere Hoffnung ist die Einheit und die Solidarität aller Werktätigen Polens."

Mitglieder von Solidarność, Mitbürger!

Am 12.12.1981 gegen Mitternacht haben die Einheiten der ZOMO (motorisierte Miliz) das Büro von Solidarność in Warschau, Mokotowska-Straße besetzt und die anwesenden Mitglieder von Solidarność verhaftet. Gleichzeitig fanden in der Stadt Verhaftungen statt. Wir haben bereits die ersten Informationen über die Verhafteten. Die Telefon- und Fernschreibverbindungen in Warschau und im ganzen Land wurden abgeschnitten. Die Behörden haben den Augenblick der Konfrontation sorgfältig gewählt. Die Führer von Solidarność befinden sich in Gdansk, wo sie an den Beratungen der Landeskommission teilnehmen. Ihr Schicksal ist uns noch unbekannt. Gleichzeitig werden die Arbeiter nicht vor Schichtbeginn am Montag vollzählig in den Betrieben sein.

Dieser Angriff auf die Gewerkschaft hat ihre Zerstörung zum Ziel und bedeutet die Erklärung des Ausnahmezustands, was im Widerspruch zur Verfassung der VR Polen steht.

In Übereinstimmung mit unseren Statuten kann unsere Antwort nur der Generalstreik im ganzen Land sein.

,,Noch ist Polen nicht verloren."

Solidarność Ursus
13.12.1981, 3 Uhr morgens

Demonstrationen

Westberlin: Samstag, 16.00 Uhr, DGB-Kundgebung, Schöneberger Rathaus
Hamburg: Freitag, 17.00 Uhr, Carl-Legien-Platz
Bremen: Samstag, 11.00 Uhr, Hauptbahnhof
Dortmund: Samstag, 12.00 Uhr, Demonstration vom Hauptbahnhof, Kundgebung 13.00 Uhr Theatervorplatz
Köln: Samstag, 13.00 Uhr, Roncalliplatz
Frankfurt: Samstag, 11.00 Uhr, Alte Oper
Mannheim: Samstag, 10.00 Uhr, Kurpfalzkreisel
Stuttgart: Samstag, 12.00 Uhr, Mahnmal
Offenburg: Samstag, 14.00 Uhr, Hauptstr.-/Fußgängerzone

kvz-extra vom 18.12.1981

Beilage zur Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Verantwortlich: Bernhard Peters

Erscheint im Kühl-Verlag · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Interview mit dem Warschauer „Solidarität“-Vorsitzenden Bujak

„Winterbrigaden“ für den Kampf gegen Hunger und Kälte

Mobilisierung der Kräfte der Gesellschaft oder autoritärer Einsatz staatlicher Organe – so stand die Frage beim Kampf gegen die Wirtschaftskrise

Zbigniew Bujak, der Warschauer „Solidaritäts“-Vorsitzende, soll am Montag abend beim Sturm von Militäreinheiten auf die bestreikten Ursus-Traktorenwerke festgenommen worden sein. Das folgende Interview stammt vom Oktober.

Niezalezność: Man hört, daß dieser Winter gezeichnet sein wird von Epidemien, Hunger und Krankheiten; es wird nichts zu essen geben, keine Kohle und keinen Strom; daß die kommenden Schwierigkeiten im Winter nicht zu lösen sein werden, weder von der Regierung noch von Solidarność, daß aber der Fehler nicht nur bei der Regierung liege, sondern auch bei Solidarność. Was hat die regionale Führung von Solidarność für Vorschläge in dieser Lage?

Zbigniew Bujak: Die Lage ist wirklich sehr schwierig, aber sie hat diesen tragischen Punkt noch nicht erreicht. Nach den Informationen, die wir haben, sind die Strom- und Wasserwerke in diesem Jahr besser gerüstet als im vergangenen Jahr. Es würde also reichen, eine regelmäßige Zufuhr an Kohle zu sichern. Ich denke, daß dies – wenn wir korrekt mit Schlesien zusammenarbeiten – machbar ist.

Es ist möglich, daß, um die regelmäßige Versorgung der Hauptstadt mit Kohle zu garantieren, es notwendig wird, vorübergehend einen gewissen Teil der Schwerindustrie stillzulegen (z.B. das Stahlwerk in Warschau), oder zumindest die Produktion ernsthaft einzuschränken. Infolgedessen dürfte die Frage der Versorgung mit elektrischer Energie und Heizung kein so großes Problem sein. Aber – das muß man zugleich sagen – weder die regionale Führung noch die gesamte Gewerkschaft auf regionaler Ebene werden in der Lage sein, alle Probleme zu regeln. Ihre Lösung wird von der Fähigkeit der Mobilisierung der Arbeiter vor Ort abhängen. Die Vorbereitung für den Winter kann von den lokalen Kooperationskommissionen der Gewerkschaft initiiert werden, aber sie ist noch schlecht organisiert. Die Bedürfnisse sind enorm, es wird nötig sein, auf allen Ebenen „Winterbrigaden“ aufzubauen: regional, auf Provinzebene, in den Städten, in den Stadtteilen und in den Häusern.

Was muß die Aufgabe dieser „Winterbrigaden“ sein?

Zuallererst müssen sie die Verteilung der Lebensmittel übernehmen, das Funktionieren der Heizung und der Stromversorgung sichern, also auch Wartungstrupps für den Notfall aufbauen, die in der Lage sind, jede Störung in jedem Netz zu reparieren.

Diese Trupps, die von den Betrieben aus aufgebaut werden müssen, sollten die Spezialisten, die sie bei der Hand haben, dafür gewinnen.

Wie soll diese Lebensmittelverteilung, von der Du sprichst, ablaufen?

Die Verhandlungen, die der Kollege Grzegorz Palka (1) zur Zeit führt, erlauben es, die Kontrolle von oben her zu entwickeln. Parallel dazu müssen Kontrollgruppen auf allen unteren Ebenen aufgebaut werden; d.h. für Warschau, auf der Ebene der Provinz, auf lokaler Ebene und auf Stadtteilebene. Bei der Entwicklung dieser Kontrolle kann man sich auf das Netz der Kooperativen, vor allem auf SPOLEM (2), stützen. Viel wichtiger wird es sein, bei eingeschränkter Kapazität die Versorgung ohne Schlangestehen zu garantieren. Das ist eine organisatorische Schwierigkeit. Wenn wir dahinkommen, die Kontrolle auf allen Ebenen aufzubauen und damit zu sichern, daß jedes Geschäft die Warenmenge erhält, die den Rationierungsmarken in seinem Stadtteil entspricht, so bleibt nur übrig, die Verteilung auf dieser Ebene zu sichern. Das kann nur vom Volkskomitee des betreffenden Stadtteils gemacht werden. Ich denke, daß es die Karten registrieren, numerieren und jeden Tag die Nummernlisten, die gegen Waren eingetauscht werden können, anschlagen sollte.

Die Frage der Verteilung der Lebensmittel ist am wichtigsten. Danach kommt die medizinische und soziale Hilfe für die älteren Menschen, die Behinderten und die Kinder. Das müssen die Volkskomitees und die Häuserkomitees verantwortlich übernehmen. Vielleicht können sie mit den Wohnungskooperativen zuammenarbeiten, die die Unterlagen und auch eine gewisse Erfahrung in dieser Frage haben. Es wird auch gleichermaßen nötig sei, mit den Kirchengemeinden, den Jugend- und Pfadfinderorganisationen und den lokalen Strukturen der Bauernpartei und der Demokratischen Partei zusammenzuarbeiten.

Wo gibt es schon solche „Brigaden“? Wir wissen, daß eine bereits aufgebaut wird auf regionaler Ebene unter dem Vorsitz von Seweryn Jaworski.

Zur Zeit untersucht diese „Brigade“ die Lage und macht eine Aufstellung all der Probleme, die gelöst werden müssen. „Brigaden“ bilden sich ebenfalls in den Betrieben; die lokalen Kooperationskommissionen der Gewerkschaft haben ebenfalls auf ihrer Ebene die Arbeit aufgenommen. Im Gegensatz dazu ist außerhalb Warschaus bisher nur sehr wenig gelaufen. Hier müßte die „Regionale Brigade“ ein angemessenes Netz von Korrespondeten aufbauen, die dann solche Brigaden auf lokaler Ebene aufbauen können. Zuerst muß jedoch eine Bestandsaufnahme von den Problemen gemacht werden, erst dann kann man versuchen, sie zu lösen.

Auf regionaler Ebene müßte die Brigade zuallererst die Produktion in den Betrieben der Lebensmittel- und der Bekleidungsindustrie sowie der Betriebe, die für den Bedarf der Kinder, Alten und Behinderten produzieren, sichern. Sie muß das Funktionieren der Energiezentren, der Wasserversorgung und der kommunalen Verkehrsmittel sichern. Es handelt sich hierbei um Probleme, die die Koordination mit und die Hilfe der Solidarność auf regionaler Ebene erfordern.

Die Region muß die wichtigsten Verkehrsstrecken, die aufrechterhalten werden müssen, festlegen und ihre Aufrechterhaltung sichern; sie muß die Arbeitszeiten so regeln, daß es keine Stoßzeiten und keine verkehrsarmen Zeiten gibt im kommunalen Nahverkehr. Die Region muß weiterhin die Stadtteile, in denen noch keine Volkskomitees existieren, erfassen und sie dabei unterstützen, welche aufzubauen. Auch auf diesem Niveau muß die Verteilung der ausländischen Hilfsgüter, der sozialen Hilfe und vor allem der Nahrungsmittel und der Medikamente gesichert werden.

Aus: Niezalezność (Unabhängigkeit), dem täglich erscheinenden Informationsbulletin der Solidarność Warschau, Nr. 158, 16. Oktober 1981. – Eig. Übersetzung nach der französischen Fassung aus Inprekor, Nov. 1981.

Anmerkungen:

(1) Es handelt sich dabei um die Verhandlungen mit der Regierung über die Preiserhöhungen. Grzegorz Palka hatte ein ganzes System der Arbeiterkontrolle über die Tätigkeit der Behörden bis hin zu einem „Sozialen Wirtschaftsrat“ vorgeschlagen.

(2) „Spolem“ ist die größte Verteilungskooperative in Polen. Lange Zeit dem Staat unterstellt und von ihm kontrolliert, emanzipierten sich die Kooperativen teilweise von dieser Bevormundung in den letzten Monaten.

Hauptelemente der Wirtschaftskrise in Polen

Die Wirtschaft Polens hat nach dem (scheinbaren) Wirtschaftswunder der 70er Jahre einen katastrophalen Einbruch erlitten, wie kaum ein anderes Land seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Die Propaganda des Regimes, hierin unterstützt von einer unheiligen Allianz östlicher und westlicher Massenmedien, hat die vielfältigen Streikaktionen der „Solidarność“ dafür verantwortlich gemacht.
Das stellt die Dinge auf den Kopf. Erstens: die Wirtschaftskrise hat bereits 1979/80 mit erheblichen Produktionseinbrüchen begonnen und war bereits eine wesentliche *Ursache* der Massenstreiks vom Sommer 1980. Zweitens: alle Streikaktionen dieses Jahres haben nicht mehr als *einen* Arbeitstag gekostet – verschwindend wenig im Vergleich mit den Stillstandszeiten, die wegen dem Energie-, Rohstoff- und Ersatzteildefizit, wegen Organisationsmängeln der Wirtschaftsverwaltung und anderem mehr an der Tagesordnung sind. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Krise des ganzen Systems des Staatsmonopolismus, der in Polen wie in der Sowjetunion als „realer Sozialismus“ bezeichnet wird. Was sind die Faktoren der polnischen Wirtschaftskrise?

● Grundlegend ist die Krise der *Landwirtschaft*. Seit 1970 ist Polen aus einem Agrar-Überschußland (+200 Mio. $) zu einem Land mit negativer Bilanz im Außenhandel mit Lebensmitteln geworden; 1980 betrug der Saldo – 1,2 Mrd. $, in diesem Jahr wird er auf –1,7 Mrd. $ abfallen. Die Agrarkrise hat zunächst strukturellen Charakter: Die Masse der bäuerlichen Produzenten war 20, 30 Jahre lang weitgehend von jeder Versorgung mit ausreichenden Produktions- und Düngemitteln abgeschnitten; mit riesigen Investitionsmitteln wurden die Staats-

dürfte die Frage der Versorgung mit elektrischer Energie und Heizung kein so großes Problem sein. Aber – das muß man zugleich sagen – weder die regionale Führung noch die gesamte

daß es für die Bauern billiger war – und oft der einzige Ausweg –, die eigene Milch oder das Brot in den Läden zurückzukaufen und an ihr Vieh zu verfüttern, als sich Futtermittel besorgen zu müssen. – Seit dem April sind die Erzeugerpreise für die Bauern erheblich erhöht worden. Die Subventionen für die Lebensmittelpreise sind in astronomische Höhen gestiegen (auf 320 Mrd. Zl.), während die Bauern dennoch nicht mehr liefern, weil sie sich von den Geldeinkommen nichts kaufen können. Nicht einmal eine Hacke ist mehr zu bekommen, wird

rung in jedem Netz zu reparieren.
Diese Trupps, die von den Betrieben aus aufgebaut werden müssen, sollten die Spezialisten, die sie bei der Hand haben, dafür gewinnen.

von den Arbeitern durchgesetzte Zurücknahme des vor Jahren eingeführten Vier-Schicht-Systems mit exzessiver Überstundenarbeit. Das zeigt aber nur, wie die vorherigen Produktionssteigerungen zustande kamen, nämlich durch frühkapitalistisch anmutende Methoden der Verwüstung der Arbeitskraft, bei Vernachlässigung aller Sicherheitseinrichtungen. Die Arbeiter sind nicht bereit, unter dies Joch zurückzukriechen. Aber sie *könnten* es womöglich nicht einmal mehr. Die Versorgung selbst mit den minimalen Fleischrationen ist nicht mehr gesi-

übrig, die Verteilung auf dieser Ebene zu sichern. Das kann nur vom Volkskomitee des betreffenden Stadtteils gemacht werden. Ich denke, daß es die Karten registrieren, numerieren und je-



„Wir wollen essen“ – keineswegs ein sinnloser Aufschrei, sondern die Forderung nach einer grundlegenden Umorganisierung der Produktion

zu einer regelrechten Sabotage- und Hungerstrategie, die in den Zirkularen der Parteirechten offen empfohlen worden ist.
● Die Versorgungsschwierigkeiten

nahme von den Problemen gemacht werden, erst dann kann man versuchen, sie zu lösen.
Auf regionaler Ebene müßte die Brigade zuallererst die Produktion in den

in diesem Jahr bis zu 10 Mrd. $ umgeschuldet oder auf Kredit geliefert, in gewissem Umfang auch geschenkt. Auf diese Weise wird die polnische Ökonomie wieder enger in die Arbeits-

schlagen.
(2) „Spolem“ ist die größte Verteilungskooperative in Polen. Lange Zeit dem Staat unterstellt und von ihm kontrolliert, emanzipierten sich die Kooperativen teilweise von dieser Bevormundung in den letzten Monaten.

Hauptelemente der Wirtschaftskrise in Polen

Die Wirtschaft Polens hat nach dem (scheinbaren) Wirtschaftswunder der 70er Jahre einen katastrophalen Einbruch erlitten, wie kaum ein anderes Land seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Die Propaganda des Regimes, hierin unterstützt von einer unheiligen Allianz östlicher und westlicher Massenmedien, hat die vielfältigen Streikaktionen der „Solidarność“ dafür verantwortlich gemacht.
Das stellt die Dinge auf den Kopf. Erstens: die Wirtschaftskrise hat bereits 1979/80 mit erheblichen Produktionseinbrüchen begonnen und war bereits eine wesentliche *Ursache* der Massenstreiks vom Sommer 1980. Zweitens: alle Streikaktionen dieses Jahres haben nicht mehr als *einen* Arbeitstag gekostet – verschwindend wenig im Vergleich mit den Stillstandszeiten, die wegen dem Energie-, Rohstoff- und Ersatzteildefizit, wegen Organisationsmängeln der Wirtschaftsverwaltung und anderem mehr an der Tagesordnung sind. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Krise des ganzen Systems des Staatsmonopolismus, der in Polen wie in der Sowjetunion als „realer Sozialismus“ bezeichnet wird. Was sind die Faktoren der polnischen Wirtschaftskrise?

● Grundlegend ist die Krise der *Landwirtschaft*. Seit 1970 ist Polen aus einem Agrar-Überschußland (+200 Mio. $) zu einem Land mit negativer Bilanz im Außenhandel mit Lebensmitteln geworden; 1980 betrug der Saldo – 1,2 Mrd. $, in diesem Jahr wird er auf –1,7 Mrd. $ abfallen. Die Agrarkrise hat zunächst strukturellen Charakter: Die Masse der bäuerlichen Produzenten war 20, 30 Jahre lang weitgehend von jeder Versorgung mit ausreichenden Produktions- und Düngemitteln abgeschnitten; mit riesigen Investitionsmitteln wurden die Staatsgüter und Genossenschaften aufgepäppelt, die dennoch nur 20% der landwirtschaftlichen Produktion liefern und extrem unproduktiv arbeiten. Die Bauern ihrerseits erhielten von den staatlichen Aufkaufstellen nur sehr niedrige Erzeugerpreise, ihre Wirtschaften kamen immer mehr herunter. Dabei führten die tief heruntersubventionierten Verkaufspreise für Nahrungsmittel (die die Bedingung für die äußerst niedrigen Löhne der Arbeiter bilden) zu Absurditäten wie solchen, daß es für die Bauern billiger war – und oft der einzige Ausweg –, die eigene Milch oder das Brot in den Läden zurückzukaufen und an ihr Vieh zu verfüttern, als sich Futtermittel besorgen zu müssen. – Seit dem April sind die Erzeugerpreise für die Bauern erheblich erhöht worden. Die Subventionen für die Lebensmittelpreise sind in astronomische Höhen gestiegen (auf 320 Mrd. Zl.), während die Bauern dennoch nicht mehr liefern, weil sie sich von den Geldeinkommen nichts kaufen können. Nicht einmal eine Hacke ist mehr zu bekommen, wird berichtet. Mit andern Worten, was jetzt voliegt, ist ein regelrechter *Zusammenbruch der Beziehungen zwischen Stadt und Land*. Die Stadt liefert den Bauern nicht, was sie benötigen, und also liefern die Bauern auch nicht, schon gar nicht über das staatliche Aufkaufmonopol.

● Der zweite Hauptfaktor ist die Krise im Bergbau, vor allem im *Kohlebergbau*. Die Förderung ist von 220 Mio. t auf 160 Mio. t zurückgegangen. Verantwortlich gemacht wird dafür die von den Arbeitern durchgesetzte Zurücknahme des vor Jahren eingeführten Vier-Schicht-Systems mit exzessiver Überstundenarbeit. Das zeigt aber nur, wie die vorherigen Produktionssteigerungen zustande kamen, nämlich durch frühkapitalistisch anmutende Methoden der Verwüstung der Arbeitskraft, bei Vernachlässigung aller Sicherheitseinrichtungen. Die Arbeiter sind nicht bereit, unter dies Joch zurückzukriechen. Aber sie *könnten* es womöglich nicht einmal mehr. Die Versorgung selbst mit den minimalen Fleischrationen ist nicht mehr gesichert. Wie soll da Schwerstarbeit geleistet werden? Für Überstundenverdienste ist auch sonst nichts zu kaufen. Auch hier hat die Krise den Charakter eines Zusammenbruchs im gesellschaftlichen Stoffwechsel angenommen. Der schnellen Neueinstellung von Arbeitskräften – etwa 50000 werden sofort benötigt – steht das allgemeine Hindernis jeder Mobilität der Arbeiter in Polen gegenüber: es gibt keine Wohnungen.

● Kohle war bisher der Hauptdevisenbringer. Es fehlen jetzt die Gelder für die notwendigsten Importe von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Ersatzteilen. Es rächt sich, daß die unter Gierek aufgezogene große Verarbeitungsindustrie zu einem nicht geringen Teil *abhängige* Industrie ist, d.h. nur mit dauernden Zulieferungen aus dem Ausland lebensfähig ist.

● Dramatisch zugespitzt hat sich auch die Disproportionalität (das Mißverhältnis) zwischen dem ganzen Produktionsapparat und den Einrichtungen der Infrastruktur, speziell dem *Transportwesen*. Ohnehin unzureichend ausgebaut und überlastet, zeigt es jetzt Zeichen von Zusammenbruch, wo wegen der Unregelmäßigkeit des ganzen Wirtschaftsablaufs erhöhte Ansprüche an Organisation und Einsatzfähigkeit gestellt werden.

● Ein übergeifendes Element in der ganzen gegenwärtigen Krise ist überhaupt die *schlechte Organisation* des gesamten staatlichen Wirtschaftsapparats. Hier sitzt das Zentrum der reaktionären Opposition gegen den gesellschaftlichen Umbruch in Polen, bis hin zu einer regelrechten Sabotage- und Hungerstrategie, die in den Zirkularen der Parteirechten offen empfohlen worden ist.

● Die Versorgungsschwierigkeiten müssen zwangsläufig die Produktivität herabdrücken. Da ja auch an die 90% der Frauen berufstätig sind, geht nach Schätzungen inzwischen ein Drittel der täglichen *Arbeitszeit* für lebensnotwendige Besorgungen drauf, *zusätzlich* zu den langen Stunden, oft von vier oder fünf Uhr früh an, wo vor der Arbeit (oder nach der Arbeit) angestanden werden muß. Die miserable Organisation der Verteilung verdoppelt so die die Arbeitskraft untergrabenden Wirkungen der unzureichenden Ernährung und Versorgung. An Neugeborenen werden jetzt Zeichen klassischer Mangelerkrankungen gefunden.

● Die offiziell eingestandene *Inflation* liegt zwischen 10 und 15%, wodurch die seit dem letzten Jahr erstreikten Geldeinkommen so gut wie zunichte gemacht sind. Zugleich sinkt die Möglichkeit, die Geldeinkommen überhaupt in Ware umzusetzen, immer weiter. Ein „Kaufkraftüberhang“ von 834 Mrd. Zl., das ist die gesamtgesellschaftliche Lohnsumme von 8 Monaten, hat sich gebildet und erhöht sich täglich. Mehr als ein Viertel der laufenden Lohnauszahlungen ist ungedeckt, d.h. es gibt keine Waren mehr, die dafür gekauft werden können.

● Auf dem ganzen, immer enger werdenden Wirtschaftskreislauf lastet zu allem Überfluß die enorme *Verschuldung im Westen wie im Osten*. Die Schulden im Westen betragen inzwischen 27 Mrd. $. Die gestundete Rückzahlung muß mit immer höheren Zinsen gezahlt werden, die den Erlös aus allen Exporten nach Westen allein schon auffressen. Die Sowjetunion hat in diesem Jahr bis zu 10 Mrd. $ umgeschuldet oder auf Kredit geliefert, in gewissem Umfang auch geschenkt. Auf diese Weise wird die polnische Ökonomie wieder enger in die Arbeitsteilung des RGW eingebunden, mit allen stofflichen, finanziellen u.a. Beschränkungen, die das auferlegt. Gerade die Kombination von RGW-Einbindung und Westverschuldung macht aber die Zwickmühle aus, in der das Land sich befindet.

Die tiefe Verschuldung Polens ist nicht die Ursache, sondern selbst schon ein Resultat der Krise des ganzen Systems. Wenn jetzt allerdings der polnische Staat vor dem Bankrott steht, dann trägt die drückende Zinsausplünderung (fast 2 Mrd. $ 1981) durch westliche Banken wesentliche Mitschuld daran.

Das entscheidende Hemmnis jeder Lösung der Krise in Polen lag und liegt allerdings in der politischen Situation:

Obwohl die Methoden des zentralbürokratischen Wirtschaftens und Administrierens vollständig abgewirtschaftet haben, konnte eine neue wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Organisation nicht durchgesetzt werden, weil sie sofort zu einer Existenzkrise der herrschenden bürokratischen Klasse geführt hätte, die auf das einheitliche Monopol ihrer Macht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen ist. Die Herrschaft dieser Klasse aber ist von außen, durch die sowjetische Schutzmacht, garantiert. Deshalb ging es in Polen dieses ganze Jahr hindurch nicht vor und nicht zurück. Jetzt soll das Rad der Geschichte offenbar gewaltsam zurückgedreht werden. Das wird die Krise im Land nur noch verschlimmern und keineswegs „lösen“, nicht einmal zeitweise.

Gerd Koenen



„Wir wollen essen“ – keineswegs ein sinnloser Aufschrei, sondern die Forderung nach einer grundlegenden Umorganisierung der Produktion

Wofür Solidarność eintritt

Auszüge aus der Programmatischen Erklärung des 1. Kongresses der Gewerkschaft im Oktober in Gdańsk, und der letzte Beschluß der Landeskommission der „Solidarität" vom Samstag abend – über einen Generalstreik und ein Referendum für freie Wahlen

1. Wer wir sind und wohin wir gehen

Die Unabhängige Selbstverwaltende Gewerkschaft „Solidarität" entstand aus der Streikbewegung von 1980, der größten Massenbewegung in der polnischen Geschichte. Diese Bewegung,



Die Erhebung von Poznań 1956 richtet sich gegen den von der Sowjetunion diktierten Weg eines rigiden Staatssozialismus. Hoffnungen auf eine Reform der Partei durch Gomulka bestimmen die Bewegung noch.

die unter den Arbeitern großer Werke in verschiedenen Regionen unseres Landes ihren Ursprung hatte, führte im August 1980 an der baltischen Küste zu einem historischen Wendepunkt. In diesem einen Jahr seither hat sie alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung erfaßt – Fabrikarbeiter, Bauern, Intellektuelle und Handwerker. (...)

Dieser soziale und moralische Protest entstand nicht über Nacht. Sein Erbe war das von den Arbeitern in Poznań 1956, und noch einmal im Dezember 1970 an der Ostseeküste vergossene Blut, waren die Studentenrevolte von 1968 und die Ereignisse vom Juni 1976 in Radom und Ursus. (...)

Wir sind eine Organisation, die die Merkmale einer Gewerkschaft mit denen einer großen sozialen Bewegung vereint. (...) Dank dem Entstehen einer machtvollen Gewerkschaftsorganisation hat die polnische Gesellschaft aufgehört, atomisiert zu sein, verwirrt



Die Erhebung von Poznań 1956 richtet sich gegen den von der Sowjetunion diktierten Weg eines rigiden Staatssozialismus. Hoffnungen auf eine Reform der Partei durch Gomulka bestimmen die Bewegung noch.

die unter den Arbeitern großer Werke in verschiedenen Regionen unseres Landes ihren Ursprung hatte, führte im August 1980 an der baltischen Küste zu einem historischen Wendepunkt. In diesem einen Jahr seither hat sie alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung erfaßt – Fabrikarbeiter, Bauern, Intellektuelle und Handwerker. (...)

Dieser soziale und moralische Protest entstand nicht über Nacht. Sein Erbe war das von den Arbeitern in Poznań 1956, und noch einmal im Dezember 1970 an der Ostseeküste vergossene Blut, waren die Studentenrevolte von 1968 und die Ereignisse vom Juni 1976 in Radom und Ursus. (...)

Wir sind eine Organisation, die die Merkmale einer Gewerkschaft mit denen einer großen sozialen Bewegung vereint. (...) Dank dem Entstehen einer machtvollen Gewerkschaftsorganisation hat die polnische Gesellschaft aufgehört, atomisiert zu sein, verwirrt

und verloren: indem sie sich unter der Losung der Solidarität zusammenschließt, gewinnt sie Kraft und Hoffnung zurück. Die Bedingungen für eine echte Wiedergeburt der Nation sind geschaffen worden. (...)

Die Würde des Menschen muß den Ausgangspunkt allen Handelns bilden. Ein sozialistischer Staat muß dem Menschen dienen und ihn nicht beherrschen; der Staat muß der Gesellschaft dienen und kann nicht mit einer politischen Partei identisch sein. (...) „Solidarität" entlehnt ihre Wertvorstellungen der christlichen Ethik, unseren nationalen Traditionen und den demokratischen Traditionen der Welt der Arbeiter.

(...) Die Herrschaft des Volkes kann nicht die Herrschaft dominierender, von der Gesellschaft abgehobener Gruppen sein, die sich selbst das Recht zuschreiben, die Bedürfnisse und Interessen der Gesellschaft zu vertreten. (...) Wir wollen eine wahre Vergesellschaftung des staatlichen und wirtschaftlichen Systems. Aus diesem *Grund liegt unser Ziel in einem selbstverwalteten Polen. (...)*

2. Angesichts der gegenwärtigen Situation des Landes

Die Entstehung der sozialen Massenbewegung, die „Solidarität" darstellt, hat die Situation des Landes grundlegend verändert. Sie hat die Möglichkeit für die Entwicklung einer Vielzahl unabhängiger gesellschaftlicher Einrichtungen geschaffen, solcher die neu

> **Informations-Bulletin**
> „Solidarität mit Solidarność"
> 16 S. / 1 DM
> *Inhalt von 1/81*
> Dokumentation zum 1. Kongreß von Solidarność – Diskussion um Arbeiterselbstverwaltung – Solidaritätsarbeit in der BRD
> **Bulletin Nr. 2 erscheint Anfang Januar**
> Bestellungen an:
> Buchvertrieb Hager

entstanden sind und solcher, die bis jetzt abhängig von der staatlichen Autorität waren und sich unabhängig ge-

teressen der Gesellschaft zu vertreten. (...) Wir wollen eine wahre Vergesellschaftung des staatlichen und wirtschaftlichen Systems. Aus diesem *Grund liegt unser Ziel in einem selbstverwalteten Polen. (...)*

2. Angesichts der gegenwärtigen Situation des Landes

Die Entstehung der sozialen Massenbewegung, die „Solidarität" darstellt, hat die Situation des Landes grundlegend verändert. Sie hat die Möglichkeit für die Entwicklung einer Vielzahl unabhängiger gesellschaftlicher Einrichtungen geschaffen, solcher die neu

Informations-Bulletin „Solidarität mit Solidarność" 16 S. / 1 DM Inhalt von 1/81 Dokumentation zum 1. Kongreß von Solidarność – Diskussion um Arbeiterselbstverwaltung – Solidaritätsarbeit in der BRD Bulletin Nr. 2 erscheint Anfang Januar Bestellungen an: Buchvertrieb Hager

entstanden sind und solcher, die bis jetzt abhängig von der staatlichen Autorität waren und sich unabhängig ge-

macht haben. (...)

Die Nation wird niemandem ... verzeihen, dessen Aktionen – und seien sie von den besten Absichten bestimmt – zu einem Blutvergießen führen, zu einer Vernichtung unseres materiellen und geistigen Erbes. Das Bewußtsein davon zwingt uns, unsere Ideale schrittweise zu verwirklichen, so daß jede aufeinanderfolgende Aufgabe die Unterstützung der Gesellschaft findet. Unser Sinn für Verantwortung für die Nation zwingt uns auch, die Kräfteverhältnisse zu repektieren, die nach dem II. Weltkrieg in Europa entstanden sind, und die Position, die unser Land darin einnimmt. (...)



1970 kommt es in den Küstenstädten zu einem regelrechten Arbeiteraufstand, der blutig niedergeschlagen wird. Parteihäuser werden angezündet, der Miliz Straßenkämpfe geliefert.

3. Die Gewerkschaft und die Wirtschaftsprobleme

Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise sind im wirtschaftlichen und politischen System zu suchen, sowie in der Wirtschaftspolitik, die von den Behörden verfolgt worden ist. Die letztere hat, unter Mißachtung der fundamentalen nationalen Interessen, alle Ansätze zu Reformen blockiert und die riesigen ausländischen Kredite vergeudet. (...)

These 1:
(Hier wie im folgenden handelt es sich um eine Zusammenfassung der jeweiligen Thesen):

Beendigung des Systems der Direktiven und zentralen Zuteilung, ebenso wie die Abschaffung des Systems, in dem die Besetzung der wichtigsten Management-Positionen von den politischen Instanzen abhängig ist (Nomenklatura). Die Führung der gesellschaftlichen Unternehmen, die von der eigenen Belegschaft bestimmt wird, sollte sich von Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten leiten lassen.

Neben gesellschaftlichen Unterneh-

1970 kommt es in den Küstenstädten zu einem regelrechten Arbeiteraufstand, der blutig niedergeschlagen wird. Parteihäuser werden angezündet, der Miliz Straßenkämpfe geliefert.

3. Die Gewerkschaft und die Wirtschaftsprobleme

Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise sind im wirtschaftlichen und politischen System zu suchen, sowie in der Wirtschaftspolitik, die von den Behörden verfolgt worden ist. Die letztere hat, unter Mißachtung der fundamentalen nationalen Interessen, alle Ansätze zu Reformen blockiert und die riesigen ausländischen Kredite vergeudet. (...)

These 1:
(Hier wie im folgenden handelt es sich um eine Zusammenfassung der jeweiligen Thesen):

Beendigung des Systems der Direktiven und zentralen Zuteilung, ebenso wie die Abschaffung des Systems, in dem die Besetzung der wichtigsten Management-Positionen von den politischen Instanzen abhängig ist (Nomenklatura). Die Führung der gesellschaftlichen Unternehmen, die von der eigenen Belegschaft bestimmt wird, sollte sich von Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten leiten lassen.

Neben gesellschaftlichen Unterneh-

men sollte es geben:
- Staatsunternehmen
- Kooperativen
- Kommunale Unternehmen
- Privatunternehmen
- Gemischte Unternehmen (darunter solche mit ausländischem Kapital)

(...)

These 2:
Behandelt einige Sofortmaßnahmen für den kommenden schweren Winter, mit dem Schwerpunkt auf Verteilungskontrollen und Schutz der Ärmsten. (...)

These 3:
Akzeptiert ausländische Hilfe und schlägt vor, Polen solle dem IWF wiederbeitreten; verlangt mehr Produktionsmittel für die Einzelbauern, die produktiver wirtschaften als der vergesellschaftete Sektor der Landwirtschaft; Priorität für Bergbauausrüstungen; und eine Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeitregelung für die freien Samstage.

These 4:
Gibt die Zustimmung zu einer allmählichen Wiederherstellung des Marktgleichgewichts im Rahmen eines Krisenprogramms; Preiserhöhungen werden von der vorherigen Zustimmung der Gewerkschaft auf Grundlage von Referenden abhängig gemacht. Die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer wird gefordert.

These 5:
Besondere Sorge für die Ärmsten; der Lohnausgleich für die Preiserhöhungen soll für alle Lohnklassen gleich sein.

These 6:
Das Recht auf Arbeit ist universell. Die Gewerkschaft soll sich allen Entlassungen widersetzen, wenn die Behörden den Entlassenen nicht soziale Garantien für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit geben.

These 8:
Die Wirtschaftsreform soll unter gesellschaftlicher Kontrolle durchgeführt werden. Ein „Gesellschaftlicher Rat für die Volkswirtschaft" soll beim Sejm als Gutachter-Gremium eingerichtet werden. Seine Mitglieder dürfen sich über die Massenmedien direkt an die Gesellschaft wenden.

4. Die Sozialpolitik einer Gesellschaft der Solidarität

These 9:
Entsprechend den Prinzipien der Gliederung von „Solidarität" in regionale Verbände soll mit der Errichtung betrieblicher Selbstverwaltungsorgane die Wiedergeburt einer starken kommunalen Selbstverwaltung Hand in Hand gehen.

These 10:
Die Gewerkschaft bekämpft die Ungleichbehandlung der Regionen, der Berufe und der Geschlechter. (...)

These 13:
Verbot von Arbeiten, die den Si-



an die Gesellschaft wenden.

4. Die Sozialpolitik einer Gesellschaft der Solidarität

These 9:
Entsprechend den Prinzipien der Gliederung von „Solidarität" in regionale Verbände soll mit der Errichtung betrieblicher Selbstverwaltungsorgane die Wiedergeburt einer starken kommunalen Selbstverwaltung Hand in Hand gehen.

These 10:
Die Gewerkschaft bekämpft die Ungleichbehandlung der Regionen, der Berufe und der Geschlechter. (...)

These 13:
Verbot von Arbeiten, die den Si-



1980 bestimmte Jacek Kurons berühmt gewordenes Wort „Steckt keine (Partei-)Komitees an, organisiert selber welche!" den Gang der Arbeiterbewegung. Die Streikkomitees der Arbeiter, die ihre Betriebe als ihr Eigentum in Besitz nehmen, werden zu Gründungskomitees der Unabhängigen, Selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarität". Die Regierungskommission muß auf der Danziger Lenin-Werft nach zähen Verhandlungen der Gründung zustimmen.

cherheits- und Gesundheitsstandards nicht entsprechen. (...)

These 15:
Umweltschutz zugunsten der Gesellschaft steht höher als die Produktionsziele der einzelnen Betriebe. (...)

These 16:
Das Recht auf Wohnung ist ein Menschenrecht. Überführung der industriellen Wohnungsbauunternehmen in kommunale Wohnungsbaugesellschaften. (...)

5. Die selbstverwaltete Republik

These 18:
Die Organisierung des gesellschaftlichen Lebens entsprechend den menschlichen Bedürfnissen ist möglich, wenn sie den Prinzipien von Selbstverwaltung, Vergesellschaftung und Pluralismus folgt. (...)

These 19:
Die Arbeiterselbstverwaltung ist mehr als ein Hebel zur Überwindung der Wirtschaftskrise; sie ist die Basis der selbstverwalteten Republik.

These 20:
Eine echte kommunale Selbstverwaltung ist nur möglich auf Grundlage freier Wahlen zu den Volksräten. Das Wahlgesetz sollte allen Gruppen von Bürgern das Recht geben, Programme zu formulieren und Kandidaten aufzustellen. (...)

These 21:
Es ist notwendig, eine Selbstverwaltungskammer als zweite Kammer des Sejm zu bilden, die eine entscheidende Rolle in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten spielen sollte. Dies geht zusammen mit der Notwendigkeit einer neuen Wahlordnung für den Sejm insgesamt.

These 22:
Garantien für die Gleichheit vor dem Recht; Anerkennung der Internationalen Konvention über die Menschenrechte durch die VR Polen; Unterwerfung aller politischen und sozialen Organisationen unter das Gesetz. (...)

These 23:
Unabhängigkeit der Justiz durch die Selbstverwaltung der Gerichte, direkte Wahlen der Schöffen, Abschaffung aller Sondergerichte, Wiederherstellung der Rolle der Rechtsanwälte, Beschränkung der Befugnisse der Staatsanwälte; u.a.m.

These 24:
Freiheit der politischen Überzeugungen; Freilassung der politischen Gefangenen ... Einführung von Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

These 25:
Keine Straffreiheit für die, die im Namen des Staates Verbrechen verübt haben, wie in Poznań 1956, an der Küste 1970/71, in Radom und Ursus 1976 und in Bydgoszcz in diesem Jahr. Auch diejenigen, die das Land in den wirtschaftlichen Ruin geworfen haben, sollen zur Rechenschaft gezogen werden.

These 26:
(...) Die Gewerkschaft wird einen Gesellschaftlichen Fonds für Nationale Kultur errichten. In Zusammenarbeit mit der „Land-Solidarität" soll der kulturellen Degradation der Landbevölkerung entgegengewirkt werden.

anwälte; u.a.m.

These 24:
Freiheit der politischen Überzeugungen; Freilassung der politischen Gefangenen ... Einführung von Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

These 25:
Keine Straffreiheit für die, die im Namen des Staates Verbrechen verübt haben, wie in Poznań 1956, an der Küste 1970/71, in Radom und Ursus 1976 und in Bydgoszcz in diesem Jahr. Auch diejenigen, die das Land in den wirtschaftlichen Ruin geworfen haben, sollen zur Rechenschaft gezogen werden.

These 26:
(...) Die Gewerkschaft wird einen Gesellschaftlichen Fonds für Nationale Kultur errichten. In Zusammenarbeit mit der „Land-Solidarität" soll der kulturellen Degradation der Landbevölkerung entgegengewirkt werden.

These 27:
Selbstverwaltung auch im Kultur- und Erziehungswesen. (...)

These 28:
Zensur ist nur außerhalb von Kultur und Wissenschaft zu akzeptieren. Die Gewerkschaft wird Initiativen für ein selbständiges Publikationswesen unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Wiederherstellung der geschichtlichen Wahrheit in der Literatur und den Geschichtsbüchern gewidmet.

These 29:
Die Gewerkschaft fordert die Verabschiedung eines alle Massenmedien einschließenden Pressegesetzes, das zur Herstellung von gesellschaftlicher Kontrolle führt, was die Zuteilung von Papier, von Sendezeiten im Rundfunk und Fernsehen angeht sowie den Zugang zu technischen Ausrüstungen für Rundfunk und Fernsehen. (...)

Solidarność-Resolution vom Samstag

„... sofort in den Streik treten"

Auch wenn die Sprecher von Solidarność immer wieder betonten, eine Konfrontation vermeiden zu wollen, sahen sie die Gefahr. Doch die im „Programm von Radom" erhobenen Forderungen nach einer Kontrolle der Gewerkschaft über die Wirtschaft, nach dem Zugang zu den Massenmedien und nach der Verabschiedung eines Gewerkschaftsgesetzes in ihrem Sinne war Solidarność nicht bereit aufzugeben.

Samstag Nacht verabschiedete die Landeskommission in Gdansk – unmittelbar vor der Machtübernahme durch das Militär – folgende Resolution:

„Die Landeskommission unterstützt die in Radom eingenommene Haltung des Präsidiums, und diese Haltung ist zur Haltung der ganzen Gewerkschaft geworden. Falls der Sejm (das polnische Parlament) außerordentliche Maßnahmen billigt, wird an dem der Parlamentssitzung folgenden nächsten Arbeitstag ein Generalstreik beginnen.

Falls der Sejm (solchen Maßnahmen) am 21. Dezember zustimmt, wird der Streik gleich nach Weihnachten anfangen.

In dem Fall, daß außerordentliche Mittel und Vergeltungsmaßnahmen gegen Fabrik-Belegschaften ergriffen werden, sollten Gewerkschaftsmitglieder nicht auf Anweisungen von der Gewerkschaft warten, sondern sofort in den Streik treten.

Die Landeskommission tritt für ein Referendum über die grundlegenden Probleme hinsichtlich der Einschätzung und Bestätigung der Verwaltung, einer Erneuerung der gesetzgebenden und repräsentativen Körperschaften ein.

Die Landeskommission ersucht das Präsidium, das Amt eines Beauftragten für die Probleme eines Referendums zu schaffen. Er soll das Referendum vorbereiten, das nicht später als am 15. Februar 1982 stattfinden sollte."

Sowjetische Drohungen

Der Druck auf die polnische Staats- und Parteiführung ist immer massiver geworden. Jaruzelski hatte das Ultimatum in der Tasche.



Jaruzelski (2. von rechts) flankiert von den Verteidigungsministern der übrigen Paktstaaten beim Großmanöver „Bündnis '81" auf polnischem Boden, September 1981

Der Schlag des polnischen Militärrates gegen die „Solidarität" war in einem *Kommentar der TASS vom 10. Dezember* mit seltener Deutlichkeit verlangt worden. TASS beschuldigte die Führung der „Solidarität" (und nicht mehr nur „die extremistischen Elemente" in der polnischen Gewerkschaft), „den Sturz der legislativen wie exekutiven Macht auf die Tagesordnung gesetzt" zu haben und ihre „Angriffe auf die Bündnisse der Volksrepublik Polen intensiviert" zu haben. Die Gewerkschaft habe zum Zweck des Umsturzes einen Generalstreik beschlossen, „der das Land lähmen soll, um von dort aus aktiv zum Sturz des sozialistischen Systems fortschreiten zu können". In der Sowjetunion hätten diese Umtriebe einen „legitimen Unwillen" hervorgerufen. Kurzum, die polnische Regierung sei nunmehr aufgefordert, „die angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um die verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates zu schützen".

Die Sowjetunion, die eine eigene militärische Intervention in Polen erheblich fürchten muß – sowohl militärisch wie auch angesichts der Weltöffentlichkeit –, hat schon seit dem Danziger Abkommen vom letzten Jahr ihren Druck auf Polen systematisch verstärkt.

War das Danziger Abkommen im letzten Sommer von der polnischen Parteipresse – wenigstens heuchlerisch – als eine Hoffnung für Polen und Schritt zur Erneuerung des Landes bezeichnet worden, so warf die *„Prawda" vom 2. September 1980* schon in ihrer ersten Stellungnahme der polnischen Parteiführung Kapitulation vor der Konterrevolution vor:

„Aus Berichten (der polnischen Presse) geht hervor, daß es antisozialistischen Elementen gelungen ist, eine Reihe von Betrieben an der polnischen Küste, vor allem in Danzig, zu infiltrieren, das Vertrauen eines Teils der Arbeiterklasse zu mißbrauchen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für ihre konterrevolutionären Ziele auszunutzen. Die Regierungskommissionen haben die Forderungen ... praktisch akzeptiert."

In der Folge wird die Entwicklung in Polen immer wieder mit der in der CSSR 1968 verglichen, und vor allem die Medien der CSSR und DDR drohen ganz unverhüllt mit einer Militäraktion der Warschauer-Pakt-Staaten. So das *Fernsehen der DDR am 17.11. 81:*

„Die Träume von der Erringung der Staatsmacht sind allen antisozialistischen Gruppen gemeinsam. Was ihnen in hohem Maße unmöglich macht, sie in vollem Ausmaß darzulegen und energischere Schritte in Angriff zu nehmen, ist die Furcht vor einer Intervention seitens der Sowjetunion."

Im *Dezember* wird die neue polnische Parteiführung unter Kania das erste Mal zu einem *Gipfeltreffen nach Moskau* zitiert. Die Konferenz verabschiedet so etwas wie eine gemeinsame „Garantie" für Polen:

„Es wurde bekräftigt, daß das sozialistische Polen ... fest mit der brüderlichen Solidarität und Unterstützung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes rechnen kann. Die Vertreter der PVAP betonten, daß Polen ein sozialistischer Staat, ein festes Glied der Familie der Länder des Sozialismus war, ist und bleibt."

Im Laufe des Jahres 1981, mit dem Fortgang der demokratischen Massenbewegung in Polen, werden die sowjetischen Warnungen und Einmischungen immer ultimativer. Darüber heißt es im *Schreiben des ZK der KPdSU und der Staatsführung der Sowjetunion* an die polnische Staats- und Parteiführung vom Oktober '81, das sich direkt gegen den Danziger Kongreß der „Solidarität" wendet:

„Wiederholt haben wir die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die Regierung der VR Polen auf die ansteigende Welle der Sowjetfeindlichkeit in Polen aufmerksam gemacht. Wir sprachen davon während der Treffen im März in Moskau und im April in Warschau; mit voller Aufrichtigkeit schrieben wir darüber im Brief des ZK der KPdSU vom 5. Juni (vor dem Parteikongreß der PVAP, d. Verf.). Wir haben darüber auch bei dem Treffen auf der Krim im August dieses Jahres gesprochen. (...) Wir erwarten, daß die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die Regierung der VR Polen unverzüglich entschiedene und radikale Maßnahmen treffen, um die boshafte antisowjetische Propaganda und die gegen die Sowjetunion gerichteten feindlichen Aktionen zu unterbinden."

Die „Solidarität" hatte auf ihrem Kongreß einen Appell an die Arbeiter Osteuropas verabschiedet, ebenfalls freie und unabhängige Gewerkschaften zu bilden: „Wir glauben, daß sich Eure und unsere Vertreter bald treffen können, um die Gewerkschaftserfahrungen auszutauschen."

Reaktionen im In- und Ausland



Solidaritätsdemonstration in Frankfurt am 15.12.

Kanzler Schmidt: Krise unter Kontrolle behalten – DKP-Vorstand sieht Polen vor dem Abgrund bewahrt – DGB fordert Freilassung polnischer Gewerkschafter – italienische und französische Gewerkschaften verurteilen den Gewaltakt – KP Spaniens: Das polnische Regierungssystem ist gescheitert

Bundeskanzler Schmidt hat sich am Montag namens der Bundesregierung gegenüber führenden Politikern der SPD und FDP zur Lage in Polen geäußert. Laut Regierungssprecher Becker hielt er dabei die Lage in Polen in drei Punkten fest: Erstens sei es wichtig, daß die Krise unter Kontrolle gehalten werde. Zweitens sei es wichtig, daß der Reformkurs in Polen aufrechterhalten werde, und drittens sei es der Wunsch, daß Polen seine eigenen Probleme ohne Gewaltanwendung und Einmischung von außen lösen könne, und zwar auf Grundlage eines Konsensus durch Kompromiß. Die Bundesregierung werde weiter an der Politik strikter Nichteinmischung festhalten und hoffe, daß sich alle Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki ebenso verhalten.

„Was ich sage, mag ein bißchen brutal klingen, aber ich glaube, die polnische Regierung war nicht mehr in der Lage,

helfen, wobei aber die weitere freie Zusammenarbeit mit deren gewählten Vertretern unerläßlich sei.

Der **Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)** hat in Brüssel im Namen seiner 70 Millionen Mitglieder in aller Welt beim Internationalen Arbeitsamt (IAA) in Genf Klage gegen die polnische Regierung erhoben. Als Begründung wird die Besetzung der Büros der polnischen Gewerkschaft „Solidarität" durch die Armee, die Verhaftung einer Anzahl von führenden Gewerkschaftsfunktionären sowie das Verbot jeglicher Gewerkschaftsarbeit angeführt. Der **Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMF)** forderte seine Mitgliedsorganisationen auf, gegen die Einschränkung der gewerkschaftlichen Freiheiten in Polen weltweit zu demonstrieren.

Die **niederländischen Parteien und Gewerkschaften** haben die Ausrufung des

teilung des Gewaltakts der polnischen Regierung" enthält und ihre Maßnahmen gegen die Solidarność für „unannehmbar" erklärt: Sie „blockieren auf dramatische Weise den Prozeß der demokratischen Erneuerung, der seit den Arbeiterkämpfen von August 1980 in Gang gekommen ist". Die Föderation verlangt die sofortige Einberufung des Europäischen Gewerkschaftsbundes für eine gemeinsame Initiative. Der Generalsekretär der CGIL, Lama, Mitglied des KPI-ZK, erklärte im Fernsehen: er persönlich würde den polnischen Arbeitern raten, „nicht nachzugeben", aber andererseits die Situation möglichst nicht noch dramatischer werden zu lassen. Für ihn könne sich „der Sozialismus ohne Demokratie und ohne Freiheit nicht Sozialismus nennen, weil es kein Sozialismus ist". In verschiedenen Großstädten führten die Gewerkschaften Massendemonstrationen durch. Daß sich ein kleinerer Teil der KPI-Arbeiter noch an die Sowjetunion gebunden fühlt, machte

Kanzler Schmidt: Krise unter Kontrolle behalten – DKP-Vorstand sieht Polen vor dem Abgrund bewahrt – DGB fordert Freilassung polnischer Gewerkschafter – italienische und französische Gewerkschaften verurteilen den Gewaltakt – KP Spaniens: Das polnische Regierungssystem ist gescheitert

Bundeskanzler Schmidt hat sich am Montag namens der Bundesregierung gegenüber führenden Politikern der SPD und FDP zur Lage in Polen geäußert. Laut Regierungssprecher Becker hielt er dabei die Lage in Polen in drei Punkten fest: Erstens sei es wichtig, daß die Krise unter Kontrolle gehalten werde. Zweitens sei es wichtig, daß der Reformkurs in Polen aufrechterhalten werde, und drittens sei es der Wunsch, daß Polen seine eigenen Probleme ohne Gewaltanwendung und Einmischung von außen lösen könne, und zwar auf Grundlage eines Konsensus durch Kompromiß. Die Bundesregierung werde weiter an der Politik strikter Nichteinmischung festhalten und hoffe, daß sich alle Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki ebenso verhalten.

„Was ich sage, mag ein bißchen brutal klingen, aber ich glaube, die polnische Regierung war nicht mehr in der Lage,
das Land zu regieren ... Jetzt sehe ich eine Möglichkeit, daß Polen zu einem normalen Produktionsablauf zurückkehrt, und das wäre eine gute Sache für die Banken." So zitiert die Financial Times einen **Frankfurter Bankier**, mit dem Hinweis auf die hohen Auslandsschulden, die Polen nicht zuletzt bei westdeutschen Banken hat.

In einer Erklärung des Präsidiums des **Parteivorstandes der DKP** heißt es: „Jeder konnte sehen, daß Polen von unverantwortlichen Elementen in die wirtschaftliche Katastrophe getrieben wurde ... Der jetzt gebildete Militärrat verfolgt mit den von ihm getroffenen Maßnahmen das Ziel, Polen vor diesem Abgrund zu bewahren, die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen. ... Wir Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland befürworten es, wenn die dem Sozialismus verbundenen Kräfte Polens sagen: Polen war, ist und bleibt ein sozialistisches Land. Wir wissen, daß nur dies die Grundlage für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Polens und zugleich ein wichtiger Faktor für die Sicherheit und den Frieden in Europa und der Welt ist."

Der **DGB** forderte in einer Stellungnahme die unverzüglich Freilassung internierter polnischer Gewerkschafter und äußerte die Erwartung, daß die Maßnahmen gegen die Gewerkschaften in Polen rückgängig gemacht würden. Er erklärte der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" und ihrer Führung seine volle Sympathie. Der DGB erklärte ferner seine Bereitschaft, den polnischen Arbeitnehmern bei der Überwindung der Versorgungskrise zu

helfen, wobei aber die weitere freie Zusammenarbeit mit deren gewählten Vertretern unerläßlich sei.

Der **Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)** hat in Brüssel im Namen seiner 70 Millionen Mitglieder in aller Welt beim Internationalen Arbeitsamt (IAA) in Genf Klage gegen die polnische Regierung erhoben. Als Begründung wird die Besetzung der Büros der polnischen Gewerkschaft „Solidarität" durch die Armee, die Verhaftung einer Anzahl von führenden Gewerkschaftsfunktionären sowie das Verbot jeglicher Gewerkschaftsarbeit angeführt. Der **Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMF)** forderte seine Mitgliedsorganisationen auf, gegen die Einschränkung der gewerkschaftlichen Freiheiten in Polen weltweit zu demonstrieren.

Die **niederländischen Parteien und Gewerkschaften** haben die Ausrufung des
Ausnahmezustandes und die Festnahme von Gewerkschaftern einhellig verurteilt. Auch die Kommunistische Partei der Niederlande schloß sich der Kritik an.

Am 13. Dezember veröffentlichte die KPI (Kommunistische Partei Italiens) folgendes einstimmig verabschiedetes Dokument:

„... man muß diesen Schlag verurteilen, der sich gegen alle Versuche einer politischen Lösung der polnischen Krise unter Beteiligung aller Kräfte der Gesellschaft im Zuge eines Prozesses der tatsächlichen Demokratisierung richtet. Die KPI hat schon immer die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Erneuerung erkannt und anerkannt, die imstande ist, die Führungsfehler der Vergangenheit in der Politik und in der Wirtschaft zu korrigieren, gestützt auf die grundlegenden Kräfte einer erneuerten kommunistischen Partei, die in autonomer und verantwortlicher Weise den Willen der Arbeiter repräsentiert, und auf die Kirche ..." Die KPI hat immer bekräftigt, daß „der neue Kurs sich stützen muß auf einer offenen Debatte, die in die nationale Einheit mündet, die allein in der Lage ist, die dringenden Probleme von Gesellschaft und Staat zu lösen, das Recht des polnischen Volkes auf Freiheit und auf nationale Unabhängigkeit zu garantieren ... und jegliche Möglichkeit von Pressionen oder äußerer Einmischung verhindert."

Die Föderation der 3 italienischen Gewerkschaftsverbände CGIL-CISL-UIL hat am Sonntag eine Erklärung veröffentlicht, die eine „eindeutige Verur-

teilung des Gewaltakts der polnischen Regierung" enthält und ihre Maßnahmen gegen die Solidarność für „unannehmbar" erklärt: Sie „blockieren auf dramatische Weise den Prozeß der demokratischen Erneuerung, der seit den Arbeiterkämpfen von August 1980 in Gang gekommen ist". Die Föderation verlangt die sofortige Einberufung des Europäischen Gewerkschaftsbundes für eine gemeinsame Initiative. Der Generalsekretär der CGIL, Lama, Mitglied des KPI-ZK, erklärte im Fernsehen: er persönlich würde den polnischen Arbeitern raten, „nicht nachzugeben", aber andererseits die Situation möglichst nicht noch dramatischer werden zu lassen. Für ihn könne sich „der Sozialismus ohne Demokratie und ohne Freiheit nicht Sozialismus nennen, weil es kein Sozialismus ist". In verschiedenen Großstädten führten die Gewerkschaften Massendemonstrationen durch. Daß sich ein kleinerer Teil der KPI-Arbeiter noch an die Sowjetunion gebunden fühlt, machte
sich in einigen Städten wie Mailand und Genua bemerkbar, nicht dagegen in Turin, wo die örtlichen Gewerkschaftsverbände engste Beziehungen zur Solidarność hergestellt hatten und gerade eine Solidarność-Delegation erwartet wurde, die Turin nicht erreichte und deren Leitung ebenfalls verhaftet wurde.

Die KP Spaniens erklärte am 13. Dezember: „Wir haben schom immer die Erneuerung der Führung der Partei und die Demokratisierung in Polen unterstützt. Angesichts der Ereignisse sind wir der Meinung, daß das Regierungssystem in Warschau endgültig gescheitert ist, auch wenn dies nicht zugleich das Scheitern eines sozialen Systems beinhaltet ... Zum ersten Mal führt die Armee in einem sozialistischen Staat eine Art von Militärputsch durch ..." „Wir wissen sehr gut, was eine militärische Intervention, die die Rechte der Arbeiter berührt, bedeutet" erklärte **der Generalsekretär der gewerkschaftlichen Arbeiterkommissionen, Camacho,** „die Verteidigung der Existenz von Solidarność in Polen bedeutet die Verteidigung der Existenz des Pluralismus und der gewerkschaftlichen Demokratie in diesem Lande."

In einer gemeinsamen Erklärung der französischen Gewerkschaften, CFDT, FO, FEN, CGC und CFTC drücken sie ihr Mitgefühl aus „angesichts des Gewaltakts, den die polnische Regierung gegen die Gewerkschaft Solidarność vollzogen hat.

Die fünf gewerkschaftlichen Organisationen bewerten den Kampf, den die polnischen Arbeiter führen, ... für gewerkschaftliche und öffentliche Freiheiten als Bestandteil des Kampfes der französischen Gewerkschaftsbewegung ..."

Die der KPF nahestehenden Gewerkschaft CGT ist, trotz Einladung, nicht zu dem Treffen erschienen. **Georg Marchais, der Generalsekretär der KPF**, hat folgende Erklärung abgegeben: „... In dieser Situation bleiben wir unserer festen Linie treu. Wir werden uns jeglicher Initiative enthalten, die die notwendigen Suche eines friedlichen Ausgangs aus der Krise, stören könnte ..."

Während der französische Ministerpräsident Mauroy mit „ernsten Konsequenzen" im Falle der Zerschlagung des polnischen Erneuerungsprozesses droht, erklärt Außenminister Cheysson, daß Frankreich „absolut nichts" unternehmen werde. Immerhin hat das französische Parlament seine Sitzung unterbrochen, damit die Abgeordneten sich an der Demonstration beteiligen können.

Die US-Regierung verhielt sich zunächst abwartend. Das US-Schatzamt sorgte sich um die Kredite westlicher Banken an Polen.

Solidaritätsdemonstration in Frankfurt am 15.12.

In mehreren europäischen Städten und in den USA fanden am 13., 14. und 15.12. Solidaritätsaktionen und Demonstrationen mit der Solidarność statt. In ihrer gemeinsamen Erklärung vom 13. Dezember (s.u.) riefen alle französischen Gewerkschaftsverbände mit Ausnahme der CGT dazu auf, Montag zu einem Tag der Solidarität zu machen. Sie organisierten eine zentrale Demonstration um 17.30 in Paris, die vom Montparnasse bis zum Invalidendom führte. Die Gewerkschaften appellierten an die Arbeiter daran teilzunehmen zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte in Polen und für die Freilassung der inhaftierten Mitglieder von Solidarność.

In ganz Italien haben die Gewerkschaften am Montag zu einem einstündigen Streik und zu Demonstrationen im ganzen Land aufgerufen. Allein in Mailand demonstrierten 15000, in Turin 10000 und in Florenz 2500 Menschen.

Am Dienstag fanden in den Betrieben Kundgebungen in Art von Streikversammlungen statt, die 1 – 2 Stunden dauerten. Am Nachmittag hatten alle drei Gewerkschaftsorganisationen zu Demonstrationen aufgerufen.

In Stockholm fand eine Kundgebung, die zur polnischen Botschaft zog, schon am Sonntag abend statt, an der über 2000 Menschen teilnahmen. Auch in Brasel, Zürich und Bern fanden am Sonntag abend Kundgebungen statt. Am Montag abend fand eine Kundgebung statt, an der eine Delegation der Solidarność teilnahm. In Barcelona demonstrierten ca. 1500 Menschen am Sonntagabend vor dem polnischen Konsulat.

Solidarność

kvz extra

Kommunistische Volkszeitung
Beilage vom 18.12.1981



Appell zur Solidarität

An die Parlamente, an die Regierungen und an die Gewerkschaften in der ganzen Welt, an alle Nationen und Völker mit gutem Willen, die die Sache der Demokratie, der Freiheit und der Arbeiterrechte hochhalten:

Unter Einsatz von Leben und persönlicher Freiheit, den grausamen Bestimmungen des Kriegsrechts und allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz sind Hunderte von polnischen Arbeitern und Patrioten in den Streik getreten und fordern die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freigabe aller Festgenommenen und die Wiederherstellung aller demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte, die die Nation sich im August 1980 erkämpft hat.

Wir rufen euch auf: Unterstützt uns in unserem Kampf mit massiven Protesten und moralischer Hilfe. Schaut nicht schweigend diesem Versuch zu, den keimenden Samen der Demokratie im Herzen Europas zu vernichten. Seid mit uns in dieser schweren Stunde, Solidarität mit Solidarność. Noch ist Polen nicht verloren.

Streikkomitee des Hafens und der Werft von Stettin, 14.12.1981
(Übersetzt aus dem Schwedischen)

Jaruzelskis Militärputsch

Die letzte Karte ist gespielt

„Solidarität" ruft zum gewaltlosen Widerstand auf Gewerkschaften, Friedensbewegung und Linke in Europa vor entscheidender Aufgabe

Gerd Koenen

Obwohl sich auf der Lenin-Werft in Gdańsk, wo an historischer Stätte der Landesausschuß der „Solidarität" versammelt war, die besorgniserregenden Meldungen über Truppenbewegungen im ganzen Land häuften, ging die Mehrzahl der Delegierten in die Hotels zurück, und Lech Walesa ging nach Hause. Stunden später waren sie „interniert". Morgens um sechs proklamierte Jaruzelski das Kriegsrecht. Sowohl „Solidarność" wie alle andern Gewerkschaften sind für suspendiert

Warnschüsse sind gefallen. Panzer riegeln Ursus und Radom ab und werden um Warschau und Danzig verstärkt.

Noch ist die Lage ganz undurchsichtig. Im ersten Streich scheint der Putsch gelungen. Wie war das möglich? Wie der für unmöglich erklärte Einsatz der Armee gegen die streikenden Arbeiter? Eine Sache ist, daß Kriegsrecht für die Soldaten Standrecht bedeutet. Ein zweiter Faktor des Erfolgs ist die Drohung mit der sowjetischen Intervention; Regierungsvertreter haben sehr unverblümt zu verste-

mes zu rehabilitieren beginnt.

Nur: Kádárs „Neuanfang" 1956 fiel in eine Aufschwungphase der Weltkonjunktur, die noch Platz für großzügige Reformvorhaben bot. Und Pilsudski umgab immer der Nimbus des Staatsbegründers. Jaruzelski wird sich mit keinen Tricks vom Schatten der Partei, aus der er kommt, befreien können. Und die Wirtschaftsreformen zum 1. Januar werden alles andere als großzügig und gegen die Arbeiter brutal-gehässig sein. Die Betriebe sind direkt unter Militärverwaltung; Arbeits-

Text zweier Flugblätter, die am 13.12.1981 in Warschau verteilt wurden

Das „Kommuniqué Nummer Eins", in dem am Montag die polnische Bevölkerung aus dem Untergrund von fünf nicht-inhaftierten Mitgliedern des bisherigen Landesausschusses der polnischen Gewerkschaft Solidarność zu einem Generalstreik als Antwort auf die Verhängung des Ausnahmezustandes aufgerufen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Der Belagerungszustand wurde in unserem Lande ausgerufen. Massenverhaftungen von Führern und Aktivisten von Solidarność finden statt. Angesichts der Aktivitäten der polnischen Behörden vor den heutigen Ereignissen, hatte unsere Gewerkschaft ihre Vorkehrungen getroffen, die heute in Kraft treten. In Einklang mit den Resolutionen vom 4. Dezember von Radom und der des Landesausschusses vom 12. Dezember (in Gdansk) begegnen wir der Gewalt mit dem Generalstreik.

Keine Gewerkschaft, keine Organisation kann tatenlos zulassen, daß ihre Führer Opfer der Repression und ihrer Rechte beraubt werden, und zusehen, wie die bürgerlichen Freiheiten beschnitten werden. Indem wir diesen Streik beginnen, präzisieren wir, daß er nur unter den folgenden Bedingungen beendet werden kann: Freilassung aller inhaftierten Personen und Annullierung des Belagerungszustandes.

Nur bei Erfüllung dieser Bedingungen können wir Verhandlungen eingehen, um zu einer Plattform für eine Einigung zu gelangen. Wir erinnern gleichzeitig daran, daß diese Aktion in Übereinstimmung mit den Statuten von Solidarność und dem Interesse der Werktätigen beschlossen wurde. Indem wir zu diesem Streik aufrufen, erinnern wir an die Notwendigkeit, Disziplin und Frieden unter Beweis zu stellen, das Eigentum des Staates zu respektieren und so weit wie möglich ei-

Noch ist Polen nicht verloren.

Streikkomitee des Hafens und der Werft von Stettin, 14.12.1981
(Übersetzt aus dem Schwedischen)

Jaruzelskis Militärputsch

Die letzte Karte ist gespielt

„Solidarität" ruft zum gewaltlosen Widerstand auf Gewerkschaften, Friedensbewegung und Linke in Europa vor entscheidender Aufgabe

Gerd Koenen

Obwohl sich auf der Lenin-Werft in Gdańsk, wo an historischer Stätte der Landesausschuß der „Solidarität" versammelt war, die besorgniserregenden Meldungen über Truppenbewegungen im ganzen Land häuften, ging die Mehrzahl der Delegierten in die Hotels zurück, und Lech Walesa ging nach Hause. Stunden später waren sie „interniert". Morgens um sechs proklamierte Jaruzelski das Kriegsrecht. Sowohl „Solidarność" wie alle andern Gewerkschaften sind für suspendiert erklärt. Jede Form freier politischer und gesellschaftlicher Tätigkeit ist untersagt. Alle Kommunikationen sind unterbrochen, im Innern wie nach außen. Polen ist unter Quarantäne gestellt. Die Militärdiktatur kam plötzlich, und sie ist total.

Das war auch die einzige Möglichkeit, sie überhaupt zu installieren. Die totale Kontrolle des gesamten gesellschaftlichen Lebens entspricht der Organisiertheit der sozialen Bewegung. Aber auf der Höhe dieser Organisiertheit war der Schlag dann auch, der geführt wurde. Offensichtlich hat die Führung der „Solidarität" und die große Mehrzahl der polnischen Gesellschaft der Armee die Fähigkeit und Bereitschaft dazu nicht zugetraut.

Die Verhaftung fast der gesamten Führung hat die Gewerkschaft in eine schwierige Lage gebracht. Zwar ist es gelungen, durch ein illegales Streikkomitee aus 5 Mitgliedern der Landeskommission einen erneuten Aufruf zum Generalstreik in Umlauf zu bringen. Betriebliche Komitees haben sich gebildet. Am Montag und Dienstag sind so gut wie alle Industriebetriebe – die schlesischen Bergwerke, die Stahlhütten in Krakau und Warschau, die wichtigsten Maschinenbaubetriebe (Cegielski in Poznań, FSO und Ursus in bzw. bei Warschau), die Danziger und Stettiner Werften sowie zahlreiche andere Betriebe im ganzen Land besetzt worden. Die Belegschaften hatten Lebensmittelvorräte angelegt und Brunnen gebohrt. Aber es scheint, daß fast alle besetzten Betriebe im Schutz der nächtlichen Ausgangssperre gewaltsam geräumt worden sind. Erste Warnschüsse sind gefallen. Panzer riegeln Ursus und Radom ab und werden um Warschau und Danzig verstärkt.

Noch ist die Lage ganz undurchsichtig. Im ersten Streich scheint der Putsch gelungen. Wie war das möglich? Wie der für unmöglich erklärte Einsatz der Armee gegen die streikenden Arbeiter? Eine Sache ist, daß Kriegsrecht für die Soldaten Standrecht bedeutet. Ein zweiter Faktor des Erfolgs ist die Drohung mit der sowjetischen Intervention; Regierungsvertreter haben sehr unverblümt zu verstehen gegeben, daß wenn die polnische Armee nicht gehandelt hätte, die Verbündeten es getan hätten. Es war ja diese äußere Blockierung der innenpolischen Lage, die alle einschneidenden Reformen verhindert und so zum Wirtschaftszusammenbruch geführt hat. Notwendigerweise muß das zur Ermüdung in Teilen der Bevölkerung geführt haben, und so mag der Putsch sogar einige diffuse Zustimmung erhalten.

Aber ganz sicher wird sich der Staatsstreich Jaruzelskis auch noch als ein größer angelegtes politisches Manöver erweisen. Die „nationale Errettung" durch das Militär bedeutet auch die weitgehende Ausschaltung der Partei. Die angekündigten Schauprozesse gegen Gierek und Co. sind sicher ein trübes Manöver. Aber dabei kann Jaruzelski gar nicht stehen bleiben. Seine Ansprache im Fernsehen hielt er als Soldat und Regierungschef, seine Funktion als *Parteivorsitzender* blieb unerwähnt. Am Morgen des Putsches ging auf dem Warschauer Parteihaus die rote Fahne nieder und wurde die polnische Fahne aufgezogen. Jaruzelski wird unbedingt seine Versuche fortsetzen, eine national-autoritäre Koalition zusammenzubekommen, sogar unter Einschluß einer gezähmten „Solidarität". Selbst von der Auflösung der völlig diskreditierten Polnischen Arbeiterpartei wird gemunkelt. Die Vorbilder gehen von Kádárs Politik des „Neuanfangs" 1956 in Ungarn zurück bis zur „gelenkten Demokratie" des Marschalls Pilsudski im Vorkriegspolen, dessen Rolle nun auch die offizielle Geschichtsschreibung des Regimes zu rehabilitieren beginnt.

Nur: Kádárs „Neuanfang" 1956 fiel in eine Aufschwungphase der Weltkonjunktur, die noch Platz für großzügige Reformvorhaben bot. Und Pilsudski umgab immer der Nimbus des Staatsbegründers. Jaruzelski wird sich mit keinen Tricks vom Schatten der Partei, aus der er kommt, befreien können. Und die Wirtschaftsreformen zum 1. Januar werden alles andere als großzügig und gegen die Arbeiter brutal-gehässig sein. Die Betriebe sind direkt unter Militärverwaltung; Arbeitsverweigerung ist Meuterei; es gilt sofort wieder die 6-Tage-Woche, und notfalls die 7-Tage-Woche zu 12 Stunden täglich.

Lech Walesa, unter Hausarrest, hat die Kollaboration verweigert, wie es heißt. Und der Primas, Kardinal Glemp, hat zwar zur Vermeidung des Bürgerkriegs um jeden Preis aufgerufen, aber das war auch ein Aufruf an die Soldaten. Und auch Glemp und die Kirche verweigern sich Jaruzelski. Der gewaltlose Widerstand, den die „Solidarität" organisieren will, kann eine gewaltige subversive Kraft entwickeln. Und dann, erst dann kommt die Bewährungsprobe für die Loyalität der Armee, die nun voll in die gesellschaftliche Auseinandersetzung verwickelt ist. Die herrschende bürokratische Klasse hat ihre letzte Karte gespielt.

Die Arbeiter- und Friedensbewegung und die politische Linke hierzulande müssen sich jetzt über eins vordringlich klar werden: Kann die polnische Bewegung erdrosselt werden, weil sie auf sich gestellt geblieben ist, dann hat sich die politische Situation für uns selbst und ganz Europa drastisch verschlechtert. Eine trübe Interessen-Koalition der „Nichteinmischungs"-Politiker hat sich gebildet. Schmidt in der DDR hat geradezu das Versuchskaninchen für die Kreml-Diplomatie gespielt. Man muß aber begreifen: Polens geopolitische Lage verweist auf unsere eigene zurück. Wenn in den Militärblocks auf solche Weise „Ordnung" geschaffen werden kann, ohne daß sich beidseits Widerstand regt, dann kann von „Friedensbewegung" nicht groß die Rede sein.

Text zweier Flugblätter, die am 13.12.1981 in Warschau verteilt wurden

Das „Kommuniqué Nummer Eins", in dem am Montag die polnische Bevölkerung aus dem Untergrund von fünf nicht-inhaftierten Mitgliedern des bisherigen Landesausschusses der polnischen Gewerkschaft Solidarność zu einem Generalstreik als Antwort auf die Verhängung des Ausnahmezustandes aufgerufen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Der Belagerungszustand wurde in unserem Lande ausgerufen. Massenverhaftungen von Führern und Aktivisten von Solidarność finden statt. Angesichts der Aktivitäten der polnischen Behörden vor den heutigen Ereignissen, hatte unsere Gewerkschaft ihre Vorkehrungen getroffen, die heute in Kraft treten. In Einklang mit den Resolutionen vom 4. Dezember von Radom und der des Landesausschusses vom 12. Dezember (in Gdansk) begegnen wir der Gewalt mit dem Generalstreik.

Keine Gewerkschaft, keine Organisation kann tatenlos zulassen, daß ihre Führer Opfer der Repression und ihrer Rechte beraubt werden, und zusehen, wie die bürgerlichen Freiheiten beschnitten werden. Indem wir diesen Streik beginnen, präzisieren wir, daß er nur unter den folgenden Bedingungen beendet werden kann: Freilassung aller inhaftierten Personen und Annullierung des Belagerungszustandes.

Nur bei Erfüllung dieser Bedingungen können wir Verhandlungen eingehen, um zu einer Plattform für eine Einigung zu gelangen. Wir erinnern gleichzeitig daran, daß diese Aktion in Übereinstimmung mit den Statuten von Solidarność und dem Interesse der Werktätigen beschlossen wurde. Indem wir zu diesem Streik aufrufen, erinnern wir an die Notwendigkeit, Disziplin und Frieden unter Beweis zu stellen, das Eigentum des Staates zu respektieren und so weit wie möglich einen unnötigen Zusammenstoß mit den Sicherheitskräften zu vermeiden. Unsere Waffe ist die Ruhe, die Ehre und die Organisation in den Betrieben. Unsere Hoffnung ist die Einheit und die Solidarität aller Werktätigen Polens."

Mitglieder von Solidarność, Mitbürger!

Am 12.12.1981 gegen Mitternacht haben die Einheiten der ZOMO (motorisierte Miliz) das Büro von Solidarność in Warschau, Mokotowska-Straße besetzt und die anwesenden Mitglieder von Solidarność verhaftet. Gleichzeitig fanden in der Stadt Verhaftungen statt. Wir haben bereits die ersten Informationen über die Verhafteten. Die Telefon- und Fernschreibverbindungen in Warschau und im ganzen Land wurden abgeschnitten. Die Behörden haben den Augenblick der Konfrontation sorgfältig gewählt. Die Führer von Solidarność befinden sich in Gdansk, wo sie an den Beratungen der Landeskommission teilnehmen. Ihr Schicksal ist uns noch unbekannt. Gleichzeitig werden die Arbeiter nicht vor Schichtbeginn am Montag vollzählig in den Betrieben sein.

Dieser Angriff auf die Gewerkschaft hat ihre Zerstörung zum Ziel und bedeutet die Erklärung des Ausnahmezustands, was im Widerspruch zur Verfassung der VR Polen steht.

In Übereinstimmung mit unseren Statuten kann unsere Antwort nur der Generalstreik im ganzen Land sein.

„Noch ist Polen nicht verloren."

Solidarność Ursus
13.12.1981, 3 Uhr morgens

Demonstrationen

Westberlin: Samstag, 16.00 Uhr, DGB-Kundgebung, Schöneberger Rathaus
Hamburg: Freitag, 17.00 Uhr, Carl-Legien-Platz
Bremen: Samstag, 11.00 Uhr, Hauptbahnhof
Dortmund: Samstag, 12.00 Uhr, Demonstration vom Hauptbahnhof, Kundgebung 13.00 Uhr Theatervorplatz
Köln: Samstag, 13.00 Uhr, Roncalliplatz
Frankfurt: Samstag, 11.00 Uhr, Alte Oper
Mannheim: Samstag, 10.00 Uhr, Kurpfalzkreisel
Stuttgart: Samstag, 12.00 Uhr, Mahnmal
Offenburg: Samstag, 14.00 Uhr, Hauptstr.-/Fußgängerzone

kvz-extra vom 18.12.1981

Beilage zur Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Verantwortlich: Bernhard Peters

Erscheint im Kühl-Verlag · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Zbigniew Bujak, der Warschauer „Solidaritäts"-Vorsitzende, soll am Montag abend beim Sturm von Militäreinheiten auf die bestreikten Ursus-Traktorenwerke festgenommen worden sein. Das folgende Interview stammt vom Oktober.

Interview mit dem Warschauer „Solidarität"-Vorsitzenden Bujak

„Winterbrigaden" für den Kampf gegen Hunger und Kälte

Mobilisierung der Kräfte der Gesellschaft oder autoritärer Einsatz staatlicher Organe – so stand die Frage beim Kampf gegen die Wirtschaftskrise

Niezalezność: Man hört, daß dieser Winter gezeichnet sein wird von Epidemien, Hunger und Krankheiten; es wird nichts zu essen geben, keine Kohle und keinen Strom; daß die kommenden Schwierigkeiten im Winter nicht zu lösen sein werden, weder von der Regierung noch von Solidarność, daß aber der Fehler nicht nur bei der Regierung liege, sondern auch bei Solidarność. Was hat die regionale Führung von Solidarność für Vorschläge in dieser Lage?

Zbigniew Bujak: Die Lage ist wirklich sehr schwierig, aber sie hat diesen tragischen Punkt noch nicht erreicht. Nach den Informationen, die wir haben, sind die Strom- und Wasserwerke in diesem Jahr besser gerüstet als im vergangenen Jahr. Es würde also reichen, eine regelmäßige Zufuhr an Kohle zu sichern. Ich denke, daß dies – wenn wir korrekt mit Schlesien zusammenarbeiten – machbar ist.

Es ist möglich, daß, um die regelmäßige Versorgung der Hauptstadt mit Kohle zu garantieren, es notwendig wird, vorübergehend einen gewissen Teil der Schwerindustrie stillzulegen (z.B. das Stahlwerk in Warschau), oder zumindest die Produktion ernsthaft einzuschränken. Infolgedessen dürfte die Frage der Versorgung mit elektrischer Energie und Heizung kein so großes Problem sein. Aber – das muß man zugleich sagen – weder die regionale Führung noch die gesamte Gewerkschaft auf regionaler Ebene werden in der Lage sein, alle Probleme zu regeln. Ihre Lösung wird von der Fähigkeit der Mobilisierung der Arbeiter vor Ort abhängen. Die Vorbereitung für den Winter kann von den lokalen Kooperationskommissionen der Gewerkschaft initiiert werden, aber sie ist noch schlecht organisiert. Die Bedürfnisse sind enorm, es wird nötig sein, auf allen Ebenen „Winterbrigaden" aufzubauen: regional, auf Provinzebene, in den Städten, in den Stadtteilen und in den Häusern.

Was muß die Aufgabe dieser „Winterbrigaden" sein?

Zuallererst müssen sie die Verteilung der Lebensmittel übernehmen, das Funktionieren der Heizung und der Stromversorgung sichern, also auch Wartungstrupps für den Notfall aufbauen, die in der Lage sind, jede Störung in jedem Netz zu reparieren.

Diese Trupps, die von den Betrieben aus aufgebaut werden müssen, sollten die Spezialisten, die sie bei der Hand haben, dafür gewinnen.

Wie soll diese Lebensmittelverteilung, von der Du sprichst, ablaufen?

Die Verhandlungen, die der Kollege Grzegorz Palka (1) zur Zeit führt, erlauben es, die Kontrolle von oben her zu entwickeln. Parallel dazu müssen Kontrollgruppen auf allen unteren Ebenen aufgebaut werden; d.h. für Warschau, auf der Ebene der Provinz, auf lokaler Ebene und auf Stadtteilebene. Bei der Entwicklung dieser Kontrolle kann man sich auf das Netz der Kooperativen, vor allem auf SPOLEM (2), stützen. Viel wichtiger wird es sein, bei eingeschränkter Kapazität die Versorgung ohne Schlangestehen zu garantieren. Das ist eine organisatorische Schwierigkeit. Wenn wir dahinkommen, die Kontrolle auf allen Ebenen aufzubauen und damit zu sichern, daß jedes Geschäft die Warenmenge erhält, die den Rationierungsmarken in seinem Stadtteil entspricht, so bleibt nur übrig, die Verteilung auf dieser Ebene zu sichern. Das kann nur vom Volkskomitee des betreffenden Stadtteils gemacht werden. Ich denke, daß es die Karten registrieren, numerieren und jeden Tag die Nummernlisten, die gegen Waren eingetauscht werden können, anschlagen sollte.

Die Frage der Verteilung der Lebensmittel ist am wichtigsten. Danach kommt die medizinische und soziale Hilfe für die älteren Menschen, die Behinderten und die Kinder. Das müssen die Volkskomitees und die Häuserkomitees verantwortlich übernehmen. Vielleicht können sie mit den Wohnungskooperativen zuammenarbeiten, die die Unterlagen und auch eine gewisse Erfahrung in dieser Frage haben. Es wird auch gleichermaßen nötig sei, mit den Kirchengemeinden, den Jugend- und Pfadfinderorganisationen und den lokalen Strukturen der Bauernpartei und der Demokratischen Partei zusammenzuarbeiten.

Wo gibt es schon solche „Brigaden"? Wir wissen, daß eine bereits aufgebaut wird auf regionaler Ebene unter dem Vorsitz von Seweryn Jaworski.

Zur Zeit untersucht diese „Brigade" die Lage und macht eine Aufstellung all der Probleme, die gelöst werden müssen. „Brigaden" bilden sich ebenfalls in den Betrieben; die lokalen Kooperationskommissionen der Gewerkschaft haben ebenfalls auf ihrer Ebene die Arbeit aufgenommen. Im Gegensatz dazu ist außerhalb Warschaus bisher nur sehr wenig gelaufen. Hier müßte die „Regionale Brigade" ein angemessenes Netz von Korrespondeten aufbauen, die dann solche Brigaden auf lokaler Ebene aufbauen können. Zuerst muß jedoch eine Bestandsaufnahme von den Problemen gemacht werden, erst dann kann man versuchen, sie zu lösen.

Auf regionaler Ebene müßte die Brigade zuallererst die Produktion in den Betrieben der Lebensmittel- und der Bekleidungsindustrie sowie der Betriebe, die für den Bedarf der Kinder, Alten und Behinderten produzieren, sichern. Sie muß das Funktionieren der Energiezentren, der Wasserversorgung und der kommunalen Verkehrsmittel sichern. Es handelt sich hierbei um Probleme, die die Koordination mit und die Hilfe der Solidarność auf regionaler Ebene erfordern.

Die Region muß die wichtigsten Verkehrsstrecken, die aufrechterhalten werden müssen, festlegen und ihre Aufrechterhaltung sichern; sie muß die Arbeitszeiten so regeln, daß es keine Stoßzeiten und keine verkehrsarmen Zeiten gibt im kommunalen Nahverkehr. Die Region muß weiterhin die Stadtteile, in denen noch keine Volkskomitees existieren, erfassen und sie dabei unterstützen, welche aufzubauen. Auch auf diesem Niveau muß die Verteilung der ausländischen Hilfsgüter, der sozialen Hilfe und vor allem der Nahrungsmittel und der Medikamente gesichert werden.

Aus: Niezalezność (Unabhängigkeit), dem täglich erscheinenden Informationsbulletin der Solidarność Warschau, Nr. 158, 16. Oktober 1981. – Eig. Übersetzung nach der französischen Fassung aus Inprekor, Nov. 1981.

Anmerkungen:

(1) Es handelt sich dabei um die Verhandlungen mit der Regierung über die Preiserhöhungen. Grzegorz Palka hatte ein ganzes System der Arbeiterkontrolle über die Tätigkeit der Behörden bis hin zu einem „Sozialen Wirtschaftsrat" vorgeschlagen.

(2) „Spolem" ist die größte Verteilungskooperative in Polen. Lange Zeit dem Staat unterstellt und von ihm kontrolliert, emanzipierten sich die Kooperativen teilweise von dieser Bevormundung in den letzten Monaten.

Hauptelemente der Wirtschaftskrise in Polen

Die Wirtschaft Polens hat nach dem (scheinbaren) Wirtschaftswunder der 70er Jahre einen katastrophalen Einbruch erlitten, wie kaum ein anderes Land seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Die Propaganda des Regimes, hierin unterstützt von einer unheiligen Allianz östlicher und westlicher Massenmedien, hat die vielfältigen Streikaktionen der „Solidarność" dafür verantwortlich gemacht.
Das stellt die Dinge auf den Kopf. Erstens: die Wirtschaftskrise hat bereits 1979/80 mit erheblichen Produktionseinbrüchen begonnen und war bereits eine wesentliche Ursache der Massenstreiks vom Sommer 1980. Zweitens: alle Streikaktionen dieses Jahres haben nicht mehr als einen Arbeitstag gekostet – verschwindend wenig im Vergleich mit den Stillstandszeiten, die wegen dem Energie-, Rohstoff- und Ersatzteildefizit, wegen Organisationsmängeln der Wirtschaftsverwaltung und anderem mehr an der Tagesordnung sind. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Krise des ganzen Systems des Staatsmonopolismus, der in Polen wie in der Sowjetunion als „realer Sozialismus" bezeichnet wird. Was sind die Faktoren der polnischen Wirtschaftskrise?

● Grundlegend ist die Krise der Landwirtschaft. Seit 1970 ist Polen aus einem Agrar-Überschußland (+200 Mio. $) zu einem Land mit negativer Bilanz im Außenhandel mit Lebensmitteln geworden; 1980 betrug der Saldo – 1,2 Mrd. $, in diesem Jahr wird er auf –1,7 Mrd. $ abfallen. Die Agrarkrise hat zunächst strukturellen Charakter: Die Masse der bäuerlichen Produzenten war 20, 30 Jahre lang weitgehend von jeder Versorgung mit ausreichenden Produktions- und Düngemitteln abgeschnitten; mit riesigen Investitionsmitteln wurden die Staats- daß es für die Bauern billiger war – und oft der einzige Ausweg –, die eigene Milch oder das Brot in den Läden zurückzukaufen und an ihr Vieh zu verfüttern, als sich Futtermittel besorgen zu müssen. – Seit dem April sind die Erzeugerpreise für die Bauern erheblich erhöht worden. Die Subventionen für die Lebensmittelpreise sind in astronomische Höhen gestiegen (auf 320 Mrd. Zl.), während die Bauern dennoch nicht mehr liefern, weil sie sich von den Geldeinkommen nichts kaufen können. Nicht einmal eine Hacke ist mehr zu bekommen, wird von den Arbeitern durchgesetzte Zurücknahme des vor Jahren eingeführten Vier-Schicht-Systems mit exzessiver Überstundenarbeit. Das zeigt aber nur, wie die vorherigen Produktionssteigerungen zustande kamen, nämlich durch frühkapitalistisch anmutende Methoden der Verwüstung der Arbeitskraft, bei Vernachlässigung aller Sicherheitseinrichtungen. Die Arbeiter sind nicht bereit, unter dies Joch zurückzukriechen. Aber sie könnten es womöglich nicht einmal mehr. Die Versorgung selbst mit den minimalen Fleischrationen ist nicht mehr gesi-



„Wir wollen essen" – keineswegs ein sinnloser Aufschrei, sondern die Forderung nach einer grundlegenden Umorganisierung der Produktion

zu einer regelrechten Sabotage- und Hungerstrategie, die in den Zirkularen der Parteirechten offen empfohlen worden ist.
● Die Versorgungsschwierigkeiten

in diesem Jahr bis zu 10 Mrd. $ umgeschuldet oder auf Kredit geliefert, in gewissem Umfang auch geschenkt. Auf diese Weise wird die polnische Ökonomie wieder enger in die Arbeits-

so großes Problem sein. Aber – das muß man zugleich sagen – weder die regionale Führung noch die gesamte
aus aufgebaut werden müssen, sollten die Spezialisten, die sie bei der Hand haben, dafür gewinnen.
komitee des betreffenden Stadtteils gemacht werden. Ich denke, daß es die Karten registrieren, numerieren und je-
chen, sie zu lösen.
Auf regionaler Ebene müßte die Brigade zuallererst die Produktion in den
von ihm kontrolliert, emanzipierten sich die Kooperativen teilweise von dieser Bevormundung in den letzten Monaten.

Hauptelemente der Wirtschaftskrise in Polen

Die Wirtschaft Polens hat nach dem (scheinbaren) Wirtschaftswunder der 70er Jahre einen katastrophalen Einbruch erlitten, wie kaum ein anderes Land seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Die Propaganda des Regimes, hierin unterstützt von einer unheiligen Allianz östlicher und westlicher Massenmedien, hat die vielfältigen Streikaktionen der „Solidarność" dafür verantwortlich gemacht.

Das stellt die Dinge auf den Kopf. Erstens: die Wirtschaftskrise hat bereits 1979/80 mit erheblichen Produktionseinbrüchen begonnen und war bereits eine wesentliche *Ursache* der Massenstreiks vom Sommer 1980. Zweitens: alle Streikaktionen dieses Jahres haben nicht mehr als *einen* Arbeitstag gekostet – verschwindend wenig im Vergleich mit den Stillstandszeiten, die wegen dem Energie-, Rohstoff- und Ersatzteildefizit, wegen Organisationsmängeln der Wirtschaftsverwaltung und anderem mehr an der Tagesordnung sind. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Krise des ganzen Systems des Staatsmonopolismus, der in Polen wie in der Sowjetunion als „realer Sozialismus" bezeichnet wird. Was sind die Faktoren der polnischen Wirtschaftskrise?

● Grundlegend ist die Krise der *Landwirtschaft*. Seit 1970 ist Polen aus einem Agrar-Überschußland (+200 Mio. $) zu einem Land mit negativer Bilanz im Außenhandel mit Lebensmitteln geworden; 1980 betrug der Saldo – 1,2 Mrd. $, in diesem Jahr wird er auf –1,7 Mrd. $ abfallen. Die Agrarkrise hat zunächst strukturellen Charakter: Die Masse der bäuerlichen Produzenten war 20, 30 Jahre lang weitgehend von jeder Versorgung mit ausreichenden Produktions- und Düngemitteln abgeschnitten; mit riesigen Investitionsmitteln wurden die Staatsgüter und Genossenschaften aufgepäppelt, die dennoch nur 20% der landwirtschaftlichen Produktion liefern und extrem unproduktiv arbeiten. Die Bauern ihrerseits erhielten von den staatlichen Aufkaufstellen nur sehr niedrige Erzeugerpreise, ihre Wirtschaften kamen immer mehr herunter. Dabei führten die tief heruntersubventionierten Verkaufspreise für Nahrungsmittel (die die Bedingung für die äußerst niedrigen Löhne der Arbeiter bilden) zu Absurditäten wie solchen, daß es für die Bauern billiger war – und oft der einzige Ausweg –, die eigene Milch oder das Brot in den Läden zurückzukaufen und an ihr Vieh zu verfüttern, als sich Futtermittel besorgen zu müssen. – Seit dem April sind die Erzeugerpreise für die Bauern erheblich erhöht worden. Die Subventionen für die Lebensmittelpreise sind in astronomische Höhen gestiegen (auf 320 Mrd. Zl.), während die Bauern dennoch nicht mehr liefern, weil sie sich von den Geldeinkommen nichts kaufen können. Nicht einmal eine Hacke ist mehr zu bekommen, wird berichtet. Mit andern Worten, was jetzt voliegt, ist ein regelrechter *Zusammenbruch der Beziehungen zwischen Stadt und Land*. Die Stadt liefert den Bauern nicht, was sie benötigen, und also liefern die Bauern auch nicht, schon gar nicht über das staatliche Aufkaufmonopol.

● Der zweite Hauptfaktor ist die Krise im Bergbau, vor allem im *Kohlebergbau*. Die Förderung ist von 220 Mio. t auf 160 Mio. t zurückgegangen. Verantwortlich gemacht wird dafür die von den Arbeitern durchgesetzte Zurücknahme des vor Jahren eingeführten Vier-Schicht-Systems mit exzessiver Überstundenarbeit. Das zeigt aber nur, wie die vorherigen Produktionssteigerungen zustande kamen, nämlich durch frühkapitalistisch anmutende Methoden der Verwüstung der Arbeitskraft, bei Vernachlässigung aller Sicherheitseinrichtungen. Die Arbeiter sind nicht bereit, unter dies Joch zurückzukriechen. Aber sie *könnten* es womöglich nicht einmal mehr. Die Versorgung selbst mit den minimalen Fleischrationen ist nicht mehr gesichert. Wie soll da Schwerstarbeit geleistet werden? Für Überstundenverdienste ist auch sonst nichts zu kaufen. Auch hier hat die Krise den Charakter eines Zusammenbruchs im gesellschaftlichen Stoffwechsel angenommen. Der schnellen Neueinstellung von Arbeitskräften – etwa 50000 werden sofort benötigt – steht das allgemeine Hindernis jeder Mobilität der Arbeiter in Polen gegenüber: es gibt keine Wohnungen.

● Kohle war bisher der Hauptdevisenbringer. Es fehlen jetzt die Gelder für die notwendigsten Importe von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Ersatzteilen. Es rächt sich, daß die unter Gierek aufgezogene große Verarbeitungsindustrie zu einem nicht geringen Teil *abhängige* Industrie ist, d.h. nur mit dauernden Zulieferungen aus dem Ausland lebensfähig ist.

● Dramatisch zugespitzt hat sich auch die Disproportionalität (das Mißverhältnis) zwischen dem ganzen Produktionsapparat und den Einrichtungen der Infrastruktur, speziell dem *Transportwesen*. Ohnehin unzureichend ausgebaut und überlastet, zeigt es jetzt Zeichen von Zusammenbruch, wo wegen der Unregelmäßigkeit des ganzen Wirtschaftsablaufs erhöhte Ansprüche an Organisation und Einsatzfähigkeit gestellt werden.

● Ein übergeifendes Element in der ganzen gegenwärtigen Krise ist überhaupt die *schlechte Organisation* des gesamten staatlichen Wirtschaftsapparats. Hier sitzt das Zentrum der reaktionären Opposition gegen den gesellschaftlichen Umbruch in Polen, bis hin zu einer regelrechten Sabotage- und Hungerstrategie, die in den Zirkularen der Parteirechten offen empfohlen worden ist.

● Die Versorgungsschwierigkeiten müssen zwangsläufig die Produktivität herabdrücken. Da ja auch an die 90% der Frauen berufstätig sind, geht nach Schätzungen inzwischen ein Drittel der täglichen *Arbeitszeit* für lebensnotwendige Besorgungen drauf, *zusätzlich* zu den langen Stunden, oft von vier oder fünf Uhr früh an, wo vor der Arbeit (oder nach der Arbeit) angestanden werden muß. Die miserable Organisation der Verteilung verdoppelt so die die Arbeitskraft untergrabenden Wirkungen der unzureichenden Ernährung und Versorgung. An Neugeborenen werden jetzt Zeichen klassischer Mangelerkrankungen gefunden.

● Die offiziell eingestandene *Inflation* liegt zwischen 10 und 15%, wodurch die seit dem letzten Jahr erstreikten Geldeinkommen so gut wie zunichte gemacht sind. Zugleich sinkt die Möglichkeit, die Geldeinkommen überhaupt in Ware umzusetzen, immer weiter. Ein „Kaufkraftüberhang" von 834 Mrd. Zl., das ist die gesamtgesellschaftliche Lohnsumme von 8 Monaten, hat sich gebildet und erhöht sich täglich. Mehr als ein Viertel der laufenden Lohnauszahlungen ist ungedeckt, d.h. es gibt keine Waren mehr, die dafür gekauft werden können.

● Auf dem ganzen, immer enger werdenden Wirtschaftskreislauf lastet zu allem Überfluß die enorme *Verschuldung im Westen wie im Osten*. Die Schulden im Westen betragen inzwischen 27 Mrd. $. Die gestundete Rückzahlung muß mit immer höheren Zinsen gezahlt werden, die den Erlös aus allen Exporten nach Westen allein schon auffressen. Die Sowjetunion hat in diesem Jahr bis zu 10 Mrd. $ umgeschuldet oder auf Kredit geliefert, in gewissem Umfang auch geschenkt. Auf diese Weise wird die polnische Ökonomie wieder enger in die Arbeitsteilung des RGW eingebunden, mit allen stofflichen, finanziellen u.a. Beschränkungen, die das auferlegt. Gerade die Kombination von RGW-Einbindung und Westverschuldung macht aber die Zwickmühle aus, in der das Land sich befindet.

Die tiefe Verschuldung Polens ist nicht die Ursache, sondern selbst schon ein Resultat der Krise des ganzen Systems. Wenn jetzt allerdings der polnische Staat vor dem Bankrott steht, dann trägt die drückende Zinsausplünderung (fast 2 Mrd. $ 1981) durch westliche Banken wesentliche Mitschuld daran.

Das entscheidende Hemmnis jeder Lösung der Krise in Polen lag und liegt allerdings in der politischen Situation:

Obwohl die Methoden des zentralbürokratischen Wirtschaftens und Administrierens vollständig abgewirtschaftet haben, konnte eine neue wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Organisation nicht durchgesetzt werden, weil sie sofort zu einer Existenzkrise der herrschenden bürokratischen Klasse geführt hätte, die auf das einheitliche Monopol ihrer Macht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen ist. Die Herrschaft dieser Klasse aber ist von außen, durch die sowjetische Schutzmacht, garantiert. Deshalb ging es in Polen dieses ganze Jahr hindurch nicht vor und nicht zurück. Jetzt soll das Rad der Geschichte offenbar gewaltsam zurückgedreht werden. Das wird die Krise im Land nur noch verschlimmern und keineswegs „lösen", nicht einmal zeitweise.

Gerd Koenen



„Wir wollen essen" – keineswegs ein sinnloser Aufschrei, sondern die Forderung nach einer grundlegenden Umorganisierung der Produktion

Wofür Solidarność eintritt

Auszüge aus der Programmatischen Erklärung des 1. Kongresses der Gewerkschaft im Oktober in Gdańsk, und der letzte Beschluß der Landeskommission der ,,Solidarität" vom Samstag abend – über einen Generalstreik und ein Referendum für freie Wahlen

1. Wer wir sind und wohin wir gehen

Die Unabhängige Selbstverwaltende Gewerkschaft ,,Solidarität" entstand aus der Streikbewegung von 1980, der größten Massenbewegung in der polnischen Geschichte. Diese Bewegung,

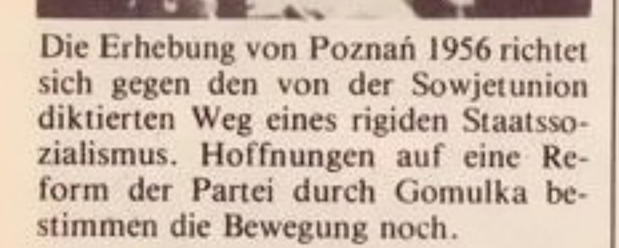


Die Erhebung von Poznań 1956 richtet sich gegen den von der Sowjetunion diktierten Weg eines rigiden Staatssozialismus. Hoffnungen auf eine Reform der Partei durch Gomulka bestimmen die Bewegung noch.

die unter den Arbeitern großer Werke in verschiedenen Regionen unseres Landes ihren Ursprung hatte, führte im August 1980 an der baltischen Küste zu einem historischen Wendepunkt. In diesem einen Jahr seither hat sie alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung erfaßt – Fabrikarbeiter, Bauern, Intellektuelle und Handwerker. (...)

Dieser soziale und moralische Protest entstand nicht über Nacht. Sein Erbe war das von den Arbeitern in Poznań 1956, und noch einmal im Dezember 1970 an der Ostseeküste vergossene Blut, waren die Studentenrevolte von 1968 und die Ereignisse vom Juni 1976 in Radom und Ursus. (...)

Wir sind eine Organisation, die die Merkmale einer Gewerkschaft mit denen einer großen sozialen Bewegung vereint. (...) Dank dem Entstehen einer machtvollen Gewerkschaftsorganisation hat die polnische Gesellschaft



Die Erhebung von Poznań 1956 richtet sich gegen den von der Sowjetunion diktierten Weg eines rigiden Staatssozialismus. Hoffnungen auf eine Reform der Partei durch Gomulka bestimmen die Bewegung noch.

die unter den Arbeitern großer Werke in verschiedenen Regionen unseres Landes ihren Ursprung hatte, führte im August 1980 an der baltischen Küste zu einem historischen Wendepunkt. In diesem einen Jahr seither hat sie alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung erfaßt – Fabrikarbeiter, Bauern, Intellektuelle und Handwerker. (...)

Dieser soziale und moralische Protest entstand nicht über Nacht. Sein Erbe war das von den Arbeitern in Poznań 1956, und noch einmal im Dezember 1970 an der Ostseeküste vergossene Blut, waren die Studentenrevolte von 1968 und die Ereignisse vom Juni 1976 in Radom und Ursus. (...)

Wir sind eine Organisation, die die Merkmale einer Gewerkschaft mit denen einer großen sozialen Bewegung vereint. (...) Dank dem Entstehen einer machtvollen Gewerkschaftsorganisation hat die polnische Gesellschaft
aufgehört, atomisiert zu sein, verwirrt und verloren: indem sie sich unter der Losung der Solidarität zusammenschließt, gewinnt sie Kraft und Hoffnung zurück. Die Bedingungen für eine echte Wiedergeburt der Nation sind geschaffen worden. (...)

Die Würde des Menschen muß den Ausgangspunkt allen Handelns bilden. Ein sozialistischer Staat muß dem Menschen dienen und ihn nicht beherrschen; der Staat muß der Gesellschaft dienen und kann nicht mit einer politischen Partei identisch sein. (...) ,,Solidarität" entlehnt ihre Wertvorstellungen der christlichen Ethik, unseren nationalen Traditionen und den demokratischen Traditionen der Welt der Arbeiter.

(...) Die Herrschaft des Volkes kann nicht die Herrschaft dominierender, von der Gesellschaft abgehobener Gruppen sein, die sich selbst das Recht zuschreiben, die Bedürfnisse und Interessen der Gesellschaft zu vertreten. (...) Wir wollen eine wahre Vergesellschaftung des staatlichen und wirtschaftlichen Systems. Aus diesem *Grund liegt unser Ziel in einem* selbst*verwalteten Polen. (...)*

2. Angesichts der gegenwärtigen Situation des Landes

Die Entstehung der sozialen Massenbewegung, die ,,Solidarität" darstellt, hat die Situation des Landes grundlegend verändert. Sie hat die Möglichkeit für die Entwicklung einer Vielzahl unabhängiger gesellschaftlicher Einrichtungen geschaffen, solcher die neu

entstanden sind und solcher, die bis jetzt abhängig von der staatlichen Au-

(...) Wir wollen eine wahre Vergesellschaftung des staatlichen und wirtschaftlichen Systems. Aus diesem *Grund liegt unser Ziel in einem* selbst*verwalteten Polen. (...)*

2. Angesichts der gegenwärtigen Situation des Landes

Die Entstehung der sozialen Massenbewegung, die ,,Solidarität" darstellt, hat die Situation des Landes grundlegend verändert. Sie hat die Möglichkeit für die Entwicklung einer Vielzahl unabhängiger gesellschaftlicher Einrichtungen geschaffen, solcher die neu

Informations-Bulletin
,,Solidarität mit Solidarność"
16 S. / 1 DM
Inhalt von 1/81
Dokumentation zum 1. Kongreß von Solidarność – Diskussion um Arbeiterselbstverwaltung – Solidaritätsarbeit in der BRD
Bulletin Nr. 2 erscheint Anfang Januar
Bestellungen an:
Buchvertrieb Hager

entstanden sind und solcher, die bis jetzt abhängig von der staatlichen Au-
torität waren und sich unabhängig gemacht haben. (...)

Die Nation wird niemandem ... verzeihen, dessen Aktionen – und seien sie von den besten Absichten bestimmt – zu einem Blutvergießen führen, zu einer Vernichtung unseres materiellen und geistigen Erbes. Das Bewußtsein davon zwingt uns, unsere Ideale schrittweise zu verwirklichen, so daß jede aufeinanderfolgende Aufgabe die Unterstützung der Gesellschaft findet. Unser Sinn für Verantwortung für die Nation zwingt uns auch, die Kräfteverhältnisse zu repektieren, die nach dem II. Weltkrieg in Europa entstanden sind, und die Position, die unser Land darin einnimmt. (...)

These 6:
Das Recht auf Arbeit ist universell. Die Gewerkschaft soll sich allen Entlassungen widersetzen, wenn die Behörden den Entlassenen nicht soziale Garantien für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit geben.

These 8:
Die Wirtschaftsreform soll unter gesellschaftlicher Kontrolle durchgeführt werden. Ein ,,Gesellschaftlicher Rat für die Volkswirtschaft" soll beim Sejm als Gutachter-Gremium eingerichtet werden. Seine Mitglieder dürfen sich über die Massenmedien direkt an die Gesellschaft wenden.

These 19:
Die Arbeiterselbstverwaltung ist mehr als ein Hebel zur Überwindung der Wirtschaftskrise; sie ist die Basis der selbstverwalteten Republik.

These 20:
Eine echte kommunale Selbstverwaltung ist nur möglich auf Grundlage freier Wahlen zu den Volksräten. Das Wahlgesetz sollte allen Gruppen von Bürgern das Recht geben, Programme zu formulieren und Kandidaten aufzustellen. (...)

These 21:
Es ist notwendig, eine Selbstverwaltungskammer als zweite Kammer des Sejm zu bilden, die eine entscheidende Rolle in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten spielen sollte. Dies geht zusammen mit der Notwendigkeit einer neuen Wahlordnung für den Sejm insgesamt.

These 22:
Garantien für die Gleichheit vor dem Recht; Anerkennung der Internationalen Konvention über die Menschenrechte durch die VR Polen; Unterwerfung aller politischen und sozialen Organisationen unter das Gesetz. (...)

These 23:
Unabhängigkeit der Justiz durch die Selbstverwaltung der Gerichte, direkte Wahlen der Schöffen, Abschaffung aller Sondergerichte, Wiederherstellung der Rolle der Rechtsanwälte, Beschränkung der Befugnisse der Staatsanwälte; u.a.m.

These 24:
Freiheit der politischen Überzeugungen; Freilassung der politischen Gefangenen ... Einführung von Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

These 25:
Keine Straffreiheit für die, die im Namen des Staates Verbrechen verübt haben, wie in Poznán 1956, an der Küste 1970/71, in Radom und Ursus 1976 und in Bydgoszcz in diesem Jahr. Auch diejenigen, die das Land in den wirtschaftlichen Ruin geworfen haben, sollen zur Rechenschaft gezogen werden.

These 26:
(...) Die Gewerkschaft wird einen Gesellschaftlichen Fonds für Nationale Kultur errichten. In Zusammenarbeit mit der ,,Land-Solidarität" soll der kulturellen Degradation der Landbevölkerung entgegengewirkt werden.



1970 kommt es in den Küstenstädten zu einem regelrechten Arbeiteraufstand, der blutig niedergeschlagen wird. Parteihäuser werden angezündet, der Miliz Straßenkämpfe geliefert.

3. Die Gewerkschaft und die Wirtschaftsprobleme

Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise sind im wirtschaftlichen und politischen System zu suchen, sowie in der Wirtschaftspolitik, die von den Behörden verfolgt worden ist. Die letztere hat, unter Mißachtung der fundamentalen nationalen Interessen, alle Ansätze zu Reformen blockiert und die riesigen ausländischen Kredite vergeudet. (...)

The[illegible]
(Hier wie im folgenden handelt es sich um eine Zusammenfassung der jeweiligen Thesen):

Beendigung des Systems der Direktiven und zentralen Zuteilung, ebenso wie die Abschaffung des Systems, in dem die Besetzung der wichtigsten Management-Positionen von den politischen Instanzen abhängig ist (Nomenklatura). Die Führung der gesellschaftlichen Unternehmen, die von der eigenen Belegschaft bestimmt wird, sollte sich von Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten leiten lassen.

Neben gesellschaftlichen Unterneh-

4. Die Sozialpolitik einer Gesellschaft der Solidarität

These 9:
Entsprechend den Prinzipien der Gliederung von ,,Solidarität" in regionale Verbände soll mit der Errichtung betrieblicher Selbstverwaltungsorgane die Wiedergeburt einer starken kommunalen Selbstverwaltung Hand in Hand gehen.

These 10:
Die Gewerkschaft bekämpft die Ungleichbehandlung der Regionen, der Berufe und der Geschlechter. (...)

These 13:
Verbot von Arbeiten, die den Si-



1970 kommt es in den Küstenstädten zu einem regelrechten Arbeiteraufstand, der blutig niedergeschlagen wird. Parteihäuser werden angezündet, der Miliz Straßenkämpfe geliefert.

3. Die Gewerkschaft und die Wirtschaftsprobleme

Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise sind im wirtschaftlichen und politischen System zu suchen, sowie in der Wirtschaftspolitik, die von den Behörden verfolgt worden ist. Die letztere hat, unter Mißachtung der fundamentalen nationalen Interessen, alle Ansätze zu Reformen blockiert und die riesigen ausländischen Kredite vergeudet. (...)

The[illegible]
(Hier wie im folgenden handelt es sich um eine Zusammenfassung der jeweiligen Thesen):

Beendigung des Systems der Direktiven und zentralen Zuteilung, ebenso wie die Abschaffung des Systems, in dem die Besetzung der wichtigsten Management-Positionen von den politischen Instanzen abhängig ist (Nomenklatura). Die Führung der gesellschaftlichen Unternehmen, die von der eigenen Belegschaft bestimmt wird, sollte sich von Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten leiten lassen.

Neben gesellschaftlichen Unterneh-
men sollte es geben:

- Staatsunternehmen
- Kooperativen
- Kommunale Unternehmen
- Privatunternehmen
- Gemischte Unternehmen (darunter solche mit ausländischem Kapital)

(...)

These 2:
Behandelt einige Sofortmaßnahmen für den kommenden schweren Winter, mit dem Schwerpunkt auf Verteilungskontrollen und Schutz der Ärmsten. (...)

These 3:
Akzeptiert ausländische Hilfe und schlägt vor, Polen solle dem IWF wiederbeitreten; verlangt mehr Produktionsmittel für die Einzelbauern, die produktiver wirtschaften als der vergesellschaftete Sektor der Landwirtschaft; Priorität für Bergbauausrüstungen; und eine Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeitregelung für die freien Samstage.

These 4:
Gibt die Zustimmung zu einer allmählichen Wiederherstellung des Marktgleichgewichts im Rahmen eines Krisenprogramms; Preiserhöhungen werden von der vorherigen Zustimmung der Gewerkschaft auf Grundlage von Referenden abhängig gemacht. Die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer wird gefordert.

These 5:
Besondere Sorge für die Ärmsten; der Lohnausgleich für die Preiserhöhungen soll für alle Lohnklassen gleich sein.

an die Gesellschaft wenden.

4. Die Sozialpolitik einer Gesellschaft der Solidarität

These 9:
Entsprechend den Prinzipien der Gliederung von ,,Solidarität" in regionale Verbände soll mit der Errichtung betrieblicher Selbstverwaltungsorgane die Wiedergeburt einer starken kommunalen Selbstverwaltung Hand in Hand gehen.

These 10:
Die Gewerkschaft bekämpft die Ungleichbehandlung der Regionen, der Berufe und der Geschlechter. (...)

These 13:
Verbot von Arbeiten, die den Si-



1980 bestimmte Jacek Kurons berühmt gewordenes Wort ,,Steckt keine (Partei-)Komitees an, organisiert selber welche!" den Gang der Arbeiterbewegung. Die Streikkomitees der Arbeiter, die ihre Betriebe als ihr Eigentum in Besitz nehmen, werden zu Gründungskomitees der Unabhängigen, Selbstverwalteten Gewerkschaft ,,Solidarität". Die Regierungskommission muß auf der Danziger Lenin-Werft nach zähen Verhandlungen der Gründung zustimmen.

cherheits- und Gesundheitsstandards nicht entsprechen. (...)

These 15:
Umweltschutz zugunsten der Gesellschaft steht höher als die Produktionsziele der einzelnen Betriebe. (...)

These 16:
Das Recht auf Wohnung ist ein Menschenrecht. Überführung der industriellen Wohnungsbauunternehmen in kommunale Wohnungsbaugesellschaften. (...)

5. Die selbstverwaltete Republik

These 18:
Die Organisierung des gesellschaftlichen Lebens entsprechend den menschlichen Bedürfnissen ist möglich, wenn sie den Prinzipien von Selbstverwaltung, Vergesellschaftung und Pluralismus folgt. (...)

These 24:
Freiheit der politischen Überzeugungen; Freilassung der politischen Gefangenen ... Einführung von Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

These 25:
Keine Straffreiheit für die, die im Namen des Staates Verbrechen verübt haben, wie in Poznán 1956, an der Küste 1970/71, in Radom und Ursus 1976 und in Bydgoszcz in diesem Jahr. Auch diejenigen, die das Land in den wirtschaftlichen Ruin geworfen haben, sollen zur Rechenschaft gezogen werden.

These 26:
(...) Die Gewerkschaft wird einen Gesellschaftlichen Fonds für Nationale Kultur errichten. In Zusammenarbeit mit der ,,Land-Solidarität" soll der kulturellen Degradation der Landbevölkerung entgegengewirkt werden.

These 27:
Selbstverwaltung auch im Kultur- und Erziehungswesen. (...)

These 28:
Zensur ist nur außerhalb von Kultur und Wissenschaft zu akzeptieren. Die Gewerkschaft wird Initiativen für ein selbständiges Publikationswesen unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Wiederherstellung der geschichtlichen Wahrheit in der Literatur und den Geschichtsbüchern gewidmet.

These 29:
Die Gewerkschaft fordert die Verabschiedung eines alle Massenmedien einschließenden Pressegesetzes, das zur Herstellung von gesellschaftlicher Kontrolle führt, was die Zuteilung von Papier, von Sendezeiten im Rundfunk und Fernsehen angeht sowie den Zugang zu technischen Ausrüstungen für Rundfunk und Fernsehen. (...)

Solidarność-Resolution vom Samstag

,,... sofort in den Streik treten"

Auch wenn die Sprecher von Solidarność immer wieder betonten, eine Konfrontation vermeiden zu wollen, sahen sie die Gefahr. Doch die im ,,Programm von Radom" erhobenen Forderungen nach einer Kontrolle der Gewerkschaft über die Wirtschaft, nach dem Zugang zu den Massenmedien und nach der Verabschiedung eines Gewerkschaftsgesetzes in ihrem Sinne war Solidarność nicht bereit aufzugeben.

Samstag Nacht verabschiedete die Landeskommission in Gdansk – unmittelbar vor der Machtübernahme durch das Militär – folgende Resolution:

,,Die Landeskommission unterstützt die in Radom eingenommene Haltung des Präsidiums, und diese Haltung ist zur Haltung der ganzen Gewerkschaft geworden. Falls der Sejm (das polnische Parlament) außerordentliche Maßnahmen billigt, wird an dem der Parlamentssitzung folgenden nächsten Arbeitstag ein Generalstreik beginnen.

Falls der Sejm (solchen Maßnahmen) am 21. Dezember zustimmt, wird der Streik gleich nach Weihnachten anfangen.

In dem Fall, daß außerordentliche Mittel und Vergeltungsmaßnahmen gegen Fabrik-Belegschaften ergriffen werden, sollten Gewerkschaftsmitglieder nicht auf Anweisungen von der Gewerkschaft warten, sondern sofort in den Streik treten.

Die Landeskommission tritt für ein Referendum über die grundlegenden Probleme hinsichtlich der Einschätzung und Bestätigung der Verwaltung, einer Erneuerung der gesetzgebenden und repräsentativen Körperschaften ein.

Die Landeskommission ersucht das Präsidium, das Amt eines Beauftragten für die Probleme eines Referendums zu schaffen. Er soll das Referendum vorbereiten, das nicht später als am 15. Februar 1982 stattfinden sollte."

Der Schlag des polnischen Militärrates gegen die ,,Solidarität" war in einem *Kommentar der TASS vom 10. Dezember* mit seltener Deutlichkeit verlangt worden. TASS beschuldigte die Führung der ,,Solidarität" (und nicht mehr nur ,,die extremistischen Elemente" in der polnischen Gewerkschaft), ,,den Sturz der legislativen wie exekutiven Macht auf die Tagesordnung gesetzt" zu haben und ihre ,,Angriffe auf die Bündnisse der Volksrepublik Polen intensiviert" zu haben. Die Gewerkschaft habe zum Zweck des Umsturzes einen Generalstreik beschlossen, ,,der das Land lähmen soll, um von dort aus aktiv zum Sturz des sozialistischen Systems fortschreiten zu können". In der Sowjetunion hätten diese Umtriebe einen ,,legitimen Unwillen" hervorgerufen. Kurzum, die polnische Regierung sei nunmehr aufgefordert, ,,die angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um die verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates zu schützen".

Die Sowjetunion, die eine eigene militärische Intervention in Polen erheblich fürchten muß – sowohl militärisch wie auch angesichts der Weltöffentlichkeit –, hat schon seit dem Danziger Abkommen vom letzten Jahr ihren Druck auf Polen systematisch verstärkt.

War das Danziger Abkommen im letzten Sommer von der polnischen

Sowjetische Drohungen

Der Druck auf die polnische Staats- und Parteiführung ist immer massiver geworden. Jaruzelski hatte das Ultimatum in der Tasche.



Jaruzelski (2. von rechts) flankiert von den Verteidigungsministern der übrigen Paktstaaten beim Großmanöver ,,Bündnis '81" auf polnischem Boden, September 1981

Parteipresse – wenigstens heuchlerisch – als eine Hoffnung für Polen und Schritt zur Erneuerung des Landes bezeichnet worden, so warf die *,,Prawda" vom 2. September 1980* schon in ihrer ersten Stellungnahme der polnischen Parteiführung Kapitulation vor der Konterrevolution vor:

,,Aus Berichten (der polnischen Presse) geht hervor, daß es antisozialistischen Elementen gelungen ist, eine Reihe von Betrieben an der polnischen Küste, vor allem in Danzig, zu infiltrieren, das Vertrauen eines Teils der Arbeiterklasse zu mißbrauchen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für ihre konterrevolutionären Ziele auszunutzen. Die Regierungskommissionen haben die Forderungen ... praktisch akzeptiert."

In der Folge wird die Entwicklung in Polen immer wieder mit der in der CSSR 1968 verglichen, und vor allem die Medien der CSSR und DDR drohen ganz unverhüllt mit einer Militäraktion der Warschauer-Pakt-Staaten. So das *Fernsehen der DDR am 17.11.81:*

,,Die Träume von der Erringung der Staatsmacht sind allen antisozialistischen Gruppen gemeinsam. Was ihnen in hohem Maße unmöglich macht, sie in vollem Ausmaß darzulegen und energischere Schritte in Angriff zu nehmen, ist die Furcht vor einer Intervention seitens der Sowjetunion."

Im *Dezember* wird die neue polnische Parteiführung unter Kania das erste Mal zu einem *Gipfeltreffen nach Moskau* zitiert. Die Konferenz verabschiedet so etwas wie eine gemeinsame ,,Garantie" für Polen:

,,Es wurde bekräftigt, daß das sozialistische Polen ... fest mit der brüderlichen Solidarität und Unterstützung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes rechnen kann. Die Vertreter der PVAP betonten, daß Polen ein sozialistischer Staat, ein festes Glied der Familie der Länder des Sozialismus war, ist und bleibt."

Im Laufe des Jahres 1981, mit dem Fortgang der demokratischen Massenbewegung in Polen, werden die sowjetischen Warnungen und Einmischungen immer ultimativer. Darüber heißt es im *Schreiben des ZK der KPdSU und der Staatsführung der Sowjetunion* an die polnische Staats- und Parteiführung vom Oktober '81, das sich direkt gegen den Danziger Kongreß der ,,Solidarität" wendet:

,,Wiederholt haben wir die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die Regierung der VR Polen auf die ansteigende Welle der Sowjetfeindlichkeit in Polen aufmerksam gemacht. Wir sprachen davon während der Treffen im März in Moskau und im April in Warschau; mit voller Aufrichtigkeit schrieben wir darüber im Brief des ZK der KPdSU vom 5. Juni (vor dem Parteikongreß der PVAP, d. Verf.). Wir haben darüber auch bei dem Treffen auf der Krim im August dieses Jahres gesprochen. (...) Wir erwarten, daß die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die Regierung der VR Polen unverzüglich entschiedene und radikale Maßnahmen treffen, um die boshafte antisowjetische Propaganda und die gegen die Sowjetunion gerichteten feindlichen Aktionen zu unterbinden."

Die ,,Solidarität" hatte auf ihrem Kongreß einen Appell an die Arbeiter Osteuropas verabschiedet, ebenfalls freie und unabhängige Gewerkschaften zu bilden: ,,Wir glauben, daß sich Eure und unsere Vertreter bald treffen können, um die Gewerkschaftserfahrungen auszutauschen."

Reaktionen im In- und Ausland

Kanzler Schmidt: Krise unter Kontrolle behalten – DKP-Vorstand sieht Polen vor dem Abgrund bewahrt – DGB fordert Freilassung polnischer Gewerkschafter – italienische und französische Gewerkschaften verurteilen den Gewaltakt – KP Spaniens: Das polnische Regierungssystem ist gescheitert

Bundeskanzler Schmidt hat sich am Montag namens der Bundesregierung gegenüber führenden Politikern der SPD und FDP zur Lage in Polen geäußert. Laut Regierungssprecher Becker hielt er dabei die Lage in Polen in drei Punkten fest: Erstens sei es wichtig, daß die Krise unter Kontrolle gehalten werde. Zweitens sei es wichtig, daß der Reformkurs in Polen aufrechterhalten werde, und drittens sei es der Wunsch, daß Polen seine eigenen Probleme ohne Gewaltanwendung und Einmischung von außen lösen könne, und zwar auf Grundlage eines Konsensus durch Kompromiß. Die Bundesregierung werde weiter an der Politik strikter Nichteinmischung festhalten und hoffe, daß sich alle Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki ebenso verhalten.

,,Was ich sage, mag ein bißchen brutal klingen, aber ich glaube, die polnische Regierung war nicht mehr in der Lage,

helfen, wobei aber die weitere freie Zusammenarbeit mit deren gewählten Vertretern unerläßlich sei.

Der **Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)** hat in Brüssel im Namen seiner 70 Millionen Mitglieder in aller Welt beim Internationalen Arbeitsamt (IAA) in Genf Klage gegen die polnische Regierung erhoben. Als Begründung wird die Besetzung der Büros der polnischen Gewerkschaft ,,Solidarität" durch die Armee, die Verhaftung einer Anzahl von führenden Gewerkschaftsfunktionären sowie das Verbot jeglicher Gewerkschaftsarbeit angeführt. Der **Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMF)** forderte seine Mitgliedsorganisationen auf, gegen die Einschränkung der gewerkschaftlichen Freiheiten in Polen weltweit zu demonstrieren.

Die **niederländischen Parteien und Gewerkschaften** haben die Ausrufung des Ausnahmezustandes und die Festnah-

teilung des Gewaltakts der polnischen Regierung" enthält und ihre Maßnahmen gegen die Solidarność für ,,unannehmbar" erklärt: Sie ,,blockieren auf dramatische Weise den Prozeß der demokratischen Erneuerung, der seit den Arbeiterkämpfen vom August 1980 in Gang gekommen ist". Die Föderation verlangt die sofortige Einberufung des Europäischen Gewerkschaftsbundes für eine gemeinsame Initiative. Der Generalsekretär der CGIL, Lama, Mitglied des KPI-ZK, erklärte im Fernsehen: er persönlich würde den polnischen Arbeitern raten, ,,nicht nachzugeben", aber andererseits die Situation möglichst nicht noch dramatischer werden zu lassen. Für ihn könne sich ,,der Sozialismus ohne Demokratie und ohne Freiheit nicht Sozialismus nennen, weil es kein Sozialismus ist". In verschiedenen Großstädten führten die Gewerkschaften Massendemonstrationen durch. Daß sich ein kleinerer Teil der KPI-Arbeiter noch an die Sowjetunion gebunden fühlt, machte



Solidaritätsdemonstration in Frankfurt am 15.12.

In mehreren europäischen Städten

Mailand demonstrierten 15000, in Tu-

Reaktionen im In- und Ausland

Kanzler Schmidt: Krise unter Kontrolle behalten – DKP-Vorstand sieht Polen vor dem Abgrund bewahrt – DGB fordert Freilassung polnischer Gewerkschafter – italienische und französische Gewerkschaften verurteilen den Gewaltakt – KP Spaniens: Das polnische Regierungssystem ist gescheitert

Bundeskanzler Schmidt hat sich am Montag namens der Bundesregierung gegenüber führenden Politikern der SPD und FDP zur Lage in Polen geäußert. Laut Regierungssprecher Becker hielt er dabei die Lage in Polen in drei Punkten fest: Erstens sei es wichtig, daß die Krise unter Kontrolle gehalten werde. Zweitens sei es wichtig, daß der Reformkurs in Polen aufrechterhalten werde, und drittens sei es der Wunsch, daß Polen seine eigenen Probleme ohne Gewaltanwendung und Einmischung von außen lösen könne, und zwar auf Grundlage eines Konsensus durch Kompromiß. Die Bundesregierung werde weiter an der Politik strikter Nichteinmischung festhalten und hoffe, daß sich alle Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki ebenso verhalten.

,,Was ich sage, mag ein bißchen brutal klingen, aber ich glaube, die polnische Regierung war nicht mehr in der Lage, das Land zu regieren ... Jetzt sehe ich eine Möglichkeit, daß Polen zu einem normalen Produktionsablauf zurückkehrt, und das wäre eine gute Sache für die Banken." So zitiert die Financial Times einen **Frankfurter Bankier**, mit dem Hinweis auf die hohen Auslandsschulden, die Polen nicht zuletzt bei westdeutschen Banken hat.

In einer Erklärung des Präsidiums des **Parteivorstandes der DKP** heißt es: ,,Jeder konnte sehen, daß Polen von unverantwortlichen Elementen in die wirtschaftliche Katastrophe getrieben wurde ... Der jetzt gebildete Militärrat verfolgt mit den von ihm getroffenen Maßnahmen das Ziel, Polen vor diesem Abgrund zu bewahren, die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen. ... Wir Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland befürworten es, wenn die dem Sozialismus verbundenen Kräfte Polens sagen: Polen war, ist und bleibt ein sozialistisches Land. Wir wissen, daß nur dies die Grundlage für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Polens und zugleich ein wichtiger Faktor für die Sicherheit und den Frieden in Europa und der Welt ist."

Der **DGB** forderte in einer Stellungnahme die unverzüglich Freilassung internierter polnischer Gewerkschafter und äußerte die Erwartung, daß die Maßnahmen gegen die Gewerkschaften in Polen rückgängig gemacht würden. Er erklärte der unabhängigen Gewerkschaft ,,Solidarität" und ihrer Führung seine volle Sympathie. Der DGB erklärte ferner seine Bereitschaft, den polnischen Arbeitnehmern bei der Überwindung der Versorgungskrise zu

helfen, wobei aber die weitere freie Zusammenarbeit mit deren gewählten Vertretern unerläßlich sei.

Der **Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)** hat in Brüssel im Namen seiner 70 Millionen Mitglieder in aller Welt beim Internationalen Arbeitsamt (IAA) in Genf Klage gegen die polnische Regierung erhoben. Als Begründung wird die Besetzung der Büros der polnischen Gewerkschaft ,,Solidarität" durch die Armee, die Verhaftung einer Anzahl von führenden Gewerkschaftsfunktionären sowie das Verbot jeglicher Gewerkschaftsarbeit angeführt. Der **Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMF)** forderte seine Mitgliedsorganisationen auf, gegen die Einschränkung der gewerkschaftlichen Freiheiten in Polen weltweit zu demonstrieren.

Die **niederländischen Parteien und Gewerkschaften** haben die Ausrufung des Ausnahmezustandes und die Festnah-me von Gewerkschaftern einhellig verurteilt. Auch die Kommunistische Partei der Niederlande schloß sich der Kritik an.

Am 13. Dezember veröffentlichte die KPI (Kommunistische Partei Italiens) folgendes einstimmig verabschiedetes Dokument:

,,... man muß diesen Schlag verurteilen, der sich gegen alle Versuche einer politischen Lösung der polnischen Krise unter Beteiligung aller Kräfte der Gesellschaft im Zuge eines Prozesses der tatsächlichen Demokratisierung richtet. Die KPI hat schon immer die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Erneuerung erkannt und anerkannt, die imstande ist, die Führungsfehler der Vergangenheit in der Politik und in der Wirtschaft zu korrigieren, gestützt auf die grundlegenden Kräfte einer erneuerten kommunistischen Partei, die in autonomer und verantwortlicher Weise den Willen der Arbeiter repräsentiert, und auf die Kirche ..." Die KPI hat immer bekräftigt, daß ,,der neue Kurs sich stützen muß auf einer offenen Debatte, die in die nationale Einheit mündet, die allein in der Lage ist, die dringenden Probleme von Gesellschaft und Staat zu lösen, das Recht des polnischen Volkes auf Freiheit und auf nationale Unabhängigkeit zu garantieren ... und jegliche Möglichkeit von Pressionen oder äußerer Einmischung verhindert."

Die Föderation der 3 italienischen Gewerkschaftsverbände CGIL-CISL-UIL hat am Sonntag eine Erklärung veröffentlicht, die eine ,,eindeutige Verur-

teilung des Gewaltakts der polnischen Regierung" enthält und ihre Maßnahmen gegen die Solidarność für ,,unannehmbar" erklärt: Sie ,,blockieren auf dramatische Weise den Prozeß der demokratischen Erneuerung, der seit den Arbeiterkämpfen vom August 1980 in Gang gekommen ist". Die Föderation verlangt die sofortige Einberufung des Europäischen Gewerkschaftsbundes für eine gemeinsame Initiative. Der Generalsekretär der CGIL, Lama, Mitglied des KPI-ZK, erklärte im Fernsehen: er persönlich würde den polnischen Arbeitern raten, ,,nicht nachzugeben", aber andererseits die Situation möglichst nicht noch dramatischer werden zu lassen. Für ihn könne sich ,,der Sozialismus ohne Demokratie und ohne Freiheit nicht Sozialismus nennen, weil es kein Sozialismus ist". In verschiedenen Großstädten führten die Gewerkschaften Massendemonstrationen durch. Daß sich ein kleinerer Teil der KPI-Arbeiter noch an die Sowjetunion gebunden fühlt, machte sich in einigen Städten wie Mailand und Genua bemerkbar, nicht dagegen in Turin, wo die örtlichen Gewerkschaftsverbände engste Beziehungen zur Solidarność hergestellt hatten und gerade eine Solidarność-Delegation erwartet wurde, die Turin nicht erreichte und deren Leitung ebenfalls verhaftet wurde.

Die KP Spaniens erklärte am 13. Dezember: ,,Wir haben schom immer die Erneuerung der Führung der Partei und die Demokratisierung in Polen unterstützt. Angesichts der Ereignisse sind wir der Meinung, daß das Regierungssystem in Warschau endgültig gescheitert ist, auch wenn dies nicht zugleich das Scheitern eines sozialen Systems beinhaltet ... Zum ersten Mal führt die Armee in einem sozialistischen Staat eine Art von Militärputsch durch ..." ,,Wir wissen sehr gut, was eine militärische Intervention, die die Rechte der Arbeiter berührt, bedeutet" erklärte **der Generalsekretär der gewerkschaftlichen Arbeiterkommissionen, Camacho**, ,,die Verteidigung der Existenz von Solidarność in Polen bedeutet die Verteidigung der Existenz des Pluralismus und der gewerkschaftlichen Demokratie in diesem Lande."

In einer gemeinsamen Erklärung der französischen Gewerkschaften, CFDT, FO, FEN, CGC und CFTC drücken sie ihr Mitgefühl aus ,,angesichts des Gewaltakts, den die polnische Regierung gegen die Gewerkschaft Solidarność vollzogen hat.

Die fünf gewerkschaftlichen Organisationen bewerten den Kampf, den die polnischen Arbeiter führen, ... für gewerkschaftliche und öffentliche Freiheiten als Bestandteil des Kampfes der französischen Gewerkschaftsbewegung ..."

Die der KPF nahestehenden Gewerkschaft CGT ist, trotz Einladung, nicht zu dem Treffen erschienen. **Georg Marchais, der Generalsekretär der KPF**, hat folgende Erklärung abgegeben: ,,... In dieser Situation bleiben wir unserer festen Linie treu. Wir werden uns jeglicher Initiative enthalten, die die notwendigen Suche eines friedlichen Ausgangs aus der Krise, stören könnte ..."

Während der französische Ministerpräsident Mauroy mit ,,ernsten Konsequenzen" im Falle der Zerschlagung des polnischen Erneurungsprozesses droht, erklärt Außenminister Cheysson, daß Frankreich ,,absolut nichts" unternehmen werde. Immerhin hat das französische Parlament seine Sitzung unterbrochen, damit die Abgeordneten sich an der Demonstration beteiligen können.

Die US-Regierung verhielt sich zunächst abwartend. Das US-Schatzamt sorgte sich um die Kredite westlicher Banken an Polen.



Solidaritätsdemonstration in Frankfurt am 15.12.

In mehreren europäischen Städten und in den USA fanden am 13., 14. und 15.12. Solidaritätsaktionen und Demonstrationen mit der Solidarność statt. In ihrer gemeinsamen Erklärung vom 13. Dezember (s.u.) riefen alle französischen Gewerkschaftsverbände mit Ausnahme der CGT dazu auf, Montag zu einem Tag der Solidarität zu machen. Sie organisierten eine zentrale Demonstration um 17.30 in Paris, die vom Montparnasse bis zum Invalidendom führte. Die Gewerkschaften appellierten an die Arbeiter daran teilzunehmen zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte in Polen und für die Freilassung der inhaftierten Mitglieder von Solidarność.

In ganz Italien haben die Gewerkschaften am Montag zu einem einstündigen Streik und zu Demonstrationen im ganzen Land aufgerufen. Allein in Mailand demonstrierten 15000, in Tu-rin 10000 und in Florenz 2500 Menschen.

Am Dienstag fanden in den Betrieben Kundgebungen in Art von Streikversammlungen statt, die 1–2 Stunden dauerten. Am Nachmittag hatten alle drei Gewerkschaftsorganisationen zu Demonstrationen aufgerufen.

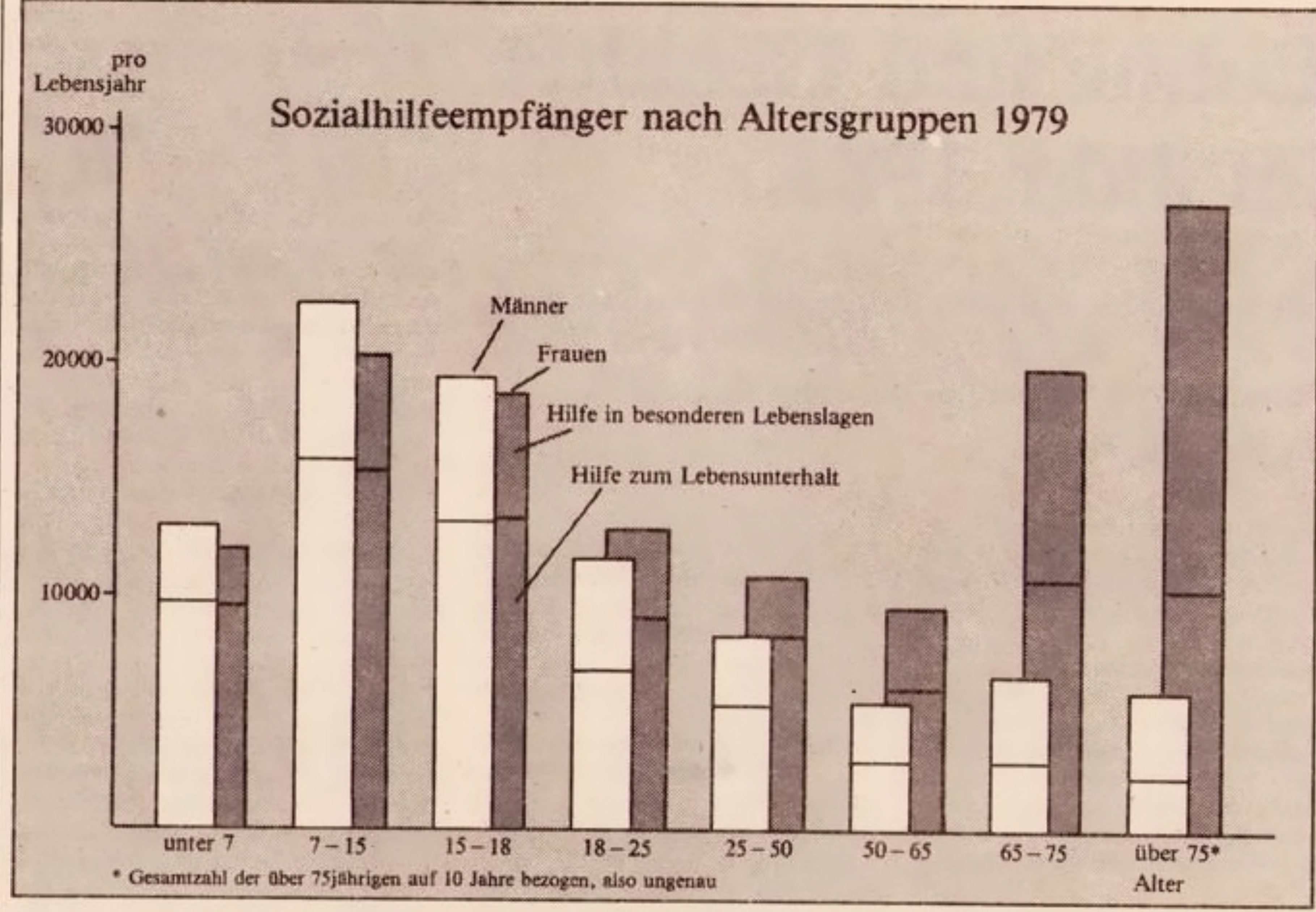
In Stockholm fand eine Kundgebung, die zur polnischen Botschaft zog, schon am Sonntag abend statt, an der über 2000 Menschen teilnahmen. Auch in Brasel, Zürich und Bern fanden am Sonntag abend Kundgebungen statt. Am Montag abend fand eine Kundgebung statt, an der eine Delegation der Solidarność teilnahm. In Barcelona demonstrierten ca. 1500 Menschen am Sonntagabend vor dem polnischen Konsulat.

„Marktmieten“ als Heilmittel

frb. Nach dem Gespräch mit der SPD-Fraktion soll Heinz-Oskar Vetter gesagt haben, immerhin sei zu begrüßen, daß im Vermittlungsausschuß auch beschäftigungswirksame Elemente ins Haushaltspaket gepackt worden seien. Wenn er damit nicht die Fortschreibung der Mehrwertsteuerbefreiung für Kapitalistenautos gemeint hat, was man ihm kaum unterstellen will, so kann er mit diesem Lob nur die Maßnahmen im Wohnungsabau gemeint haben. So und so lassen Vetters Worte Schlimmes befürchten, was aus dem DGB-Beschäftigungsprogramm noch alles werden kann, so und so wäre ein Wort gegen die Sozialhilfekürzung wie gegen die Maßnahmen im Wohnungsbau eher angebracht gewesen.

Eigentlich war im Haushaltsstrukturgesetz für den Wohnungsbau lediglich die Verbesserung der Abschreibungssätze und des §7b vorgesehen. Doch dann hat der Vermittlungsausschuß die Fehlbelegungsabgabe und Zinserhöhungen für ältere Sozialwohnungen im Handstreich auch noch ins Gesetz gepackt. Das Parlament konnte nur noch „ja, ja“ oder „nein, nein“ zum *Gesamtpaket* sagen, was einige überfahrene Abgeordnete bewogen hat, „verfassungsrechtliche Bedenken“ anzumelden. Das hat die Prozedur natürlich nicht aufgehalten.

SPD-Minister Haack hat seine Freude bekräftigt über den Kuhhandel mit seinem CDU-Kollegen Späth. Der Wohnungsbauminister hat seine Fehlbelegungsabgabe durchgebracht, die die CDU nicht wollte, und Späth hat erreicht, daß Haack unterstützt, was die CDU auf ihrem Mannheimer Parteitag beschlossen hat. Für Sozialwohnungen, die vor 1960 erbaut wurden, können die Darlehenszinsen auf bis zu 8% erhöht werden, für bis 1970 bewilligte Darlehen auf 6%. Die Miete dieser für heutige Verhältnisse billigen Wohnungen wird dadurch erhöht, um 50 Pfennig pro Quadratmeter, heißt es. Erklärtes Ziel der CDU ist es, auf diese Weise die Sozialmieten an die Marktmieten anzugleichen, womit das Ende des Sozialen Wohnungsbaus eingeleitet wäre. Traurig, daß die SPD auch da mitmacht.



Reserviert geben sich die Politiker gegenüber der geplanten Fusion Springer-Burda. Die CDU/CSU sei nicht dafür, daß neue „Giganten“ in der Presselandschaft entstehen, sagt ihr medienpolitischer Sprecher Schwarz-Schilling. Zum konkreten Fall allerdings wollte er sich nicht äußern. Für die SPD erklärte Wilhelm Nöbel, ein solcher Zusammenschluß bedeute „eine enorme Stärkung des ohnehin zu starken konservativen Bereichs der deutschen Presse.“ Die FDP-Medienkommission forderte ihre Wirtschaftsminister auf, an den bewährten wettbewerbspolitischen Grundsätzen festzuhalten. Lambsdroff muß über die Genehmigung der Fusion entscheiden. – **Eine weitere Verschärfung der Weltwirtschaftskrise hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft vorhergesagt.** In den USA werde die rezessive Entwicklung kaum weniger ausgeprägt sein als im Frühjahr 1980. Ähnlich werde die Abwärtsbewegung in den westeuropäischen Ländern ausfallen. Vieles spreche dafür, schrieb das Institut, dessen Prognosen in den letzten Jahren meist am realistischsten waren, daß die privaten Investitionen voll in den Sog des Abschwungs geraten würden. – **Nicht zufrieden ist Heinz Dürr mit dem Gasgeschäft.** AEG hat nämlich von dem erhofften Auftragssegen bislang nur wenig abbekommen. Immerhin werde die Bundesrepublik bis zum Jahr 2008 für 100 Mrd. DM sibirisches Erdgas abnehmen, und bisher seien lediglich

Die Woche im Rückblick

Aufträge im Wert von rund 2 Mrd. DM nach Westdeutschland gegangen, davon nur 700 Mio. DM an AEG. Die Bundesregierung soll mit zinsgünstigen Finanzierungsmodellen einspringen. – **Höhere Bankzinsen halten den angeschlagenen AEG-Konzern in den roten Zahlen.** Trotz einem Abbau der Verschuldung muß AEG in diesem Jahr 650 Millionen Mark Zinsen zahlen, 200 Mio. DM mehr als im Vorjahr. Trotzdem will Vorstandsvorsitzender Dürr nicht „in absoluten Pessimismus verfallen“. 8900 Beschäftigte gleich 7% hat er auf die Straße gesetzt, wodurch eine Leistungssteigerung um 9% möglich wurde. 42% seines Umsatzes tätigt der Konzern im Ausland, wo das Geschäft überdurchschnittlich steigt. – **China hat dieses Jahr 43 Mrd. DM seines Staatshaushalts für die Preiskontrolle verwendet.** Dies ist 400% mehr als 1978 und 30% mehr als im Vorjahr. Der drastische Anstieg ist im wesentlichen eine Folge der erhöhten Ankaufspreise für Grundnahrungsmittel. Finanzminister Wang hält die Subventionen weiter für notwendig, um die Lebenshaltungskosten niedrig zu halten. Allerdings machen sie es schwierig, denen Haushalt zum Ausgleich zu bringen. Der Haushaltsausgleich würde noch lange Zeit in Anspruch nehmen. – **VW hat die Produktion in seinem zweiten US-Werk bei Detroit auf unbestimmte Zeit verschoben.** Ursprünglich sollte das neue Werk, in das 300 Mio. $ investiert wurden, im kommenden Jahr mit der Produktion beginnen.

Gewerkschaften in Australien geben Uranblockade auf

kvz. Mit 17 gegen 7 Stimmen hat der australische Gewerkschaftsbund ACTU in Melbourne beschlossen, die Verladung des seit Monaten in den Häfen von Darwin und Brisbane festgehaltenen Uranoxyds nicht mehr zu verhindern. Der Präsident des ACTU erklärte, es habe die Gefahr bestanden, daß unorganisierte Arbeiter das Uran verladen hätten und es dann zum Ausbruch von Gewalttätigkeiten hätte kommen können. Die Aufhebung des 1979 auf einem Gewerkschaftskongreß beschlossenen Boykotts bedeutet gleichzeitig einen Schlag für die Kernkraftgegner in Australien. Jubeln können die Kernkraftwerkskapitalisten in der BRD, denn sie sind Hauptkunden der Uranlieferungen aus Australien und es bestehen Lieferverträge über die nächsten 15 Jahre.

Ungarische Kleinunternehmer tagten

krk. Vor 5 Jahren gab es in Ungarn etwa 84000 Kleinunternehmer, nachdem ihre Zahl in den vorangegangenen Jahren kontinuierlich gesunken war. Schlechte Einkaufs- und Vertriebsmöglichkeiten sowie die oft gehässige staatliche Propaganda über den gewinnsüchtigen Kleinhändler waren die Ursachen. – 1981 stieg die Zahl der ganz- oder halbtags arbeitenden Kleinhändler, Gastwirte und Handwerker auf 107400. Diese kleinen Betriebe haben eine besondere Bedeutung bei den Dienstleistungen (50%). Sie dominieren im Bereich Reparatur und in den kleinen Ortschaften. Nun will ihnen der Staat dieses Terrain völlig überlassen, denn eine einigermaßen reibungslose Versorgung ist sonst nicht möglich. Der jetzige Kongreß diente vor allem der ideologischen Rehabilitation. Die Bedingungen ihrer Rohstoff- und Produktionsmittelversorgung soll verbessert, ihre Benachteiligung den staatlichen Betrieben gegenüber im großen und ganzen aufgehoben werden. Mit den privat wirtschaftenden Bauern, den neuen Pächtern von staatlichen Dienstleistungsbetrieben zusammen bilden die Kleinunternehmer einen für Ostblock-Bedingungen beachtlichen privaten Sektor. Ee bildet ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht zum staatlichen Großproduktions- und Beschäftigungsmonopol.

Sozialismus „à la française“ in Schwierigkeiten
Mitterrand glättet Widersprüche im Kabinett / Chancen eines neuen Protektionismus
cof. Den breiten Weg zum Sozialismus hat die französische Regierung bis jetzt nicht gefunden. In der tiefsten Krise
fen, das die Unternehmen zu Investitionen anregt; deshalb wollten wir die Aktivität und die Nachfrage des Aus-
erst recht nicht die geplante Vermögenssteuer, die Sondersteuer zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die
gegnen: Eingefroren werden für drei Monate die Preise für Brot, Milch, Zucker, Margarine und Butter. Die Importeure dürften ihre Bruttohandelsspannen ebenfalls drei Monate lang nicht heraufsetzen. An den Handel ergeht der Appell, die Preise der wichtigsten Konsumgüter nicht zu erhöhen, sie möglichst zu senken. Die Industriepreise werden überwacht; im Dienstleistungsbereich (das betrifft vor allem das Hotel- und Gaststättenge-
kreidet hat: Auf dem Weg von Sonderverordnungen nach Artikel 38 der französischen Verfassung sollen zwischen Januar und März die 39-Stunden-Woche eingeführt, das Rentenalter – freiwillig – auf 60 Jahre vorverlegt und die Ausübung einer bezahlten Tätigkeit im Ruhestand verboten werden.
Während sie sich so Vollmachten sichert, um bestimmte Eingriffe durchzuführen, trauert die Linkspresse um
de bekräftigt über den Kuhhandel mit seinem CDU-Kollegen Späth. Der Wohnungsbauminister hat seine Fehlbelegungsabgabe durchgebracht, die die CDU nicht wollte, und Späth hat erreicht, daß Haack unterstützt, was die CDU auf ihrem Mannheimer Parteitag beschlossen hat. Für Sozialwohnungen, die vor 1960 erbaut wurden, können die Darlehenszinsen auf bis zu 8% erhöht werden, für bis 1970 bewilligte Darlehen auf 6%. Die Miete dieser für heutige Verhältnisse billigen Wohnungen wird dadurch erhöht, um 50 Pfennig pro Quadratmeter, heißt es. Erklärtes Ziel der CDU ist es, auf diese Weise die Sozialmieten an die Marktmieten anzugleichen, womit das Ende des Sozialen Wohnungsbaus eingeleitet wäre. Traurig, daß die SPD auch da mitmacht.
Schilling. Zum konkreten Fall allerdings wollte er sich nicht äußern. Für die SPD erklärte Wilhelm Nöbel, ein solcher Zusammenschluß bedeute „eine enorme Stärkung des ohnehin zu starken konservativen Bereichs der deutschen Presse.“ Die FDP-Medienkommission forderte ihre Wirtschaftsminister auf, an den bewährten wettbewerbspolitischen Grundsätzen festzuhalten. Lambsdroff muß über die Genehmigung der Fusion entscheiden. – Eine weitere Verschärfung der Weltwirtschaftskrise hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft vorhergesagt. In den USA werde die rezessive Entwicklung kaum weniger ausgeprägt sein als im Frühjahr 1980. Ähnlich werde die Abwärtsbewegung in den westeuropäischen Ländern ausfallen. Vieles spreche dafür, schrieb das Institut, dessen Prognosen in den letzten Jahren meist
wenig abbekommen. Immerhin werde die Bundesrepublik bis zum Jahr 2008 für 100 Mrd. DM sibirisches Erdgas abnehmen, und bisher seien lediglich
Die Woche im Rückblick
Aufträge im Wert von rund 2 Mrd. DM nach Westdeutschland gegangen, davon nur 700 Mio. DM an AEG. Die Bundesregierung soll mit zinsgünstigen Finanzierungsmodellen einspringen. – Höhere Bankzinsen halten den angeschlagenen AEG-Konzern in den roten Zahlen. Trotz einem Abbau der Verschuldung muß AEG in diesem Jahr 650 Millionen Mark Zinsen zahlen, 200 Mio. DM mehr als im Vorjahr. Trotz-
der Konzern im Ausland, wo das Geschäft überdurchschnittlich steigt. – China hat dieses Jahr 43 Mrd. DM seines Staatshaushalts für die Preiskontrolle verwendet. Dies ist 400% mehr als 1978 und 30% mehr als im Vorjahr. Der drastische Anstieg ist im wesentlichen eine Folge der erhöhten Ankaufspreise für Grundnahrungsmittel. Finanzminister Wang hält die Subventionen weiter für notwendig, um die Lebenshaltungskosten niedrig zu halten. Allerdings machen sie es schwierig, denen Haushalt zum Ausgleich zu bringen. Der Haushaltsausgleich würde noch lange Zeit in Anspruch nehmen. – VW hat die Produktion in seinem zweiten US-Werk bei Detroit auf unbestimmte Zeit verschoben. Ursprünglich sollte das neue Werk, in das 300 Mio. $ investiert wurden, im kommenden Jahr mit der Produktion beginnen.
Dienstleistungen (50%). Sie dominieren im Bereich Reparatur und in den kleinen Ortschaften. Nun will ihnen der Staat dieses Terrain völlig überlassen, denn eine einigermaßen reibungslose Versorgung ist sonst nicht möglich. Der jetzige Kongreß diente vor allem der ideologischen Rehabilitation. Die Bedingungen ihrer Rohstoff- und Produktionsmittelversorgung soll verbessert, ihre Benachteiligung den staatlichen Betrieben gegenüber im großen und ganzen aufgehoben werden. Mit den privat wirtschaftenden Bauern, den neuen Pächtern von staatlichen Dienstleistungsbetrieben zusammen bilden die Kleinunternehmer einen für Ostblock-Bedingungen beachtlichen privaten Sektor. Ee bildet ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht zum staatlichen Großproduktions- und Beschäftigungsmonopol.

Sozialismus „à la française“ in Schwierigkeiten

Mitterrand glättet Widersprüche im Kabinett / Chancen eines neuen Protektionismus

cof. Den breiten Weg zum Sozialismus hat die französische Regierung bis jetzt nicht gefunden. In der tiefsten Krise seit dem 2. Weltkrieg an die Macht gelangt, bewegt sie sich auf schmalstem Pfad, angefeindet von der Macht des Kapitals, das sich dem Regierungszugriff immer wieder zu entziehen sucht – zugleich von der Gefahr bedroht, das Vertrauen der Wähler, der Gewerkschaften, selbst der Parteimitglieder zu verlieren, falls die eingeleiteten Reformen keine Wirkung zeigen oder aufgeschoben werden.

Vorerst scheint es Mitterrand, dem Staatsmann, gelungen zu sein, die drohende Regierungskrise noch einmal abgewendet, die Differenzen über das Tempo der Reformen in seinem Sowohl-als-auch-Interview im Fernsehen geglättet zu haben. Die unterschiedlichen Einschätzungen über den Weg, der aus der wirtschaftlichen Krise führt, sind damit nicht vom Tisch. Offen zutagegetreten sind die Meinungsverschiedenheiten in der Regierung, als Wirtschafts- und Finanzminister Delors in einem Rundfunkinterview am 29. November „eine Pause in der Ankündigung von Reformen“ wünschte und davon sprach, daß „man etwas zu viel an Reformen“ in Aussicht stelle. *Er* glaube nicht an ein Komplott der Unternehmer, nicht an eine organisierte Opposition. Es sei voreilig, zu sagen, die Unternehmer gingen angesichts der zögernden Haltung der Rechten daran, eine politische Formation aufzubauen. „Ich begegne den *patrons* jeden Tag und diskutiere mit ihnen: Ich kenne ihre Probleme. Ich glaube, daß sich jene täuschen, die denken, Frankreich werde sich unvermeidlich radikalisieren … Die sozialistische Regierung trägt die Veranwortung, ein Klima zu schaffen, das die Unternehmen zu Investitionen anregt; deshalb wollten wir die Aktivität und die Nachfrage des Auslands fördern … Heute ist es möglich, unter Berücksichtigung der Positionen der einen wie der anderen, mit Rücksicht auf die Demokratie wie auf den Pluralismus, eine prosperierende Wirtschaft aufzubauen. Dazu bedarf es Monate und Jahre …“, erklärte Delors und garnierte das ganze mit wenig zimperlichen Seitenhieben auf Leute, die „3 Kilometer von der Wirklichkeit entfernt“ in den Salons diskutieren – und mit einer Rücktrittsdrohung. Seine Meinung zu den Kosten und dem Ausmaß der Nationalisierungen werde man später mal in seinen Mémoiren finden.

Wichtig sei im Augenblick alles, was mit der Verkürzung der Arbeitszeit, der Verteilung der Arbeit und der Belebung des Arbeitsmarkts zusammenhängt. Auf *diese* Reformen warteten die Franzosen am meisten. Der Eklat war perfekt, als Premierminister Mauroy einen Tag darauf – auf seiner Tour de France für die Beschäftigung gerade in Grenoble – das Gegenteil hervorhob: „Die Reformen und Veränderungen, die der Präsident der Republik angekündigt hat und die dem Wunsch der Franzosen entsprechen, werden kommen. Wir sind entschlossen, sie ohne Hast und Eile, aber beständig und kontinuierlich durchzuführen. Denn die Reformen sind die Bedingung für die Transformation der französischen Gesellschaft und somit auch für den Erfolg der Regierungspolitik.“

Beide wissen, wovon sie sprechen. So kampflos, wie es zunächst den Anschein hatte, haben die Kapitalisten die Nationalisierung von 9 florierenden Industriekomplexen und 36 Banken und erst recht nicht die geplante Vermögenssteuer, die Sondersteuer zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Meldepflicht für Transaktionen am Goldmarkt oder den bevorstehenden Einzug von Gewerkschaftsvertretern in die Verwaltungsräte der Staatsbetriebe (ihnen sollen rund ein Drittel der Sitze zustehen) hingenommen. Da wird emsig Kapital ins Ausland geschafft, in die europäischen Nachbarländer und die USA, da wandern Goldbarren, Schmuck und Antiquitäten in den Privattresor – so werden die Dekrete der Regierung gegen Steuerhinterziehung schon im Vorfeld umgangen, und die Genehmigungspflicht, eingeführt nach der Verschiebung großer Teile des Paribas-Kapitals in die Schweiz, macht keinen Eindruck. Damit nicht genug: Die Unternehmerverbände CNPF (Spitzenverband der französischen Wirtschaft) und der Verband der Mittel- und Kleinbetriebe wehren sich genauso gegen die von Delors bezeichneten Essentials. Für 83% der Unternehmer sei – einer Umfrage zufolge – die geplante Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bis 1985 „mit einer gesunden Betriebsführung nicht zu vereinbaren“ – „man kann im Moment kein Vertrauen mehr haben“.

Unterlaufen werden auch die im Oktober beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation. Die Gewerkschaften zweifeln deshalb an ihrer Wirksamkeit, und mit dem größten Brocken des Stabilisierungspakets können sie von vornherein nicht einverstanden sein. Dem Inflationsschub durch Verteuerung der Importe nach der Abwertung des Franc gegenüber der D-Mark versucht die Regierung durch ein Preiskontrollsystems zu begegnen: Eingefroren werden für drei Monate die Preise für Brot, Milch, Zucker, Margarine und Butter. Die Importeure dürften ihre Bruttohandelsspannen ebenfalls drei Monate lang nicht heraufsetzen. An den Handel ergeht der Appell, die Preise der wichtigsten Konsumgüter nicht zu erhöhen, sie möglichst zu senken. Die Industriepreise werden überwacht; im Dienstleistungsbereich (das betrifft vor allem das Hotel- und Gaststättengewerbe) soll ein Preisstop für 6 Monate eintreten. Doch die Betriebe denken nicht daran, das einzuhalten. Ihre Antwort sind Entlassungen, so daß die Arbeitslosenzahl munter steigt – die „magische Grenze“ von 2 Millionen war im Oktober erreicht – Mauroys Kampagne erntet müdes Lächeln bei den Kapitalisten und Kritik an den „Instrumenten ohne Konzept“ bei der CFDT.

Dazu kommen Abstriche an der versprochenen Expansion des öffentlichen Sektors: 15 Mrd. Francs für Investitionen und Subventionen werden eingespart, und die Grundsätze der Lohnpolitik im öffentlichen Sektor sollen auch in der Privatwirtschaft beherzigt werden. Das aber hieße: höchstens 10% mehr Lohn im Durchschnitt (bei einer Inflationsrate von 14,5%), etwas überdurchschnittliche Anhebung der unteren Lohngruppen, halbjährliche Anpassung der Löhne, wenn die Preissteigerungsrate 1982 über 10% liegt. Gleichzeitig sollen die Sozialversicherungen durch die Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge um 1% saniert und die Leistungen beschnitten werden. Damit dürfte eine Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit durch Hebung der Massenkaufkraft schon begraben sein. Kein Wunder, daß Mauroy so leidenschaftlich den Reformkurs preist. In dieser Not und weil der Weg der Gesetzgebung so mühsam ist (die Gewerkschaften verlangen eine Beschleunigung und mehr Rechte im Betrieb, die Rechten üben sich erfolgreich in penetranter Verzögerungstaktik), will die Regierung jetzt zu einem Mittel greifen, das sie der alten Mehrheit stets als „permanenten Staatsstreich“ angekreidet hat: Auf dem Weg von Sonderverordnungen nach Artikel 38 der französischen Verfassung sollen zwischen Januar und März die 39-Stunden-Woche eingeführt, das Rentenalter – freiwillig – auf 60 Jahre vorverlegt und die Ausübung einer bezahlten Tätigkeit im Ruhestand verboten werden.

Während sie sich so Vollmachten sichert, um bestimmte Eingriffe durchzuführen, trauert die Linkspresse um die Ausschaltung des Parlaments. Solange die Regierung sich aber weigert, den Gewerkschaften wirksame Rechte einzuräumen, die infolgedessen in den Verhandlungen mit den Kapitalisten entweder auf deren Einsicht angewiesen sind oder zu Kampfmaßnahmen greifen müssen, die dann – jedenfalls in Krisenzeiten – wieder das Klima verschlechtern und zu weiteren Entlassungen führen können, bleibt ihr letztlich keine andere Wahl.

Trotzdem setzt sich Mitterrand zwischen alle Stühle. Denn wenn auch den Kapitalisten gefällt, daß so die Arbeiterbewegung in ihrer Handlungsfreiheit blockiert wird, können sie andererseits die Ungeduld der Regierung nicht verstehen. Ceyrac, scheidender Verbandschef der CNPF, verlangt eine mindestens zweijährige Pause, um den seit Mai tobenden „Wirtschaftskrieg“ zu beenden. So besteht wenig Aussicht, daß Mitterrand die Bourgeoisie ruhig halten kann oder gar für Kompromisse gewinnt. Darauf aber zielte seine im Fernsehen gegebene Zusicherung, daß die Nationalisierung, sobald sie für zwei weitere Gruppen mit einer ausländischen Kapitalmehrheit – darunter die Hoechst-Tochter Roussel-Uclaf – geregelt ist, für die nächsten 5 Jahre der Legislaturperiode abgeschlossen sei. Und ebenso fraglich scheint der Erfolg protektionistischer Maßnahmen, d.h. „freiwillige Selbstbeschränkungen“ bei der Einfuhr, Subventionen für einheimische Produzenten und Auflagen für international gestreutes französisches Kapital, wie sie der sozialdemokratische Planungsminister Rocard im Zwischenplan für die nächsten beiden Jahre vorschlägt.

Auch der Sachverständigenrat hat es in seinem jüngsten Gutachten konstatiert: Das Jahr 1981 brachte einen Rückgang an realer Kaufkraft. Das habe es seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Zum selben Ergebnis kommt die „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände" in ihrem eben erschienenen Jahresbericht.

Freilich hindert diese Feststellung den Dachverband der westdeutschen Kapitalisten nicht, zu behaupten, die Lohnpolitik sei den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht gerecht geworden. Und ihre wissenschaftlichen Sprachrohre im Sachverständigenrat verlangten eine „notwendige Korrektur" zugunsten der Profite in der nächsten Lohnrunde. Nur dann könne es wieder aufwärts gehen.

Doch bevor wir auf diese Usurpation des gesellschaftlichen Gesamtinteresses eingehen, wollen wir etwas ausführlicher die Einkommensentwicklung und die verschiedenen Faktoren, die sie beeinflussen, Inflation, Lohnsteuer, Versicherungsbeiträge usw. darstellen. Wir halten uns dabei an die Gesamtbeträge und Durchschnittszahlen, wie sie die amtliche Statistik liefert; über die

Löhne und Gehälter im Jahr 1981

Mit steigender Inflation haben die Kapitalisten dieses Jahr den Lohn mehr gedrückt als in 30 Jahren zuvor / Rückfall um über drei Jahre

Von Friedemann Bleicher

platzte –, in der Stahlindustrie, im Ruhrbergbau und mit 4,3% plus zweimal 120 DM im öffentlichen Dienst. Andererseits konnten einige Gewerkschaften in kleinen Tarifbereichen höhere Abschlüsse erzielen. So schloß die Gewerkschaft Holz und Kunststoff mit teilweise deutlich über 5,5% ab, und auch die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten erreicht überdurchschnittliche Erhöhungen von 5,2%.

Mit diesen Abschlüssen, die deutlich unter der mittlerweile erreichten Infla-

gen erhöhten ihre Beitragssätze ebenfalls um ½%. Da für das kommende Jahr eine Erhöhung des Versicherungsbeitrages um ½% bereits feststeht, werden die Nettolöhne und -gehälter 1982 um über 1 Prozentpunkt hinter der Entwicklung der Bruttoeinkommen zurückbleiben.

Der Reallohn sinkt

Immerhin, der Lohn hat sich auch nach Abzug von Steuern und Versicherungsbeiträgen noch erhöht. Doch Pfeifendeckel, dieses Geld repräsentiert immer weniger Gebrauchswert. Mit 4% war der Anstieg der Verbraucherpreise vorhergesagt worden. Doch übers Jahr sind die Preise immer schneller gestiegen, so daß der Abstand zum Vorjahresmonat im September 6,7% erreichte. Im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1981 zu 1980 werden es rund 6% sein. Während 1980 die Zunahme des Bruttolohnes mit 6,5% noch um einen Prozentpunkt über der Preissteigerung lag, bleibt jetzt die Steigerung des Bruttoeinkommens um einen Prozentpunkt hinter der Inflation zurück.

Entscheidend aber ist ja der reale Nettolohn. Bei einem 4,5% höheren Nettolohn bedeutet eine Inflationsrate von 6%, daß der stoffliche Gegenwert des durchschnittlichen Lohneinkommens rund 1,5% unter dem Umfang des Jahres 1980 liegt. Damit hat sich zwei Jahre nacheinander der Umfang der Gebrauchswerte, in die sich der Lohn tauscht, vermindert, um etwa 0,5% im vorigen Jahr. Die realen Nettoeinkommen liegen damit noch um 6,5% über dem Niveau von 1974, während sich die statistische Produktivität der Arbeit in dieser Zeit um über 21% erhöht hat.

Arbeitslosigkeit und Soziallohn

Für den einzelnen Arbeiter oder Angestellten ist der Lohn entscheidend. Doch für die Klasse ist es die Lohnsumme, oder die Lohnsumme pro Person. Weil die Beschäftigung im vergangenen Jahr gesunken ist, ist die Lohnsumme noch mehr gesunken als der Durchschnittslohn. Brutto wird das Vorjahresniveau noch um 4,5% über-

über einen längeren Zeitraum gesunkenen Realeinkommen konstatieren, so ist dies für sie eine Notwendigkeit, die zwangsweise aus der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung folgt. Und sie vergessen nicht den Hinweis, daß es bei den Gewinnen genauso oder noch finsterer aussehe als bei den Löhnen. Im Gegensatz zu den Löhnen hänge aber von den Gewinnen die Zukunft ab, denn der Arbeiter kann ja bei sinkendem Lohn nicht die Arbeit einstellen, während der Kapitalist bei zu geringer Profitrate nicht mehr investiert.

In Vorbereitung der Tarifverhandlungen hat der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemiekapitalisten, Karl Molitor, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" eine „Lohnpolitik ohne Dogma" gefordert, wobei für ihn das Dogma darin besteht, daß Lohnverhandlungen nichts weiter seien als ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Vielmehr ginge es „um die langfristige Sicherung der Unternehmen durch ausreichende Investitionsmöglichkeiten und damit zugleich um die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze, also auch um die langfristigen Interessen der Arbeitnehmer". Dies den Mitarbeitern klar zu machen, gehöre zu den wichtigsten Aufgaben der Arbeitgeber.

Mehr denn je pochen die Kapitalisten darauf, daß sie das Interesse der Gesellschaft vertreten, und sie gedenken mit dieser Linie in den Lohnkampf zu gehen. Keine Gesellschaft kann ihren materiellen Reichtum erhöhen, ohne ihre Produktionsmittel zu verbessern und zu vermehren; und da sie das Monopol an den Produktionsmitteln haben, leiten die Kapitalisten daraus ab, daß erst ihr Profit vermehrt werden müßte, ehe sich Umfang und Qualität des Produktionsapparates erweitern könne. Wobei der Zirkelschluß darin besteht, daß dies nur insofern notwendig ist, als sich eben die Produktionsmittel in Privatbesitz befinden.

Von Kapitalistenseite ist zu hören, die Verteilung des Wertprodukts (das Volkseinkommen) habe sich im vergangenen Jahr erheblich zu ihren Ungunsten verschoben, was sich als statistische Tatsache gar nicht bestreiten läßt. Nur ist dies *Ergebnis* des Produktionseinbruchs, der natürlich auf die Gewinne stärker wirkt als auf die Löhne, und nicht die Ursache des Produktionseinbruchs. Die Jahre zuvor hat sich die Profitquote am Volkseinkommen im übrigen beständig erhöht. So laufen die „Lösungsversuche" darauf hinaus, die Folge der Produktionskrise zu ihrer Ursache zu erklären.

Schnell wird die Scheuklappenlogik durchsichtig, die hier aufgetischt wird, wenn das Problem grundsätzlicher betrachtet wird. Erstens gibt es gesellschaftliche Bedürfnisse, die in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht erfüllt werden, zweitens gibt es brachliegende Produktionsmittel und vor allem freigesetzte Arbeitskraft, die gehindert wird, für die Befriedigung der unerfüllten Bedürfnisse, deren genauere Darstellung man sich hier schenken kann, tätig zu werden. Diese Frage muß zur Beantwortung gestellt werden, das bloße Beharren auf dem Recht eines die Reproduktion sichernden Lohnes überläßt die Entscheigung dem stummen Zwang der Tatsache, daß in der kapitalistischen Gesellschaft ohne Profit nichts geht.

Worauf es den Kapitalisten wirklich ankommt, ist auch mit ein paar Zahlen zu belegen. So sind doch dieses Jahr die „Grundgehälter fürs Top-Management" um 10,7% gestiegen und hat auch sonst kein Kapitalist gedarbt. Immerhin ist die volkswirtschaftliche Größe der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen auch dieses Jahr um 6,5% gestiegen, fast doppelt soviel wie die Nettolohnsumme mit 3,5%; womit der Vorsprung der letzten Jahre noch ausgebaut wurde. Für den persönlichen Luxuskonsum ist immer noch Geld da, auch wenn sich Investitionen nicht „rentieren".

Die Lohnentwicklung 1973 bis 1981
Lohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeitnehmer

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
				in DM pro Monat					
Brutto	1565	1744	1869	1999	2136	2246	2370	2525	2656
– Lohnsteuer	231	275	279	319	355	356	369	416	436
– Sozialversicherung	184	206	234	265	286	302	320	344	378
Netto	1150	1263	1355	1414	1494	1588	1681	1765	1842
in Preisen v. 1976	1359	1399	1413	1414	1441	1491	1516	1509	1485
			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent						
Brutto	12,0	11,4	7,2	7,0	6,9	5,2	5,5	6,5	5,2
Netto	8,3	9,8	7,3	4,3	5,6	6,3	5,9	5,0	4,4
Preise	7,0	7,0	6,0	4,3	3,7	2,7	4,1	5,5	6,0
Netto real	1,3	2,8	1,3	0	1,9	3,6	1,8	–0,5	–1,6

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, eigene Berechnungen

Verteilung der Einkommen, unterschiedliche Auswirkung der Inflation, Besteuerung, Änderung von Transferzahlungen usw. auf unterschiedlich hohe Einkommen ist damit noch nichts gesagt.

Entwicklung der Tarifeinkommen

Das gesamtwirtschaftliche Tariflohn- und -gehaltsniveau, über das die Bundesbank regelmäßig Statistik führt, hat im ersten Halbjahr 1981 um 6% zugenommen. Doch tatsächlich überzeichnet dieser Vergleich die Entwicklung. Das Niveau über das gesamte vergangene Jahr gerechnet wird um etwa 5,5% über dem Tarifniveau des Jahres 1980 liegen. Diese hohe Zahl kommt dadurch zustande, daß der jeweilige Durchschnitt des Gesamtjahres verglichen wird. Da 1980 die neuen Tarifver-

tionsrate liegen, war bereits vorgezeichnet, daß das von seiten der Gewerkschaften ausgegebene Ziel der Reallohnsicherung nicht erreicht wurde.

Die Effektivverdienste

Die Entwicklung der tatsächlich gezahlten Löhne blieb noch hinter der Entwicklung des Tarifniveaus zurück. Sie läßt sich verfolgen an den Aufstellungen zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder an der vierteljährlich erhobenen Lohnstatistik des Statistischen Bundesamtes, die allerdings erst bis Juli reicht. Im Vergleich der Jahresdurchschnitte wird die alle Wirtschaftszweige umfassende Bruttolohn- und -gehaltssumme je abhängig Beschäftigtem um rund 5% steigen, was reichlich ein Prozentpunkt unter den Entwicklung des Vorjahres liegt. Noch

Entwicklung der Effektivlöhne jeweils Juli 1979 bis 1981

Bruttostundenlöhne der Arbeiter und Bruttomonatseinkommen der Angestellten. Die Differenz gegenüberdem Vorjahresmonat in Prozent, abzüglich der Preissteigerung Juli – Juli

Industrie gesamt (Arbeiter)

Lstgr.	1979	Dif.	1980	Dif.	1981
Männlich					
1	14,15	2,0	15,18	–0,9	15,93
2	12,69	2,2	13,64	–0,8	14,33
3	11,38	1,7	12,17	–0,8	12,78
alle	13,37	2,1	14,35	–0,7	15,09
Weiblich					
1	10,60	1,3	11,29	0,3	11,98
2	9,82	2,2	10,55	–0,3	11,13
3	9,45	1,9	10,12	–0,2	10,69
alle	9,68	2,0	10,38	–0,2	10,96

Straßenfahrzeugbau

Lstgr.	1979	Dif.	1980	Dif.	1981
Männlich					
1	15,33	1,7	16,39	–1,3	17,14
2	13,78	4,6	15,13	–0,1	16,00
3	12,35	3,0	13,37	–0,9	14,03
alle	14,63	2,1	15,71	–0,7	16,52
Weiblich					
1	13,16	2,0	14,11	–0,7	14,83
2	12,46	2,7	13,45	–0,6	14,16
3	11,15	1,9	11,95	0,4	12,70
alle	12,05	2,6	13,00	–0,2	13,73

– Lohnsteuer	231	275	279	319	355	356	369	416	436
– Sozialversicherung	184	206	234	265	286	302	320	344	378
Netto	1150	1263	1355	1414	1494	1588	1681	1765	1842
in Preisen v. 1976	1359	1399	1413	1414	1441	1491	1516	1509	1485
			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent						
Brutto	12,0	11,4	7,2	7,0	6,9	5,2	5,5	6,5	5,2
Netto	8,3	9,8	7,3	4,3	5,6	6,3	5,9	5,0	4,4
Preise	7,0	7,0	6,0	4,3	3,7	2,7	4,1	5,5	6,0
Netto real	1,3	2,8	1,3	0	1,9	3,6	1,8	–0,5	–1,6

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, eigene Berechnungen

Verteilung der Einkommen, unterschiedliche Auswirkung der Inflation, Besteuerung, Änderung von Transferzahlungen usw. auf unterschiedlich hohe Einkommen ist damit noch nichts gesagt.

Entwicklung der Tarifeinkommen

Das gesamtwirtschaftliche Tariflohn- und -gehaltsniveau, über das die Bundesbank regelmäßig Statistik führt, hat im ersten Halbjahr 1981 um 6% zugenommen. Doch tatsächlich überzeichnet dieser Vergleich die Entwicklung. Das Niveau über das gesamte vergangene Jahr gerechnet wird um etwa 5,5% über dem Tarifniveau des Jahres 1980 liegen. Diese hohe Zahl kommt dadurch zustande, daß der jeweilige Durchschnitt des Gesamtjahres verglichen wird. Da 1980 die neuen Tarifver-

träge infolge der verlängerten Laufzeiten erst später im Jahr abgeschlossen worden waren, drückt sich in den 5,5% auch der höhere Sprung Anfang 81 zu Anfang 80 aus. Trotzdem bedeuten auch die 5,5% eine mehr als 1% niedrigere Erhöhung als die des Jahres 1980.

Noch schlechter sieht die Lage aus, wenn man die reine Erhöhung der Tariflohn- und -gehaltssätze beurteilt. Nach der Aufstellung des DGB-Tarifarchivs wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres für 15,4 Millionen Lohnabhängige die tariflichen Entgelte um durchschnittlich 4,9% (1980: 6,8%) angehoben. Dabei erhöhten sich die Tariflöhne von 9,2 Millionen Arbeitern mit 4,9% um 0,2 Prozentpunkte stärker als die Tarifgehälter von 5,7 Millionen Angestellten. (Die letzten beiden Zahlen berücksichtigen nicht die Pauschalzahlungen, die sich in den Lohn- und Gehaltstabellen nicht niederschlagen.)

Die einzelnen Abschlüsse schwanken nicht unerheblich um den Durchschnitt. Der entscheidende Abschluß wurde im April in der Metallindustrie Nordwürttemberg-Nordbaden erzielt. Er sah ab Beginn dieses Monats eine Tariferhöhung von 4,9% vor, während für die Monate Februar und März ein einmaliger Pauschbetrag von je 160 DM brutto gezahlt wurde. Der Abschluß, der mit der „neuen Beweglichkeit" erzwungen wurde, wurde auch in den anderen Tarifbezirken übernommen und setzte die Marke für die weiteren Abschlüsse. Niedrigere Abschlüsse gab es im Baugewerbe – der mitten in die Verhandlungen in Stuttgart

tionsrate liegen, war bereits vorgezeichnet, daß das von seiten der Gewerkschaften ausgegebene Ziel der Reallohnsicherung nicht erreicht wurde.

Die Effektivverdienste

Die Entwicklung der tatsächlich gezahlten Löhne blieb noch hinter der Entwicklung des Tarifniveaus zurück. Sie läßt sich verfolgen an den Aufstellungen zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder an der vierteljährlich erhobenen Lohnstatistik des Statistischen Bundesamtes, die allerdings erst bis Juli reicht. Im Vergleich der Jahresdurchschnitte wird die alle Wirtschaftszweige umfassende Bruttolohn- und -gehaltssumme je abhängig Beschäftigtem um rund 5% steigen, was reichlich ein Prozentpunkt unter den Entwicklung des Vorjahres liegt. Noch

größer ist der Abstand im Produzierenden Gewerbe.

Im Zurückbleiben der Effektivlöhne und -gehälter kommt vor allem die erhebliche Zunahme der Kurzarbeiter und der Abbau von Überstunden um fast ein Fünftel zum Ausdruck.

Lohnabzüge und Nettoeinkommen

Nach Ausweis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verzeichnet die Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigtem im 1. Halbjahr 1981 eine Zunahme von 4,7%, und für den Jahresdurchschnitt werden 4,5% prognostiziert. Die Differenz zum Anstieg der Bruttolöhne rührt aus der Zunahme der Lohnsteuer und der Versicherungsbeiträge.

Der Lohnsteuerraub war gegenüber dem Rekordjahr 1980 durch die mit Jahresbeginn 1981 in Kraft getretene Steuerreform dieses Jahr etwas abgemildert. Waren es 1980 von jeder Mark Lohnerhöhung noch 28,7 Pfennig, die weggesteuert wurden, eine Spitzenleistung, die bisher nur 1976 mit 29,0 Pfennig übertroffen worden war, so waren es im vergangenen Jahr 15,3%. Allerdings war dies lediglich eine Ruhepause. Im kommenden Jahr wird die Steuerprogression wieder voll zur Wirkung kommen.

Daß trotz der relativen Entlastung bei der Lohnsteuer die Entwicklung des Nettolohnes um gut ½% hinter der Entwicklung des Bruttolohnes zurückbleibt, geht auf die stark gestiegenen Versicherungsbeiträge zurück. Zu Jahresanfang war der Satz der Rentenversicherung von 18 auf 18,5% erhöht worden und die Krankenverischerun-

resdurchschnitte 1981 zu 1980 werden es rund 6% sein. Während 1980 die Zunahme des Bruttolohnes mit 6,5% noch um einen Prozentpunkt über der Preissteigerung lag, bleibt jetzt die Steigerung des Bruttoeinkommens um einen Prozentpunkt hinter der Inflation zurück.

Entscheidend aber ist ja der reale Nettolohn. Bei einem 4,5% höheren Nettolohn bedeutet eine Inflationsrate von 6%, daß der stoffliche Gegenwert des durchschnittlichen Lohneinkommens rund 1,5% unter dem Umfang des Jahres 1980 liegt. Damit hat sich zwei Jahre nacheinander der Umfang der Gebrauchswerte, in die sich der Lohn tauscht, vermindert, um etwa 0,5% im vorigen Jahr. Die realen Nettoeinkommen liegen damit noch um 6,5% über dem Niveau von 1974, während sich die statistische Produktivität der Arbeit in dieser Zeit um über 21% erhöht hat.

Arbeitslosigkeit und Soziallohn

Für den einzelnen Arbeiter oder Angestellten ist der Lohn entscheidend. Doch für die Klasse ist es die Lohnsumme, oder die Lohnsumme pro Person. Weil die Beschäftigung im vergangenen Jahr gesunken ist, ist die Lohnsumme noch mehr gesunken als der Durchschnittslohn. Brutto wird das Vorjahresniveau noch um 4,5% über-

schritten werden, die Nettolohn- und -gehaltssumme wird um ganze 3,5% steigen, real findet also eine Schrumpfung um 2,5% statt.

Im kommenden Jahr wird sich diese Entwicklung noch fortsetzen. Der Sachverständigenrat sagt eine Steigerung der nominalen Nettolohn- und -gehaltssumme um 2% für 1982 voraus.

Andererseits steigen mit der Zahl der registrierten Arbeitslosen auch die Zahlungen aus der Arbeitslosenkasse, trotz Einschränkungen im einzelnen. So wird die Schrumpfung der realen Lohnsumme etwas aufgefangen. Aber auch einschließlich aller Transferzahlungen aus Versicherungen und öffentliche Haushalten wird das den Volksmassen insgesamt zur Deckung der Reproduktionskosten zur Verfügung stehende Geld um etwa 1,5 Prozentpunkte weniger als die Inflation steigen, so daß sich in der Summe dasselbe Bild ergibt, wie für den durchschnittlichen realen Nettolohn des einzelnen Beschäftigten. Übrigens sind die Rentner von dieser Einschränkung überdurchschnittlich betroffen.

Dank der Haushaltskürzungen werden die über Versicherungen und öffentlichen Haushalte gezahlten Lohnbestandteile im kommenden Jahr noch weniger die sinkende Lohnsumme ausgleichen. Es zeigt sich hier die Bedeutung dieses immer höheren Lohnteils, über den das Parlament per Gesetzesbeschluß verfügen kann.

„Lohnpolitik ohne Dogma"

Wenn der Arbeitgeberverband oder der Sachverständigenrat die erstmals

ne ihre Produktionsmittel zu verbessern und zu vermehren; und da sie das Monopol an den Produktionsmitteln haben, leiten die Kapitalisten daraus ab, daß erst ihr Profit vermehrt werden müßte, ehe sich Umfang und Qualität des Produktionsapparates erweitern könne. Wobei der Zirkelschluß darin besteht, daß dies nur insofern notwendig ist, als sich eben die Produktionsmittel in Privatbesitz befinden.

Von Kapitalistenseite ist zu hören,

ment" um 10,7% gestiegen und hat auch sonst kein Kapitalist gedarbt. Immerhin ist die volkswirtschaftliche Größe der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen auch dieses Jahr um 6,5% gestiegen, fast doppelt soviel wie die Nettolohnsumme mit 3,5%; womit der Vorsprung der letzten Jahre noch ausgebaut wurde. Für den persönlichen Luxuskonsum ist immer noch Geld da, auch wenn sich Investitionen nicht „rentieren".

Entwicklung der Effektivlöhne jeweils Juli 1979 bis 1981

Bruttostundenlöhne der Arbeiter und Bruttomonatseinkommen der Angestellten. Die Differenz gegenüberdem Vorjahresmonat in Prozent, abzüglich der Preissteigerung Juli – Juli

Industrie gesamt (Arbeiter)

Lstgr.	1979	Dif.	1980	Dif.	1981
Männlich					
1	14,15	2,0	15,18	–0,9	15,93
2	12,69	2,2	13,64	–0,8	14,33
3	11,38	1,7	12,17	–0,8	12,78
alle	13,37	2,1	14,35	–0,7	15,09
Weiblich					
1	10,60	1,3	11,29	0,3	11,98
2	9,82	2,2	10,55	–0,3	11,13
3	9,45	1,9	10,12	–0,2	10,69
alle	9,68	2,0	10,38	–0,2	10,96

Straßenfahrzeugbau

Lstgr.	1979	Dif.	1980	Dif.	1981
Männlich					
1	15,33	1,7	16,39	–1,3	17,14
2	13,78	4,6	15,13	–0,1	16,00
3	12,35	3,0	13,37	–0,9	14,03
alle	14,63	2,1	15,71	–0,7	16,52
Weiblich					
1	13,16	2,0	14,11	–0,7	14,83
2	12,46	2,7	13,45	–0,6	14,16
3	11,15	1,9	11,95	0,4	12,70
alle	12,05	2,6	13,00	–0,2	13,73

Maschinenbau

Lstgr.	1979	Dif.	1980	Dif.	1981
Männlich					
1	13,94	2,4	15,01	–1,3	15,69
2	12,42	2,2	13,34	–1,5	13,92
3	11,40	2,2	12,25	–0,6	12,89
alle	13,37	2,5	14,40	–1,1	15,08
Weiblich					
1	11,60	3,5	12,61	–2,0	13,09
2	10,42	2,2	11,20	–1,3	11,71
3	9,95	2,2	10,69	–0,8	11,23
alle	10,19	2,2	10,95	–1,0	11,48

Nahrungs- und Genußmittelindustrie

Lstgr.	1979	Dif.	1980	Dif.	1981
Männlich					
1	13,18	0,0	13,87	0,4	14,74
2	11,98	0,6	12,68	–0,1	13,41
3	10,99	1,0	11,68	–0,3	12,33
alle	12,45	0,3	13,14	0,4	13,96
Weiblich					
1	10,17	–1,1	10,59	0,4	11,25
2	9,25	1,9	9,91	0,5	10,54
3	8,55	2,0	9,17	–0,8	9,63
alle	8,75	2,0	9,38	–0,4	9,89

Industrie gesamt (Angestellte)

Lstgr.	1979	Dif.	1980	Dif.	1981
Männlich					
II	4055	2,4	4363	–0,8	4581
III	3129	2,2	3363	–1,0	3524
IV	2434	1,9	2608	–0,4	2750
V	2026	1,6	2165	–0,7	2276
alle	3426	2,6	3693	–0,6	3885
Weiblich					
II	3347	2,1	3594	–0,6	3784
III	2532	2,2	2721	–0,4	2868
IV	1947	2,0	2088	–0,5	2199
V	1585	3,0	1716	–0,9	1800
alle	2272	2,3	2444	–0,3	2580

Handel, Kredit, Versicherungen

Lstgr.	1979	Dif.	1980	Dif.	1981
Männlich					
II	3594	3,4	3906	–1,5	4075
III	2693	2,4	2900	–1,6	3024
IV	2060	1,9	2208	–0,6	2323
V	1882	1,9	2017	–1,4	2106
alle	2813	2,9	3041	–1,1	3186
Weiblich					
II	2895	2,6	3122	0,3	3313
III	2215	2,9	2396	–0,8	2517
IV	1665	2,2	1789	–0,8	1880
V	1545	2,9	1670	0,0	1768
alle	1937	2,5	2087	–0,3	2202

In den Jahresspalten sind die Bruttostundenlöhne bzw. die Bruttomonatseinkommen aufgeführt. In den Zwischenspalten ist die daraus sich ergebende Lohnsteigerung vermindert um die jeweilige Preissteigerungsrate eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes aufgetragen, also die reale Veränderung. Für 1980 ergibt sich durchweg eine Steigerung der realen Bruttoeinkommen. Da aber die Julimonate miteinander verglichen wurden (neuere Daten von 1981 liegen noch nicht vor) wirkt sich die seither verschärfte Inflation um einen Prozentpunkt in den Daten noch nicht aus. Die Daten für Oktober 1979/80/81 werden wegen der dann höheren Preissteigerungsrate deutlichere Lohnverluste zeigen.

Nationalabkommen über Beschäftigung in Spanien

kvz. Tarifparteien und Regierung habe ein Abkommen zur Beschäftigung unterzeichnet, nach dem die Regierung verpflichtet ist, bis Ende 1982 ca. 350000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Gewerkschaftsverbände UGT und CO unterschrieben, daß die Löhne im Jahr 1982 zwischen 9 und 11% liegen sollen. Eine Gleitklausel sieht vor, daß die Löhne bis zu 2% unter dem Lebenshaltungsindex liegen dürfen. Für die Bematen wurden Erhöhungen von 9% festgelegt, die Renten steigen um 10%. Das Arbeitslosengeld wird erhöht, die Landarbeiter werden demnächst in die Unterstützung miteinbezogen. Arbeitslose, die keine Unterstützung mehr erhalten, haben weiterhin Anspruch auf die Gesundheitsleistungen. Die Kapitalisten erhalten Steuerleichterungen und Wirtschaftshilfen, wenn sie Arbeiter mit Familie, Jugendliche mit erstem Arbeitsplatz einstellen. Die Erfüllung des Abkommens soll ein paritätisch besetzter Ausschuß kontrollieren.

Hunderttausende portugiesischer Arbeiter streiken

kvz. Hunderttausende portugiesischer Arbeiter demonstrierten am vergangenen Wochenende gegen die neue verbindliche Lohnleitlinie der Regierung, die den Lohnanstieg begrenzen soll, und gegen deren Versuche, die Arbeitsgesetze zu ändern, die es praktisch unmöglich machten, Arbeiter zu entlassen. Zu den Demonstrationen hatte die CGTP (kommunistisch orientierte Gewerkschaft) aufgerufen. In 40 Städten fanden Demonstrationen statt, alleine in Lissabon waren es 200000, die zum Regierungssitz zogen. Dort forderten die Gewerkschaftsführer den Sturz der Regierung Balsemao und die Durchführung von Neuwahlen. Die Kampagne wurde diese Woche fortgesetzt mit Streiks bei der Lissaboner U-Bahn und bei der nationalen Fernsehanstalt. Die kommunistische Gewerkschaft hat angekündigt, den Druck bis zum Sturz der Regierung aufrechtzuerhalten.

Streikvorbereitungen in England

acm. Nachdem zuerst im Ford-Werk Halewood 12000 Arbeiter das Angebot der Kapitalisten von 7,4% abgelehnt hatten, wurde jetzt auch in den anderen Werken das Angebot abgelehnt und Streik beschlossen. Dieser soll nach den Werksferien beginnen. – In der letzten Wochen wählten die Delegierten der 248000 Mitglieder starken Bergarbeitergewerkschaft (NUM) ihren Präsidenten. Arthur Scargill, bekannter Streikführer der Bergarbeiter, hat sofort nach der Wahl einen verschärften Kurs gegenüber der Thatcher-Regierung verkündet. Die britische Wirtschaft hat allenthalben große Furcht signalisiert, weil Scargill Lohnkämpfe als ,,Klassenkrieg" auffasse und sie ,,wie eine militärische Operation" durchführe. Die noch laufenden Tarifverhandlungen sollen nach dem 9,1%-Angebot der staatlichen Kohlegesellschaft jetzt in ein entscheidendes Stadium treten. Noch vor Weihnachten wird eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter eine Urabstimmung über die 9,1% durchführen, bei einer aufgestellten Forderung von 24%. Die Mobilisierung für einen Streik läuft damit faktisch an.

Abschlüsse bei der GHK Hamburg

edd.Hamburg. Nach zwei Warnstreiks in der Hamburger Holzindustrie bei der Firma Steinway und Sons, Pianofortefabrik, wurden sich die Verhandlungskommissionen einig: 4,9% auf 13 Monate und eine Pauschale von 300 Mark für jeden wurden vereinbart. Damit verrückt der günstige Anfangstermin der Tarife, die immer als erste aller Tarife verhandelt wurden im September/November, hinter die Metallindustrie. Auch im Tischlerhandwerk gab es einen Warnstreik bei der Firma Meyenfeld. Im Handwerk wurde am Freitag, dem 11.12., ein Verhandlungsergebnis erzielt. 7,3% auf 18 Monate, was einem monatlichen Schnitt von 5,2% entspricht. Für die Holzindustrie läuft die Erklärungsfrist für die Tarifkommissionen beider Seiten. Im Tischlerhandwerk beschloß die Verhandlungs- und Tarifkommission, eine Mitgliederbefragung durchzuführen, bevor dem Verhandlungsergebnis endgültig zugestimmt wird. In der Holzindustrie hatte bereits vor dem Verhandlungsergebnis eine Urabstimmung/Mitgliederbefragung für Kampfmaßnahmen stattgefunden, allerdings nicht für die ursprünglichen Forderungen.

Stufenausbildung in der Elektroindustrie abgeschafft

mpd. Die Verordnung über die Berufsausbildung in der Elektroindustrie von 1972 (Stufenausbildung) soll durch eine neue Ausbildungsordnung ersetzt werden. Darauf hat sich die IGM mit den Kapitalistenverbänden geeinigt. Sachverständige beider Seiten werden unter Federführung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung in den nächsten Wochen die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Berufsausbildung in der Elektroindustrie aufnehmen. Inhaltlich soll einbezogen werden: Energieanlagen-, Energiegeräte, Feingeräte-, Informations-, Funk- und Fernmeldeelektroniker, als auch Inhalte der 2jährigen Berufe: Elektromaschinenwickler, Elektroanlageninstallateur, Elektrogerätemechaniker usw. Voraussetzung für die Erreichung der Facharbeiterqualifikation soll Hauptschulabschluß sein. Es soll von 2 Berufsschultagen ausgegangen werden. Die Ausbildungszeit wird auf 3 Jahre festgesetzt. Per Zusatzvereinbarung wurde geregelt, daß Jugendliche in den jetzt 2jährigen Ausbildungsberufen rechtlich auch weiterhin als Facharbeiter behandelt werden.

Schlichtungsstelle will 4,5%-Abschluß

kvz. Die 22000 Beschäftigten in der Lederwaren- und Kofferindustrie sollen nach dem Willen der Schlichtungsstelle rückwirkend ab 1. November 1981 4,5% mehr Lohn erhalten.

IGM-Vorstand: Volumen auf 7,5% begrenzt Strukturforderungen bleiben

Am 15.12. hat der IG Metall-Vorstand über die von den regionalen Tarifkommissionen aufgestellten Forderungen beraten und sie so gebilligt. Lediglich die Forderungen, die im Volumen über die 7,5% hinausgingen, wurden auf ein Gesamtvolumen von 7,5% begrenzt. Im Einzelnen werden folgende Forderungen erhoben:

Nordverbund: 7,2%, mindestens aber 125 DM. Auszubildende sollen 50% der Erhöhung in der untersten Lohngruppe ≙ 62,50 DM erhalten. Erster Verhandlungstermin 18.1.1982 in Travemünde.

Niedersachsen: Ein Volumen von 7,5%, die untersten Lohngruppen sollen angehoben werden, dafür liegt aber keine besondere Forderung vor. Auszubildende sollen 50% des Erhöhungsbetrages der Lohngruppe 1 bekommen.

Nordrhein-Westfalen: 7,5% im Volumen, einschließlich eines Mindestbetrages von 120 DM. Auszubildende sollen 55 DM erhalten. Ein Termin steht noch nicht fest.

Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: Ein Volumen von 7,5%, einschließlich 120 DM Mindestbetrag. Auszubildende im 1. und 2. Jahr erhalten 60 DM, die im 3. und 4. Jahr 50 DM. Ein Verhandlungstermin steht noch nicht fest.

Baden-Württemberg: 3% und 100 DM. 60 DM für die Auszubildenden. Erster Verhandlungstermin 15.1., voraussichtlich in Stuttgart.

Bayern: 7,5% im Volumen, einschließlich der Anhebung der Lohngruppe 1 von 76% auf 83% und der Lohngruppe 2 von 81% auf 83%. Auszubildende sollen ebenfalls 7,5% mehr erhalten. Ein Verhandlungstermin steht noch nicht fest.

Westberlin: 40 DM und 5,2%. Für die Auszubildenden des 1. und 2. Jahres werden 50 DM gefordert, für die des 3. und 4. Jahres 60 DM. Ein Verhandlungstermin steht nicht fest.

General Motors auf neuen Wegen

Verkauf von Fabriken an die Arbeiter bei 30% Lohnsenkung und weitere Ideen in der Vorbereitung des Lohnkampfes

acm. Der Lohnkampf in der amerikanischen Automobilindustrie, sie beginnt Anfang des Jahres 1982, wirft ihren Schatten voraus. Seit Monaten befinden sich schon die Monopole Ford, Chrysler und General Motors im ,,Anti-Inflationsausgleichs-Konzert", wird die UAW, die Gewerkschaft der Automobilarbeiter, von allen Seiten bedrängt, die Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten nicht mehr zum ,,Dogma" zu erheben. Immer mit dem Schlaghammer ,,Konkurrenzfähigkeit gegen die Japaner". Daß dies schon seine Auswirkungen hatte, wurde in der KVZ Nr. 40/81 dargestellt am Beispiel des Eingehens der Gewerkschaften auf die Argumente der Automobilkapitalisten und des Einnehmens von Aufsichtsratspositionen als Teil zur Lösung der ,,Krise".

General Motors hat nun in den letzten Monaten seine eigene Kampagne gegenüber den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern durchgeführt. Dazu gehört ein Film mit dem Hauptdarsteller F.J. McDonald alias GM-,,president" mit dem reißerischen Titel ,,Eine Schlacht ums Überleben". Dieser Film, der während der Arbeitszeit den 440000 organisierten Arbeitern des Konzerns vorgeführt wird, handelt nicht von Pearl Harbour, sondern von den heutigen ,,aggressiven Japanern" gegen die ,,schwachen Amerikaner" auf dem Automobilmarkt. Ein düsteres Stimmungsbild, das die Arbeiter für Lohneinbußen empfänglich machen soll.

Zum anderen, und das ist wohl materiell weitaus wichtiger, ist Generel Motors darangegangen defizitäre Konzernfabriken an die Arbeiter zu verkaufen. Konkreter Fall entwickelte sich im ,,Hyatt"-Werk in Clark im Staate New Jersey. Kugellager für die Personenwagen des Konzerns werden hier seit 1938 hergestellt. Anfang des Jahres teilte die Werksleitung mit, sie plane die Schließung des Betriebes. Die Kugellager würden zukünftig bei Zulieferern gekauft. Führer des Ortsverbandes der Gewerkschaft ,,Local 736" machten daraufhin mit der Werksleitung folgendes Übereinkommen aus: Die Arbeiter in der Fabrik verzichten auf 30% des Lohnes – sofern General Motors ihnen die Fabrik verkauft. Die Konzernleitung signalisierte enthusiastische Zustimmung. Eine Beteiligungsgesellschaft wurde gegründet, jeder Beschäftigte erhielt eine Aktie. Die Beteiligungsgesellschaft, bestehend aus den Arbeitern, kaufte dann die Fabrik für 60 Millionen Dollar. Fürs erste räumte General Motors auch in der gleichen Höhe Kredit ein, so daß die Aktien scheinbar umsonst in die Hände der Arbeiter kamen – eben abgesehen von den 30% Lohnverlust.

Zukünftige Gewinne sollen die Kreditrückzahlung ermöglichen. Die Existenz in den nächsten 3 Jahren scheint für die Fabrik gesichert, da in diesem Zeitraum General Motors Aufträge von 100 Millionen Dollar pro Jahr zugesagt hat. Aber was bleibt danach? Die Kugellager sind für Autos mit Hinterradantrieb. General Motors läßt die Produktion solcher Autos in den nächsten Jahren auslaufen. Die ganze Transaktion kostet General Motors nichts, weil die Zahlungen des Konzerns ihm als Kreditzahlungen zurückfließen. Nach drei Jahren also für die Arbeiter das große Fragezeichen? Daß die Belegschaft jetzt über die Aktien Zugriff auf die Geschäftsleitung des Betriebes hat, scheint ein Erfolg. Ob das der Fabrik nach den 3 Jahren allerdings hilft, ist zweifelhaft, weil für die Produktenpalette kein Markt besteht.

Das Beispiel sollte Schule machen. Auch Ford versuchte mit der Drohung von 50% Lohnkürzungen, mit Verkauf oder Schließung der Fabrik, das Modell für eine Fabrik im Staate Alabama durchzudrücken. Hier hat die Gewerkschaft abgelehnt. Damit droht wiederum die tatsächliche Schließung – und die Arbeitslosigkeit. Und genau mit diesem drohenden Schicksal wird auch im weiteren von Seiten der Automobilkapitalisten die Tarifauseinandersetzung ,,vorbereitet". Ford und Chrysler befinden sich in einer Absatzkrise und drohten im Falle eines Streiks im Lohnkampf schon die Schließung der Werke an. Also geht die UAW davon aus, daß sie den Kampf hauptsächlich an der Front gegen General Motors entscheiden muß. Gerade General Motors macht auch den Vorreiter zur Beseitigung der Lohnautomatik, die ja bislang den Ausgleich der Inflationsrate und die Koppelung der Löhne an das Produktivitätswachstum vollzieht. Nun will General Motors nicht nur die Abkoppelung vom Inflationsausgleich, sondern die Anbindung an die Gewinne des Konzerns durchsetzen.

Alles deutet also auf eine größere Schlacht zwischen der UAW und dem General Motors Konzern hin, so wie Ende der 40er Jahre, wo das System des Inflationsausgleichs bei den Löhnen durchgesetzt wurde und die Automobilarbeiter an die Spitze der Lohnskala rückten. Die Bewegung soll nach dem Willen der Automobilkapitalisten umgekehrt werden. Die Kapitalisten rechnen auch schon: In der Streikkasse der UAW seien über 300 Millionen Dollar. Um aber die 440000 GM-Arbeiter bei einem Streik zu unterstützen, reichen die 300 Millionen Dollar nicht lange: höchstens fünf bis sechs Wochen. General Motors meint am längeren Hebel zu sitzen. Aber vielleicht findet auch die Automobilarbeitergewerkschaft die richtigen Streikformen, um eine solche Auseinandersetzung durchstehen zu können. Es mehren sich aber auch die Stimmen, die einer solchen ,,Entscheidungsschlacht" ausweichen wollen.



Amerikanische Arbeiter in den 40er Jahren im Kampf für die Gewerkschaftsrechte in den Betrieben

Da flüchtete der Duden-Verlag

gesetze zu ändern, die es praktisch unmöglich machten, Arbeiter zu entlassen. Zu den Demonstrationen hatte die CGTP (kommunistisch orientierte Gewerkschaft) aufgerufen. In 40 Städten fanden Demonstrationen statt, alleine in Lissabon waren es 200000, die zum Regierungssitz zogen. Dort forderten die Gewerkschaftsführer den Sturz der Regierung Balsemao und die Durchführung von Neuwahlen. Die Kampagne wurde diese Woche fortgesetzt mit

für die ursprünglichen Forderungen.

Stufenausbildung in der Elektroindustrie abgeschafft

mpd. Die Verordnung über die Berufsausbildung in der Elektroindustrie von 1972 (Stufenausbildung) soll durch eine neue Ausbildungsordnung ersetzt werden. Darauf hat sich die IGM mit

nicht von Pearl Harbour, sondern von den heutigen ,,aggressiven Japanern" gegen die ,,schwachen Amerikaner" auf dem Automobilmarkt. Ein düsteres Stimmungsbild, das die Arbeiter für Lohneinbußen empfänglich machen soll.

Zum anderen, und das ist wohl materiell weitaus wichtiger, ist Generel Motors darangegangen defizitäre Konzernfabriken an die Arbeiter zu verkaufen. Konkreter Fall entwickelte sich im ,,Hyatt"-Werk in Clark im Staate New Jersey. Kugellager für die Personenwagen des Konzerns werden hier seit 1938 hergestellt. Anfang des Jahres teilte die Werksleitung mit, sie plane die Schließung des Betriebes. Die Kugellager würden zukünftig bei Zulieferern gekauft. Führer des Ortsverbandes der Gewerkschaft ,,Local 736" machten daraufhin mit der Werksleitung folgendes Übereinkommen aus: Die Arbeiter in der Fabrik verzichten auf 30% des Lohnes – sofern General Motors ihnen die Fabrik verkauft. Die Konzernleitung signalisierte enthusiastische Zustimmung. Eine Beteiligungsgesellschaft wurde gegründet, jeder Beschäftigte erhielt eine Aktie. Die



Amerikanische Arbeiter in den 40er Jahren im Kampf für die Gewerkschaftsrechte in den Betrieben

das der Fabrik nach den 3 Jahren allerdings hilft, ist zweifelhaft, weil für die Produktenpalette kein Markt besteht.

Das Beispiel sollte Schule machen. Auch Ford versuchte mit der Drohung von 50% Lohnkürzungen, mit Verkauf oder Schließung der Fabrik, das Modell für eine Fabrik im Staate Alabama durchzudrücken. Hier hat die Gewerkschaft abgelehnt. Damit droht wiederum die tatsächliche Schließung – und die Arbeitslosigkeit. Und genau mit diesem drohenden Schicksal wird auch im weiteren von Seiten der Automobilkapitalisten die Tarifauseinan-

rechnen auch schon: In der Streikkasse der UAW seien über 300 Millionen Dollar. Um aber die 440000 GM-Arbeiter bei einem Streik zu unterstützen, reichen die 300 Millionen Dollar nicht lange: höchstens fünf bis sechs Wochen. General Motors meint am längeren Hebel zu sitzen. Aber vielleicht findet auch die Automobilarbeitergewerkschaft die richtigen Streikformen, um eine solche Auseinandersetzung durchstehen zu können. Es mehren sich aber auch die Stimmen, die einer solchen ,,Entscheidungsschlacht" ausweichen wollen.

IGM-Vorstand: Volumen auf 7,5% begrenzt Strukturforderungen bleiben

Am 15.12. hat der IG Metall-Vorstand über die von den regionalen Tarifkommissionen aufgestellten Forderungen beraten und sie so gebilligt. Lediglich die Forderungen, die im Volumen über die 7,5% hinausgingen, wurden auf ein Gesamtvolumen von 7,5% begrenzt. Im Einzelnen werden folgende Forderungen erhoben:
Nordverbund: 7,2%, mindestens aber 125 DM. Auszubildende sollen 50% der Erhöhung in der untersten Lohngruppe ≙ 62,50 DM erhalten. Erster Verhandlungstermin 18.1.1982 in Travemünde.
Niedersachsen: Ein Volumen von 7,5%, die untersten Lohngruppen sollen angehoben werden, dafür liegt aber keine besondere Forderung vor. Auszubildende sollen 50% des Erhöhungsbetrages der Lohngruppe 1 bekommen.
Nordrhein-Westfalen: 7,5% im Volumen, einschließlich eines Mindestbetrages von 120 DM. Auszubildende sollen 55 DM erhalten. Ein Termin steht noch nicht fest.
Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: Ein Volumen von 7,5%, einschließlich 120 DM Mindestbetrag. Auszubildende im 1. und 2. Jahr erhalten 60 DM, die im 3. und 4. Jahr 50 DM. Ein Verhandlungstermin steht noch nicht fest.
Baden-Württemberg: 3% und 100 DM. 60 DM für die Auszubildenden. Er-

Da flüchtete der Duden-Verlag

Seit 5 Wochen Streik der Beschäftigten für Haustarif / Duden-Verlag sucht Unterschlupf im Groß- und Außenhandelsverband

Mannheim. Seit dem 6. November streiken an die 100 Beschäftigte beim Bibliographischen Institut (Duden-Verlag) für die Durchsetzung eines Haustarifvertrages. Vorangegangen waren diesem Streik mehrjährige Auseinandersetzungen über eine neue Tarifstruktur für den Buchhandel und die Verlage. Vor allem in den Verlagen wollte die HBV die weitere Auseinanderentwicklung von Tariflöhnen und -gehältern und den Effektiveinkommen verhindern. Anfang dieses Jahres scheiterten die Verhandlungen mit den Kapitalisten und die Große Tarifkommission in Baden-Württemberg empfahl den HBV-Betriebsgruppen Verhandlungen über den Abschluß von Haustarifverträgen.

Auch am Bibliographischen Institut wurde sofort eine Kommission gebildet – die Geschäftsleitung des Duden-Verlages lehnte Verhandlungen ab. Daraufhin erste Protestaktionen und am 14. April ein zweieinhalbstündiger Warnstreik. Scheinbar mit Erfolg, denn am 28. April wird ein Abschluß erzielt, der einen Verlagszuschlag in Höhe von zehn Prozent sowie weitere Strukturverbesserungen vorsieht. Doch nur wenige Tage später wollen die Kapitalisten nichts mehr von den Vereinbarungen wissen, schlagen eine neue Taktik ein: Austritt aus dem Verband der Verlage und Buchhandlungen in Baden-Württemberg, Eintritt in den Groß- und Außenhandelsverband. Neben dem Bibliographischen Institut befinden sich der Stuttgarter Thieme-Verlag und der Heidelberger Wissenschaftsverlag Springer auf dem Kurs der Tarifflucht – denn im Groß- und Außenhandel liegen die Tarife weit niedriger. Die bisherigen Eingruppierungen können umgangen werden, da sachbezogene ja nicht mehr vorliegen. Der Vorgang ist auch nicht ganz neu, die HBV wies darauf hin, daß in Hessen schon fast gar kein Verband mehr existiere, in Niedersachsen es gar keinen gebe. Beispielhaft für Baden-Württemberg?



Die Beschäftigten des Duden-Verlages lehnten natürlich eine niedrigere Eingruppierung ab und forderten weiterhin einen Haustarif. Ende Oktober wurde die Urabstimmung eingeleitet, an die 80% stimmten dafür. Ein Novum: von den 50 streikenden Lexikon-*Redakteuren* sind 45 in der HBV organisiert, das ist weitaus mehr als sonst in den Verlagen üblich. Nachdem der Streik begonnen hatte, versuchte der Duden-Verlag vor dem Mannheimer Arbeitsgericht ein Verbot des Streiks zu erreichen. Das Gericht machte nicht mit, bestätigte die Rechtmäßigkeit des Streiks und die Nichtexistenz der Friedenspflicht durch den Übertritt des Verlages in den Groß- und Außenhandelsverband.

Die Unterstützung in Mannheim und Umgebung ist groß. Bislang gingen mehr als 12000 DM an Spenden ein, aus allen gewerkschaftlichen Bereichen. Drucker und Setzer des ,,Mannheimer Morgen" spendeten spontan 1300 DM für den Streikfond. Der IG Druck-Hauptvorstand rief zu Sympathie-Warnstreiks in solchen Betrieben auf, wo der Duden-Verlag drucken läßt. So geschah es im Speyerer Klambt-Verlag und im Duden-Verlag selber. Die HBV hat mittlerweile eine Flugblattkampagne vor den Buchhandlungen in der BRD aufgenommen, wo sie den Streik bekanntmacht und auffordert, für die Dauer des Streiks den Kauf von Duden-Büchern zurückzustellen.

Wirtschaftliche und politische Entwicklung – Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung

Am Wochenende vom 12./13.12. führte der KBW ein Arbeitsseminar durch, um die wirtschaftlich-politische Entwicklung und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung zu besprechen. Das Seminar hatte rund 70 Teilnehmer, darunter mehr als die Hälfte Betriebsräte oder gewerkschaftliche Vertrauensleute. Auf dem Arbeitsseminar wurden Referate zur Krisenentwicklung des westdeutschen Kapitalismus, zum DGB-Beschäftigungsprogramm und zur Tarifbewegung 1982 vorgetragen. (s. Materialheft Gewerkschaftspolitik 11 – 12/81) Im folgenden versuche ich, einige Ergebnisse der Diskussion aus meiner Sicht in Thesenform zusammenzufassen.

Von Hans-Gerhart Schmierer

1. Schon eine oberflächliche Untersuchung der Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland zeigt, daß mit den 70ger Jahren eine wesentliche Veränderung in den Akkumulationsbedingungen des Kapitals eingetreten ist, die in der Krise von 1974/75 und dem folgenden Zyklus sichtbar wurde.

Die im Kapitalismus gesetzmäßige Produktion einer industriellen Reservearmee wird seither nicht mehr durch eine beschleunigte Akkumulation des Kapitals kompensiert. In wachsendem Umfang entsteht Arbeitslosigkeit. Aber nicht nur die Zahl der Arbeitslosen wächst, sondern auch die Dauer der Arbeitslosigkeit. Auf Grund der sinkenden Wachstumsraten in der Mehrwertproduktion geht die Nachfrage nach Arbeitskräften auch in anderen Bereichen des Arbeitsmarktes zurück. Dieser Entwicklung liegt die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zugrunde, die aber in kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht wachsende freie Zeit für die arbeitende Bevölkerung, sondern Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und Überarbeit auf der anderen Seite produziert. Diese Entwicklung wird durch den tendenziellen Fall der Profitrate vermittelt. Die wachsende Produktivkraft der Arbeit drückt sich im Kapitalismus in einem relativen Rückgang des variablen Kapitals (der lebendigen Arbeit) gegenüber dem konstanten Kapital (der in Produkten geronnenen vergangenen Arbeit) aus. Wenn diese Tendenz nicht durch eine Steigerung der Ausbeutung ausgeglichen werden kann, sinkt die Profitrate. Neu anlegbares Kapital muß bereits in der Produktionssphäre fungierendes Kapital verdrängen, bevor es profitable Anlage findet. Kapital wird vernichtet. Kapital, das in natura ersetzt werden muß, wird wenn überhaupt in produktiverer Form ersetzt. Von beiden Seiten her werden Arbeitskräfte freigesetzt und sinkt die Nachfrage nach Arbeitskraft durch das Kapital.

Mit Beginn der Siebziger Jahre hat einerseits die Produktivkraft der Arbeit und die organische Zusammensetzung des Kapitals eine qualitativ neue Höhe erreicht, während andererseits die Stärke der organisierten Arbeiterbewegung der Verschärfung der Ausbeutung noch Schranken zieht. Trotz Ökonomisierung des konstanten Kapitals und neuerdings drastischer Verschärfung der Ausbeutungsrate fällt die Profitrate ungebrochen, so daß die Akkumulation des Kapitals ins Stocken gerät. Das Kapitalverhältnis macht sich als Schranke der Ausdehnung der Reichtumsproduktion und der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse bemerkbar. Dies drückt sich in dem schroffen Widerspruch aus, daß in wachsendem Umfang gesellschaftliche Arbeit brachgelegt wird und gleichzeitig gesellschaftliche Bedürfnisse, die durch den Kapitalismus hervorgebracht werden, immer weniger befriedigt werden können.

2. An diesem schroffen Widerspruch entzündet sich sowohl die „Ökologiebewegung" als auch der Kampf der Arbeiterbewegung, zunächst jedoch in einseitiger und teils direkt gegensätzlicher Form. Während die ökologiebewegung die Verletzung der gesellschaftlichen Bedürfnisse oft unmittelbar aus der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit ableitet, die in kapitalistischer Form zur schrankenlosen Ausbeutung und Zerstörung der Quellen des Reichtums von Mensch und Natur tendiert, entsteht in der Arbeiterbewegung mit der Losung nach dem Recht auf Arbeit die Auffassung, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften gesteigert werden müsse, egal mit welchem Ziel und in welcher Form, weil die Arbeiter, wenn sie ihre Arbeitskraft nicht verkaufen können, auch von der nur partiellen Befriedigung ihrer Bedürfnisse gänzlich abgeschnitten sind. Auf Grund der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus versucht die Kapitalistenklasse diese Widersprüche zu verschärfen, um sich die Möglichkeiten der schrankenlosen Ausbeutung von Mensch und Natur wiederzueröffnen.

Gegenüber dieser Tendenz bedeutet das DGB-Beschäftigungsprogramm einen Fortschritt, insofern es einige der großen gesellschaftlichen Aufgaben benennt, die aus den entwickelten Bedürfnissen der lohnabhängigen Massen entspringen und zu deren Lösung die Mobilisierung der gesamten Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit und der vorhandenen Arbeitskräfte notwendig ist. Das Programm bleibt jedoch kraftlos und bürokratisch, weil es sich nicht ausdrücklich auf die kämpfende Bewegung bezieht und ihren Zusammenschluß anstrebt, sondern als Vorschlag an die Regierung vorgetragen wird.

3. Die Lösung der im DGB-Beschäftigungsprogramm aufgeführten großen gesellschaftlichen Aufgaben (Verkehr, Umweltschutz und Umwelterneuerung, Erfüllung des Wohnungsbedarfs etc.) gerät notwendig in diametralen Widerspruch zu den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverhältnisses und setzt eine Umwälzung der Macht- und Produktionsverhältnisse voraus. Sie verlangt eine neue Verteilung und Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, deren oberstes Prinzip die Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Massen ist. Damit ist aber die Frage aufgeworfen, wie die Gewerkschaftsbewegung sich aus einer Bewegung, deren vorrangiges Ziel es bisher gewesen ist, die freie Wirkung der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverhältnisses einzuschränken, in eine Bewegung umwandeln kann, die für die Übernahme der Leitung der Produktion durch die arbeitenden Massen entsprechend ihren Bedürfnissen kämpft. Diese neue Aufgabe, die aus der Entwicklung des Kapitalismus selber objektiv entspringt, äußert sich in der Gewerkschaftsbewegung vorläufig vor allem als politische Krise dieser Bewegung.

4. Spätestens mit den staatlichen Haushaltsoperationen ist die bisherige Konzeption der Gewerkschaften offen in die Krise geraten. Das ganze Feld der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen ist dem unmittelbaren Einfluß der Gewerkschaft entzogen und staatlichen Gewaltverhältnissen unterworfen. Daß es sich dabei um einen Enteignungsprozeß gegenüber den arbeitenden Massen handelt, die nicht nur von den Produktionsmitteln getrennt sind, sondern über die Tatsache hinaus, daß sie an die notwendigen Lebensmittel nur durch den Verkauf der Arbeitskraft herankommen, sind sie überall dort, wo diese Reproduktionsbedingungen verstaatlicht sind, in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse staatlichen Entscheidungen unterworfen und von diesen abhängig. Die staatlichen Entscheidungen werden letztlich durch die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals bestimmt. An dieser harten Wahrheit zerbricht die bisherige Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und SPD, wonach die SPD in Parlament und Regierung die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten hätte, während die Gewerkschaften den Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Verbände führen.

Mit der Entwicklung der Krise des Kapitalismus geraten von der Arbeiterbewegung durchgesetzte Teilreformen, die dem freien Wirken des Kapitalverhältnisses Schranken ziehen, zunehmend unter Beschuß und werden rückgängig gemacht. Die Arbeitslosenversicherung und das Versicherungswesen insgesamt ist bereits weitgehend unterhöhlt und beschnitten. Für Parlament und Regierung steht die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zur Disposition.

Die entschlossene Verteidigung von Teilreformen wirft auf Grundlage der krisenhaften Entwicklung des Kapitalverhältnisses zunehmend die Aufgabe auf, von der Verteidigung dieser Teilreformen, zum Kampf für die Änderung der Produktionsweise überzugehen. Da damit die Frage der Leitung der gesellschaftlichen Produktion aufgeworfen ist, ist auch die Frage der politischen Macht aufgeworfen. Darauf ist die Gewerkschaftsbewegung und ihre Organisation kaum vorbereitet. Die Gewerkschaftsbewegung steht vor der Alternative, sich nach dem Prinzip, jeder verteidige sich so gut er kann, in den Einzelgewerkschaften auf die Verteidigung des Reallohns zu beschränken und sich damit allen Gefahren der Spaltung auszusetzen oder sich zu einer umfassenden politischen Kraft auszubilden, die zum politischen Zentrum der Gesamtbewegung wird.

5. Die Durchsetzung von Teilerfolgen, wie etwa der Einstieg in die 35-Stunden-Woche, wird, selbst wenn sie zunächst über Tarifverträge aufgeworfen werden soll, nicht möglich sein, wenn sich dieser Kampf nicht mit der Perspektive der Neuordnung der gesellschaftlichen Arbeit und ihrer Neuverteilung verbindet, um die dringendsten gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Der Kampf für die Lösung der im DGB-Beschäftigungsprogramm umrissenen großen gesellschaftlichen Aufgaben und der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit sind nicht voneinander zu trennen. Zunehmend wird der Kampf für Teilerfolge und Teilreformen auf die Notwendigkeit der Umwälzung des Kapitalverhältnisses stoßen, das, durch den tendenziellen Fall der Proditrate getrieben, keine weitere Beschränkung seines freien Wirkens zuläßt, sondern umgekehrt sich von den vorhandenen Schranken zu befreien versucht, wodurch die Krise des Kapitalismus freilich nicht überwunden werden könnte.

6. Da die Krise durch den tendenziellen Fall der Profitrate vermittelt wird, ist ihr auch nicht durch irgendwelche staatlichen Ausgabenprogramme beizukommen, die bei Fall der Profitrate sowieso nicht machbar sind, sondern nur durch den direkten Zugriff der Produzenten auf die Produktionsmittel. In welchem Umfang das sofort notwendig sein wird, um die gesellschaftliche Gesamtproduktion zu kontrollieren und zu leiten, ist eine andere Frage. Um sich auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorzubereiten, ist in der Arbeiterbewegung jetzt eine Debatte darüber notwendig, was auf uns zukommt und womit wir rechnen müssen.

Im Rahmen des Kapitalverhältnisses wird sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise weiter verschärfen. Dabei ist sicher, daß die gegenwärtige Krise noch keineswegs der fällige Einbruch im 9jährigen Zyklus ist und daß dieser aller Voraussicht nach erst noch für die Jahre '83 und '84 bevorsteht. Bis dahin müßte die Gewerkschaftsbewegung eine umfassende politische Konzeption der Neuordnung der Gesellschaft einschließlich der politischen Vorbedingungen in ihren Grundzügen erarbeitet haben. Im Rahmen dieser Konzeption müßte auch die Strategie im Kampf gegen den Krieg und für eine neue Weltwirtschaftsordnung skizziert sein. Die Erarbeitung einer solchen politischen Konzeption ist umso dringlicher, als bis dahin die SPD als Partei der bürgerlichen Regierung ihre Schuldigkeit bereits getan haben wird. Eine Umgruppierung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterbewegung und der kämpfenden Bewegung insgesamt wird hauptsächlich von den Gewerkschaften ausgehen müssen.

7. In der jetzigen Tarifbewegung stehen notwendig all die genannten Fragen zur Debatte. Vor Einleitung des Tarifkampfes selber haben bereits politische Operationen stattgefunden, die durch den Lohnkampf nicht rückgängig gemacht werden können. Auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung kann es in den jetzigen Tarifkämpfen bestenfalls gelingen, weitere Reallohnverluste wenigstens für die Lohngruppen bis zu den Ecklöhnen zu verhindern. Dies ist eine strategische Aufgabe, um einen Spaltungsprozeß, den die kapitalistische Krise spontan produziert, zu blockieren. Auf die unteren Lohngruppen wirkt der Druck der industriellen Reservearmee am schärfsten, weil die einfache Arbeit am leichtesten austauschbar ist. Bei einem Volumen über 5% müßten für die Lohngruppen bis zum Ecklohn Abschlüsse in Höhe der jetzigen Inflationsrate erkämpft werden. Im öffentlichen Dienst wird für diesen Zweck gerade angesichts der Hetze eine Festgeldforderung am besten sein. Ein befristeter politischer Demonstrationsstreik gegen die Baumkürzungen und für Streikrecht von Beamten, der gleichzeitig den Tarifkampf vorbereitet, ist im Öffentlichen Dienst anzustreben. Er sollte von den Industriegewerkschaften unterstützt werden.

8. Die Schwierigkeiten der Umwandlung einer Organisation, die aus elementaren Interessen entspringt, in eine umfassende politische Kraft, verlangen einen langandauernden Prozeß der Vereinheitlichung, wobei zu jedem Zeitpunkt, die Verteidigung der elementaren Interessen mit der Ausbildung einer Konzeption der Neuordnung der Gesellschaft, um die großen gesellschaftlichen Aufgaben zu lösen, verbunden werden muß.

muß bereits in der Produktionssphäre fungierendes Kapital verdrängen, bevor es profitable Anlage findet. Kapital wird vernichtet. Kapital, das in natura ersetzt werden muß, wird wenn überhaupt in produktiverer Form ersetzt. Von beiden Seiten her werden Arbeitskräfte freigesetzt und sinkt die Nachfrage nach Arbeitskraft durch das Kapital.

Mit Beginn der Siebziger Jahre hat einerseits die Produktivkraft der Arbeit und die organische Zusammensetzung des Kapitals eine qualitativ neue Höhe erreicht, während andererseits die Stärke der organisierten Arbeiterbewegung der Verschärfung der Ausbeutung noch Schranken zieht. Trotz Ökonomisierung des konstanten Kapitals und neuerdings drastischer Verschärfung der Ausbeutungsrate fällt die Profitrate ungebrochen, so daß die Akkumulation des Kapitals ins Stocken gerät. Das Kapitalverhältnis macht sich als Schranke der Ausdehnung der Reichtumsproduktion und der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse bemerkbar. Dies drückt sich in dem schroffen Widerspruch aus, daß in wachsendem Umfang gesellschaftliche Arbeit brachgelegt wird und gleichzeitig gesellschaftliche Bedürfnisse, die durch den Kapitalismus hervorgebracht werden, immer weni-

nur partiellen Befriedigung ihrer Bedürfnisse gänzlich abgeschnitten sind. Auf Grund der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus versucht die Kapitalistenklasse diese Widersprüche zu verschärfen, um sich die Möglichkeiten der schrankenlosen Ausbeutung von Mensch und Natur wiederzueröffnen.

Gegenüber dieser Tendenz bedeutet das DGB-Beschäftigungsprogramm einen Fortschritt, insofern es einige der großen gesellschaftlichen Aufgaben benennt, die aus den entwickelten Bedürfnissen der lohnabhängigen Massen entspringen und zu deren Lösung die Mobilisierung der gesamten Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit und der vorhandenen Arbeitskräfte notwendig ist. Das Programm bleibt jedoch kraftlos und bürokratisch, weil es sich nicht ausdrücklich auf die kämpfende Bewegung bezieht und ihren Zusammenschluß anstrebt, sondern als Vorschlag an die Regierung vorgetragen wird.

3. Die Lösung der im DGB-Beschäftigungsprogramm aufgeführten großen gesellschaftlichen Aufgaben (Verkehr, Umweltschutz und Umwelterneuerung, Erfüllung des Wohnungsbedarfs etc.) gerät notwendig in diametralen Widerspruch zu den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverhältnisses und setzt

4. Spätestens mit den staatlichen Haushaltsoperationen ist die bisherige Konzeption der Gewerkschaften offen in die Krise geraten. Das ganze Feld der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen ist dem unmittelbaren Einfluß der Gewerkschaft entzogen und staatlichen Gewaltverhältnissen unterworfen. Daß es sich dabei um einen Enteignungsprozeß gegenüber den arbeitenden Massen handelt, die nicht nur von den Produktionsmitteln getrennt sind, sondern über die Tatsache hinaus, daß sie an die notwendigen Lebensmittel nur durch den Verkauf der Arbeitskraft herankommen, sind sie überall dort, wo diese Reproduktionsbedingungen verstaatlicht sind, in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse staatlichen Entscheidungen unterworfen und von diesen abhängig. Die staatlichen Entscheidungen werden letztlich durch die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals bestimmt. An dieser harten Wahrheit zerbricht die bisherige Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und SPD, wonach die SPD in Parlament und Regierung die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten hätte, während die Gewerkschaften den Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Verbände führen.

Mit der Entwicklung der Krise des Kapitalismus geraten von der Arbeiter-

gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Der Kampf für die Lösung der im DGB-Beschäftigungsprogramm umrissenen großen gesellschaftlichen Aufgaben und der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit sind nicht voneinander zu trennen. Zunehmend wird der Kampf für Teilerfolge und Teilreformen auf die Notwendigkeit der Umwälzung des Kapitalverhältnisses stoßen, das, durch den tendenziellen Fall der Proditrate getrieben, keine weitere Beschränkung seines freien Wirkens zuläßt, sondern umgekehrt sich von den vorhandenen Schranken zu befreien versucht, wodurch die Krise des Kapitalismus freilich nicht überwunden werden könnte.

6. Da die Krise durch den tendenziellen Fall der Profitrate vermittelt wird, ist ihr auch nicht durch irgendwelche staatlichen Ausgabenprogramme beizukommen, die bei Fall der Profitrate sowieso nicht machbar sind, sondern nur durch den direkten Zugriff der Produzenten auf die Produktionsmittel. In welchem Umfang das sofort notwendig sein wird, um die gesellschaftliche Gesamtproduktion zu kontrollieren und zu leiten, ist eine andere Frage. Um sich auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorzubereiten, ist in der Arbeiterbewegung

Lohngruppen bis zu den Ecklöhnen zu verhindern. Dies ist eine strategische Aufgabe, um einen Spaltungsprozeß, den die kapitalistische Krise spontan produziert, zu blockieren. Auf die unteren Lohngruppen wirkt der Druck der industriellen Reservearmee am schärfsten, weil die einfache Arbeit am leichtesten austauschbar ist. Bei einem Volumen über 5% müßten für die Lohngruppen bis zum Ecklohn Abschlüsse in Höhe der jetzigen Inflationsrate erkämpft werden. Im öffentlichen Dienst wird für diesen Zweck gerade angesichts der Hetze eine Festgeldforderung am besten sein. Ein befristeter politischer Demonstrationsstreik gegen die Baumkürzungen und für Streikrecht von Beamten, der gleichzeitig den Tarifkampf vorbereitet, ist im Öffentlichen Dienst anzustreben. Er sollte von den Industriegewerkschaften unterstützt werden.

8. Die Schwierigkeiten der Umwandlung einer Organisation, die aus elementaren Interessen entspringt, in eine umfassende politische Kraft, verlangen einen langandauernden Prozeß der Vereinheitlichung, wobei zu jedem Zeitpunkt, die Verteidigung der elementaren Interessen mit der Ausbildung einer Konzeption der Neuordnung der Gesellschaft, um die großen gesellschaftlichen Aufgaben zu lösen,

Politischer Streik gegen Zwangskürzung nützlich

Am 19.1. Verhandlungen / Bei Scheitern Urabstimmung

geh. Die öffentlichen Arbeitgeber werden am 19.1.82 auf Verlangen der ÖTV ein neues Spitzengespräch über die Kürzungen im öffentlichen Dienst durchführen. H. Kluncker hat zum Ziel dieser Gespräche erklärt: „Niemand soll sich der Illusion hingeben, die Gewerkschaft ÖTV würde Einkommenskürzungen tarifvertraglich vereinbaren. Bei dem vorgesehenen Gespräch oder den Verhandlungen kann es nur darum gehen, die vorgesehenen Einkommenskürzungen zu verhindern." Ob dies gelingt ist angesichts der entschlossenen Haltung Baums und der anderen Verhandlungsführer im öffentlichen Dienst fraglich. Denn auch die Front der Gewerkschaften war bisher keinesfalls einheitlich.

Während die ÖTV relativ frühzeitig den Schwerpunkt des Widerstands auf die Abwehr der 1%-Kürzung gelegt hatte, wurde der Schwerpunkt bei der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) auf die Abwehr der geplanten Entlassungen und der Streckenkürzungspläne gelegt. Noch im Oktober kündigte der GdED-Vorstand „notfalls Aktionen gegen Einschränkungen im Schienenpersonennahverkehr" an. Der Vorstand wurde beauftragt, ein „ordnungspolitisches Sofortprogramm für die Bahn" zu entwickeln. GdED-Vorsitzender Haar sah den Hauptpunkt der Streichungen in den Kürzungen des Ruhensgeldes. Erst am 7. Dezember, zwei Wochen nach der Entscheidung der ÖTV, hat der Vorstand der GdED beschlossen, falls die Verhandlungen scheitern, eine Urabstimmung durchzuführen und „unverzüglich alle vorbereitenden Arbeiten in bezug auf eine Urabstimmung und Arbeitskampfmaßnahmen einzuleiten".

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) hatte sich im Herbst auf die Auseinandersetzung um die neuen Stellen konzentriert. Auf Grundlage der zwischen dem Hauptpersonalrat und der Deutschen Bundespost vereinbarten Richtlinien bestand in diesem Jahr ein Bedarf von 15000 neuen Stellen. Dieser Bedarf hatte sich über mehrere Jahre aufgebaut. Per Anweisung des Bundespostministers Gscheidle Ende September an die Präsidenten der Oberpostdirektionen sollten die Pläne so geändert werden, daß lediglich 2000 neue Stellen benötigt würden. Dies



hätte bedeutet, daß weiter keine Vertretungskräfte hätten eingestellt werden können für den Freizeitausgleich bei Überstunden, bei Fortbildungsveranstaltungen. Weiter wäre der Personalbestand im Postdienst zum 1.4. um 1% gekürzt worden. Gegen diesen Bruch der Beteiligungsrechte der Personalräte hat die DPG sich mit einer „Aktion: ‚Gegen Arbeitsplatzvernichtung bei der Post' " zur Wehr gesetzt. Gezielt wurde die SPD unter Druck gesetzt (s. Bild) und der Rücktritt des Postministers Gscheidle verlangt. Es gelang, eine Sondersitzung der SPD-Bundestagsfraktion zu erzwingen und darüber ein gewisses Zugeständnis des Postverwaltungsrates zu erreichen. Jetzt sollen 6000 neue Stellen geschaffen werden. Ebenfalls soll die generelle 1%-Kürzung der Stellen im öffentlichen Dienst nicht bei der Bundespost angewandt werden. Dies war ein Erfolg gegen den Versuch, eine Verschlechterung der Lage der Beschäftigten per politischer Zwangsmaßnahme und unter Verletzung von Vereinbarungen durchzusetzen.

Ein weiterer Unterschied zum anderen öffentlichen Dienst besteht darin, daß die Zulagen für Arbeiter gegen Kürzungen nach Baumscher Art dadurch gesichert sind, daß hier eine „Nachwirkung", d.h. eine Weiterzahlung in alter Höhe auch bei Kündigung des Vertrages sichergestellt ist.

Die drei großen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst haben also bisher in unterschiedlicher Art auf die Auswirkungen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes reagiert. Maßnahmen gegen Entlassungen oder Stellenstreichungen hatten Vorrang vor Maßnahmen, die Einkommenskürzungen abwehren sollten. Auch dabei sind unterschiedliche Erfolge erreicht worden.

An manchen Orten zeigt sich ein sonderbares Phänomen: die oberen und mittleren Gewerkschaftsfunktionäre geben sich kampfbereit, die unteren und die einfachen Mitglieder dagegen sind nicht sicher, ob jetzt das Mittel des Streiks richtig ist.

Dazu muß man sich klarmachen: Wenn die Kürzungen im Januar und Februar nicht abgewiesen werden können, womit bei der Rechtslage für die Beamten, Angestellten und Arbeiter (außer bei der Post) zu rechnen ist, so wird über das Ausmaß der Verschlechterung der Lage der Beschäftigten in den Tarifverhandlungen ab März entschieden. Streiks wären ein viel stärkerer politischer Kampf gegen politische Mittel: gegen die Zwangsmaßnahmen des Staates, die auf Grund des Beamtenrechts durchgesetzt werden können. Ein solcher demonstrativer Proteststreik wäre sehr nützlich und nötig. Nützlich für die Abschaffung des Beamtenrechts; nötig gegen weitere Versuche, getroffene Vereinbarungen auf dem Gesetzes- und Erlaßwege zu unterlaufen wie im Fall des Schichtdiensturlaubs für Beamte.



Bild 1 und 2 belegen die krampfhaften Bemühungen des MSB für eine ,,einheitliche Front''. Meist sahen die Aktionen aus wie auf Bild 3.

Aktionen der Studenten:

Zum bundeseinheitlichen Streik kam es nicht

An einigen Universitäten und Fachhochschulen gab es Aktionen gegen die ,,hochschulpolitische Wende''. Ein einheitliches Konzept gegen die Maßnahmen und Sparbeschlüsse gibt es noch nicht.

jöf. Für den 7. bis 12. Dezember hatte der Zentralrat der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) zu ,,massivsten Protesten und Streiks: bundesweit'' aufgerufen, und zwar unter den Hauptlosungen: ,,Gegen Sozial- und Bildungsabbau, für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Frieden und Abrüstung.'' Der Aufruf war nach der beschlußlos auseinandergegangenen Bundesastenkonferenz der VDS als Kompromiß der Fraktionen von MSB, SHB und praktisch Teilen des LHV und der Jusos gefaßt worden, nachdem MSB/SHB mit ihrer Konzeption des ,,bundeseinheitlichen Streiks'' keine wirklich ernsthafte Mehrheit der ASten finden konnten. Der MSB hat nichtsdestotrotz bis zuletzt an dieser Konzeption festgehalten und an den Hochschulen, wo er vertreten ist, versucht, ,,für bundesweiten Streik'' Beschlußfassungen hinzubekommen. Um es gleich vorwegzunehmen: Einen ,,bundesweiten Streik'' hat es nicht gegeben und war auch nicht ernsthaft zu erwarten. Ein wenn auch unvollständiger Überlick über ca. 25 Hochschulen, darunter so große wie die MLU München, Uni Heidelberg, Uni Tübingen, Uni Marburg, Uni Münster, Uni Bonn, Uni Köln, Uni Bremen, Uni Hamburg und Uni Kiel zeigt dies bereits.

der Zentralrat der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) zu ,,massivsten Protesten und Streiks: bundesweit'' aufgerufen, und zwar unter den Hauptlosungen: ,,Gegen Sozial- und Bildungsabbau, für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Frieden und Abrüstung.'' Der Aufruf war nach der beschlußlos auseinandergegangenen Bundesastenkonferenz der VDS als Kompromiß der Fraktionen von MSB, SHB und praktisch Teilen des LHV und der Jusos gefaßt worden, nachdem MSB/SHB mit ihrer Konzeption des ,,bundeseinheitlichen Streiks'' keine wirklich ernsthafte Mehrheit der ASten finden konnten. Der MSB hat nichtsdestotrotz bis zuletzt an dieser Konzeption festgehalten und an den Hochschulen, wo er vertreten ist, versucht, ,,für bundesweiten Streik'' Beschlußfassungen hinzubekommen. Um es gleich vorwegzunehmen: Einen ,,bundesweiten Streik'' hat es nicht gegeben und war auch nicht ernsthaft zu erwarten. Ein wenn auch unvollständiger Überlick über ca. 25 Hochschulen, darunter so große wie die MLU München, Uni Heidelberg, Uni Tübingen, Uni Marburg, Uni Münster, Uni Bonn, Uni Köln, Uni Bremen, Uni Hamburg und Uni Kiel zeigt dies bereits.

Gründe gibt es schon

Der Grund für wenn auch recht unterschiedliche, so doch wieder insgesamt zunehmende politische Auseinandersetzung und Bewegung an den Hochschulen sind für die Masse der Studenten spürbare Auswirkungen der von der Regierungskoalition in Gang gebrachten und von der CDU/CSU forcierten reaktionären ,,gesellschaftspolitischen Wende''. Diese ,,Wende'' erschöpft sich nicht bloß in Mittelkürzungen im Bildungs- bzw. Hochschulbereich auf Grund der Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte. Mit der Politik der Mittelkürzungen soll eine inhaltliche und organisatorische Umstrukturierung des Hochschulbetriebs verbunden werden, die dem verwertungsorientierten Interesse des Kapitals mehr entgegenkommt.

Auf einer Podiumsdiskussion des Kieler PH-AStA erklärte ein Vertreter des Kultusministeriums unverblümt, daß der ,,Leistungsgedanke'' wieder mehr hervorgehoben werden müsse und ,,die Ausschöpfung der geistigen Ressourcen'' stärker vonnöten sei, um ,,konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu bleiben''. Der Weg dahin beginnt sich abzuzeichnen. Die Hochschulen sollen für die breite Masse nicht mehr zugänglich sein, dies soll wieder stärker vom Geldbeutel abhängen. Das zeigt die BAföG-Politik als auch die Debatte um die Einführung von Studiengebühren und die Einführung von Numerus Clausi (NCs) für bestimmte Fächer an verschiedenen Hochschulen; aber auch die Tendenz, bei den Studien- und Prüfungsverschärfungen hin zu Ausschlußregelungen von Prüfungen bei Überschreiten bestimmter Prüfungsfristen. Der Elitestudiengang ist bereits in der Diskussion. Aber das zeigt auch die Sparpolitik, die sich nicht einfach ,,gegen alles'', sondern offenbar gezielt beispielsweise gegen die lehrerausbildenden Bereiche, gegen den Hochschulausbau im allgemeinen und gegen die vorhandene Anzahl von Assistenten, Hiwi- und Tutorenstellen richtet. So werden allein in Hessen 340 Lehrer- und 600 Referendarstellen gestrichen.

Auslöser: Verschlechterte Studienbedingungen

So war an vielen Hochschulen in den Aktionen der Hauptschwerpunkt auch nicht nur die Sparpolitik, sondern vielfach die konkreten Studienbedingungen, Prüfungs- und Studienverschärfungen als Ausfluß neuer Prüfungsordnungen und Studienreformmaßnahmen. Die Schwäche ist aber, daß es zumeist bei den konkreten Erscheinungen des Fachbereichs blieb. Eine genaue Analyse der Hintergründe und Zusammenhänge der einzelnen Regierungsmaßnahmen und Pläne muß erst geleistet werden und ist eine Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Bewegung. Oftmals waren die Aktionen und Studentenversammlungen

bei Überschreiten bestimmter Prüfungsfristen. Der Elitestudiengang ist bereits in der Diskussion. Aber das zeigt auch die Sparpolitik, die sich nicht einfach ,,gegen alles'', sondern offenbar gezielt beispielsweise gegen die lehrerausbildenden Bereiche, gegen den Hochschulausbau im allgemeinen und gegen die vorhandene Anzahl von Assistenten, Hiwi- und Tutorenstellen richtet. So werden allein in Hessen 340 Lehrer- und 600 Referendarstellen gestrichen.

Auslöser: Verschlechterte Studienbedingungen

So war an vielen Hochschulen in den Aktionen der Hauptschwerpunkt auch nicht nur die Sparpolitik, sondern vielfach die konkreten Studienbedingungen, Prüfungs- und Studienverschärfungen als Ausfluß neuer Prüfungsordnungen und Studienreformmaßnahmen. Die Schwäche ist aber, daß es zumeist bei den konkreten Erscheinungen des Fachbereichs blieb. Eine genaue Analyse der Hintergründe und Zusammenhänge der einzelnen Regierungsmaßnahmen und Pläne muß erst geleistet werden und ist eine Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Bewegung. Oftmals waren die Aktionen und Studentenversammlungen
durch eine gewisse Inhaltsarmut geprägt, die zu einem guten Teil die Revisionisten zu verantworten haben, die mit ihrer Linie ,,gegen Rotstift und Rüstungsgeier'' (Uni Hamburg) das Bedürfnis und die Notwendigkeit nach Analyse und politischer Klärung der Kampfbedingungen alles andere als förderten.

Dazu nicht unerheblich beigetragen hat auch der fruchtlose Streit über die Aktionsform, die der MSB mit seinen penetranten und teils putschistischen Versuchen, seine Streikkonzeption auf Biegen und Brechen durchzudrücken, den Vollversammlungen und Vertretungsorganen aufzwang. Jeder ernsthaften Analyse über den Entwicklungsgang und Stand der Bewegung an den Hochschulen und den sich stellenden Aufgaben ging er aus dem Weg.

Unterschiedliche Beteiligung

An den meisten großen Universitäten fanden in der Regel an einigen Fachbereichen oder Fakultäten Veranstaltungsboykotts statt. Sie waren oftmals für einen oder 3 Tage beschlossen, wobei seltener alle Lehrveranstaltungen des Bereichs bestreikt wurden. Das gilt z.B. für die Uni Köln, Uni Tübingen, Uni Nürnberg-Erlangen, Uni Mainz, Uni Münster, Uni Gießen, TU und MLU München und TH Aachen. Die Uni Hamburg wurde einige Tage zum großen Teil bestreikt. An einer Reihe Universitäten wie Frankfurt, Heidelberg, Düsseldorf, Kiel wurde überhaupt nicht gestreikt. Nicht nur da waren von Gesamtvollversammlungen Streik- oder Urabstimmungsbeschlüsse negativ entschieden, erst gar nicht gefaßt worden oder durchgeführte Urabstimmungen verlorengegangen. Nicht selten fanden Urabstimmungen von vorneherein auf der Ebene des Fachbereichs statt und somit nicht an der gesamten Hochschule. Bereits die bundesweiten MSB ,,streikpresse''-Ausgaben ließen erkennen, daß der ,,bundesweite Streik'' ein schädlicher Etikettenschwindel war; Streikabstimmungsergebnisse wurden vor allem von kleinen Hochschulen, darunter einer Reihe Fachhochschulen vermeldet, bei Vertuschung der tatsächlichen Größenverhältnisse.

Ein weiteres Problem ist, daß die Boykotts, die zum Beispiel an einer Reihe Fachhochschulen stattfanden, oft nur daraus bestanden, daß ein großer Teil der Studenten für ein oder zwei Tage oder auch mal eine Woche zu Hause blieb und die Zeit für Prüfungsvorbereitungen nutzte. Dahin ging selbst die Tendenz an der Uni Hamburg. Was aber an vielen Hochschulen stattfand, waren Aktionen vom go-in zur Univerwaltung über politische Alternativveranstaltungen bis hin zu Besetzungsaktionen. In fast allen Hochschulorten fanden Demonstrationen, im wesentlichen gerichtet gegen die Sparpolitik der Regierung, statt, jedoch mit unterschiedlicher Beteiligung: in Heidelberg mit 2500, Münster 4000, München 4000, gegenüber schwacher Beteiligung z.B. in Düsseldorf mit 400, Bonn mit 1000.

Zugenommen hat die Veranstaltungstätigkeit der ASten und Fachschaften. Vielfach drehten sich die Veranstaltungen um konkrete Fachbereichsprobleme, die durch Mittelkürzungen und Prüfungsverschärfungen verursacht wurden. Aber es gab auch größere Veranstaltungen mit dem Anspruch, die Aufklärung über die ökonomischen und gesellschaftlichen Hintergründe der ,,Tendenzwende'' voranzubringen. Vielversprechend sind in dieser Hinsicht auch die Gründungen von Arbeitskreisen, die über die Aktionstage hinaus eine kontinuierliche Arbeit aufnehmen wollen, was von der Beratung, der Abwehr von Verschärfungen über die Erarbeitung alternativer Studienordnungen bis hin zu Fragen der Demokratisierung der Hochschule reicht. Der Aachener TH-AStA führte eine Veranstaltungsreihe durch, die u.a. behandelte die Perspektiven der Friedensbewegung, die Sparpolitik und ihre Ursachen sowie die Frage der Strategie des politischen Kampfes an der Hochschule. Im Durchschnitt kann man von einer Zunahme der politischen Veranstaltungen an der Hochschule reden, das reicht von Startbahn West über alternative Energien bis zu Krisenanalyse und alternative Wirtschaftspolitik. Veranstaltungen und Arbeitskreise zur kritischen Aufarbeitung wissenschaftlicher Lehrmeinungen spielen wieder eine größere Rolle.

Schwierigkeiten in der Frontbildung

Durchgängig ist hingegen die politische Unsicherheit, vielleicht besser Ratlosigkeit darüber, wie nun diese ,,Tendenzwende'' erfolgreich bekämpft werden kann bzw. wie konkrete Forderungen in absehbarer Zeit durchgesetzt werden können. Allenfalls auf der Ebene des Fachs bilden sich derzeit positive Forderungen, gerichtet an die Hochschulbürokratie, z.B. für mehr Tutoren, ein Kommunikationszentrum, ein bestimmtes Lehrangebot usw. usw. Ansonsten aber – wie auf den Demonstrationen deutlich wurde – wird sich ,,gegen die Sparpolitik, gegen die Verschlechterung der Ausbildungsförderung, gegen ein Bildungsprivileg für die Reichen'' usw. gewendet. Zum Beispiel selbst die bisher von der GEW aufgestellte BAföG-Forderung verliert an aktueller Bedeutung, weil selbst wenn sie durchgesetzt würde, sie keine größere Verbesserung bringen würde, weil sie eigentlich überholt ist, bevor überhaupt eine realistische Möglichkeit, sie durchzusetzen, nähergekommen würde. Sie tauchte auch weniger auf, was für andere ,,alte'' Forderungen auch gilt. So ist in den Aktionen und Streiks nur zu deutlich geworden, daß die Studentenbewegung einen Weg zur Durchsetzung ihrer Interessen erst noch finden muß. Gerade auch deswegen sowie auf Grund der Kampferfahrungen im letzten Jahr und nicht bloß, weil die Lage nicht reif war, ist der ,,Streikvorschlag'' auf so viel Skepsis und Ablehnung gestoßen. Desto bedeutsamer ist Bündnispolitik. Aktionseinheiten mit den anderen Hochschulangehörigen haben sich in den Aktionen nur vereinzelt weiterentwickelt, obwohl die Fachschaften Politik in dieser Richtung betrieben. Mit den Gewerkschaften ist das ebenso. Positiv zumindest ist, daß eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Mittelbau offenbar in Gang kommt. Ein aktives Eingreifen von größeren Teilen der Professoren ist dagegen ausgeblieben. Aber immerhin haben anders als bisher mehr Professoren, sogar ab und an Hochschulleiter, ihre Sympathie mit den Aktionen der Studenten erklärt. Zusammenstöße gab es so weniger. Außer an der Universität Marburg zum Beispiel, wo Rektor Kröll zur Sicherung einer Juraklausur Polizei an die Hochschule holte.

Bedeutsamer ist aber aktuell das Verhalten der Gewerkschaften für die Herstellung einer selbständigen Front gegen die Haushaltspolitik, der sich die Studenten wie andere Teile der demokratischen Bewegung anschließen können.

Entscheidend die Fachbereichsarbeit
Wahlen an der FU-Berlin bringen Niederlage für ADS

zwei Tage oder auch mal eine Woche zu Hause blieb und die Zeit für Prüfungsvorbereitungen nutzte. Dahin ging selbst die Tendenz an der Uni Hamburg. Was aber an vielen Hochschulen stattfand, waren Aktionen vom go-in zur Univerwaltung über politische Alternativveranstaltungen bis hin zu Besetzungsaktionen. In fast allen Hochschulorten fanden Demonstrationen, im wesentlichen gerichtet gegen die Sparpolitik der Regierung, statt, jedoch mit unterschiedlicher Beteiligung: in Heidelberg mit 2500, Münster 4000, München 4000, gegenüber schwacher Beteiligung z.B. in Düsseldorf mit 400, Bonn mit 1000.

Zugenommen hat die Veranstaltungstätigkeit der ASten und Fachschaften. Vielfach drehten sich die Veranstaltungen um konkrete Fachbereichsprobleme, die durch Mittelkürzungen und Prüfungsverschärfungen verursacht wurden. Aber es gab auch größere Veranstaltungen mit dem Anspruch, die Aufklärung über die ökonomischen und gesellschaftlichen Hin-

Krisenanalyse und alternative Wirtschaftspolitik. Veranstaltungen und Arbeitskreise zur kritischen Aufarbeitung wissenschaftlicher Lehrmeinungen spielen wieder eine größere Rolle.

Schwierigkeiten in der Frontbildung

Durchgängig ist hingegen die politische Unsicherheit, vielleicht besser Ratlosigkeit darüber, wie nun diese ,,Tendenzwende'' erfolgreich bekämpft werden kann bzw. wie konkrete Forderungen in absehbarer Zeit durchgesetzt werden können. Allenfalls auf der Ebene des Fachs bilden sich derzeit positive Forderungen, gerichtet an die Hochschulbürokratie, z.B. für mehr Tutoren, ein Kommunikationszentrum, ein bestimmtes Lehrangebot usw. usw. Ansonsten aber – wie auf den Demonstrationen deutlich wurde – wird sich ,,gegen die Sparpolitik, gegen die Verschlechterung der Ausbildungsförderung, gegen ein Bildungsprivileg für die Reichen'' usw. gewen-

Bündnispolitik. Aktionseinheiten mit den anderen Hochschulangehörigen haben sich in den Aktionen nur vereinzelt weiterentwickelt, obwohl die Fachschaften Politik in dieser Richtung betrieben. Mit den Gewerkschaften ist das ebenso. Positiv zumindest ist, daß eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Mittelbau offenbar in Gang kommt. Ein aktives Eingreifen von größeren Teilen der Professoren ist dagegen ausgeblieben. Aber immerhin haben anders als bisher mehr Professoren, sogar ab und an Hochschulleiter, ihre Sympathie mit den Aktionen der Studenten erklärt. Zusammenstöße gab es so weniger. Außer an der Universität Marburg zum Beispiel, wo Rektor Kröll zur Sicherung einer Juraklausur Polizei an die Hochschule holte.

Bedeutsamer ist aber aktuell das Verhalten der Gewerkschaften für die Herstellung einer selbständigen Front gegen die Haushaltspolitik, der sich die Studenten wie andere Teile der demokratischen Bewegung anschließen können.

Entscheidend die Fachbereichsarbeit

Wahlen an der FU-Berlin bringen Niederlage für ADS und Jusos / AL und Autonome gestärkt

wkp. Westberlin. An der FU Berlin, sie ist mit 45730 Studenten die zweitgrößte westdeutsche Universität, hat das Spektrum links von ADSen (SEW nahestehender, sich offen gebender Studentenverband) und Jusos einen Wahlsieg errungen (Wahlbeteiligung 22,4%). Die Alternative Liste (AL) erhielt 16 Sitze im 64köpfigen Studentenparlament (Stupa). Die AL hatte bisher auf Basisgruppenliste kandidiert. Die Basisgruppen zerfielen aufgrund sich herausschälender Perspektivunterschiede in AL und Autonome, letztere erhielten 14 Sitze. Zusammen mit dem LHV, 2 Sitze, und der Sozialistischen Linken (SL), 3 Sitze, kann ein Asta ohne ADSen und Jusos aufgebaut werden.

Zwei Haupttendenzen schälen sich aus dem Wahlergebnis heraus. Die Direktmandate (jeder Fachbereich hat einen Direktkandidaten fürs Stupa) fielen in erster Linie an die am Fachbereich arbeitende Gruppen, Initiativen usw. Wo es also eine aktive autonome Gruppe am Fachbereich gibt, erhielt sie das Direktmandat. Bei der Listenwahl über die Zweitstimmen erhielt dagegen die AL die meisten Stimmen. Von ihren 16 Sitzen kommen 12 über Liste, 4 direkt ins Stupa. Ihr Ansehen hat sie sich mehr durch ihre gesamte Tätigkeit in der Stadt und im Parlament erworben als durch ihre Tätigkeiten an der Uni.

Die Jusos waren auf mehrere Listen aufgeteilt. Dies ist zurückzuführen auf die Politik der letzten Semester. Sie wollten zusammen mit den ADSen in den Asta, hatten aber nie genug Stupasitze, um in den Asta unter Ausschluß der Basisgruppen zu gelangen. So hatten sie mit juristischen Anfechtungen immer wieder versucht, einen sich bildenden Asta der Basisgruppen zu blockieren. Diese Politik spaltete die Jusos. Mandate erhielten: Juso Hochschulgruppe 4, Basisgruppen und Unabhängige 1, Sozialdemokraten 2.

Die ADSen gingen mit großen Erwartungen in den Wahlkampf. Ihr Hauptanliegen bestand darin, in einem großen linken Asta aller linken Gruppen mit aufgenommen zu werden. Sie versuchten kurz vor den Wahlen an allen Fachbereichen Streiks hinzukriegen und dieses Klima für ihren Wahlkampf zu benutzen. So war das Wahlergebnis für sie ein Tiefschlag. Sie erhielten 6 Sitze, früher 10.

Junge Union, RCDS, SLH haben ihre Mandate von 12 auf 13 ausdehnen können, angesichts der insgesamt vergrößerten Mandatzahl also einen konstanten Anteil von noch nicht einmal einem Viertel der Stupasitze erhalten.

Die Verfaßte Studentenschaft war in Westberlin 1969 vom Senat aufgelöst worden und ist 1979 durch Glotz, damals Wissenschaftssenator, neu ins Leben gerufen worden. Er benötigte sie als Dialogpartner, um die Widersprüche zwischen Senat und Studentenschaft zu seinen Gunsten zu entscheiden. Von studentischer Seite war zuvor versucht worden, einen Usta zu bilden, eine vom Staat unabhängige Studentenvertretung. Dies Projekt war 78 gescheitert. Die ersten Stupawahlen hatten eine Wahlbeteiligung von 32,2% im Sommersemester 79. Die Rechten erhielten 7 Sitze, ADS und Juso 20, Basisgruppen und LHV 24. Aufgrund der Differenzen von ADS und Jusos einerseits und Basisgruppen andererseits konnte kein arbeitsfähiger Asta gebildet werden, die Basisgruppen bildeten zeitweise einen Minderheitsasta. Die Verfaßte Studentenschaft verlor an Ansehen.

Bei den Wahlen Wintersemester 80/81 (Wahlbeteiligung 22,07%) kamen die Rechten auf 12 Sitze, ADS und Jusos auf 19, Basisgruppen und LHV auf 22. Für 3 Monate konnte ein Asta von ADS, Jusos und Basisgruppen gebildet werden. Er zerbrach aber, es existierte von vornherein keine gemeinsame politische Plattform.

Das jetzige Wahlergebnis ist ein Fortschritt, da die Kräfte links vom ADS/Jusoblock einen mehrheits- und handlungsfähigen Asta aufbauen können. Dies ist in der jetzigen Situation gegenüber der CDU-Regierung verstärkt von Nöten. Ihre Angriffe abzuwehren ist eine Aufgabe, sie muß einhergehen mit der Erarbeitung von Alternativen zur heutigen Hochschulreform. Der Asta kann und soll nicht nur Hochschulpolitik machen, sondern sich im Wechselverhältnis Stadt und Uni bewähren. Dies ist auch erklärte Absicht der astabildenden Gruppen.

„Die Widersprüche sind die Hoffnungen“

Wolf Biermanns „Preußischer Ikarus“

Von Barbara Gentikow

Es ist jetzt fünf Jahre her, daß der Schriftsteller und Sänger Wolf Biermann anläßlich eines Auftritts in der BRD aus der DDR „ausgebürgert“ wurde. Die Maßnahme löste erregte Debatten in den Medien der BRD aus, widersprüchlichste Meinungen prallten aufeinander. Vertreter der DKP sagten, da haben die Kommunisten der SED die notwendigen Schritte gegen einen Antikommunisten unternommen. Genossen der Neuen Linken sagten, diese Maßnahme der sogenannten Kommunisten der SED gegen den Kommunisten Biermann beweise erneut, daß diese SED-Kommunisten keine Kommunisten seien. Die Antikommunisten versuchten, Biermann als einen der ihren in die Arme zu schließen und die Ausbürgerung als einen neuen Beweis für die Unmenschlichkeit des kommunistischen Systems zu verkaufen, sehr bald beschimpften sie Biermann jedoch als Kommunisten.

Die Verwirrung wurde eher noch größer, als der in der DDR seit 1965 mit Publikationsverbot verfolgte Schriftsteller die Freiheit des Westens geringschätzte und in die DDR zurückwollte. Er formulierte das selbst damals so: „Ich weiß nicht, wieviel millionen mal die Westler erlebt haben, daß Ostflüchtlinge froh sind, weil sie wenigstens an der bürgerlichen Freiheit teilnehmen dürfen, am westlichen Wohlstand. Und nun kommt da so ein Schreihals und will zurück in die Zone, darf hier das Maul aufreißen und schimpft auf den Westen und sehnt sich zurück nach dem alten Maulkorb!“ (S. 111)

Inzwischen ist es stiller um Biermann geworden, die Widersprüche um ihn sind jedoch noch da. Weil Biermann noch da ist, als Widerspruch: ein jetzt seit fünf Jahren im kapitalistischen Deutschland exilierter deutscher Kommunist.

„Falls ich im Westen leben müßte, wußte ich, würde ich nie wieder eine Zeile schreiben.“ (S. 107) Dachte Biermann, bevor er im Westen leben mußte. Es kam anders:

„Gleich nach der Ausbürgerung wollte ich nichts wie zurück oder aber nichts wie weiter weg. Wenn schon Westen, warum dann nicht Holland, wo es mir menschlicher vorkam; warum nicht Spanien, wo sich jetzt mehr verändert, warum nicht Griechenland oder irgend ein anderes Land? Wohin ich auch kam in dem ersten halben Jahr, überrumpelte mich ein vielleicht übertriebenes Staunen und Entzücken, daß es noch was anderes gibt als dieses zerrissene Deutschland mit seinen öd-ernsten Wichtigkeiten. Vielleicht war es auch die uneingestandene Sehnsucht nach so etwas wie Urlaub vom Streit, den Heinrich Heine Freiheitskrieg der Menschheit nannte: Irgendwo hin, wo man nicht so direkt sich verantwortlich fühlen muß. Aber die Kette, mit der

sich zurück nach dem alten Maulkorb!“ (S. 111)

Inzwischen ist es stiller um Biermann geworden, die Widersprüche um ihn sind jedoch noch da. Weil Biermann noch da ist, als Widerspruch: ein jetzt seit fünf Jahren im kapitalistischen Deutschland exilierter deutscher Kommunist.

„Falls ich im Westen leben müßte, wußte ich, würde ich nie wieder eine Zeile schreiben.“ (S. 107) Dachte Biermann, bevor er im Westen leben mußte. Es kam anders:

„Gleich nach der Ausbürgerung wollte ich nichts wie zurück oder aber nichts wie weiter weg. Wenn schon Westen, warum dann nicht Holland, wo es mir menschlicher vorkam; warum nicht Spanien, wo sich jetzt mehr verändert, warum nicht Griechenland oder irgend ein anderes Land? Wohin ich auch kam in dem ersten halben Jahr, überrumpelte mich ein vielleicht übertriebenes Staunen und Entzücken, daß es noch was anderes gibt als dieses zerrissene Deutschland mit seinen öd-ernsten Wichtigkeiten. Vielleicht war es auch die uneingestandene Sehnsucht nach so etwas wie Urlaub vom Streit, den Heinrich Heine Freiheitskrieg der Menschheit nannte: Irgendwo hin, wo man nicht so direkt sich verantwortlich fühlen muß. Aber die Kette, mit der

ich mich selbst an dieses doppelte Land gebunden habe, war viel zu fest und viel zu kurz. Bald mußte ich akzeptieren, wie klein mein Freiheitsgrad ist, ich konnte nicht davonlaufen. Die Verhältnisse in der BRD zerrten an mir – und ich bald auch an ihnen. Schnell geriet ich wieder ins Getümmel.“ (S. 126)

„Wenn dieses Buch erscheinen wird, habe ich knapp zwei Westjahre abgerissen. Das Manuskript liegt schon beim Setzer: die letzten Ost-Texte und



die ersten West-Texte sollen zwischen ein Paar Buchdeckel und in der Mitte eine Mauer, ein leeres Blatt.“ (S. 108)

Die letzten Ost-Texte beginnen mit einem Abschnitt, der „Deutsche demokratische Liebeslieder“ heißt. Da kann man an „Deutsche demokratische Republik“ denken, weil die meisten Texte deutlich auf die DDR Bezug nehmen. Da kann man auch an die demokratische Tradition deutscher Volkslieder denken, die in einigen der Texte anklingt. Man kann sich aber auch Gedanken über „demokratische Liebe“ machen, im Sinne einer nicht-illusionären, kritischen Liebesauffassung. Keine Harmonie, selbst im munteren „Das Frühstück“ sind „Wehmut und Wonne“, und in der „Bibel Ballade“ wird Liebe zu Haß, wird die Liebe eines Mädchens zu einem Mann in Haß verwandelt, weil der Vater, Mitglied der Leitung für den Bau des „Palast der Republik“, sie unter Druck setzt und der Vater wiederum von der „Staatssicherheit“ unter Druck gesetzt ist. Nebenbei erfährt man in diesem Lied, daß die Arbeiter, die diesen Palast bauen, ihr Werk „Palatzo di Protzo“ nennen. Das Lied „Die Elbe bei Dresden“ beginnt mit dem Bild:

„In Dresden, da steht ja die Elbe so

die ersten West-Texte sollen zwischen ein Paar Buchdeckel und in der Mitte eine Mauer, ein leeres Blatt.“ (S. 108)

Die letzten Ost-Texte beginnen mit einem Abschnitt, der „Deutsche demokratische Liebeslieder“ heißt. Da kann man an „Deutsche demokratische Republik“ denken, weil die meisten Texte deutlich auf die DDR Bezug nehmen. Da kann man auch an die demokratische Tradition deutscher Volkslieder denken, die in einigen der Texte anklingt. Man kann sich aber auch Gedanken über „demokratische Liebe“ machen, im Sinne einer nicht-illusionären, kritischen Liebesauffassung. Keine Harmonie, selbst im munteren „Das Frühstück“ sind „Wehmut und Wonne“, und in der „Bibel Ballade“ wird Liebe zu Haß, wird die Liebe eines Mädchens zu einem Mann in Haß verwandelt, weil der Vater, Mitglied der Leitung für den Bau des „Palast der Republik“, sie unter Druck setzt und der Vater wiederum von der „Staatssicherheit“ unter Druck gesetzt ist. Nebenbei erfährt man in diesem Lied, daß die Arbeiter, die diesen Palast bauen, ihr Werk „Palatzo di Protzo“ nennen. Das Lied „Die Elbe bei Dresden“ beginnt mit dem Bild:

„In Dresden, da steht ja die Elbe so

still / und die Stadt fließt so träge vorbei.“ Veränderungen: Dinge, die in Bewegung waren, sind zum Stillstand gekommen, während andere Dinge, die stillzustehen schienen, in Bewegung geraten. Auf einer zweiten Ebene drückt der Text aus, daß man in der Isolation besonders wenig Möglichkeiten zur Veränderung sieht, während Zusammensein die Möglichkeiten zum Erkennen und Verändern erweitert. Der Refrain des Liedes lautet:

„Das sang uns der Fluß, das war unser Lied: / Es fließt alles – alles fließt / Mein Lieb, mein Lieb, jetzt bin ich allein / Jetzt redet der dumme Fluß mir ein: / Es bleibt alles, wie es ist.“ (S. 33)

Die Texte im nächsten Abschnitt, überschrieben mit „Es gibt ein Leben vor dem Tod“, thematisieren den antifaschistischen Kampf; gegen Franco in Spanien, gegen den Putsch in Chile (die berühmt gewordene „Ballade vom Kameramann“), für Widerstandskämpfer wie Che Guevara. Antifaschistische Literatur wird in der DDR außerordentlich stark gefördert, das breite antifaschistische Bündnis ganz groß geschrieben, Biermann allerdings davon ausgeschlossen. Gründe dafür findet man z.B. in den Texten „Wir saßen am Feuer im Dunkeln“ und „Ein Wiedersehen“, bittere Bemerkungen über die kritiklose Verherrlichung der alten Spanienkämpfer, die Trotzkisten in ihren eigenen Reihen liquidierten. Gründe auch in diesem Lob Che Guevaras, das sicher mancher SED-Funktionär als Angriff auf sich selbst verstehen kann:

„Und bist kein Bonze geworden / Kein hohes Tier, das nach Geld schielt / Und vom Schreibtisch aus den Held spielt / In feiner Kluft mit alten

„Das sang uns der Fluß, das war unser Lied: / Es fließt alles – alles fließt / Mein Lieb, mein Lieb, jetzt bin ich allein / Jetzt redet der dumme Fluß mir ein: / Es bleibt alles, wie es ist.“ (S. 33)

Die Texte im nächsten Abschnitt, überschrieben mit „Es gibt ein Leben vor dem Tod“, thematisieren den antifaschistischen Kampf; gegen Franco in Spanien, gegen den Putsch in Chile (die berühmt gewordene „Ballade vom Kameramann“), für Widerstandskämpfer wie Che Guevara. Antifaschistische Literatur wird in der DDR außerordentlich stark gefördert, das breite antifaschistische Bündnis ganz groß geschrieben, Biermann allerdings davon ausgeschlossen. Gründe dafür findet man z.B. in den Texten „Wir saßen am Feuer im Dunkeln“ und „Ein Wiedersehen“, bittere Bemerkungen über die kritiklose Verherrlichung der alten Spanienkämpfer, die Trotzkisten in ihren eigenen Reihen liquidierten. Gründe auch in diesem Lob Che Guevaras, das sicher mancher SED-Funktionär als Angriff auf sich selbst verstehen kann:

„Und bist kein Bonze geworden / Kein hohes Tier, das nach Geld schielt / Und vom Schreibtisch aus den Held spielt / In feiner Kluft mit alten

Orden.“ (S. 63)

Im Titelgedicht dieses Abschnitts problematisiert Biermann die aus der christlichen Religion überlieferte, aber auch als eine Art sozialistischer Mythologie bis heute existierende Vorstellungen vom Leben nach dem Tod, indem er sie dialektisch zur Forderung nach einem Leben vor dem Tod wendet. Keine Vertröstung auf später. Im „Lied vom donnernden Leben“ formuliert er diese Forderung nach einem reichen Leben hier und jetzt noch einmal, aggressiv und volkstümlich, wohl jedem Lohnarbeiter der DDR wie der BRD aus der Seele geschrieben:

„Das kann doch nicht alles gewesen sein/ Da muß doch noch irgendwas kommen! nein / da muß doch noch Leeben ins Leeben / eeben.“ (S. 94)

Ein besonders gutes Beispiel für den Widerspruch als inhaltliches und stilistisches Element bei Biermann ist das Lied „Und als wir ans Ufer kamen“. Es ist gleichzeitig ein Beispiel für die Gemeinsamkeiten zwischen Biermann und Heine, die, in historisch sehr verschiedenen Situationen, beide an den Widersprüchen eines zerrissenen Deutschlands litten; Biermann schrieb wie Heine ein Versepos darüber: „Deutschland ein Wintermärchen“. „Und als wir ans Ufer kamen“ beginnt, ähnlich wie „Die Elbe bei Dresden“, mit dem Bild einer verkehrten Welt und endet so:

„Was wird bloß aus unsern Träumen / In diesem zerrissnen Land / Die Wunden wollen nicht zugehn / Unter dem Dreckverband / Und was wird aus unsern Freunden / Und was noch aus dir, aus mir – / Ich möchte am liebsten weg sein / Und bleibe am liebsten hier / – am liebsten hier.“ (S. 71)

Nun ist er gleichzeitig weg und hier, in der BRD. Wie er dahin kam, erzählt er in dem Lied, das der Sammlung den Namen gab: „Preußischer Ikarus“ und in dem „Vorworte“ genannten Prosatext zwischen den Liedern aus Ost und West. Es heißt da:

„Die Weidendammerbrücke in Berlin stammt aus der wilhelminischen, aus der preußischen Gußeisenzeit. Die Ornamente des Geländers kulminieren in der Mitte zum preußischen Adler. Und als ich mich eines Tages vor diesen verhaßten Vogel hinstellte und dann ein Foto sah, das mein Freund von dieser halbalbernen Szene geschossen hatte, da wuchsen mir die Eisenflügel aus den Schultern, da hatte mich wieder diese ganze Furcht vor einem Absturz eines Tages. Eines schlimmen Tages im Westen.“ (S. 107)

Ein Adler aus Gußeisen ist schon ein Widerspruch in sich. Der kann nicht fliegen. Gleichzeitig ist er bis heute Symbolfigur für die deutsche Geschichte, ein wahrhaft schweres Erbe. Ikarus ist in der griechischen Mythologie der Sohn des Daedalus; mit Flügeln aus Adlerfedern und Wachs versuchen sie, aus der Gefangenschaft zu entkommen, aber Ikarus stürzt ab, weil er auf die Warnungen seines Vaters nicht hört und der Sonne zu nahe kommt. Biermann als Ikarus: der ungehorsame Sohn der SED, und ein Ikarus, der den Flug aus der Gefangenschaft nicht will, und von einem Vogel, der nicht fliegen kann, gewaltsam hochgerissen wird und in einer ungewollten Freiheit abstürzt. Häufung von Paradoxien, verwickeltes Bild für Viermanns widersprüchliche Situation.

stammt aus der wilhelminischen, aus der preußischen Gußeisenzeit. Die Ornamente des Geländers kulminieren in der Mitte zum preußischen Adler. Und als ich mich eines Tages vor diesen verhaßten Vogel hinstellte und dann ein Foto sah, das mein Freund von dieser halbalbernen Szene geschossen hatte, da wuchsen mir die Eisenflügel aus den Schultern, da hatte mich wieder diese ganze Furcht vor einem Absturz eines Tages. Eines schlimmen Tages im Westen.“ (S. 107)

Ein Adler aus Gußeisen ist schon ein Widerspruch in sich. Der kann nicht fliegen. Gleichzeitig ist er bis heute Symbolfigur für die deutsche Geschichte, ein wahrhaft schweres Erbe. Ikarus ist in der griechischen Mythologie der Sohn des Daedalus; mit Flügeln aus Adlerfedern und Wachs versuchen sie, aus der Gefangenschaft zu entkommen, aber Ikarus stürzt ab, weil er auf die Warnungen seines Vaters nicht hört und der Sonne zu nahe kommt. Biermann als Ikarus: der ungehorsame Sohn der SED, und ein Ikarus, der den Flug aus der Gefangenschaft nicht will, und von einem Vogel, der nicht fliegen kann, gewaltsam hochgerissen wird und in einer ungewollten Freiheit abstürzt. Häufung von Paradoxien, verwickeltes Bild für Viermanns widersprüchliche Situation.

Die ersten Texte aus dem Westen handeln ironisch von „Hanseatischer Idylle“ (u.a. mit einem Streiklied über und für die Hamburger Hafenarbeiter), vorsichtig abwägend von der Terroristenverfolgung in der BRD, kritisch von der resignierten Neuen Linken der BRD, begeistert von der demokratischen Bewegung in Spanien und trotzig von Schwierigkeiten, die alle zusammen nicht verhindern werden, daß „wir aufrecht gehn, trotz alledem“. (S. 198) Der aufrechte Gang ist eine Kategorie aus der Philosophie von Ernst Bloch. Ihm ist auch das vielleicht beste Lied dieser ersten Texte aus dem Westen gewidmet: „Deutsches Miserere“. Thema wieder das zerrissene Deutschland, konzentriert formuliert im Refrain: „Hier fallen sie auf den Rücken / Dort kriechen sie auf dem Bauche / Und ich bin gekommen / ach! kommen bin ich / vom Regen in die Jauche.“ (S. 201) Allerdings zeigt sich in diesem Text auch eine Schwäche Biermanns: daß die Anklagen gegen bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse manchmal zu einer allgemeinen Klage über das Elend der deutschen Geschichte oder über „die Deutschen wird. Mit einem Bloch-Zitat („Die Widersprüche sind die Hoffnungen“) endet auch der „Brief an die Verfasser des Textes, der im „Spiegel“ veröffentlicht wurde unter dem Titel „Manifest der ersten organisierten Opposition in der DDR“.

Man würde den Liedern Biermanns nicht gerecht, wenn man nicht auch etwas zu seiner Musik sagte. Biermann hat sich immer gegen die Vereinfachung der Probleme in den sogenannten Aufbauliedern der DDR, aber auch in vielen traditionellen Arbeiterliedern gewandt. Er hat, wie seine Lehrmeister Hanns Eisler und Bertolt Brecht, immer gegen die Dummheit in der Musik gekämpft, gegen alles Harmonisieren. Auch im Verhältnis von Text und Musik arbeitet er mit dem Element des Widerspruchs: „Wenn ich Musik zum Text schreibe, schreibe ich sie eigentlich gegen den Text, renne gegen ihn an, suche den Kontrapunkt. Denn ich will ja den Text nicht nur servieren und schon gar nicht kopieren. Die Musik soll eine Seite liefern, die der Text selbst nicht hat.“ (S. 124) Jeder, der Biermann spielen und singen gehört hat, weiß, daß man sich mit der Musik und mit der Stimme nicht berieseln lassen kann. Da muß man hinhören und nachdenken.

In der „Zeit“ vom 21. August dieses Jahres steht ein Artikel von Fritz J. Raddatz, dem zufolge Biermann ein resignierter, müder Mann geworden ist. Der „Spiegel“ Nr. 35 machte daraus die Meldung, daß Biermann „seiner Protest-Vergangenheit abgeschworen“ und gelobt habe, „sich künftig aus der Politik herauszuhalten“. Mag sein, daß der „Spiegel“ das gern möchte; mag auch sein, daß Biermann selbst sich das manchmal wünscht. Nur hat er es bisher noch nicht gekonnt, und das ist gut so.

Nur einen Monat nach dem „Zeit“-Artikel, kurz vor der großen Friedensdemonstration in Bonn, gab er im „Stern“ seine Meinung zur weltpolitischen Lage und insbesondere auch wieder zur Situation Deutschlands bekannt. Eine vernünftige Meinung, ausgehend von den Widersprüchen zwischen den heutigen beiden Supermächten USA und UdSSR, mündend in die

lich gegen den Text, renne gegen ihn an, suche den Kontrapunkt. Denn ich will ja den Text nicht nur servieren und schon gar nicht kopieren. Die Musik soll eine Seite liefern, die der Text selbst nicht hat.“ (S. 124) Jeder, der Biermann spielen und singen gehört hat, weiß, daß man sich mit der Musik und mit der Stimme nicht berieseln lassen kann. Da muß man hinhören und nachdenken.

In der „Zeit“ vom 21. August dieses Jahres steht ein Artikel von Fritz J. Raddatz, dem zufolge Biermann ein resignierter, müder Mann geworden ist. Der „Spiegel“ Nr. 35 machte daraus die Meldung, daß Biermann „seiner Protest-Vergangenheit abgeschworen“ und gelobt habe, „sich künftig aus der Politik herauszuhalten“. Mag sein, daß der „Spiegel“ das gern möchte; mag auch sein, daß Biermann selbst sich das manchmal wünscht. Nur hat er es bisher noch nicht gekonnt, und das ist gut so.

Nur einen Monat nach dem „Zeit“-Artikel, kurz vor der großen Friedensdemonstration in Bonn, gab er im „Stern“ seine Meinung zur weltpolitischen Lage und insbesondere auch wieder zur Situation Deutschlands bekannt. Eine vernünftige Meinung, ausgehend von den Widersprüchen zwischen den heutigen beiden Supermächten USA und UdSSR, mündend in die

Forderung „Raus aus der NATO“ und „Raus aus dem Warschauer Pakt“. Es ist die Darstellung der gesellschaftlichen Entwicklung in Widersprüchen, entspringend aus einem dialektischen Verfahren, die Biermann nicht nur zu einem guten Dichter, sondern vor allem auch zu einem guten politischen Dichter macht.

* Alle Seitenangaben in diesem Artikel beziehen sich auf diese Ausgabe

Fernsehtip

„Die Eindringlinge“

Der norwegische Spielfilm aus dem Jahre 1978 macht die Widersprüche zwischen der bäuerlichen Welt Norwegens und dem Beginn der Industrialisierung des Landes zum Thema. Der Bau von Eisenbahnlinien soll das Land verkehrsmäßig erschließen. Konflikte zwischen den Bauarbeitern und den Bauern tun sich auf, gerade weil die Arbeiter schon ein gesundes Selbstbewußtsein entwickelt haben, die Bauern sie aber als herumziehende Vagabunden betrachten. Behandelt werden auch die Probleme unter den Arbeitern, der Kampf um Lohn und gegen ungerechte Behandlung von einzelnen. – Die Vorlage für den Film lieferte ein Buch von Kristofer Uppdal (1878–1961), der als führender Arbeiter-Schriftsteller in seinem Land gilt und maßgeblich am Aufbau der norwegischen Gewerkschaften beteiligt war.

Dienstag, 22.12., 22.05 Uhr im ZDF

„Sintflut“

„Sintflut“ ist der Mittelteil einer patriotisch-historischen Romantrilogie von Henryk Sienkiewicz über die polnische Geschichte des 17. Jahrhunderts. Der polnische Regisseur Jerzy Hoffmann hat aus dem Roman 15 Stunden Film gemacht, der die Schicksale von Adligen und Offizieren mit authentischen Gestalten der polnischen Geschichte vor dem Hintergrund des schwedisch-polnischen Krieges von 1655 bis 1660 verbindet.

Samstag, 26., und Sonntag, 27.12., jeweils 19.30 Uhr im ZDF

„Der blaue Engel“

Nachdem Faßbinders „Lola“ in den Zusammenhang mit dem „blauen Engel“ gebracht wurde, hat man jetzt nochmal die Gelegenheit zu vergleichen und festzustellen, daß es grundverschiedene Filme und Fragestellungen sind. Nach dem Roman „Professor Unrat“ von Heinrich Mann

Sonntag, 27.12., 10.30 Uhr im ZDF